

11677

Stenographisches Protokoll

132. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 6. März 1986

Tagesordnung

1. Bundesgesetz über die Österreichische Industrie-Holding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes
2. Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die österreichische Entwicklungshilfe
3. Änderung des Artikels VI. A. 1 des Statuts der Internationalen Atomenergie-Organisation
4. Protokoll Nr. 8 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
5. Abkommen in Form eines Briefwechsels zur Konsolidierung und Änderung des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich

Inhalt

Personalien

- Krankmeldungen (S. 11679)
- Entschuldigung (S. 11679)
- Ordnungsrufe (S. 11691 und S. 11720)

Geschäftsbehandlung

- Erklärung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden im Sinne des § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung (S. 11695)
- Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 11694)

Redner:

- Deutschmann (S. 11700),
- Pfeifer (S. 11703),
- Alois Huber (S. 11706),
- Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 11708),
- Schober (S. 11712),
- Hietl (S. 11714),
- Staatssekretär Ing. Murer (S. 11716) und
- Ingrid Tichy-Schreder (S. 11718)

Tatsächliche Berichtigung

- Schwarzenberger (S. 11733)

Fragestunde (93.)

Justiz (S. 11679)

Dr. Gradischnik (706/M); Dr. Feurstein, Mag. Kabas, Edith Dobesberger

Kraft (713/M); Dr. Ermacora

Dr. Ermacora (714/M); Kraft

Landesverteidigung (S. 11684)

Burgstaller (715/M); Probst, Kuba, Dr. Neisser

Dr. Frizberg (716/M); Dr. Gugerbauer, Ing. Ressel, Dr. Ermacora

Dr. Ermacora (717/M); Probst, Roppert, Burgstaller

Dr. Ermacora (718/M); Haigermoser, Wanda Brunner, Dr. Frizberg

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 11694)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über die Regierungsvorlage (899 d. B.): Bundesgesetz über die Österreichische Industrie-Holding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (911 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Tychtl (S. 11720)

Redner:

- Graf (S. 11721),
- Rechberger (S. 11725),
- Peter (S. 11728),
- Schwarzenberger (S. 11733) (tatsächliche Berichtigung),
- Wimmersberger (S. 11734),
- Bundesminister Dkfm. Lacina (S. 11736),
- Fauland (S. 11739),
- Dr. Taus (S. 11741),
- Dipl.-Vw. Tieber (S. 11746),
- Probst (S. 11751) und
- Burgstaller (S. 11754)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen betreffend die Sanierung und Neuordnung der verstaatlichten Industrie (S. 11757) — Ablehnung (S. 11758)

Annahme (S. 11758)

811

11678

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

- (2) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-111 d. B.) über die österreichische Entwicklungshilfe (804 d. B.)

Berichterstatter: Windsteig (S. 11758)

Redner:

Steinbauer (S. 11759),
Dr. Jankowitsch (S. 11763),
Probst (S. 11768),
Dr. Höchtel (S. 11771),
DDr. Hesele (S. 11773),
Bundesminister Mag. Gratz (S. 11775)
und
Dr. Ettmayer (S. 11777)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Steinbauer und Genossen betreffend Steigerung der Leistung der österreichischen Entwicklungshilfe (S. 11767) — Annahme E 59 (S. 11779)

Kenntnisnahme (S. 11779)

- (3) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (610 d. B.): Änderung des Artikels VI. A.1 des Statuts der Internationalen Atomenergie-Organisation (803 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Ettmayer (S. 11780)

Genehmigung (S. 11780)

- (4) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (789 d. B.): Protokoll Nr. 8 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (880 d. B.)

Berichterstatter: Schuster (S. 11780)

Genehmigung (S. 11781)

- (5) Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (752 d. B.): Abkommen in Form eines Briefwechsels zur Konsolidierung und Änderung des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich (904 d. B.)

Berichterstatter: Wimmersberger (S. 11781)

Genehmigung (S. 11781)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

- 890: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein (S. 11694)

Antrag der Abgeordneten

Pfeifer, Deutschmann, Hintermayer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 (Marktordnungsgesetz-Novelle 1986) und des Bundesfinanzgesetzes 1986 (183/A)

Anfragen der Abgeordneten

Heinzinger, Dr. Marga Hubinek, Dr. Stummvoll und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend das Verhältnis von Gesundheits- und Umweltschutzminister Kreuzer zum Parlament (1945/J)

Dr. Graff und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Errichtung von Voll-Gerichten in Wien (1946/J)

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Schuster und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend unrichtige Feststellungen in der Anfragebeantwortung 1766/AB betreffend „Verbandsspannen“ der Molkereiverbände (1947/J)

Gabrielle Traxler, Matzenauer und Genossen an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz betreffend widmungswidrige Verwendung von Geldern des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz durch den österreichischen Familienbund (1948/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Schimpansen-Import für Tierversuche (1949/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Ausweitung der Tierversuche auf Beaglehunde (1950/J)

Landgraf und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Fremdenverkehrsförderung des inneren Salzkammergutes (1951/J)

Landgraf und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend österreichisches Bundesheer und Dachstein-Region (1952/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Schimpansen-Import für Tierversuche (1953/J)

Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Platzlandwirtschaft Fliegerhorst Zeltweg (1954/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Marga Hubinek**, Dritter Präsident **Dr. Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten **Dr. Lichal**, **Karas**, **Neumann**, **Vetter**, **Mannsdorff**, **Prechtl** und **Hesoun**.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete **Hubert Huber**.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: Wir kommen zur 1. Anfrage: **Abg. Dr. Gradischnik (SPÖ)** an den Herrn Justizminister.

706/M

Welche Erfahrungen wurden bisher mit der Vollziehung des Sachwaltergesetzes gemacht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Das Sachwalterrecht wird sowohl von den Gerichten als auch von den Betroffenen überwiegend begrüßt und grundsätzlich positiv aufgenommen. Wie bei allen neuen Vorschriften muß sich natürlich auch in diesem Bereich die Handhabung erst einspielen, und verschiedene rechtliche Zweifelsfragen müssen im Rechtsmittelweg geklärt werden.

Aber die Richtung, in die der Gesetzgeber gehen wollte, eine verbesserte Betreuung psychisch kranker und geistig behinderter Menschen sicherzustellen, und die Mittel, die er dafür vorsieht, werden im wesentlichen befürwortet. Das scheint Gewähr dafür zu sein, daß das neue Recht nicht nur dem Buchstaben nach, sondern auch der Intention nach in der Entscheidungswirklichkeit umgesetzt wird.

Die Verwirklichung der Zielvorstellungen des neuen Sachwalterrechts war von Anfang an untrennbar damit verbunden, daß den Gerichten Personen zur Verfügung gestellt

werden, die fähig und bereit sind, die Betreuungsarbeit zu leisten, die das neue Recht in Aussicht stellt. Bereits 1980 war dazu auf Initiative des Bundesministeriums für Justiz ein Verein für Sachwalterschaft gegründet worden. 1984 folgte der Niederösterreichische Landesverein für Sachwalterschaft und 1985 das Vorarlberger Institut für Sozialdienste.

Die Institution der Sachwalterschaftsvereine wird einhellig begrüßt. Bezüglich dieser Neuerung des Sachwalterrechtes gibt es im wesentlichen nur eine einzige Kritik: daß der Ausbau nicht schnell genug vorangehe und den Gerichten derzeit zu wenige Sachwalter zur Verfügung gestellt werden können.

Mit Stichtag 31. Jänner 1986 wurden von acht Geschäftsstellen des Vereines für Sachwalterschaft 675 Fälle durch 32 hauptamtliche und 70 ehrenamtliche Sachwalter betreut. Mit Stichtag 31. Dezember 1985 waren es beim Niederösterreichischen Landesverein für Sachwalterschaft 295 Fälle, die durch 6 hauptamtliche und 41 ehrenamtliche Mitarbeiter betreut wurden.

Schließlich wurden durch das Vorarlberger Institut für Sozialdienste 10 Fälle durch einen hauptamtlichen und zwei ehrenamtliche Mitarbeiter betreut.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Gradischnik: Herr Bundesminister! Sie haben es bereits angeführt: Für das klaglose Funktionieren des Sachwaltergesetzes ist nicht unerheblich das Funktionieren der Vereinessachwalterschaft. Und es gibt hier personell und auch finanziell gewisse Schwierigkeiten.

Können Sie sich einen Ausbau dieser so wichtigen Institution vorstellen, gegebenenfalls in welcher Richtung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Wir müssen mit dem Ausbau rasch vorankommen. Wir müssen ja trachten, in absehbarer Zeit flächendeckend mit Sachwaltern ausreichend versorgt zu sein. Derzeit bestehen drei Vereine, die den Gerichten Sachwalter namhaft machen. Ich habe schon erwähnt, um welche Vereine es sich handelt.

Es gibt eine ganze Reihe von Geschäftsstel-

11680

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister Dr. Ofner

len, die sich diesbezüglich als Stützpunkte anbieten.

Die Vereinssachwalterschaft wird im Auftrag meines Ressorts vom Ludwig Boltzmann-Institut für medizin-soziologische wissenschaftliche Tätigkeit betreut. Derzeit deckt die Vereinssachwalterschaft bundesweit etwa erst ein Viertel des tatsächlichen Bedarfes. Es ist geplant, die Vereinssachwalterschaft bundesweit bis zur völligen Deckung des Bedarfes auszubauen, doch hängt dieser Ausbau von den finanziellen Möglichkeiten des Bundes ab. Ich bin ständig bemüht, die nötigen Budgetansätze hierfür zu erlangen.

Man kann Sachwalter entweder aus den Reihen der Angehörigen der Rechtsberufe bestellen, eben für rechtliche Aufgaben Anwälte oder Notare. Man kann für kleine Sachwalterbereiche Familienangehörige oder Freunde der Betroffenen namhaft machen. Aber für die Sachwalterschaft, wo es wirklich ernst wird und nicht gleichzeitig um rechtliche Dinge geht, brauchen wir den hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Sachwalter, den der Verein bereithält, und da sind wir noch weit davon entfernt, wirklich überall solche in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu haben. Wir sind aber problembewußt und in einem entsprechenden Ausbau begriffen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Gradischnik: Herr Bundesminister! Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage ist es so, daß eine Person, wenn sie unter Sachwalterschaft gestellt wird, das Wahlrecht verliert. Das stellt meines Erachtens eine arge Diskriminierung dieser Personen dar, denen man ja helfen möchte und die man nicht diskriminieren sollte. Das führt auch dazu, daß sich Personen, bei denen es ja sinnvoll wäre, einen Sachwalter zur Seite gestellt zu bekommen, weigern, sich einen Sachwalter zur Seite stellen zu lassen, eben aus diesem erwähnten Grunde. Wie sehen Sie, Herr Minister, diese Problematik?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Ich weise zunächst darauf hin, daß es sich bei der von Ihnen angezogenen Problematik um eine solche handelt, die in die Nationalrats-Wahlordnung fällt, und zwar in den § 24 dieses Gesetzes, und daher nicht direkt zur Justiz ressortiert.

Wir erkennen aber, daß es problematisch ist, alle Personen, die einen Sachwalter

bestellt bekommen, von den Wahlen ausgeschlossen zu wissen.

Es ist ja so, daß die Personen, die Sachwalter bestellt bekommen, von sehr unterschiedlichen Graden von Behinderung betroffen sind. Es sind sehr wohl welche darunter, die unter überhaupt keinen Umständen von einem Wahlrecht Gebrauch machen können, aber natürlich auch andere, die lediglich Behinderungen aufweisen, die sie gar nicht als beeinträchtigt in dieser Richtung erkennen lassen.

Ich glaube, daß man sich darüber den Kopf zerbrechen muß, wie man hier zu einer rechtlichen Unterscheidung kommen kann. Ich betone aber noch einmal, daß es nur sekundär oder tertiär eine Zuständigkeit des Justizressorts ist, um die es sich dabei handelt.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich möchte diese Frage, die Herr Dr. Gradischnik gestellt hat, unterstützen.

Auch wir sind der Meinung, daß im Wahlrecht etwas geändert werden sollte, gerade für die Behinderten, die einen Sachwalter haben. Aber ich meine schon, Herr Minister — und ich glaube, Sie sind nicht vollständig informiert —, daß für die richtige Einführung der Sachwalterschaft in Ihrem Ministerium das Geld fehlt.

Sie haben das Institut für Sozialdienste in Vorarlberg zitiert, und ich weiß — ich habe gerade vor einigen Tagen wieder ein diesbezügliches Gespräch gehabt —, daß die finanziellen Mittel, um die Sachwalterschaft gerade im Bundesland Vorarlberg richtig einzuführen, von Ihrem Ministerium nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Ich darf Sie fragen: Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese notwendigen Gelder bereitgestellt werden können, daß es in Vorarlberg wirklich zu einem vollen Ausbau der Sachwalterschaft kommt, so wie es notwendig ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß wir die Problematik nicht aufgliedert nach Bundesländern betrachten können. Unter den Bundesländern ist Vorarlberg eines von denen, denen es in

Bundesminister Dr. Ofner

dieser Hinsicht besser geht. Das heißt, die bescheidenen Mittel, die zur Verfügung stehen, gehen nicht an Vorarlberg vorbei, sondern kommen dort nach meinen Informationen in einem stärkeren Maße zum Einsatz als in anderen Teilen Österreichs.

Es ist aber so — ich wiederhole das —, daß wir natürlich noch immer zuwenig haben. Die Republik Österreich steht unter dem Eindruck, daß in Zeiten wie diesen größte Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung am Platz sei.

Jetzt weiß ich, daß jeder für den Bereich, den er zu betreuen hat und der ihn besonders interessiert, der Ansicht ist, daß das Gebot der Sparsamkeit nicht im Vordergrund stehen dürfe. Aber doch sehen wir uns beim Einsatz der Mittel gezwungen, überall den Schilling zwei- oder dreimal umzudrehen, bevor wir ihn ausgeben.

Ich bin aber trotzdem erfolgreich bemüht, die Ansätze im Budget für die Gestaltung der Sachwalterschaft so anzuheben, wie wir sie brauchen. Es geht nicht ganz so schnell, wie wir es uns wünschen würden, aber es findet doch in einer Geschwindigkeit statt, die es uns möglich macht, mit dem organisatorischen Aufbau Schritt zu halten.

Es sind ja nicht nur finanzielle Fesseln, die uns behindern. Es ist ja auch so, daß dann, wenn man bundesweit eine Organisation aus hauptberuflich und ehrenamtlich Tätigen aufbauen muß, das seine Zeit dauert, auch wenn man mehr Geld zur Verfügung hätte, als es der Fall ist. Ich bin bemüht und bin erfolgreich bemüht. Wir müssen aber alle sparen, die wir mit öffentlichen Geldern, die ja Steuermittel sind, zu tun haben.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Mit dem neuen Sachwaltergesetz wurde ja zugleich auch die Möglichkeit des Einsatzes ehrenamtlicher Mitarbeiter im Verein für Sachwalterschaft vorgesehen.

Ich möchte Sie fragen: Welche Erfahrungen wurden bisher mit diesen ehrenamtlichen Sachwaltern gemacht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des

Sachwalterrechts standen aus der Modellprojektphase bereits 20 ehrenamtliche Sachwalter des Vereins für Sachwalterschaft in der Betreuungsarbeit.

Seit 1. Juli 1984 ist ein kontinuierlicher Zuwachs an ehrenamtlichen Sachwaltern in allen anerkannten Vereinen zu verzeichnen. Zu Jahresende 1985 waren insgesamt schon 113 Personen als ehrenamtliche Sachwalter gerichtlich für einen oder mehrere Betreuungsfälle bestellt. Insgesamt wurden zu diesem Zeitpunkt 221 Personen von ehrenamtlichen Sachwaltern betreut, das waren 23 Prozent aller Betreuungsfälle der Vereinssachwalterschaft. Auf einen ehrenamtlichen Sachwalter entfielen durchschnittlich zwei Betreuungsfälle.

Ehrenamtliche Sachwalter werden bisher vorwiegend für Personen bestellt, deren Angelegenheiten prinzipiell geregelt und durch regelmäßigen Kontakt bewältigbar sind, das heißt, mehrheitlich für ehemals entmündigte, in Anstalten lebende, vorwiegend geistig- oder altersbehinderte Personen.

Von den Vereinen wird eine weitere Ausweitung der ehrenamtlichen Sachwalterschaft angestrebt.

Ich darf ergänzen, daß ich, wie auch in einem anderen Gebiet ähnlicher Art, nämlich bei der Bewährungshilfe, ganz besonders viel von der ehrenamtlichen Mitarbeit halte. Sie ist nicht nur effizient, sie zeigt auch von beträchtlichem Opfermut und Einsatzwillen derer, die so tätig sind.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Herr Minister! Ich glaube, gerade wir als Abgeordnete erleben in der praktischen Interventionstätigkeit diese ehrenamtlichen Sachwalter, die hier eingesetzt worden sind, und zwar — ich erinnere mich da gerade an die letzte Zeit — sehr positiv. Das zeigen die Erfahrungen in Interventionsfällen, die an mich herangetragen worden sind. Ich selber brauche zum Glück noch keinen.

Meine Frage: Es gibt ein Projekt Patienten-Sachwalter. (Bundesminister Dr. Ofner: Das Problem des Wahlrechts, Frau Abgeordnete!) Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Präsident: Herr Minister.

11682

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister Dr. Ofner

Bundesminister Dr. **Ofner**: Frau Abgeordnete! Der Modellversuch wird seit 1981 vom Verein für Sachwalterschaft unter wissenschaftlicher Begleitung des Ludwig Boltzmann-Institutes für Medizinsoziologie durchgeführt. Die Zahl der Patienten-Sachwalter wurde in diesem Modellversuch allmählich von einem auf derzeit vier ausgeweitet. Derzeit sind je zwei Patienten-Sachwalter in den psychiatrischen Krankenhäusern Wien und Klosterneuburg eingesetzt.

Von ihrer Ausbildung her sind zwei Patienten-Sachwalter Sozialarbeiter, einer ist Jurist und einer ist Psychologe, jedoch verfügen alle über längere Berufserfahrungen innerhalb und außerhalb des psychosozialen Sektors. Die Patienten-Sachwalter sind bestimmten regionalen Einzugsgebieten der Krankenhäuser zugeordnet und für alle aus diesen Gebieten aufgenommenen, angehaltenen Patienten zuständig. Sie werden im Rahmen des geltenden Anhalterrechts von den zuständigen Anhaltergerichten zu vorläufigen Beiständen mit spezifischem Wirkungsbereich bestellt.

Zuletzt wurden 1984 von durchschnittlich drei Patienten-Sachwaltern zirka 370 Patienten betreut. Insgesamt wurden von 1981 bis 1985 mehr als 1 400 angehaltene Patienten betreut.

Die Akzeptanz der Tätigkeit der Patienten-Sachwalter durch die betroffenen Patienten und ihre Angehörigen ist im allgemeinen hoch, die Einschätzung durch die einbezogenen Anhalterichter ebenfalls positiv. Auch bei den derzeit nicht einbezogenen Anhalterichtern besteht ein deutliches Interesse an der Verfügbarkeit von Patienten-Sachwaltern.

Die bisherigen Erfahrungen bestätigen jedenfalls die Erwartungen, die an den Entwurf eines Rechtsfürsorgegesetzes gestellt wurden. Ich hoffe, daß dieser zweite Teil der gerichtlichen Maßnahmen zur Verbesserung der rechtlichen Situation psychisch Kranker möglichst bald im Parlament behandelt und verabschiedet werden wird.

Ich darf in Erinnerung rufen: Ich bin Optimist, ich bin der Ansicht, daß das Rechtsfürsorgegesetz, mit dem mehr als bisher erwirkt werden soll, daß die Anhaltung psychisch Kranker in geschlossenen Anstalten gegen ihren Willen nur Ultima ratio sein soll, noch dieses Jahr im Bundesgesetzblatt wird untergebracht werden können.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2:

Abgeordneter Kraft (ÖVP) an den Herrn Minister.

713/M

Liegen der Justiz die Fernschreiben von Botschafter Dr. Amry vor?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner**: Herr Abgeordneter! Die Staatsanwaltschaft Linz hat im Zuge der laufenden Erhebungen die Bundespolizeidirektion Linz um Beischaffung der von Ihnen erwähnten Fernschreiben ersucht.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Kraft**: Ist Ihnen der Inhalt dieser Fernschreiben bekannt, Herr Bundesminister?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner**: Er ist mir nicht bekannt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Kraft**: Der Herr Innenminister Blecha sprach von neuem Belastungsmaterial. Die Fernschreiben liegen sowohl im Innenministerium wie im Außenministerium auf. Warum haben Sie sich über dieses Belastungsmaterial nicht informiert, Herr Minister?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner**: Herr Abgeordneter! Der Justizminister, bitte das nicht falsch zu verstehen, ist nicht der Dorfgendarm Österreichs. Dafür sind die Staatsanwaltschaften zuständig, und die Staatsanwaltschaft Linz — ich wiederhole es — hat im Zuge der laufenden Erhebungen die Bundespolizeidirektion Linz um Beischaffung der Fernschreiben ersucht. Es kann nicht der Justizminister hergehen, sie sich einmal beschaffen und einmal schauen, was drinnen steht, oder es abhören.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben sich über diese Frage nicht weiter berichten lassen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner**: Ich bemühe

Bundesminister Dr. Ofner

mich, die Berichtstätigkeit der Staatsanwaltschaften möglichst eingeschränkt gestaltet zu wissen, das bedeutet, ich mache von der Berichtspflicht und vom Weisungsrecht, wie ich immer wieder erklärt habe, nur im unbedingt notwendigen Umfang Gebrauch.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Herrn Minister.

714/M

Hat der Innenminister das Tonband über die VOEST-Waffenaffäre der Justiz übergeben?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Ofner: Nachdem die Staatsanwaltschaft Linz dahin informiert wurde, daß Frau Amry und ein Journalist je ein Tonband besitzen sollen, hat die Staatsanwaltschaft Linz im Zuge der laufenden Erhebungen die Bundespolizeidirektion Linz um deren Beischaffung ersucht. Ich habe also die Beantwortung dieser Frage zum Teil schon vorweggenommen in der Beantwortung der vorigen Frage.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Sie kennen auch, wie ich annehme aufgrund Ihrer Äußerung zur Frage des Herrn Abgeordneten Kraft, wahrscheinlich den Inhalt nicht. Kennen Sie das Tonbandprotokoll?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Ich kenne auch das Tonbandprotokoll nicht, Herr Abgeordneter. Es kann nicht meine Aufgabe sein, mich mit den Dingen so zu befassen, wie es offenbar mitunter angenommen wird. Es gibt etwa über 350 000 Strafverfahren pro Jahr in Österreich, und es muß das Interesse des Justizministers sein, sie ihrer großen Zahl nach entsprechend funktionieren zu lassen, das heißt, die Rahmenbedingungen dafür sicherzustellen, daß dort alles funktionieren kann. Die vier, fünf für die Öffentlichkeit interessanten Dinge beschäftigen ihn nicht ununterbrochen. Ich bin auch kein so eifriger Leser bestimmter Zeitungen, daß ich mir immer schon vorher ein Bild machen müßte, was da oder dort angeblich steht oder gesagt worden ist.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Diese Zeitungen waren natürlich sensationell in dieser Frage und haben uns berührt. Aber ich

möchte Sie, Herr Bundesminister, da Sie das Waffengesetz hinsichtlich des § 7 mit den Strafbestimmungen zu vollziehen haben, doch fragen: Wie weit geht Ihrer Auffassung nach die Zuständigkeit der Verfolgung? Ich erwähne den § 7. Womit begnügt man sich bei der Vollziehung dieses § 7?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Sie weisen darauf hin, daß manches in den Zeitungsberichten sensationell war, ich halte es gern mit dem legendären und in die Literatur eingegangenen Rabbiner Mardochai, der irgendwann einmal in einem solchen Zusammenhang gesagt hat: Bevor ich mich gar so wundere, glaube ich es lieber gar nicht. — So halte auch ich es in solchen Bereichen.

Aber es sind dafür die durch die Verfassung und das Gesetz zu diesem Zwecke eingerichteten Behörden da, die Staatsanwaltschaften und die Gerichte. Es ist nicht Aufgabe des Justizministers, ihnen ununterbrochen bei ihrer Arbeit über die Schulter zu schauen und sich zu erkundigen, was sie schon alles auf ihren Papieren stehen haben, oder sich mit langer Hand zu bemühen, sich in ihre Tätigkeit hineinzumischen.

Es ist im Rahmen einer möglichst restriktiv zu sehenden Berichtspflicht und eines ebenso restriktiv auszuübenden Weisungsrechtes dafür zu sorgen, daß alles mit rechten Dingen zugeht. Aber ständiges „Über-die-Schulter-Schauen“ und ständiges Einmischen halte ich nicht für meine Aufgabe. Ich halte daher dafür, daß dann, wenn wirklich in der einen oder anderen Richtung etwas an dem dran sein sollte, was — wie Sie schreiben — so sensationell in den Zeitungen aufgemacht wird, das auch seinen gesetzlichen Weg bei den Staatsanwaltschaften und bei den Gerichten nehmen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter Kraft (ÖVP): Herr Minister! Es ist schon ein bißchen eigenartig, wie Sie sich die Fälle, die Sie interessieren, aussuchen. Gestern hat Sie ein Fall sehr wohl interessiert, da wußten Sie sehr genau Bescheid. In dieser Angelegenheit bedürfte es nur eines kollegialen Gesprächs mit Ressortkollegen, mit dem Innen- und dem Außenminister, um zu erfahren, daß es sich hier nicht um einen Fall wie jeden anderen handelt, sondern um einen ganz außergewöhnlichen.

11684

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Kraft

Wenn Sie die Fernschreiben und Tonbandaufnahmen kennen würden, würden Sie wahrscheinlich anders argumentieren, als Sie das heute tun. Das ist kein Fall wie jeder andere. Es geht um eine sensible Angelegenheit, um Waffenexporte, Waffengeschäfte. Da sollte, glaube ich, auch der Justizminister ein bißchen hellhöriger sein und das nicht einfach damit abtun, daß er sagt: Das ist ein Fall wie jeder andere.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, daher im Hinblick auf die Brisanz dieser innen- und außenpolitischen Sache fragen: Werden Sie sich in Hinkunft genauer darüber informieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Das habe ich überhaupt nicht vor!

Ich möchte mir jetzt die Frage verkneifen, ob Sie wissen, was auf dem Tonband wirklich drauf ist, oder ob Sie das auch nur aus Sensationsmeldungen aus Zeitungen annehmen können. (*Abg. Dr. Blenk: Sie müßten sich mehr dafür interessieren!*) Wir alle wissen es ja nicht.

Wenn die Fragen wirklich in das Innenressort und in das Außenressort gehören, dann rege ich an, die Fragen auch an die zuständigen Ressortminister zu stellen.

Von besonderem Interesse ist die eine oder andere Frage und ihre Beantwortung sicher für die sich gerade betroffen fühlende ausländische Konkurrenz — das gebe ich schon zu —, aber um deren Interessen kann ich mich wirklich nicht kümmern. Ich habe auch nicht vor, das in Zukunft zu tun. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Burgstaller (*ÖVP*) an den Bundesminister für Landesverteidigung.

715/M

Warum wurden „Draken“-Piloten ohne ärztliche Untersuchung für fluguntauglich erklärt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Sie fragen, warum „Draken“-Piloten ohne ärztliche Untersuchung für fluguntauglich erklärt wur-

den. Ich darf Sie informieren: Es wurde bei diesem Vorgang kein einziger Pilot für fluguntauglich erklärt. Das ist genauso unwahr wie die Behauptungen, die aufgestellt wurden, daß hier durch Ferndiagnosen die Piloten in ihren Rechten geschmälert worden wären. Es ist kein einziger Pilot für fluguntauglich erklärt worden. (*Abg. Fachleutner: Hineinsetzen will sich keiner!*)

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Bundesminister! Ich habe hier ein Dokument einer Kontrolluntersuchung, und in diesem steht, daß der Pilot Hauptmann Albrecht Ziggerhofer zeitlich militärfluguntauglich erklärt wurde.

Wie ist das jetzt nach Ihrer Erklärung zu interpretieren, wobei zu bemerken ist, daß auch Ihre Pressekonferenzen und die des Armeekommandanten eine andere Interpretation zulassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Für Fehlinterpretationen — bewußt in die Welt gesetzt oder unbewußt — bin ich nicht verantwortlich. Ich halte fest: Die Untersuchung der Piloten, die aufgrund der luftrechtlichen Vorschriften eindeutig zu veranlassen war, hat sich darauf bezogen, daß die Piloten aufgrund ihrer Meldung, daß sie besonderen Belastungen ausgesetzt wären, dem flugmedizinischen Sachverständigen vorgestellt wurden. Während dieser vom Recht vorgeschriebenen flugmedizinischen Untersuchungen dürfen die Piloten nicht fliegen. — Das hat nichts damit zu tun, wenn jemandem der Flugschein entzogen wird. — Während einer derartigen fliegermedizinischen Untersuchung — das ist ein alltäglicher Vorgang — werden sie nicht zum Flugdienst eingeteilt. Nicht mehr und nicht weniger ist passiert.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Bundesminister! Aus Ihrer zweiten Beantwortung ergibt sich bereits eindeutig ein Widerspruch. Es wurde am 6. 2. vom Brigadier Keltscha aufgrund einer Analyse von Tonbandaufzeichnungen von der Gruppe Humanfaktoren eine telefonisch-zeitlich verfügte Fliegeruntauglichkeit erklärt. In der weiteren Folge wurden beide Piloten Psychiatern zugeführt. Wie verantworten Sie aus Ihrem Bereich diese Vorgangsweise?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Ich möchte auch da zunächst wieder einmal klarstellen: Es ist nicht Aufgabe des Ministers (*Abg. Dr. B l e n k*: *Zu psychiatrieren!*), den flugmedizinischen Sachverständigen, der als einziger fachlich zur Entscheidung zuständig ist, ob jemand fliegen darf oder nicht — dies liegt im Interesse des Piloten, im Interesse der gesamten Flugsicherheit —, zu beeinflussen. Und wenn, wie es der Fall war, der Flugsicherheitsoffizier, der ebenfalls aufgrund der Rechtsvorschriften dazu eindeutig verpflichtet ist, der Ansicht ist, daß Piloten, die in fliegerischem Einsatz stehen, flugmedizinisch vorgestellt werden sollen — wie der Fachausdruck heißt —, dann hat das zu geschehen. Es liegt in der Verantwortlichkeit des flugmedizinischen Sachverständigen, welche weiteren Ärzte herangezogen werden.

Aber ich möchte deutlich sagen: Alles, was da an Behauptungen aufgestellt wird, bis hin zur Verleumdung, daß diese flugmedizinischen Gutachten Ostblockmethoden wären, läßt glauben, daß die Leute keine Ahnung davon haben, was Zwangspsychiatrie im politischen Auftrag bedeutet. Es ist meines Erachtens schon ein sehr starkes Stück, wenn diese flugmedizinische Sachverständigentätigkeit in die Nähe von Methoden totalitärer Systeme gerückt wird.

Es ist eine flugmedizinische Routinetätigkeit gewesen, die völlig eindeutig den rechtlichen Vorschriften entspricht (*Abg. B u r g s t a l l e r*: *Das stimmt überhaupt nicht!*), und alles, was da behauptet wird, ist falsch, nämlich, daß hier die Piloten womöglich aus politischen Gründen unter Druck gesetzt werden sollten. Es wäre unverantwortlich gewesen, da dem flugmedizinischen Sachverständigen ins Handwerk zu pfuschen, weder bei der Einleitung des Verfahrens und schon gar nicht beim Ende des Verfahrens.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang erleben wir steirische Abgeordnete Dinge, die wir nicht fassen können, und ich glaube, unsere Kollegen aus den anderen acht Bundesländern können ebenfalls nicht glauben, daß derartige Plakate (*Redner zeigt das Plakat*) mit einem abstürzenden brennenden Flugzeug in der Steiermark aufgeklebt werden. Da wird Terror gemacht wie vor einer Wahl. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der steirischen ÖVP noch Geld für die Bundespräsidentenwahl

übrigbleibt. (*Rufe bei der SPÖ: O ja! Da gibt es ja die Bundesländer-Versicherung!*) Ja, pardon, ich habe ja die „Bundesländer“-Millionen vergessen.

Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang ist all das überaus bedauerlich, und es sollten natürlich auch die übrigen ÖVP-Abgeordneten Österreichs bedenken, daß Landesverteidigung und Außenpolitik nicht Landeshoheit und nicht Spielwiese profilierungssüchtiger Nachwuchspolitikern beziehungsweise eines Landeshauptmannes sind, der beweisen will, daß Österreich nicht mehr regierbar ist.

In diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, bitte ich Sie noch einmal ganz deutlich und klar, folgende Frage zu beantworten — damit es alle hören, auch die ÖVP —: Wurde von Ihrer Seite beziehungsweise vom Bundesministerium für Landesverteidigung in die Entscheidung der Psychologen eingegriffen, ja oder nein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Ich möchte noch einmal hinsichtlich der den Rechtsvorschriften des Flugwesens entsprechenden Vorgangsweise die Fakten auf den Tisch legen.

Der Flugsicherheitsoffizier wurde informiert, daß die Piloten in einer besonderen Belastungssituation sind. Aufgrund dessen war er verpflichtet, dem flugmedizinischen Sachverständigen die Piloten vorzustellen, und dieser hatte dann in seiner unabhängigen Sachverständigentätigkeit darüber zu befinden, ob die Piloten fliegen können oder nicht. Welche Ärzte herangezogen werden — Psychologen und andere Ärzte —, ist wiederum wie bei jedem anderen medizinischen Verfahren Sache des unabhängigen Sachverständigen. Da hat sich kein Mensch einzumengen, weder die Kommandanten noch die Politiker — die schon gar nicht —, sondern das ist reine Verantwortlichkeit des flugmedizinischen Sachverständigen.

Daher ist es eine grobe Unterstellung, diese flugmedizinische Tätigkeit des Amtssachverständigen in einen politischen Rahmen zu setzen, selbst wenn das Ergebnis ... (*Abg. Dr. B l e n k*: *Er weiß es besser, der Herr Minister!*) Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht besser, sondern ich halte mich ans Recht und ich halte mich an die Sicherheitsvorschriften. (*Abg. Dr. B l e n k*: *Aber wenn einer kritisiert, ist er noch kein Psychopath!*) Das unterstellen Sie ein weiteres Mal.

11686

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister Dr. Frischenschlager

Es ist Aufgabe der verantwortlichen flugmedizinischen Sachverständigen, darüber zu befinden, ob jemand in einer bestimmten Situation fliegen darf oder nicht. Alles andere wäre unverantwortlich, und das, was da an Diffamierung passiert, sind Unterstellungen, die mit den sachlichen Grundlagen nicht zusammenhängen.

Ich darf nochmals erklären: Ich war — und es interessiert mich auch gar nicht — nicht informiert über die Einleitung dieser flugmedizinischen Untersuchung, und das ist auch nicht meine Aufgabe, sondern einzig und allein Aufgabe der für den Flugbetrieb Verantwortlichen, und die medizinischen Sachverständigen waren im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages und im Interesse der Flugsicherheit tätig. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Kuba.

Abgeordneter Kuba (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich nehme an, daß die Untersuchungen in regelmäßigen periodischen Abständen ohnehin vorgesehen sind. Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, daß in diesem Fall jemand auf der einen Seite die Verantwortung tragen und auf der anderen Seite nur politisches Kapital aus dieser Angelegenheit schlagen möchte.

Meine Frage an Sie lautet daher ganz deziert: Unterscheiden sich diese hier durchgeführten Fluguntauglichkeitsuntersuchungen gegenüber den internationalen Gepflogenheiten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Die entsprechenden flugmedizinischen Untersuchungen sind zumindest in Westeuropa weitgehend angeglichen. Das ergibt sich auch daraus, daß die entsprechenden Experten, die auf diesem Gebiet tätig sind, auch in internationalen Vereinigungen und in entsprechend gemeinsam erarbeiteten Ausbildungsgängen weitestgehend auch untereinander in Kontakt sind. *(Rufe und Gegenrufe.)* Die Verfahren sind weitestgehend angeglichen. Es ist eine völlig klare Sache, daß hier ein Standard- und Routineverfahren Platz gegriffen hat.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Bundesminister! Zunächst einen Satz zum Abge-

ordneten Probst: Wenn jemand wie er vom „Draken“-Vermittler Ing. Drescher zu günstigen Konditionen ein großes Auto kauft, sollte er besser zu diesem Thema in diesem Haus nicht auftreten. *(Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der ÖVP: Bravo! — Zwischenruf des Abg. Mag. K a b a s.)*

Herr Bundesminister! Es ist ein Unterschied zwischen Psychologie und Psychiatrie. Beide Wörter fangen zwar mit „P“ an, aber es ist ein Unterschied, ob man im Rahmen der Flugtauglichkeitsuntersuchung vom heerespsychologischen Dienst untersucht wird oder ob ein Facharzt der Psychiatrie untersucht.

Ich richte daher an Sie die Frage: Was hat Sie bewogen, daß im konkreten Fall erstmals entgegen der bisherigen Übung ein Facharzt für Psychiatrie — und das ist Psychiatrierung — mit der Untersuchung beauftragt wurde?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Zum ersten, Herr Abgeordneter, möchte ich noch einmal klarstellen: Mich hat gar nichts bewogen. Der flugmedizinische Sachverständige ist im Rahmen seiner rechtlichen Aufträge verhalten, die entsprechenden Fachärzte heranzuziehen. Das Wort „Psychiatrierung“ in diesem Zusammenhang ist falsch, denn wenn ein Facharzt für Psychiatrie im Zuge der psychiatrischen Untersuchungen tätig wird, dann ist das jedenfalls nichts ... *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Mag. Sch ä f f e r: Was ist denn eine Psychiatrie? — Abg. Dr. B l e n k: Jetzt sind Sie in der Ecke, Herr Minister! — Weitere Zwischenrufe.)*

Meine Herren Abgeordneten, ich darf klarstellen: Wenn der flugmedizinische Sachverständige einen Facharzt für Psychiatrie für notwendig erachtet, so ist das seine Aufgabe. Die Behauptung, daß eine derartige fachmedizinische Tätigkeit in die Nähe von Zwangspsychiatrierungen gestellt wird, ist nach wie vor eine Unterstellung und Verleumdung. Das ist im Rahmen der flugmedizinischen Sachverständigentätigkeit eine Selbstverständlichkeit. Das darf ich festhalten. Alles andere ist auch eine Verleumdung gegenüber denjenigen Amtspersonen ... *(Abg. G r a f: Lesen Sie den Zettel!)* Unterbrechen Sie mich nicht, Herr Abgeordneter! Ich halte fest, daß es Ihnen unangenehm ... *(Abg. G r a f: Aber unterbrechen darf ich Sie selbstverständlich! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja. Schön.

Bundesminister Dr. Frischenschlager

Also ich darf noch einmal festhalten: Das ist eine Verleumdung gegenüber den als flugmedizinische Sachverständige eingesetzten verantwortlichen Ärzten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Nein, das sind keine Kraftworte, sondern da sprechen Tatsachen.

Es ist eine Verleumdung, wenn eine fachmedizinische Tätigkeit im Zuge der flugmedizinischen Tauglichkeitsuntersuchungen als „Zwangspanychiatrie“ mit Ostblockmethoden bezeichnet wird. Ich habe das weder veranlaßt, noch habe ich es zu beurteilen. Das ist Aufgabe der dafür zuständigen Sachverständigen; sonst gar nichts. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Graf: Sie haben den Zettel nicht gelesen, das kann Sie kränken!*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Frizberg (ÖVP) an den Herrn Minister.

716/M

Wo erfolgt die Ausbildung österreichischer Piloten für die „Draken“?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Wo erfolgt die Ausbildung der österreichischen Piloten? — Wie Sie wissen, erfolgt die Ausbildung der Piloten für das Luftraumüberwachungsflugzeug „Draken“ in Schweden. Zu diesem Zweck sind seit vergangener Herbst die ersten drei Piloten oben in Schweden auf den Flughäfen Uppsala und Ängelholm, und dort sind sie auch wieder die ersten drei.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frizberg: Herr Bundesminister! Ich darf gleich am Anfang einmal feststellen, daß Ihre Aussagen mit den Dokumenten, die auch vom zuständigen Oberarzt unterzeichnet sind, keineswegs übereinstimmen. Im Gegenteil, hier wird ausdrücklich von „Kontrolluntersuchung auf Anordnung“ gesprochen und ausdrücklich auch eine Zuweisung zur psychiatrischen Untersuchung festgehalten.

Aber zur Anfrage: Ich nehme an, daß die Piloten ja auch einmal in Österreich Übungsflüge machen müssen und auch in Österreich ausgebildet werden müssen. In diesem Zusammenhang wird berichtet, daß der „Draken“ bei den notwendigen Übungsflügen zur Schulung von Piloten zirka 20 km vor der Landung auf eine Höhe von nur 500 m heruntergehen muß, und das bei fast voller Schub-

kraft. Das mag in Uppsala und in Ängelholm durchaus unproblematisch sein. Es bedeutet aber, daß die derart überflogenen Gebiete einer starken Lärmbelastung ausgesetzt sind und Landungen in Zeltweg mit Risiken verbunden wären.

Können die Flughäfen Zeltweg und Graz daher im Zuge solcher Übungsflüge überhaupt angeflogen werden?

Präsident: Herr Abgeordneter! Ihre Frage lautet: „Wo erfolgt die Ausbildung österreichischer Piloten für die „Draken“?“

Aber bitte, Herr Minister. (*Zwischenrufe.*) Nur zur Erinnerung daran, wie die Frage lautet.

Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Noch einmal zu Ihren Einleitungssätzen. Auch wenn von ÖVP-Seite die falsche Behauptung im Hinblick auf die Psychiatrie wiederholt wird, möchte ich festhalten: Der flugmedizinische Sachverständige hat in seiner Verantwortlichkeit nach den luftrechtlichen Bestimmungen, die in Österreich gelten, dann, wenn er es für notwendig erachtet, weitere Ärzte nach seinem medizinischen Wissen heranzuziehen. Und in diesem Rahmen seiner Sachverständigentätigkeit hat er weitere Ärzte herangezogen. Das ist überhaupt nichts Besonderes, das liegt in seiner medizinischen Verantwortlichkeit.

Zu Ihrer weiteren Frage ... (*Abg. Graf: Machen wir einen Untersuchungsausschuß!*) Unterbrechen Sie mich nicht, Herr Abgeordneter! (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie können jederzeit Einblick nehmen in die entsprechenden rechtlichen Unterlagen und Sie können meinetwegen auch in die entsprechenden Akten hineinschauen. Sie brauchen gar nicht den Eindruck zu erwecken, daß hier irgend etwas auch nur annähernd bedenklich wäre. Das ist reine Propaganda, die aus durchsichtigen politischen Gründen momentan hochgespielt wird, sonst gar nichts. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Graf: Machen wir einen Untersuchungsausschuß!*) Ja, beantragen Sie ihn halt. Das ist doch mir völlig gleichgültig. Ich habe nichts zu verbergen. (*Zwischenruf.*) Gut. Es gibt nichts zu verstecken. Es wird sich herausstellen, daß Sie unrecht haben. Daran bin ich nur interessiert. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wenn Sie ihn beantragen, so ist das Ihr gutes Recht. Ich habe nichts zu verbergen.

11688

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Präsident

Präsident: Weitere Frage. (Abg. Dr. Frizberg: Bitte, die Antwort war ja noch nicht da!) Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Nun zu der ebenfalls fälschlich behaupteten Meinung, daß Anflugverfahren von 20 km notwendig wären. Das ist eine Frage des Anflugwinkels und der entsprechenden Flugverfahren. Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen voraussagen: Es wird der „Draken“ in Graz-Thalerhof keine 20 km Anflugschneise im Tiefflug brauchen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frizberg: Herr Bundesminister! Ich habe von Übungsflügen gesprochen, und diese werden die österreichischen Piloten ja wohl auch in Österreich machen müssen, und dabei ist dieses Anflugverfahren auch auf 20 km offensichtlich notwendig.

Ich darf auch einen Gegensatz festhalten: Sie haben gesagt, Flughafen Thalerhof, Zeltweg unproblematisch. Ihr Armeekommandant Philip hat in einer Pressekonferenz am 25. Feber 1986 gesagt, daß eine schwedische Delegation in Österreich die in Frage kommenden Flugplätze getestet hat. Ich zitiere wörtlich: Daraus geht unter anderem hervor, daß man am Flughafen in Graz nicht nach Norden starten beziehungsweise landen sollte. In Zeltweg würde auch das eine oder andere notwendig sein. Wie erklären Sie die Widersprüche zu Ihren Aussagen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Sie haben gefragt, ob eine 20 km lange Anflugschneise im Tiefflug notwendig ist. Das sind Fragen der Flugtechnik. Übungsflüge im Tiefflug im städtischen Gebiet sind überhaupt unmöglich, werden auch nicht stattfinden.

Ich möchte auf Ihre eigentliche Frage zurückkommen. In diesem Zusammenhang ist interessant: Die Flugausbildung erfolgt in diesem Fall in Schweden. Bei den Lande- und Startvorgängen in Graz und Zeltweg kann keine Rede davon sein, daß Verfahren verwendet werden, wo 20 km lang im Tiefflug über die Stadt geflogen wird. Das ist unwahr.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Gugerbauer.

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr Bundesminister! Wie auch immer, es ist

jedenfalls aus Umweltschutzgründen auch zu begrüßen, daß die erste Ausbildung der österreichischen Piloten in Schweden stattfindet. Ich glaube, daß dabei ja auch ein neutralitätspolitischer Aspekt zu berücksichtigen ist. Man stelle sich vor, wenn Österreich eine andere Maschine angekauft hätte und jetzt gezwungen wäre, diese Ausbildung etwa in einem Staat der beiden Blocksysteme durchführen zu lassen.

Ich darf Sie aber fragen: Kann man jetzt schon über Erfahrungswerte sprechen, die bei dieser beginnenden Ausbildung in Schweden gesammelt wurden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Ich darf zunächst voranstellen, daß die gesamte Ausbildung der österreichischen Piloten, auch um die Belastung in Österreich durch den Flugbetrieb möglichst gering zu halten, dem Vertrag mit Schweden, mit SAAB-Scania entsprechend in Schweden erfolgt.

Die Erfahrungen, die bisher dabei gemacht wurden, zeigen, daß die Piloten bei der Einschulung nicht nur gute Fortschritte machen, sondern daß die Zeiten zum Teil unterschritten werden. Es bestehen keinerlei größere Schwierigkeiten im Flugbetrieb.

Es ist natürlich das Umsteigen von der SAAB 105, wie wir sie derzeit in Österreich fliegen, auf ein Flugzeug wie den Draken keine leichte Sache. Das ist eine große Belastung, und da gibt es natürlich anfangs Schwierigkeiten, auch persönlicher Natur; das hat sich ja jetzt gerade im Zuge der Auseinandersetzungen gezeigt. Was die Ausbildung und den Fortschritt der Piloten beim Fliegen mit den Draken betrifft, zeigt sich, daß unsere Piloten in Schweden gut ausgebildet werden und daß sie gut vorankommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ressel.

Abgeordneter Ing. Ressel (SPÖ): Herr Bundesminister! Für mich ist es keine Frage, daß die steirische ÖVP im Zusammenhang mit dem Draken-Ankauf Psychoterror auf die Offiziere und ihre Familienangehörigen ausübt, da sie ja den Kindern, den Frauen, den Verwandten und den Piloten selber natürlich ununterbrochen vor Augen führt, daß sie sofort abstürzen werden. Das Plakat, das Herr Abgeordneter Probst gezeigt hat, stellt ja einen brennenden, abstürzenden Flieger dar.

Ing. Ressel

Meine Frage an Sie lautet daher: Ist es jemals im Zusammenhang mit Ausbildungsmaßnahmen an Verteidigungsgeräten zu derartigen Terrormaßnahmen von seiten einer ÖVP-Landesorganisation gekommen? (*Abg. Graf: Eine Riesenfrage, die Sie da formulieren!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Ich möchte nicht verschweigen, daß die aus parteipolitischen Gründen erfolgende Agitation der steirischen ÖVP im Zusammenhang mit der Einführung des Draken natürlich nicht der Ausbildung und dem ruhigen Fortgang des Projektes dienlich ist. Da gibt es gar keinen Zweifel. Es ist meines Erachtens eben wirklich unverantwortlich, wenn im Zusammenhang mit der Einführung dieses Flugzeugs ständig das Gerät selbst als miserabel, Schrott et cetera dargestellt wird, wenn ständig behauptet wird, dieses Flugzeug werde in Österreich in rascher Folge abstürzen, wenn man den Piloten sozusagen schon suggeriert: Ihr werdet mit diesem Flugzeug zugrunde gehen. Diese gesamte Agitation kann natürlich der Einführung dieses Flugzeuges und der ruhigen Entwicklung dieses Projektes nicht dienlich sein. Das möchte ich schon in aller Deutlichkeit sagen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich möchte zuerst feststellen, daß die Äußerung des Herrn Abgeordneten Probst betreffend Terror vor der Wahl und Ihre Feststellung, daß es Unteroffiziere gebe, die blöd oder besoffen seien, durchaus „kongenial“ sind. Das lehne ich ab, möchte ich Ihnen sagen, Herr Minister. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Graf: Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wäre schon kläß!*)

Aber ich möchte auf die Frage zurückkommen, die die Hauptfrage ist und die Herr Abgeordneter Ressel ja auch nicht entsprechend der Frage zusätzlich gestellt hat. Ich möchte die Frage stellen: Welche kritischen Bemerkungen haben die Personen, die in Schweden ausgebildet werden, über ihre Erfahrungen mit dieser Maschine gemacht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Ich möchte zunächst klarstellen, daß ich eine derartige Äußerung, wie Sie

sie im ersten Satz Ihrer Wortmeldung jetzt gebracht haben, nicht gemacht habe. (*Abg. Dr. Blenk: Haben Sie es dementiert?*) Das ist eine Unterstellung, die ich zurückweise. (*Abg. Kraft: Haben Sie es widerrufen oder nicht?*)

Ich komme zur Beantwortung der Frage von Professor Ermacora, welche Kritik die Piloten geübt hätten. Ich möchte klarstellen, daß keiner der Piloten am Draken als System Kritik geübt hat. Das haben die Piloten auch in der Öffentlichkeit, nachdem man es ihnen unterstellt hat, auch sogar in den steirischen Medien gesagt. Daß die Piloten und vor allem der Kommandant, also der führende Pilot, das ist Oberstleutnant Haas, verpflichtet sind, laufend zu berichten, und dabei auf Schwierigkeiten im Zuge des Ausbildungsvorganges eingehen, ist eine Selbstverständlichkeit. Er hat in keinem Punkt am Draken als solchem Kritik geübt. Er hat auf fliegerische Schwierigkeiten der Piloten, die im Zuge der ja erst angelaufenen Ausbildung — sie stehen jetzt bei 30 bis 40 Flugstunden — auftreten, hingewiesen.

Andere Behauptungen, daß alle möglichen in der Ausschreibung festgehaltenen Kriterien nicht erfüllt worden sind, sind falsch. Auch die Behauptung wurde nicht aufgestellt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Herrn Minister.

717/M

Wie steht es um die Beschaffung der „Draken“?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Der Stand des Projektes Draken ist gut. In allen Punkten ist die Vertragserfüllung termingerecht im Gange. Ich hatte heute bereits mehrfach die Möglichkeit festzustellen: Die Pilotenausbildung erfolgt zeitgerecht, und sogar die Ziele werden schneller als erwartet erreicht. Die Verbesserung, die Überarbeitung der Flugzeuge in Schweden sind ebenfalls im Gange. Die infrastrukturellen Maßnahmen, die in Österreich zu setzen sind, erfolgen ebenfalls zeitgerecht und in Plan.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Herr Minister! Warum haben Sie bei der näheren Prüfung all der Umstände in Schweden selbst nicht alle Mitglieder der seinerzeitigen Projektgruppe eingeladen?

11690

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Präsident**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Die Angehörigen der Projektgruppe sind laufend in Schweden. Es gibt ständige Kontakte mit den entsprechenden schwedischen Fachstellen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand, der mit dem Projekt befaßt ist, nicht die Möglichkeit hätte, wenn es notwendig ist, mit entsprechenden schwedischen Stellen direkt in Kontakt zu sein.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Ich kann Ihnen hier nur widersprechen, Herr Bundesminister! Ein prominentes Mitglied der Projektgruppe ist nicht eingeladen worden, war nie eingeladen.

Ich möchte zweitens hervorheben, das gehört mit zum Beschaffungsvorgang. Der Landesverteidigungsrat hat in den vergangenen Jahren eindeutig beschlossen, daß die Finanzierung durch eine Sonderfinanzierung zu erfolgen hat. Nun haben Sie diese Finanzierung in das derzeitige Verteidigungsbudget eingebaut. Werden Sie auch im nächsten Budget beim Beschaffungsvorgang die Abfangjäger berücksichtigen, oder werden Sie diese Vorstellung des Landesverteidigungsrates, in einer Sonderfinanzierung das Problem zu lösen, weiter verfolgen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Die Budgetierung des Luftraumüberwachungsflugzeuges erfolgt im normalen Verteidigungsbudget. Ich sehe auch gar keine Veranlassung für eine Sonderfinanzierung. Der Betrag, der dafür in Jahresraten aufzubringen ist, macht zirka 600 bis 800 Millionen Schilling aus. Das sind rund 3 Prozent des Verteidigungsbudgets, also durchaus ein Betrag, der ganz normal wie jede andere Beschaffung, ob Panzer oder was auch immer, natürlich über das Budget aufgebracht werden kann.

Es wird im Zuge der Verhandlungen über das Budget darauf ankommen, daß wir die entsprechenden Mittel, die wir insgesamt brauchen, bekommen.

Aber ich sehe keinerlei Veranlassung, den Weg der Sonderfinanzierung jetzt zu beschreiten, nachdem der Beginn des Projektes mit der Abwicklung des Budgets zusammenfällt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich darf auf die Anwürfe des Herrn Kollegen Neisser zurückkommen, die mich deshalb enttäuscht haben, weil ich gedacht habe, derartige Töne herrschen nur in der Steiermark. (*Abg. Graf: In der Fragestunde?*) Herr Kollege Graf, wenn Sie so mit Dreck herumschmeißen, werden Sie mir wohl Gelegenheit geben müssen, mich zu verteidigen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es sitzen hier genug Kollegen von Ihrer Partei, von der Sozialistischen und der Freiheitlichen Partei, die miterlebt haben, wie ich am 22. Jänner 1981 hier gegenüber diesem Parlament den Wagen schwer beschädigt gekauft habe. Es ist leicht nachweisbar, daß dieser Drescher erst 1983 die Vertretung von SAAB bekommen hat. Dann geht ein Wiener Abgeordneter her und behauptet so etwas. (*Abg. Graf: In der Fragestunde? Was haben Sie denn für eine parlamentarische Vorstellung? — Abg. Dr. Schwimmer: Ordnungsruf!*) Wie schwach müssen doch die Argumente der „Bundesländer“-versicherten ÖVP sein, daß sie in dieser Angelegenheit so tief in den Dreck greifen muß.

Herr Bundesminister! Meine Frage an Sie: Man hat ja internationale Vergleiche, wie lange dauert die Implementierung eines neuen Flugsystems, und das ist es ja für uns, normalerweise in ein Verteidigungssystem eines Landes? (*Abg. Dr. Schwimmer: Entschuldigen Sie sich, Herr Probst!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Ich darf zunächst einmal den Zeitrahmen nennen, den Österreich für die Einführung des Luftraumüberwachungsflugzeuges brauchen wird. Wir haben im vergangenen Mai den Vertrag abgeschlossen. Als wesentlicher Schritt neben der Instandsetzung und der Bereitstellung der Infrastruktur auf den Flughäfen läuft die Ausbildung. Die Pilotenausbildung wird in der ersten Tranche mit Mitte 1987, Herbst 1987 abgeschlossen sein. Dann werden in viermonatigen Kursen die Staffelpiloten, jeweils sechs, nach Schweden zur Ausbildung kommen. Das wird dann noch weitere zwei, drei Jahre dauern, bis alle Piloten ausgebildet sind.

Die ersten Flugzeuge werden etwa im Herbst 1987 in Österreich eintreffen und werden dann in den folgenden rund zwei Jahren

Bundesminister Dr. Frischenschlager

nach Österreich ausgefolgt, sodaß also insgesamt das System Ende 1988, Anfang 1989 stehen wird. Das ist also ein Zeitraum von insgesamt dreieinhalb bis vier Jahren. Das ist ein Zeitrahmen, der im internationalen Vergleich durchaus für Flugzeuge dieser Art üblich ist.

Ich gebe schon zu, daß für Österreich die Situation insofern etwas schwieriger ist, als man ja die Einführung des Luftraumüberwachungsflugzeuges lange vor sich hergeschoben hat. Daher haben wir sicherlich etwas mehr Schwierigkeiten als ein anderes Land, wo derartige Dinge schon länger und öfters betrieben wurden.

Aber im internationalen Vergleich auch oder besonders mit moderneren Maschinen darf ich sagen, daß die Ausbildung und vor allem die technischen Notwendigkeiten ja noch ungemein schwieriger sind. Es ist also darauf zu verweisen, daß es eher länger dauern würde. Im internationalen Vergleich sind diese dreieinhalb bis vier Jahre für die Einführung durchaus üblich.

Präsident: Herr Abgeordneter Probst! Ich erteile Ihnen für den persönlichen Vorwurf an den Herrn Abgeordneten Graf, daß er mit Dreck herumschmeisse, einen **O r d n u n g s r u f**.

Nächste Frage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter **Roppert** (SPÖ): Herr Bundesminister! Bei der Einführung eines neuen Fluggerätes kommt natürlich der Ausbildung eine ganz entscheidende Bedeutung zu; das haben wir heute mehrfach gehört. Nun lese ich vor allem in den steirischen Medien, daß bei den sich derzeit in Schweden befindlichen Piloten mangelnde Motivation vorhanden gewesen wäre.

Herr Bundesminister! Kann das darin die Ursache haben, daß gegen einen dieser Piloten ein heeresinternes Disziplinarverfahren läuft, hat das vielleicht finanzielle Gründe oder liegt es gar darin, daß die Herren in Schweden für ihre privaten Flüge eine viersitzige SAAB verlangt und diese nicht erhalten haben? (*Abg. Dr. B l e n k: Woher soll der Herr Minister das wissen?*)

Präsident: Das sind zwar drei Fragen, aber bitte, eine Frage davon wird beantwortet.

Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Es hat sicherlich Vorstellungen

der Piloten über die persönlichen Begleitumstände auch finanzieller Natur gegeben, die durch die österreichischen Rechtsvorschriften für derartige Auslandsverwendungen nicht abdeckbar waren.

Ich darf aber betonen, daß ich auch im Gespräch mit den entsprechenden Personalvertretern gesagt habe: Was nur irgendwie rechtlich abdeckbar ist, sollen die Piloten bekommen, weil es sicherlich keine Kleinigkeit ist, auf ein derartiges neues System im Ausland eingeschult zu werden. Aber daß es dabei übertriebene Vorstellungen gegeben hat, das kann ich durchaus sagen.

Was disziplinaire Angelegenheiten betrifft, möchte ich den Dingen weder vorgreifen noch eingreifen.

Ich meine, daß die Dinge weit, weit aufgebaut wurden aus den bekannten Gründen, um zum rechten Zeitpunkt ein Politikum daraus zu machen. Insgesamt glaube ich, daß die Piloten von der Motivation her, was die Umstände ihrer Ausbildung betrifft, keinen Grund hätten, darüber Klage zu führen. Ich glaube auch, daß es im Grunde genommen auch gar nicht so ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller.

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Bundesminister! Zu der Feststellung oder Frage des Abgeordneten Roppert betreffend die Motivation. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Piloten besonders motiviert sind, wenn sie mehr oder weniger einer Psychiatriierung unterzogen werden. Da kann man ganz sicher von keiner Motivation reden, wenn man, nachdem man sich in einem Telefongespräch mehr oder weniger im Sinne des Auftrages, den man dort hat, nämlich die Abnahme dieser Geräte vorzubereiten, kritisch im Sinne des Befehls und des Auftrages geäußert hat, aufgrund von Tonbandanalysen mehr oder weniger zeitlich für fluguntauglich erklärt wird und dann, nachdem die ganze Geschichte in die Presse gekommen ist, ohne weitere Untersuchung wieder für flugtauglich erklärt wird. Das ist eine Vorgangsweise, die dieser Minister hier auf dieser Regierungsbank zu verantworten hat, der bedauerlicherweise auch von den Sozialisten in diesem Haus unterstützt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Frage der Beschaffung, Herr Bundesminister. Es gibt hier die Spezifikation, es gibt Piloten, die oben sind und schauen, ob diese Spezifikationen erfüllt werden. Es gibt

11692

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Burgstaller

eine Reihe von Beanstandungen, wo die Spezifikation nicht mit dem Gerät identisch ist, das zurzeit geflogen wird.

Ändert das etwas an den zeitlichen Beschaffungsvorgängen in Ihrem Ministerium?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Auch wenn Sie es noch einmal wiederholen, stelle ich fest, daß das, was Sie behaupten, daß hier aus politischen oder sonstigen Gründen eine flugmedizinische Untersuchung mit anderen Intentionen als im Interesse der Piloten und im Interesse der Flugsicherheit vorgenommen wurde, nicht stimmt. Es wurde dem Recht entsprechend vorgegangen. Alles andere ist eine Unterstellung. Auch wenn Sie es noch so oft wiederholen aus propagandistischen Gründen, ist es nicht wahr! Ich halte das fest.

Zu Ihrer eigentlichen Frage. Die Äußerungen der Piloten in ihren Berichten betreffen Details des Flugbetriebes und sind eine Information für die Projektgruppe, die dazu führt, daß laufend in Detailverfahren in Abwicklung des Vertrages, wenn kleinere — es sind ja nur kleinere — Schwierigkeiten auftauchen, entsprechende Implementierungen vorgenommen werden. Das sind durchwegs routinemäßige Vorgänge im Zuge der Einführung eines Gerätes wie bei jedem anderen auch. Es besteht keine Fundamentalkritik am Draken. Es gibt Berichte über Schwierigkeiten, die die Piloten noch dazu am Beginn ihrer Ausbildung feststellen. Das ist eine Information, das ist noch nicht das Fachurteil in der Frage selber. Das können ja die Piloten auch gar nicht abgeben.

Was den zeitlichen Ablauf betrifft, kann ich Sie beruhigen: Der Draken wird rechtzeitig in Österreich eintreffen und rechtzeitig, wie vorgesehen, seinen Flugbetrieb zur Sicherheit Österreichs aufnehmen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Herrn Minister.

718/M

Sollen „Draken“ in Innsbruck stationiert werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Es werden in Innsbruck keine Draken stationiert werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Herr Bundesminister! Ich möchte noch etwas anderes feststellen: Die Einrichtung einer Abteilung Humanfaktoren ist etwas ganz Außergewöhnliches und gehört nicht zur Routine.

In der sogenannten Länderkonferenz im Bundeskanzleramt vor einem Jahr wurde klar festgestellt, daß die Lasten der Stationierung der Draken von mehreren Flughäfen in verschiedenen Landeshauptstädten zu tragen sind. Ihre Äußerung hingegen widerspricht nun klar der Festlegung, die in dieser Länderkonferenz getroffen wurde. Wie stehen Sie dazu?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Zunächst einmal zu den Humanfaktoren. Ich finde es wirklich bedenklich, daß man die österreichischen Fliegerkräfte, die alle Vorkehrungen treffen, um eine der wesentlichsten Ursachen von Flugunfällen, die im Menschlichen liegen, zu bekämpfen und auszuschließen, daß man die entsprechenden Fachleute, die in der sogenannten Humanfaktorengruppe zusammengefaßt sind, nun in einen Zusammenhang bringt damit, als ob das dazu diene, Piloten zu disziplinieren. Ich halte das wirklich für bedenklich.

Ich werde daher auf Grund der heutigen Fragestunde zu einem anderen Zeitpunkt im Parlament oder auf einem anderen Weg alle diese Fakten auf den Tisch legen, weil ich dieses Heruntermachen der entsprechenden Fachleute, unserer Fliegerkräfte, wirklich für bedenklich erachte. Das hat nichts mehr damit zu tun, daß man an einem konkreten Vorgang Kritik übt. Da werden die zuständigen Leute durch den Dreck gezogen, und das halte ich einfach für ungerecht und falsch. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Herr Abgeordneter! Sie vermeinen, einen Widerspruch zum Flugeinsatzplan festzustellen, der zusammen mit allen Landeshauptleuten und Landeshauptmann-Stellvertretern beim Herrn Bundeskanzler vor rund einem Jahr vorgestellt wurde. Herr Abgeordneter! Ich habe gesagt, in Innsbruck werden die Draken nicht stationiert werden. „Stationierung“ ist ein eindeutiger Begriff, den Sie, verzeihen Sie mir, anscheinend mit dem Flugbetrieb verwechseln. Stationiert im Sinne von Heimatflughafen werden in Innsbruck keine Draken sein.

Bundesminister Dr. Frischenschlager

Es ist Tatsache — was ich nie verleugnet habe und was ich jetzt auch gerne bestätige —, daß im Zuge der fliegerischen Ausbildung auch Innsbruck mit zirka 4 Prozent der gesamten Flugbewegungen im Jahr angefliegen wird. Das ist aber nicht zu verwechseln mit Stationierung, wozu ja ganz andere Einrichtungen notwendig wären. Stationiert werden in Innsbruck die Draken nicht.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Die Humanfaktorenkommission wurde mit der Personalvertretung nicht abgesprochen und nicht entsprechend eingerichtet. Das möchte ich nur feststellen.

Ich möchte aber hinzufügen, daß Sie, auch wenn ein Flugbetrieb in Innsbruck, die Stationierung in Zeltweg und die Stationierung in Graz erforderlich sind, doch aufgrund der Erfahrungen, die die Herren aus Schweden mitbringen, eine Verlängerung der Landepiste in Zeltweg und in Innsbruck anstreben müssen. Haben Sie das für Innsbruck bereits entsprechend vorberaten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Der Flugbetrieb in Innsbruck, der, wie gesagt, im gesamten Flugeinsatzplan 4 Prozent ausmacht, geht davon aus, daß die Innsbrucker Piste dafür ausreicht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter Haigermoser (FPÖ): Herr Bundesminister! Auch Tirol war in der Vergangenheit von Flugluftraumverletzungen betroffen. Deshalb wird es notwendig sein, gerade diesem sensiblen Tiroler Bereich Aufmerksamkeit zu schenken. Ist es möglich, von einem anderen Flughafen aus als dem Innsbrucker dieser Luftraumüberwachung im Tiroler Bereich nachzukommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Der Idee der Verwendung des Flughafens Innsbruck liegt zugrunde — auch aus historischen Erfahrungen der Zweiten Republik —, daß auch von einem so grenznahen Flughafen — in einem, wie Sie richtig sagen, sensiblen Bereich — in einer Krisensituation unsere Luftraumüberwachung durchgeführt werden kann.

Natürlich kann die Aufgabe auch von einem anderen Flughafen aus betrieben werden, allerdings nur unter Zeitverlust für den Tiroler Raum. Deshalb erfolgt auch in Innsbruck die Ausbildung und das Training der Piloten, und zwar in einem sehr bescheidenen Umfang, um die Piloten in die Lage zu versetzen, diesen Auftrag in einer Krisensituation im Interesse der Sicherheit dieses Landes wahrzunehmen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Brunner.

Abgeordnete Wanda Brunner (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich habe die Diskussion, die Sie vorhin mit dem Herrn Abgeordneten Ermacora führten, genau verfolgt. Ich bin mir schon klar darüber, daß der Einsatzplan etwas anderes ist als die Frage der Stationierung. Ich möchte Sie als Innsbruckerin aber trotzdem noch einmal fragen. Sie sagen, die Piste wird ausreichen. Nun gibt es eine ganze Reihe von politisch sehr durchsichtigen Presseaussendungen, die natürlich aus der Steiermark kommen, in denen steht, daß Innsbruck auf gar keinen Fall geeignet ist, daß die Draken nicht anfliegen können.

Mir als Innsbruckerin erscheint die Frage wirklich sehr wichtig, sodaß ich Sie bitte, mir diese noch einmal genau zu beantworten, denn ich bin überzeugt davon, daß die nächste Pressekampagne über die Überwachungsflugzeuge in der „Tiroler Tageszeitung“ stattfinden wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Frau Abgeordnete! Die Eignung der Länge einer Piste hängt vom Flugbetrieb, von der Ausstattung des Flugzeuges und von vielen anderen Faktoren ab. Der Draken ist in der Lage, den Start, also die Flugbewegung, von zirka 600 m unter ganz bestimmten Voraussetzungen aufwärts bis zu 2 000 m durchzuführen. Das hängt von vielen Faktoren ab.

Aus diesem Grunde darf ich noch einmal klarstellen: Eine Verlängerung der Piste wird im Zuge der Einführung der Draken von uns nicht betrieben, das fällt auch gar nicht in unsere Zuständigkeit, da es ja ein ziviler Flughafen ist. Das einzige, wofür wir kompetent sind, sind die Militärflughäfen. Es war Voraussetzung für die Situation in Innsbruck, daß wir mit der bestehenden Flughafeneinrichtung, vor allem mit der Pistenlänge das Auslangen zu finden haben.

11694

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Präsident

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frizberg.

Abgeordneter Dr. Frizberg (ÖVP): Herr Bundesminister! Die ganze Aufregung über die Frage, ob die Flughäfen in Österreich geeignet beziehungsweise welche geeignet sind, hätten Sie sich eigentlich ersparen können, wenn die ganze Sache so harmlos ist, wie Sie vorhin sagten. Sie hätten sich die ganze Psychiatrierung, die Disziplinarverfahren gegen die Piloten und den Druck auf die Personalvertreter ersparen können, wenn Sie einfach angeordnet hätten, ein paar Draken sollen nach Österreich fliegen, und zwar die alten Draken, die in Österreich stationiert werden sollen. Man hätte sich dann anschauen können, ob es funktioniert oder nicht. Warum haben Sie das nicht gemacht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Auch wenn Sie es noch so oft wiederholen: Ich weise zurück, daß die flugmedizinische Untersuchung auch nur im entferntesten einen Zusammenhang hat mit Disziplinarverfahren oder mit politischem Druck. Ich weise das zurück!

Zur Frage der Vorstellung des Draken in Österreich. Ich darf darauf verweisen, daß die Flugzeuge, die Österreich kauft, nun grundüberholt werden. Ich kann nicht einfach hergehen und sagen: Jetzt fliegen wir nach Graz, um sie vorzustellen. Die Flugzeuge werden rechtzeitig geliefert. Alle Daten und die entsprechenden Maßnahmen in Zusammenhang mit der Einführung sind auf Grund des Bewertungsverfahrens und des Ausschreibungsverfahrens eindeutig feststehend.

Noch einmal: Die Flugzeuge werden rechtzeitig in Österreich einlangen, und ich bin sicher, daß die Österreicher dann, wenn sie sehen, wie das in der Praxis abläuft, glauben werden, daß all das, was jetzt behauptet wird, nicht den Tatsachen entspricht.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein (890 der Beilagen)

eingelangt ist, die ich dem Bautenausschuß zuweise.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz über die Organisation der Akademie der bildenden Künste in Wien (Akademie-Organisationsgesetz 1986) (892 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsvollstreckungsgesetz geändert wird (Verwaltungsvollstreckungsgesetz-Novelle 1986) (905 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz über die Erweiterung der Kompetenzen des Bezirksgerichtes Hernals und die Änderung des Bezirksgerichts-Organisationsgesetzes für Wien, BGBl. Nr. 203/1985 (1. Novelle zum Bezirksgerichts-Organisationsgesetz für Wien) (906 der Beilagen).

Erklärung gemäß § 19 Abs. 2 GO

Präsident: Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat mir mitgeteilt, daß er vor Eingehen in die Tagesordnung eine mündliche Erklärung gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung zur Weiterentwicklung der Agrarmarktordnung abgeben möchte.

Gemäß § 19 Abs. 2 3. Satz der Geschäftsordnung beabsichtige ich, ihm sofort das Wort zu erteilen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Es ist mir das schriftliche Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung unterbreitet worden, im Anschluß an die Erklärung sogleich eine Debatte durchzuführen. Wird gegen diesen Zeitpunkt ein Einwand erhoben? — Das ist ebenfalls nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden das Wort.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden**Erklärung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur Weiterentwicklung der Agrarmarktordnung**

10.11

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zweifellos so, daß unser Agrarmarktsystem in Unordnung geraten ist. Aber ich füge gleich hinzu, das gilt nicht nur für Österreich, sondern für sämtliche Industriestaaten Europas.

Ein verfallener Dollarkurs, übersättigte Märkte, der Umstand, daß die Nettoimporteure immer weniger importieren, ein nach wie vor hohes Produktionsvolumen, eine weiterhin steigende Produktivität haben zu dieser Situation geführt.

Wir werden alle Anstrengungen zu unternehmen haben, um mit dieser Entwicklung fertig zu werden, und es ist ganz sicher notwendig, meine Damen und Herren, daß wir dafür Sorge tragen, die Produktion besser als bisher an die Vermarktungschancen anzupassen.

Symptom dieser Entwicklung war zweifellos der ungewöhnlich hohe, der auf Dauer untragbar hohe allgemeine Absatzförderungsbeitrag für die Milchbauern. Das ist jener Abzug, der jedes Kilogramm Milch trifft und der dazu beiträgt, die Exporte zu finanzieren.

Wir mußten im November nach den Marktplanungen, die der Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds vorlegt, feststellen, daß eine erhebliche Erhöhung unerlässlich ist. Der Landwirtschaftsminister ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister verpflichtet, diese Änderungen vorzunehmen, wenn die Marktdaten und die Exportfinanzierungskosten sie erforderlich machen.

Ich habe daher nach der sogenannten Anhörung mit Wirkung vom 1. November den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag mit 64 Groschen und ab 1. Jänner mit 60 Groschen festlegen müssen.

Dieser Umstand hat natürlich zu sehr eingehenden Diskussionen geführt. Wir haben uns schließlich entschlossen, Verhandlungen darüber aufzunehmen, wie wir das Marktordnungsgesetz weiterentwickeln können, um das Problem doch einigermaßen dauerhaft zu lösen. Um diese Frage ging es.

Die Verhandlungen waren überaus schwierig und langwierig. Ich muß allerdings hinzufügen, daß sie in einem guten Klima verlaufen sind. Dieses Klima ist nicht immer in Einklang mit den Äußerungen außerhalb der Verhandlungsräume gestanden, mit den Presseerklärungen, die man gehört hat, mit Protestaktionen, die immer wieder an der Tagesordnung waren.

In der Frage, wie wir das Problem lösen könnten, hat es von Anbeginn an unterschiedliche Auffassungen gegeben. Herr Präsident Derfler! Sie sind mir nicht ungehalten, wenn ich sage, daß es auf der Seite des Bauernbundes die Meinung gab, der Bund sollte etwa 300 Millionen Schilling in das System zahlen, um den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zu senken. Das ist dieser Betrag, der aus Bauernmitteln aufzubringen ist, ein Fehlbetrag, der aber noch aus dem vergangenen Wirtschaftsjahr stammt. Das festzustellen, ist auch notwendig.

Nun, meine Damen und Herren, wir haben vor etwa einem Jahr 180 Millionen aus dem Budget zugeführt, um in einer ähnlichen Situation den Milchbauern zu helfen. Diese 180 Millionen Schilling haben nicht jenen Erfolg gebracht, den wir uns gleichzeitig mit einer sogenannten Rückkaufaktion von Richtigungen, die über das Budget finanziert wurde, erwartet hätten.

Wir haben uns daher — das gilt für die Regierungsparteien — gesagt, wir müßten nun alles tun, um auch strukturelle Änderungen herbeizuführen, wir müßten alles tun, damit weniger Milch erzeugt wird, um weniger exportieren zu müssen. Denn das Hauptproblem liegt doch darin, daß heute beim Export von Milchprodukten, umgerechnet auf Milch, beim Export von einem Kilogramm Milch bereits 7 S an Stützung bezahlt werden müssen. Das sind Stützungsmittel, die die Bauern aufbringen, Stützungsmittel, die die Steuerzahler aufbringen, Stützungsmittel, die auch die Konsumenten aufbringen, die Trinkmilch kaufen, während der Bauer einen Milchpreis von etwa 4,50 S erhält, je nach Fettgehalt.

Das heißt, jedes Kilogramm Milch, das wir zusätzlich exportieren oder das wir noch exportieren, bedeutet, daß es der Steuerzahler, der Milchproduzent und der Konsument, der Trinkmilch kauft, finanzieren müssen. Ist dieses Finanzierungserfordernis nicht erforderlich, dann werden Budget, Bauern und Konsumenten entlastet.

11696

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Deshalb waren wir der Auffassung, daß wir strukturelle Änderungen vornehmen müßten. Denn diese Exporte sind in der Tat, um mit Professor Priebe, einem bundesdeutschen Agrarökonom, zu sprechen, zur „subventionierten Unvernunft“ geworden.

Meine Damen und Herren! Der Ausgangspunkt war also, alles zu tun, damit wir von den 60 Groschen herunterkommen, aber gleichzeitig auch strukturelle Maßnahmen zu setzen.

Ich möchte feststellen, daß der Landwirtschaftsminister — ich habe das schon gesagt — bei der Festsetzung nicht allzu viel Spielraum hat. Das Gesetz, das mich dazu verpflichtet, wurde mit den Stimmen aller drei Parteien hier im Plenum beschlossen, und daher, meine Damen und Herren, müssen wir die Konsequenzen dieses Gesetzes auch draußen gemeinsam tragen.

Ich möchte ausdrücklich Herrn Präsidenten Derfler für eine Äußerung danken, die er gestern bei abschließenden Gesprächen gemacht hat. Er hat wortwörtlich gemeint: Der Landwirtschaftsminister hat im Rahmen des Gesetzes gehandelt bei der Festsetzung dieses allgemeinen Absatzförderungsbeitrages, und es kann ihm niemand daraus einen Vorwurf machen.

Draußen bei den Bauernversammlungen und auch in Presseäußerungen ist von dieser gemeinsamen Verantwortung für ein gemeinsam beschlossenes Gesetz dann ein wenig weniger zu spüren.

Ich freue mich, daß wir uns buchstäblich im letzten Augenblick vor Beginn meines Berichtes geeinigt haben, Herr Präsident Derfler, aber eine Feststellung gestatten Sie mir schon.

Im Widerspruch zu Ihrer Äußerung steht etwa, wenn eine Abgeordnete in einer Presseausendung meint, der Landwirtschaftsminister habe mit dieser Festsetzung zu einem weiteren Schlag gegen die Bauern ausgeholt, es sei der Würgegriff auf die bäuerlichen Einkommen.

Oder ein anderer, ein steirischer Abgeordneter, meint, es sei ein Willkürakt des Landwirtschaftsministers, der den Milchabsatzförderungsbeitrag mit 64 Groschen festgesetzt hat, und im übrigen sei es eine kaltschnäuzige Vorgangsweise — weil das vollzogen wird, was hier gemeinsam beschlossen worden ist.

Mit diesen Zitaten möchte ich es bewenden lassen. Wir haben uns geeinigt, und das ist ungewöhnlich wichtig für die Milchbauern.

Meine Damen und Herren! Die Reaktionen der Milchlieferanten waren verständlich, denn wir haben ja gemeinsam den Bauern, die sich an die Richtmenge gehalten haben, immer wieder gesagt: Wer sich an die Richtmenge hält und wer nicht diese großen Exportaufwendungen verursacht hat, der sollte auch nicht belastet werden. Wir wollen ein Verursacherprinzip, und wir wollen nicht jene belasten, die sich an die Richtmenge halten.

Ich wiederhole, was ich schon heuer in meiner Erklärung hier im Hause gesagt habe: daß es mir viel lieber wäre, wenn wir den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag überhaupt abschaffen könnten, denn nach der Regierungsvorlage 1978 gäbe es diesen Beitrag, diesen Abzug nicht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich habe auch auf die Hauptursachen hingewiesen: Zu viele Richtmengen wurden immer wieder ausgegeben, die keine Bedeckung finden im Inlandsabsatz und in den 16 Prozent, die der Staat finanziert, und im allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, der ja ursprünglich nur 5 Prozent der Überproduktion finanzieren sollte.

Zu hohe Produktionskosten, die Exporte werden immer schwieriger, und all das drängt natürlich zu strukturellen Veränderungen. Aus diesem Grunde wurden die Verhandlungen am 10. Jänner aufgenommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe damals die Auffassung vertreten, wir sollten die Richtmengen um 4 Prozent kürzen. Damit bliebe unter dem Strich für die Milchbauern mehr als bisher, denn wir müßten ja einen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag von 7 S haben, wenn es nach dem Verursacherprinzip ginge. Das wäre ja ein Pönale für die die Richtmenge übersteigende Milchlieferung. Und weil das nicht geht, müssen die Bauern, die sich an die Richtmenge halten, mittragen für jenen Anteil, der über den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag nicht finanziert werden kann.

Meine Damen und Herren! Die Richtmengenkürzung wäre das vernünftigste gewesen, und ich glaube, wir hätten das den Bauern auch verständlich machen können. Ich bekomme immer mehr Zuschriften von Bauern, die sagen: Jawohl, wir erzeugen lieber weniger und haben diese Belastungen ein für

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

allemaal los. Ich räume ein, daß ich ebenso viele Zuschriften bekomme von Bauern, die sagen: Ja, Minister, man kann doch die Richtmengen nicht noch mehr kürzen, wir haben ohnehin niedrige Richtmengen! — Deshalb hatte ich ja gemeint, bei niedrigen Richtmengen könnten wir anders vorgehen als bei hohen Richtmengen.

Meine Damen und Herren! Diese Richtmengkürzung war nicht möglich. Wir haben bei den Verhandlungen hierüber ein Einvernehmen nicht erzielen können. Ich glaube, das ist eine versäumte Gelegenheit, denn ein Schritt jetzt wäre die Voraussetzung dafür gewesen, daß wir bei der Verlängerung der Marktordnungsgesetze im Jahre 1988 den zweiten Schritt hätten tun können, um den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag ein für allemal abzuschaffen.

Ich gebe aber gerne zu, daß das nunmehr vereinbarte Paket, das von den drei im Parlament vertretenen politischen Parteien in Form eines Initiativantrages heute eingebracht wird, insgesamt sehr entscheidende strukturelle Verbesserungen bringt.

Zum einen eine Verbesserung, die der Finanzminister bezahlt. Ich stelle sie voran, weil man sich dessen bewußt sein muß: nämlich neuerlich eine verbesserte Rückkaufaktion von Richtmengen, die dann stillgelegt werden. Das bedeutet unmittelbar weniger Produktion und daher weniger Exporterfordernis. Es werden 65 000 Tonnen nach dem Modell der ersten Rückkaufaktion zurückgekauft werden, allerdings bei verdoppelter Prämie, um den Anreiz zu erhöhen, und halbierte Laufzeit, sodaß es insgesamt etwa die gleiche finanzielle Belastung bringt.

Meine Damen und Herren! Das sind 650 Millionen Schilling, auf fünf Jahre aufgeteilt. Man muß sich dessen schon bewußt sein, daß der Finanzminister einen sehr erheblichen Beitrag leistet, um dieses Strukturproblem zu bewältigen, und das ist nicht der einzige. Natürlich der Steuerzahler, selbstverständlich muß die steuerzahlende Bevölkerung diese Belastung tragen.

Wir haben eine Lösung gefunden, die strukturell sehr wesentlich ist, durch die Einführung der sogenannten Handelbarkeit. Ich möchte erklären, worum es hierbei geht. Wir haben schon bei der Milchmarktenquete, an der alle namhaften einschlägigen Wissenschaftler Österreichs teilgenommen hatten, in den Jahren 1977 und 1978 diese Handelbarkeit geprüft. Sie wurde damals von den Wis-

senschaftlern aus einer sehr logischen Überlegung abgelehnt, weil wir bei der Handelbarkeit das Problem gehabt hätten, daß Richtmengen nicht dorthin kommen, wo wir sie brauchen: in die Grünlandgebiete, wo die Bauern keine anderen Produktionsalternativen haben.

Die Handelbarkeit, die nun beschlossen werden soll, sieht anders aus. Die Zuteilung angebotener Richtmengen — die Bauern bekommen hierfür eine Prämie — erfolgt an Bauern anonymisiert, es ist kein direkter Kontakt zwischen abgebenden und kaufenden Bauern da, an jene Bauern, die ein besonderes Mißverhältnis zwischen ihrem Grünland und der Richtmenge haben, sodaß diese Bauern bevorzugt zum Zuge kommen.

Das scheint mir auch eine sehr wesentliche Frage zu sein. Die Änderung besteht darin, daß innerhalb der milcherzeugenden Betriebe mehr strukturelle Bewegung entsteht. Zum zweiten wird es nicht mehr so sein, daß durch einen höheren Inlandskonsumzuwachs entstehende Richtmengen wieder verteilt werden, und das bedeutet natürlich auch eine strukturelle Verbesserung.

Eine weitere Maßnahme, die das System entscheidend verbessert, ist, daß wir nunmehr das erreichen, was wir bei der letzten Verlängerung der Marktordnungsgesetze so eingehend diskutiert haben: daß der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag, der nach dem Verursacherprinzip wirken soll, ein bestimmtes Ausmaß nicht unterschreiten darf. Es wird in Zukunft einen Mindestbetrag von 75 Prozent des Milchpreises geben. Ist der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag niedriger, dann werden diese Einnahmen dem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zugeschrieben.

Was bedeutet das in der Praxis? Das bedeutet in der Praxis, wenn sich rechnerisch ein niedrigerer Abzug ergibt, dann wird nicht gesenkt, damit keine Phase eintritt, in der die Milchproduktion wieder stimuliert wird, in der sie wieder steigt, denn das wäre ja ein *Circulus vitiosus* in alle Ewigkeit: Bei rückläufigem zusätzlichem Absatzförderungsbeitrag eine steigende Produktion, dann müssen die Beiträge wieder erhöht werden, und wir haben das Problem sozusagen in Permanenz.

Die Frage des Ab-Hof-Verkaufes war besonders schwierig, ich räume das sehr gerne ein. Sie ist auch ein schwieriges Problem. Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal, meiner persönlichen Überzeugung nach und mit großem Ernst: Wenn wir nicht haben wol-

11698

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

len, daß dieses Milchwirtschaftssystem mit einheitlichen Produzenten-Milchpreisen und einheitlichen Konsumenten-Milchpreisen in Frage gestellt wird, dann können wir nicht dulden, daß es einen gespaltenen Markt gibt. Denn das wäre das Ende des jetzigen Systems.

Es mag vielleicht Auffassungen geben: Was passiert schon, wenn dieses System zu Ende geht? — Gar keine Frage, für die Konsumenten wäre es kein großes Problem. Wir würden die Frage lösen, die die OECD kritisiert hat, daß unser Erzeugungs- und Vermarktungssystem, unser nachgeordnetes System, von den Verbänden angefangen bis zu den Vermarktungsorganisationen, nicht effektiv ist, daß wir zu kostenaufwendig weiterverarbeiten. Wir hätten dann mehr Konkurrenz im Inland, und es wäre einiges wesentlich besser und auf einfache Art und Weise geregelt.

Auf der Strecke blieben die Bauern auf den Hängen, in den abgelegenen Gräben, die konsumfern sind. Und aus diesem Grunde dürfen wir diesen Weg nicht gehen, aus diesem Grunde müssen wir uns bemühen, die Mängel aus dem System auszuschalten, damit alle wieder sagen können: Ja, wir stehen dazu, die Konsumenten ebenso wie die Bauern. Um diese Frage geht es.

Und deshalb bin ich auch froh, daß wir doch einigen Fortschritt durch diesen Initiativantrag haben werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es wird in Hinkunft so sein, daß der Ab-Hof-Verkauf gemeldet werden kann. Im Ausmaß der gemeldeten Menge muß jedenfalls ein Beitrag entrichtet werden, den wir nun nicht nach einer Marktordnungsideologie festlegen, sondern es ist ein Pauschalbetrag. Der Pauschalbetrag wird 3 S betragen und ist abzuführen. Das System kann nur bei einer absolut strengen Kontrolle und bei rigorosen Sanktionen funktionieren.

Herr Präsident Derfler, gestatten Sie, daß ich mich an Sie wende: Das, was wir verbal außer Streit gestellt haben, müssen wir jetzt draußen gemeinsam tragen, und da ist Ihr Einfluß ungleich größer als mein Einfluß. Nur dann, wenn das System jetzt wirklich konsequent vertreten wird — von den Bauernorganisationen, von den Verbänden, von den Molkeereien, von allen, die in diesem System mitwirken und mit dabei sind —, können wir erfolgreich sein. Wenn dieses System nicht von allen mitgetragen wird und wenn diese Ab-Hof-Regelung nicht strikt eingehalten

wird, dann kann das System in Zukunft dennoch nicht funktionieren, auch wenn wir uns jetzt alle Mühe gegeben haben, ein gutes Gesetz zustande zu bringen. Dessen müssen wir uns bewußt sein.

Daß die Ab-Hof-Milch gemeldet wird, daß die Beiträge entrichtet werden und dennoch ein Anteil illegalen Ab-Hof-Verkaufes bleibt, das wäre das Ende des Systems. Hundertprozentig ausschalten wird man illegale Handlungen nie, das weiß ich schon. Aber im Prinzip muß es nun funktionieren, sonst werden wir nur in neue Schwierigkeiten geraten, und das System wird früher zu Ende sein, als wir es uns jetzt vorstellen können. Ich möchte mit großem Ernst auf diesen Umstand hinweisen.

Dieser Pauschalbetrag bedingt, daß auch ein Mindestpreis für die Ab-Hof-Milch festgesetzt ist. Auch diese Frage ist jetzt geregelt.

Meine Damen und Herren! Die Sanktionen, die beschlossen werden, sind rigoros. Sie führen nämlich zu befristeten oder dauernden Kürzungen der Richtmengen, wenn sich Milchlieferanten jetzt nicht an diese Bestimmungen halten. Und ein Bauer, der für sich, seine Familie und für die Nachfolgenden Verantwortung trägt, wird auf die Richtmenge achten müssen, daß hier nichts passiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn etwa, wie viele schätzen, 70 000 Tonnen für Ab-Hof-Verkauf angemeldet werden und nunmehr der Beitrag ab 1. Jänner 1986 entrichtet wird, also rückwirkend für dieses Halbjahr, dann bedeutet das Einnahmen von 220 Millionen Schilling, die das System entlasten. Es ist vereinbart, daß 60 Prozent davon der Exportfinanzierung zugehen und 40 Prozent der Maßnahmen dem Inlandskonsum dienen.

Wir haben uns vorgestellt, daß wir das Problem der wachsenden Wasserkäseimporte dadurch besser unter Kontrolle bekommen, daß insbesondere diese Käsesorten im Inland verbilligt werden, damit wir in Hinkunft weniger Importe haben werden.

Meine Damen und Herren! Es ist vereinbart und im Initiativantrag vorgesehen, daß der Ab-Hof-Verkauf, der gemeldet ist, ab 1. Jänner 1987 in den Inlandsabsatz eingerechnet wird, weil wir sehen wollen, wie sich das entwickelt, wie die Kontrolle funktioniert. Das System kann sich einlaufen, und für die Zeit ab 1. Jänner ist ex lege diese Regelung jetzt schon getroffen.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Es gibt eine Reihe anderer strukturell wertvoller Maßnahmen, wie die Stilllegung von Einzelrichtmengen ohne Prämienzahlung unter bestimmten Voraussetzungen, wie die Richtmengenkürzung bei Altpachtverträgen, wie die Industriebutteraktion, die außerhalb der legislativen Maßnahmen auf Wirtschaftspartnerebene schon beschlossen ist.

Weiters kommt noch dazu, daß wir durch die Handelbarkeit von Richtmengen auch eine strukturelle Entlastung erfahren.

Ich glaube, es ist ein brauchbarer Kompromiß geworden, der nicht nur und ausschließlich nach dem Grundsatz, der Staat solle fehlende Mittel zur Verfügung stellen, vor sich geht. Dennoch werden aus dem Budget 650 Millionen — ich sagte es schon — für einen Zeitraum von 5 Jahren notwendig sein und jährlich etwa 300 Millionen Schilling — es ist schwer zu schätzen —, wenn das System dann eingeführt wird, wenn ab 1. Jänner 1987 die Einrechnung des Ab-Hof-Verkaufs in den Inlandsabsatz vorgenommen wird. Eine beachtlich Leistung aus dem Budget. Das hilft unseren Milchbauern und führt doch zu weniger Produktion und damit zu verringertem Exporterfordernis.

Meine Damen und Herren! Die Ausfallhaftung durch den Bund war nicht möglich. Eine Ausfallhaftung zu geben, hätte bedeutet, daß wir das Finanzierungssystem außer Kraft setzen. Es hätte aber vor allem bedeutet, und das ist die entscheidende Frage, daß wir bei einer Ausfallhaftung des Bundes dann, wenn wieder Probleme auftreten, uns nicht überlegen, was wir strukturell verbessern könnten, sondern es wäre sofort die Forderung an den Finanzminister zu zahlen, und deshalb war dieser Weg nicht gangbar.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß das Junktim mit der Getreidefrage nicht akzeptabel war. Ich räume aber ein, daß wir uns sehr rasch zusammensetzen müssen, um die Verhandlungen über den Getreidemarkt zu beginnen. Ein Futtergetreideexportsystem noch zu erweitern, ist nicht möglich. Für Futtergetreide bekommen wir pro Tonne heute knapp 1500 S, wir müssen an die 3000 S Exportstützung dazuzahlen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß diese Art der Vermarktung nicht aufrechterhalten werden kann. Wir werden uns also sehr eingehend mit diesen Fragen auseinandersetzen haben.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt: Es hat immer wieder am Rande der Verhandlungen Demonstrationen gegeben.

Ich möchte mich mit dem Flugblatt nicht auseinandersetzen, Herr Präsident Derfler, wirklich nicht.

Aber eine Richtigstellung muß ich treffen. Es steht hier: „Verstehen Sie, daß der Landwirtschaftsminister Getreide, das er im Herbst um 80 Millionen Schilling teurer hätte verkaufen können, erst jetzt verkauft!“

Das ist eine glatte Unterstellung, also, wenn ich es unfreundlich ausdrücken wollte, eine Unwahrheit. Warum? — Wir haben uns Unsummen erspart, weil ich zeitgerecht die Verhandlungen mit der Sowjetunion begonnen habe; ich bin nach Moskau geflogen, um den Vertrag rasch unter Dach und Fach zu bringen. Es ist nicht darum gegangen, ob wir Futtergetreide exportieren können oder nicht, sondern darum, ob wir zuerst Brotgetreide oder Futtergetreide exportieren sollen. Für Brotgetreide haben wir Verpflichtungen. Deshalb haben wir gesagt, zuerst müßte das Brotgetreide exportiert werden.

Meine Damen und Herren! Nach den gesetzlichen Normen, die hier im Hohen Haus beschlossen worden sind, hat der Getreidewirtschaftsfonds jederzeit die Möglichkeit gehabt, Kredite aufzunehmen und mit diesen Krediten auch die Futtergetreideexporte zu finanzieren. Ich verstehe schon, daß er das nicht wollte. Ich halte diese Auffassung sogar für legitim, aber hier haben wir beschlossen, Herr Obmann, daß Sie jederzeit die Kredite aufnehmen können. Machen Sie also bitte nicht mich verantwortlich dafür, daß die Exporte nicht durchgeführt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Flugblatt wird auch über Alternativen gesprochen. Dazu ein offenes Wort. Natürlich brauchen wir Alternativen; das ist gar keine Frage. Ich glaube, wir sollten uns nun doch sehr rasch über die Novelle zum Forstgesetz zusammensetzen, damit wir auch forstliche Biomasse auf Ackerböden erzeugen können, weil das sicher die kostengünstigere Variante ist.

Weil wieder vom Biosprit die Rede ist: Ich bin nach wie vor überzeugt, daß Biosprit eines Tages auch ökonomisch vernünftig sein wird, aber bitte noch lange nicht, und heute noch weniger als vor einem halben Jahr oder einem Jahr. Es gibt keinen europäischen Staat, der die Beimischung von Biosprit zu Kraftstoffen bisher realisiert hat. In Brasilien, wo es derzeit drei Ernten im Jahr gibt, überlegt man jetzt, wie man vom Biosprit wieder schrittweise wegkommen kann.

11700

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Noch eine Feststellung: Die Förderung des Eiweißfutterpflanzenanbaues habe ich aus Überzeugung eingeführt. Die Förderung des Eiweißfutterpflanzenanbaues war nicht gar so sehr in Ihrem Förderungsprogramm, später ja. Warum nicht? Weil Eiweißfutterpflanzen im bäuerlichen Betrieb in der tierischen Veredelung Verwendung finden können, weil Eiweißfutterpflanzen auf einfache Weise gemischt werden können und damit das Geschäft an der nachgeordneten Industrie und an der nachgeordneten Verarbeitung vorbegeht, um mich sehr vornehm auszudrücken.

Meine Damen und Herren! Wir werden auch über Alternativen sehr eingehend reden müssen. Aber ich bitte, etwas zu verstehen: „Alternativ“ bedeutet „anstelle“ und nicht „zusätzlich“. Wir könnten etwas nicht durchsehen, so wünschenswert es auf den ersten Blick aus der Sicht bäuerlicher Interessensvertreter sein mag: daß wir nämlich zu einem großen Subventionstopf — ich sage nicht „zu einem Faß ohne Boden“, denn dieser Subventionstopf ist notwendig —, daß wir zu diesem Topf einen zweiten dazustellen. Das ist bitte nicht möglich. „Alternativ“ bedeutet „anstelle“ und nicht „zusätzlich“.

Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, zu einer Enquete einzuladen, Wissenschaftler, Bauernvertreter, Wirtschaftspartner, wie wir es im Jahr 1977 bei der Vorbereitung der Milchmarktordnung gemacht haben. Wir sollten eingehend Milchmarkt, Getreidemarkt, alternative Produktionsmöglichkeiten unter Zuziehung der besten Köpfe, unter Zuziehung aller einschlägigen Wissenschaftler und aller Betroffenen prüfen, dann werden wir einen guten Boden für die Marktordnungsverhandlungen 1988 haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Wir gehen gemäß § 81 der Geschäftsordnung ... *(Bundesminister Dipl.-Ing. H a i d e n: Herr Präsident! Darf ich noch eines sagen?)* Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden *(fortsetzend):* Da wir uns erst eine Minute vor Redebeginn geeinigt haben, habe ich keinen geschriebenen Bericht.

Eine wichtige Feststellung: Der allgemeine Absatzförderungsbeitrag, der ja der Stein des Anstoßes war, wird durch den Gesetzgeber — sonst ginge es nicht, nicht durch mich — ab 1. März mit 38 Groschen festgesetzt. Die Maßnahmen, die wir jetzt beschließen werden, werden dazu führen, daß ab 1. Juli der allgemeine Absatzförderungsbeitrag aller Voraus-

sicht nach unter 30 Groschen liegen wird, vermutlich eher bei 25 Groschen. Das möchte ich abschließend noch gesagt haben.

Wir haben mit diesem Initiativantrag, wenn er beschlossen sein wird, für die Milchbauern gute Arbeit geleistet. — Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 10.47

Präsident: Wir gehen in die gemäß § 81 der Geschäftsordnung verlangte Debatte ein.

Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Deutschmann.

10.47

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Landwirtschaftsminister hat heute eine Darstellung über 16 Verhandlungen, die sehr schwierig waren, gebracht und hat unter anderem erklärt, daß das Agrarsystem in Unordnung geraten sei.

Er hat in weiterer Folge auch aufgezeigt, welche Ursachen mit zu beachten waren, er hat aber nicht gesagt, daß eine dieser Ursachen sicher die ist, daß wir immer aus gegebenem Anlaß Verhandlungen und Veränderungen durchführen und keine auf längere Zeit orientierte Agrarpolitik beschließen. Als Vertreter der Bauernschaft möchte ich das als Negativum aufzeigen.

Herr Bundesminister! Sie haben in Ihren Ausführungen den einen oder den anderen zitiert, auch wir könnten Zitate bringen, die nicht dazu beitragen, zu einem positiven Abschluß zu kommen.

Alle Aussagen der Bauernbundfunktionäre und Mandatäre waren von der Sorge getragen, wie es weitergehen soll, denn die derzeitige Agrarpolitik bietet nicht die Sicherheit, daß unsere bäuerliche Bevölkerung den Lohn bekommt, der ihr zusteht. Ich glaube, daß das auch von dieser Stelle aus gesagt werden muß. *(Beifall der ÖVP.)*

Wenn man sich noch zusätzlich — ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß Sie hier sind — die Regierungserklärung 1983 in Erinnerung ruft, so wurden in dieser positive Aussagen getätigt, man sprach etwa von der Sicherung und der angemessenen Verbesserung der Lebensgrundlagen der bäuerlichen Bevölkerung.

Herr Bundeskanzler! Das haben Sie im Jahre 1983 im Hohen Haus in der Regierungserklärung der bäuerlichen Bevölkerung garantiert. In der Zwischenzeit haben wir

Deutschmann

feststellen müssen, daß keine Verbesserungen eingetreten sind, im Gegenteil, wir mußten feststellen, daß wir in Österreich eine Entwicklung haben, die nicht als positiv zu betrachten ist, weil immer mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verlorengehen.

Wir haben allein von 1970 bis zum heutigen Tag 177 000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren. Dazu muß man noch sagen, daß wir neben dem Verlust dieser Arbeitsplätze die höchste Nebenerwerbsquote in Europa haben: 60 Prozent der Bauern sind im Nebenerwerb tätig. Das bedeutet, daß die Agrarpolitik nicht auf den Familienbetrieb ausgerichtet ist, sonst würden ja diese Menschen in der Landwirtschaft bleiben, würden ein gesichertes Einkommen haben und letzten Endes auch ihrer Aufgabe in der Ernährungsversorgung nachkommen.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen auch sagen — der Herr Landwirtschaftsminister ist ja jetzt weggegangen —, daß die Einkommensverluste sicherlich nicht allein durch die Verluste bei der Milch entstehen, sondern wir haben allgemein im Jahre 1985 real — bitte, hören Sie — 8 Prozent Einkommensverlust, minus 8 Prozent. Und das, wie ich schon gesagt habe, nicht allein durch den Absatzförderungsbeitrag bei Milch, sondern auch durch Einkommensverluste bei Wein, Holz, bei der Tierproduktion und letzten Endes auch im Getreideanbau.

Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Ich muß ganz offen erklären: Wir können einfach nicht verstehen, daß man die Landwirtschaft nicht als eine Einheit sieht, sondern versucht, einmal die Milchbauern zu bedienen, und die anderen liegen läßt und dann die anderen, um so immer ein Pfand in der Hand zu haben: Irgend jemand wird dann schon die Zeche bezahlen. — Diesen Weg, Herr Landwirtschaftsminister und Herr Bundeskanzler, können wir nicht gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Glauben Sie bitte nicht, daß, wenn wir im Bereich der Getreidewirtschaft nicht zu einer brauchbaren Lösung kommen, wir die Getreidebauern im Stich lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir werden uns genauso hinter die Getreidebauern stellen wie hinter die Milchbauern und hinter die Tierproduzenten bei ihren Forderungen. Genauso, das möchte ich hier in aller Öffentlichkeit gesagt haben. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Warten Sie ein bisserl, Herr Kollege, ich werde Ihnen noch etwas sagen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat

erklärt, das Agrarsystem sei in Unordnung gekommen — wir wissen das —, europäisch in Unordnung. Nur ist es so, daß in den anderen Staaten die Regierungen dafür sorgen, daß diese Unordnung nicht auf dem Rücken der Landwirtschaft ausgetragen wird. Bei uns versucht man jedoch immer mehr und mehr, die Bauernschaft zu belasten.

Herr Bundeskanzler! Im Zusammenhang mit der Regierungserklärung möchte ich Sie da auch zitieren. Sie haben gesagt:

„Angesichts der wachsenden Konkurrenz auf den Weltagrarmärkten ist die bessere Anpassung der Agrarproduktion an den inländischen Verbrauch einerseits“ — und jetzt — „und an die Exportmöglichkeiten andererseits eine dringliche Aufgabe“ der Bundesregierung.

Uns erklärt man tagtäglich: Wir können nichts dafür, daß der Dollar schwach geworden ist. Wir können nichts dafür, daß es Schwierigkeiten bei den Exporten gibt. Jetzt frage ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, und Sie, Herr Bundeskanzler: Was können die Bauern dafür? Aber die Bauern sollen die Zeche bezahlen! Das ist ja das Problem, das wir immer wieder aufzeigen müssen, weil der Bauer am geringsten an diesen Entwicklungen beteiligt ist, und trotzdem mutet man den Bauern zu, daß sie hier dann in weiterer Folge die Zeche zahlen sollen. Ich glaube, daß wir diesen Weg nicht weitergehen können.

Ich möchte auch noch eine Anmerkung machen. Herr Landwirtschaftsminister, Sie werden sich noch erinnern: Im Dezember habe ich bei einem Gespräch gesagt: Versuchen wir ein zwischenzeitliches Signal im Zusammenhang mit dem Absatzförderungsbeitrag für unsere Bauern zu setzen, damit wir in Ruhe — in Ruhe — Verhandlungen führen können. Man hat damals gesagt: Das ist nicht möglich. Ich bedaure es, denn in der Zwischenzeit haben sich die Bauern formiert, weil sie gemerkt haben, daß man mit ihren Problemen einfach nicht fertig werden will.

Es ist ja bezeichnend, daß wir erst heute vor dieser Erklärung so einigermaßen zu Rande gekommen sind. Ich muß offen sagen, Herr Landwirtschaftsminister und Herr Bundeskanzler, wir sind mit gewissen Vorbehalten dabei, weil wir einfach nicht verstehen *(Zwischenruf der Abg. Edith Döbesberger)*, Frau Abgeordnete, daß verschiedene Überlegungen, die in eine gewisse Richtung gehen, nicht zur Kenntnis genommen werden.

11702

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Deutschmann

In Deutschland hat es eine große Agrarenquete gegeben. Die besten Agrarwissenschaftler sind zusammengekommen, die Regierung war mit dabei, der Staatssekretär Florian hat ja wirklich hier fundierte Kenntnisse — ich kenne ihn persönlich —, aber auch viele andere. Wissen Sie, zu welchem Schluß man gekommen ist? Hier heißt es: Wenn die Agrarpreise so bleiben, wird es ein Bauernsterben geben wie noch nie zuvor. Wenn erst die Menschen vom Hof vertrieben sind, ist es zu spät. — Bitte das ist die Erkenntnis, die gewonnen wurde, als man in der EG über Agrarpolitik redete. (*Abg. Dr. Heindl: Aber da müssen Sie die Vergangenheit auch zitieren! Da müssen Sie das Ganze zitieren!*) Nein, nein, warten Sie ein bisschen!

Der Agrarprofessor Preusse hat erklärt: Agrarpolitik muß als Lenkungs politik verstanden sein. Dazu gehört zweierlei: das Modell, nach dem man die Politik ausbaut, und die Menschen, die sich danach richten. Das Modell der Lenkung der Produktion durch Niedrigpreise ist falsch. — Bitte: ist falsch! Man hat damit zwangsweise einen Typ Landwirt erzogen, der glaubt, nur überleben zu können, wenn er auf Erlösminderung durch Mehrproduktion reagiert. (*Abg. Dr. Heindl: Genau!*) Wie oft haben wir das bei den Verhandlungen hier in Österreich aufgezeigt und darauf hingewiesen? Wie oft haben wir diesen Weg einer brauchbaren Agrarpreispolitik beschreiten wollen, die letzten Endes dazu führt, daß keine Überproduktion, dafür aber eine Qualitätsproduktion entsteht, die letzten Endes nicht nur den Bauern, sondern der gesamten Wirtschaft in Österreich dient und Erfolge zeitigt? (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber das hat man eben nicht zustande gebracht.

Herr Landwirtschaftsminister! Ich möchte noch etwas sagen: Der Absatzförderungsbeitrag stand immer im Mittelpunkt der Diskussionen. Wir alle wissen, daß die Entscheidung auf 64 Groschen und auf 60 Groschen aufgrund der Salden notwendig war. Auf Grund dieser damaligen Überlegung — Sie haben auch den Herrn Präsidenten Derfler hier im Haus zitiert, einen Brief — haben wir einen Saldenausgleich für eine gewisse Zeit gefordert. Warum? — Weil wir wissen wollten, ob die Akzente, die wir jetzt durch diesen Initiativvertrag setzen, greifen. Wenn sie nicht greifen, Herr Landwirtschaftsminister, laufen wir Gefahr, daß die Zeche wieder die Bauern bezahlen, und das wollten wir nicht. (*Präsident Dr. Marga Hubinek übernimmt den Vorsitz.*)

Ich sage das mit aller Deutlichkeit, und das ist auch der Punkt, wo sich die Gemüter erhitzen und heute niemand feststellen kann und auch nicht die Verantwortung übernimmt: Wird es, Herr Landwirtschaftsminister, wie Sie vorhin erklärt haben, bei den 38 Groschen in weiterer Folge bleiben? (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: 28 Groschen!*) Ich wäre sehr dankbar, wenn hier wirklich eine Erklärung käme.

Wir haben ja in Aussicht gestellt bekommen — Präsident Derfler hat es auch bei den Beratungen mit dem Herrn Bundeskanzler gesagt —: 1. März zirka 38 Groschen, 1. Juli ungefähr 25 Groschen und 1. Jänner 1987 zwischen 15 und 20 Groschen. Das waren die Höhen, die man uns zugesichert hat, ohne daß wir eine Absicherung haben. Ich sage bewußt, damit es im Protokoll steht, daß das ein Teil der Verhandlung war und daß wir dann aus dieser Sicht auch letzten Endes den Konsens gesucht haben, weil man ja nicht einfach so etwas sagen kann, und dann passiert etwas anderes. Wir haben das ja erlebt beim Absenken des Absatzförderungsbeitrages und dann beim Anheben des Absatzförderungsbeitrages.

Herr Landwirtschaftsminister! Ich muß auch ganz offen auf noch etwas hinweisen. Wir haben gestern im Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler auf den Außenhandel und auf die Entwicklung hingewiesen. Wir brauchen in diesem Zusammenhang mehr Schutz für die bäuerliche Produktion in Österreich. Es ist einfach nicht möglich, daß man sagt: Handel kann keine Einbahnstraße sein.

Wenn man von vornherein erklärt, wir brauchen die Bauern, dann müssen sie auch den Schutz der Regierung haben. Man kann sich nicht so leicht absetzen, indem man erklärt, internationale Überlegungen lassen das eine oder andere nicht zu. Hier müssen wir umdenken und Maßnahmen im Lande selbst setzen, damit wir dem Außenhandel beugen. Ich würde hier ganz besonders hinweisen auf den Mitteleinsatz zur Absetzung landwirtschaftlicher Produkte für unsere Konsumenten im Inland. Dann werden Sie diese Produkte ankaufen, und dann wird eine Verbrauchsentwicklung entstehen, die sich positiv für unsere bäuerlichen Betriebe auswirkt. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das machen ja die anderen auch!*) Ich glaube, diesen Weg müssen wir gemeinsam gehen, und ich hoffe, daß man das hier auch einsehen wird.

Exportschwierigkeiten müssen bewältigt werden, und ich sage das auch mit aller Offenheit. Allein aus Kärntner Sicht habe ich leider

Deutschmann

feststellen müssen, daß im Jahre 1985 gegenüber 1984 beim Zuchtrinderelexport ein Minus von 41 Prozent entstanden ist. Ich glaube, Herr Landwirtschaftsminister und Herr Bundeskanzler, die Bestrebungen müssen sein, Außenhandelsbeziehungen derart zu bewältigen, daß nicht immer mehr Barrieren gegen uns aufgebaut werden, die dann Exporte erschweren und letzten Endes enorme Mittel notwendig machen. Es soll nicht letzten Endes die Erklärung kommen: Da können wir nichts dagegen unternehmen, es ist halt nun einmal so!

Ich würde zusammenfassend sagen: Wir dürfen einfach nicht die Probleme, die vor uns liegen, verschleppen. Wir müssen Sofortmaßnahmen setzen und an Lösungsvorschlägen für die weitere Zukunft arbeiten. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in nächster Zeit, wenn wir den Druck wegbekommen, über solche Dinge zu reden.

Ich möchte abschließend noch auf etwas hinweisen. Es ist ja nicht so, wie manche — heute haben das hier auch Kollegen gesagt — sagen: Und wer soll das bezahlen, bitte?

In keinem anderen Bereich wie in der Landwirtschaft war die Bereitwilligkeit, auch mitzutragen bei den verschiedenen finanziellen Anforderungen, so groß — in keinem anderen Bereich. (*Abg. Dr. Mock: Richtig! — Beifall bei der ÖVP.*) Milliarden werden von der Landwirtschaft selbst aufgebracht, weil wir wissen, wie notwendig es ist, die Existenz unserer Bauern abzusichern.

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Wir wollen die Marktordnung nicht in Frage stellen. Wir wissen, daß gewisse Bereiche, wenn die Marktordnung in Frage gestellt wird, in den Nachteil kommen. Ich möchte aber auch sagen, Herr Bundeskanzler: Sorgen Sie in Ihrer Regierung auch für die Einheit, daß man in Ihren eigenen Reihen durch Mitglieder der Bundesregierung die Marktordnung nicht in Frage stellt.

Ich weiß nicht, ob das ein böses Spiel oder ein Hobby ist. Man soll nicht gegen die Bauern bewußt ein Feindbild aufbauen in der Hoffnung, daß man sie dadurch zur Raison bringt, sondern ich bin der Auffassung, die Bauern werden heute ihr Recht fordern, sie werden morgen — wenn sie das Recht nicht bekommen — ihr Recht fordern, weil sie gleichberechtigte Partner in der Gesellschaft in Österreich sein wollen und sein müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.07

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Pfeifer. Ich erteile es ihm.

11.07

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Deutschmann, ich möchte Ihnen eines sagen: Sie reden von Feindbildern und schauen dabei auf die Regierungsbank. Sie von den Oppositionsbänken sollten das aber nicht tun! Wenn jemand in den vergangenen Monaten Feindbilder aufgezeigt hat, dann war es diese Seite dieses Hauses, meine Damen und Herren! Das muß ich Ihnen auch einmal sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und da kommen Sie und wollen uns einreden, daß Sie diesen Kompromiß mittragen. Ich hätte ganz gerne von Ihnen als Obmann des Agrarausschusses gehört, daß Sie diesen Kompromiß mittragen. Ich habe nicht viel davon gehört, meine Damen und Herren, und ich möchte jetzt Sie — die rechte Seite dieses Hauses — fragen: Tragen Sie diesen Kompromiß halbherzig, gar nicht oder nur hier herinnen ein wenig mit und draußen machen Sie Stimmung dagegen? Wenn ja, sagen Sie es gleich.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sie können uns doch nicht einreden, daß wir nicht auch die Vergangenheit, das Geschehen einige Monate vor dem Abschluß in letzter Minute kennen. Sie haben ja vorsätzlich mobilisiert, vorsätzlich Aggressionen im Bauernbund an die Bauern weitergegeben und die Feindbilder — Sie sagten es — gezeichnet. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie haben davon geredet. Mir scheint das kein gutes Klima zu sein, und ich meine sehr wohl, wir sollten uns von diesen Themen ein wenig trennen, bevor man von Kompromissen redet. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Sie verwechseln „vorsätzlich“ mit „vorsorglich“! Das ist ein Unterschied!*)

Frau Präsident! Hohes Haus! Wir haben bei den Marktordnungsverhandlungen immer schwierige Verhandlungen gehabt. Es waren auch diese Verhandlungen nicht leicht. (*Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Seit Monaten wird demonstriert, verhandelt und debattiert!*) Ich möchte nur eines sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das ist ja eine Hetzrede!*) Das ist keine Hetzrede, „Feindbild“ habe nicht ich gesagt, „Feindbild“ hat Kollege Deutschmann gesagt, und ich möchte von diesen Themen wegkommen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das ist eine Hetzrede!*)

Pfeifer

Lieber Herr Kollege! Ich habe nach der Rede des Kollegen Deutschmann keinen allzu großen Optimismus, daß dieser Kompromiß von Ihnen ehrlich getragen wird. Wenn er nicht ehrlich getragen wird, meine Damen und Herren, dann unterhöhlen Sie das System; das möchte ich Ihnen auch sagen.

Hohes Haus! Da wir uns jetzt zu dieser Vereinbarung entschlossen haben, hoffe ich, daß heute auch noch ein Dreiparteiantrag, auch von Ihnen unterschrieben, eingebracht wird. Ich weiß sehr wohl, daß bei Marktordnungsverhandlungen immer bis in die letzte Minute verhandelt wird.

Kollege Deutschmann, ich glaube, eines sollte man auch nicht sagen oder vorwerfen: daß man vielleicht zu spät zu verhandeln begonnen hat. Wir haben eigentlich monatelang verhandelt. Wir wissen, wenn wir noch einige Monate früher, Herr Bundesminister, begonnen hätten, wären wir, glaube ich, in der Einigung auch nicht schneller gewesen als in letzter Minute. Das ist bei den Marktordnungsverhandlungen eigentlich schon seit langer Zeit so.

Aber ich glaube, wir haben bei den Milchmarktfragen eine Lösung gefunden, die, wie der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft schon sagte, klar feststellt, daß der allgemeine Absatzförderungsbeitrag reduziert wird. Wir hoffen, daß er von den 38 Groschen auch in Zukunft noch reduziert werden kann.

All das, Hohes Haus, meine Damen und Herren, geht aber nur dann, wenn wir uns zu diesem schwer genug erhandelten Kompromiß bekennen und draußen allen Bauern sagen, daß es auf ihre Haltung ankommt, diesen Kompromiß nicht nur mit zu unterschreiben, weil die Interessenorganisationen und die im Parlament vertretenen Parteien diese Verhandlungsunterlage beziehungsweise diesen Antrag unterzeichnet haben. Wir von den Interessenvertretungen, von den parlamentarischen Parteien werden alles tun, um den Menschen zu sagen: Wenn wir dieses System nicht zertrümmern wollen — und das will, glaube ich, niemand —, dann müssen wir bitten, daß wir diesen Kompromiß auf den Beistrich genau einhalten.

Meine Damen und Herren! Es ist auch schon sehr viel über die Fragen der Alternativen geredet worden. Der Herr Bundesminister hat ganz klar dargestellt, wie die Haltung des Ressorts ist, und ich habe, glaube ich, hier am Pult einige Male diese Haltung des Bun-

desministers unterstrichen. Ich tue dies auch heute.

Wir können, wenn wir von Alternativen reden, in der Frage Biosprit nicht anders agieren, als daß wir sagen: Derzeit läßt sich dieses Projekt nicht möglich machen. Und ich möchte jetzt auch auf die Gründe gar nicht eingehen. Sie kennen sie selber. Ich sage nur: Dollarverfall. Ich sage: Erdölpreise rückläufig. Sie wissen sehr wohl, daß auf Grund der jetzigen Situation diese große Alternative derzeit nicht möglich ist.

Der Herr Bundesminister hat angedeutet, daß wir über wesentliche Fragen reden werden; etwa über Fragen, die das Getreide betreffen. Und wir werden das sicherlich sehr bald tun. Ich glaube nur, daß wir die gesamte Agrarpolitik sehen sollten. Auch da haben Sie, Herr Kollege Deutschmann, auf Fragen der EG-Agrarpolitik Bezug genommen. Und ich möchte Ihnen sagen: Sie behaupten, daß in der EG die Dinge anders gemacht werden, und dann werfen Sie ein: Ja diese außenhandelspolitischen Fragen müßten von dieser Regierung viel besser gelöst werden.

Ich war als einer, der auch schon länger die Ehre hat, diesem Hohen Hause anzugehören, sehr wohl noch dabei — ich kann mich noch sehr gut erinnern —, als eine andere Regierung, die schon vor sehr, sehr langer Zeit — es ist mehr als 16 Jahre her — regiert hat, eigentlich immer im Vorzimmer gestanden ist und sehr bald auf der Straße und nichts weitergebracht hat. Wir haben die Politik der kleinen Schritte in den siebziger Jahren begonnen, und es gibt keine andere Möglichkeit, als diese Politik der kleinen Schritte als neutraler Staat bei der EG fortzusetzen. Und das tun wir, meine Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen ganz offen sagen, daß wir uns in den Außenhandelsfragen der Agraraußenhandelsbilanz, glaube ich, sehr wohl bemühen und daß die Minister dieser Regierung, vor allem der Landwirtschaftsminister und der Handelsminister, sicherlich alles tun, um auf diesem Sektor das Möglichste zu erreichen.

Aber eines wird nicht gehen: Eine neue EG werden Sie nicht erreichen. Sie wissen sehr wohl — Herr Kollege Puntigam, Sie kennen die Dinge doch, so hoffe ich, auch —, daß man dort allmählich die Agrarpolitiken der zwölf Länder hat, daß man dort gigantische Unterschiede hat.

Und jetzt möchte ich Ihnen doch auch noch

Pfeifer

sagen: Sie kommen daher und tun so, als ob eigentlich in den Staaten der EG in der Landwirtschaft alles in Ordnung wäre. Diesen Eindruck möchten Sie doch hier erwecken. Sie beklagen, daß gerade in Österreich die Dinge so schlecht sind. Ja ich muß Ihnen etwas in Erinnerung rufen. Ich habe das auch bei den Verhandlungen über die so schwierigen Milchmarktfragen getan und wiederhole es hier. Kiechle ist ja, meine Damen und Herren von der rechten Seite, kein Sozialist, Kiechle ist Landwirtschaftsminister in der Bundesrepublik. Und er ist ein Mann, der der rechten Reichshälfte in Deutschland zuzuzählen ist. Ja und dieser läßt über seinen Agrarsprecher, einen CDU/CSU-Abgeordneten, sehr wohl sagen, daß es dann, wenn man die Produktion in der Landwirtschaft nicht zurücknimmt, keine andere Lösung geben wird als die unmenschlichste für die Bauern. Und „Ihr“ Landwirtschaftsminister Kiechle — ich hätte mich mit diesen Fragen gar nicht beschäftigt, Sie haben von der EG-Politik geredet, Sie haben von der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft geredet — in der Bundesrepublik Deutschland sagt, das Biospritprojekt lasse sich nicht rechnen, das gehe derzeit nicht. Er sagt das, was wir sagen.

Landwirtschaftsminister Kiechle sagt beziehungsweise läßt seinen Agrarsprecher sagen, daß man um Flächenstillegungsprämien gar nicht umhinkommen wird. Man wird ganz einfach zu diesen Überlegungen zurückkehren müssen.

Und je früher wir die Produktion in der Landwirtschaft zurücknehmen, gemeinsame Gespräche auch hier in Österreich führen, umso besser wird es, glaube ich, für die drei Zahler im Landwirtschaftssystem sein: für die Konsumenten, für die Bauern und für die Steuerzahler insgesamt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben bei diesen so schwierigen Milchmarktverhandlungen erstmals versucht, in dieser Richtung im Modell zu bleiben. Denn, Hohes Haus, wenn wir vom „Modell“ reden, das wir 1978 schwer genug etabliert haben, dann muß man doch auch zugeben, was es in den vergangenen Jahren des öfteren bei Marktordnungsverhandlungen gab. Aber ich möchte jetzt hier gar nicht die Schuld verteilen. Ich sage Ihnen jedoch offen: Sie haben sehr oft bei diesen Verhandlungen sicher sachlich mitgewirkt und verhandelt, haben aber dann, um einen Kompromiß möglich zu machen, gesagt: Und wenn Sie da nicht mitgehen — weil Sie gewußt haben, daß die beiden großen Parteien ganz einfach nicht bereit sind, die

Marktordnungen abzulösen, die Marktordnungen praktisch abzuschaffen, haben Sie so verhandelt, daß Sie in dieses System beim Milchmarkt einige Fragen hineingegeben haben und das eben so gesagt haben —, wenn Sie da nicht mitgehen, dann gibt es keinen Kompromiß. So zum Beispiel bei dem Umstand, daß man zuerst von Ihrer Seite gesagt hat, es muß unbedingt eine Lösung kommen, bei der derjenige Bauer, wenn er fleißig „überliefert“, in immer höhere Richtigungen hineinkommt. Wir haben Sie gewarnt, es hat dies nichts genützt. Dann jedoch mußten wir der Not gehorchend, um das System einigermaßen in Ordnung zu bringen, den Vorschlag, den wir gehabt haben, durchziehen. Sie mußten dann eingestehen, daß Ihr Standpunkt nicht zielführend ist.

Wir haben auch, so glaube ich, einige Probleme bei der Almmilchlösung im System nicht gut gelöst. Im Rahmen dieses Modells gibt es also — wie gesagt — einige Probleme, die wir nunmehr einer Lösung zuführen müssen.

Ich unterstreiche noch einmal sehr bewußt: Dieser Kompromiß — der Herr Landwirtschaftsminister hat darüber schon gesprochen — kann nur dann eine Lösung bedeuten, wenn sich alle, die diesen Kompromiß ausgehandelt und unterschrieben haben, draußen in der Landwirtschaft selbst dafür einsetzen, daß dieses Modell auch tatsächlich eingehalten wird.

Jene Lösungen, die wir schwer genug erarbeitet haben, müssen ganz genau eingehalten werden. Wir werden den Ab-Hof-Verkäufern sagen müssen: Wenn sie das Modell haben wollen, dann müssen sie sich nach diesem Kompromiß verhalten. Wenn sie das nicht tun, dann wird dieses Modell im Rahmen der Marktordnung nicht auf Dauer haltbar sein.

Seitens des Bundes konnte eine echte Lösung erreicht werden. Ich glaube sagen zu können, daß der Herr Finanzminister bei dem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler im Rahmen seiner Möglichkeiten sehr wohl alles getan hat, mitzuhelfen, diesen Kompromiß zu ermöglichen.

Wir von der Sozialistischen Partei bekennen uns dazu und hoffen, daß Sie von der Opposition sich nicht halbherzig, sondern voll und ganz hinter diesen Kompromiß stellen, daß sie diesen nicht nur unterschreiben, sondern ihn genau und in geteilter Verantwortung auch ausführen. — Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.22

11706

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Präsident Dr. Marga Hubinek

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Alois Huber. Ich erteile es ihm.

11.23

Abgeordneter Alois **Huber** (FPÖ): Frau Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine geschätzten Herren Bundesminister! Herr Staatssekretär! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mit Genugtuung und mit Freude feststellen, daß es uns, wenn auch in letzter Minute, doch gelungen ist, das schwierige Problem einer Regelung des Milchmarktes einer positiven Lösung zuzuführen.

Ich mache aber kein Hehl daraus, daß ich empört bin über die Verhaltensweise der Opposition, und zwar deshalb empört, weil sich diese buchstäblich erst in letzter Minute und dies erst beim Herrn Minister auf der Regierungsbank dazu bereit erklärt hat. Diese Vorgangsweise können wir nicht gut heißen.

Meine geschätzten Damen und Herren von der Opposition! Jene harten Maßnahmen, die Sie in Aussicht gestellt haben, hätten Ihnen selbst sicherlich nicht gutgetan. Denn wenn man solche Maßnahmen in Aussicht stellt, dann muß es auch die entsprechenden Gründe dafür geben; diese fehlen aber. Den Gefallen, solche Gründe zu geben, hat Ihnen aber, so glaube ich, die Regierung dieses Mal nicht getan.

Ich räume Ihnen ein, daß sich die Opposition gemeinsam mit den Regierungsparteien bemüht hat, brauchbare Lösungen zu finden. Sicherlich ist auch der Grund dafür, daß Sie von diesen harten Maßnahmen abgehen, darin zu suchen, daß wir eben gemeinsam Lösungen gefunden haben und daß man letzten Endes denjenigen, die demonstrieren hätten sollen, eigentlich nicht hätte klarmachen können, warum sie eigentlich demonstrieren hätten sollen.

Ich habe Verständnis für die Opposition, daß sie keine Gelegenheit versäumen möchte, wiederum an die Macht zu gelangen. Aber, geschätzte Damen und Herren, als Bauer habe ich wirklich kein Verständnis dafür, welches Mittel sie sich dazu ausersehen hat, denn ich glaube, daß die Probleme unseres Berufsstandes zu ernst sind, um sich auf dessen Kosten politisch einen Vorteil zu sichern. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Sicherlich haben wir jetzt den richtigen Weg eingeschlagen, indem wir uns, wenn auch in letzter Minute, geeinigt haben. Das möchte ich ebenfalls feststellen.

Hohes Haus! Es steht außer Zweifel, daß wir nun an einem Punkt angelangt sind, bei dem wir etwa beim Export von Milch, auch umgerechnet auf Molkereiprodukte, bereits 7 S dazulegen müssen, insgesamt immerhin den enorm hohen Betrag von 3 282 Millionen. Das ist ein unhaltbarer Zustand sowohl für den Staat — sprich Steuerzahler — als aber auch für die Bauern. Man sollte letzten Endes nicht unerwähnt lassen, daß auch die Bauern dazu gewaltige Beiträge entrichten müssen.

Bei diesem System haben es sicherlich die Exportfirmen am einfachsten, denn das, was vom Inlandspreis auf den Weltmarktpreis fehlt, das muß doch letzten Endes die Regierung in Form von Stützungsgeldern dazulegen, und wenn das nicht ausreicht, dann bittet man die Bauern zur Kasse. Das, glaube ich, kann kein Dauerzustand sein. Hier, glaube ich, ist es sicherlich richtig, daß wir uns gemeinsam bemühen, andere Lösungen zu finden. Verzeihen Sie mir den Ausdruck: Aber das ist doch für die Exportfirmen die todsicherste Form, Überschüsse loszuwerden. Ich glaube, es wäre vernünftiger, sich mehr um den Inlandsabsatz zu kümmern.

Hohes Haus! Zu den beabsichtigten Veränderungen. Ich möchte auch hier dezidiert feststellen, daß Marktordnungsgesetze eben Verfassungsgesetze sind, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Ich mache dies deshalb, um es Ihnen, geschätzte Damen und Herren von der Opposition, nicht allzu leicht zu machen, denn es geht einfach nicht an, daß man alle positiven Angelegenheiten für sich reklamiert, alles Negative hingegen der Regierung in die Schuhe schiebt.

Denn wenn Sie ehrlich sind, so sollten Sie von der Opposition auch den Mut aufbringen, selbst wenn es um unpopuläre Maßnahmen geht, zu diesen zu stehen. Darum möchte ich Sie förmlich bitten! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich habe schon die hohen Stützungserfordernisse bei Milch erwähnt. Ich muß der Regierung bescheinigen, daß sie sich nun bemüht, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, nicht mehr nur etliche Millionen hinzugeben, sondern endlich daranzugehen, strukturelle Änderungen herbeizuführen.

Hier erwähne ich lobend den Herrn Finanzminister, daß er nicht mehr bereit ist — ich verwende hier einen bäuerlichen Ausdruck —, lediglich einen „Flickschuster“ abzugeben, sondern daß er nunmehr endlich bereit ist, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Sehr

Alois Huber

geehrter Herr Finanzminister, dazu werden Sie stets und immer unsere Zustimmung erhalten. Da ist, glaube ich, endlich einmal der Hebel anzusetzen, nämlich das derzeit schon längst veraltete System zu verändern.

Wenn Sie in dieser Richtung weitermachen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Finanzminister, Herr Landwirtschaftsminister, Herr Staatssekretär, werden Sie immer und überall mit unserer Zustimmung rechnen können.

Mit anderen Worten: Wir müssen einfach einen Weg finden, von der Produktionssteigerung wegzukommen und endlich brauchbare Lösungen in Richtung Produktionsverringern zu finden.

Natürlich dürfen solche Lösungen nicht zu Lasten der Bauern gehen, sondern wir müssen uns bemühen, für die Bauern Verbesserungen zu erreichen.

Zur Änderung der Milchmarktregelung, mit der wir uns heute hier beschäftigen. Wir wollen die Produktion verringern, und deshalb, glaube ich, ist es nur begrüßenswert, wenn wir die sogenannte Milchlieferaktion auf 100 000 Tonnen ausweiten, wenn wir sie attraktiver gestalten als die erste Aktion, wenn wir die Stützungsbeiträge verdoppeln, wenn wir auch die Zeit verkürzen; das ist immerhin eine wesentliche Verbesserung. Stützungsbeiträge bis zu 20 000 Liter: 2,40 S, bis zu 40 000 Liter: 1,60 S, und alles, was darüber ist, mit 1 S.

Um ein Beispiel zu bringen: Wenn jemand ein Kontingent von 40 000 Litern zum Milchlieferverzicht anmeldet, dann erhält er immerhin jährlich 80 000 S — und dies fünf Jahre hindurch. Ich glaube die Feststellung treffen zu können, daß dies einfach nicht mehr als „Pappentier“ bezeichnet werden kann.

Zur sogenannten Selbstversorgerkuh. Sicherlich ist diese Regelung praxisbezogen. Ich kenne ja die Mentalität unserer Bauern: Der Bauer will keine Milch kaufen, und man hat ihm also die Möglichkeit eingeräumt, sich und seine Familienmitglieder mit Milch beziehungsweise Milchprodukten zu versorgen. Das ist ebenfalls begrüßenswert. Ich bin auch überzeugt davon, daß die zweite Aktion wesentlich besser angenommen werden wird.

Ebenfalls als positiv erwähne ich die Möglichkeit der Handelbarkeit der Kontingente. Ich glaube, daß wir uns in ein System förm-

lich einzementiert haben, und es ist sicherlich gerechtfertigt, in dieses zementierte System Bewegung zu bringen — zu denselben Bedingungen wie beim Milchlieferverzicht, sicherlich begründet durchdacht, daß nämlich jenen Milchlieferanten, die bereits eine Menge von 60 000 Litern Jahreslieferung erreicht haben, keine Aufstockungsmöglichkeit mehr geboten wird. Das finde ich voll gerechtfertigt.

Darüber hinaus soll aber — aus sozialen Gründen wichtig — jenen eine Aufstockung gewährt werden, die kleine Kontingente haben. Das heißt, die Aufstockung von unten herauf vorzunehmen, sicherlich durch Geld, das ist richtig. Es ist aber begrüßenswert, daß wir endlich eine Möglichkeit haben, aus diesem starren System herauszukommen.

Zum Ab-Hof-Verkauf. Zweifelsohne ist das ein sehr leidiges Problem, ein Problem wegen des hohen außerordentlichen Absatzförderungsbeitrages von über 4 S. Das gesamte System droht in Unordnung zu kommen, weil die Bauern einfach auf diesen Ab-Hof-Verkauf ausgewichen sind. Wir befinden uns dadurch auf dem „besten“ Wege, das gesamte System in Gefahr zu bringen.

Dazu ein paar kurze Erklärungen: Derjenige, der die Möglichkeit zu einem schwungvollen Ab-Hof-Verkauf hat, der ist, so sehe ich das, zweifach im Vorteil: das eine Mal dadurch, daß er einen wesentlich höheren Preis als sein Kollege erzielt, der seine Milch nur der Molkerei anbieten kann, das zweite Mal dadurch, daß meistens — ich will nicht pauschal verdächtigen — die Ausgleichsbeiträge nicht abgeführt werden. Der Bauer, der seine Milch nur der Molkerei anbieten kann, ist benachteiligt, da er „greifbar“ ist, denn wenn sich das System nicht finanziert, hat er den überaus hohen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag von derzeit 60 Groschen zu entrichten.

Ich möchte hier an die Solidarität der Bauern untereinander appellieren, das zur Kenntnis zu nehmen. Denn selbst wenn der Bauer bei einem Abgabepreis von 9 S beim Ab-Hof-Verkauf 3 S abführen muß, bleiben ihm immerhin noch 6 S übrig. Damit hat er also, selbst wenn es „Übermilch“ ist, einen wesentlich höheren Preis als sein Kollege in entlegenen Gebieten, der keine Möglichkeit des Ab-Hof-Verkaufs hat.

Unter diesen Gesichtspunkten scheint es voll gerechtfertigt zu sein, diese Pauschalbeiträge abzuführen. Ich möchte auch nicht verhehlen, daß sicherlich auch an Sanktionen

11708

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Alois Huber

gedacht ist, die nicht populär sind, aber wenn Gesetze wirksam sein sollen, so dürfen offensichtlich Sanktionen — das mag eine menschliche Schwäche sein — nicht fehlen.

Ich erwähne auch positiv, daß man beabsichtigt, den Ab-Hof-Verkauf dem Inlandsmarkt anzurechnen, wenn auch erst ab 1. Jänner 1987. Das ist ebenfalls eine positive Maßnahme, die sicherlich dazu beitragen wird, daß wir ab 1. Jänner 1987 einen wesentlich geringeren eigenen Absatzförderungsbeitrag haben werden. Ich bin kein Prophet, aber ich kann mir durchaus vorstellen, daß er sich vielleicht um 10 oder 15 Groschen bewegen wird.

Ich möchte auch nicht verheimlichen, daß man an eine Verbesserung der Mutterkuhhaltung denkt sowohl bei jenen Betrieben, die sich an der zweiten Aktion beteiligt haben, als auch bei jenen, die sich an der ersten Aktion beteiligt haben.

Ich glaube, daß dies ebenfalls erwähnenswert ist, weil es einfach nicht sinnvoll sein kann, jene Betriebe dementsprechend zu benachteiligen, um sie förmlich zu ermuntern, wiederum mit der Milchlieferung zu beginnen.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, daß wir wirklich zufrieden sein können, eine diesbezügliche Lösung gefunden zu haben. Ich darf auch sagen, daß wir seitens der freiheitlichen Fraktion froh sind, endlich dieses Problem einigermaßen zufriedenstellend gelöst zu haben.

Zum Schluß noch ein paar Worte bezüglich des Getreides. Es steht für uns außer Zweifel, daß das wichtige Getreideproblem ebenfalls gelöst werden muß. Aber bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir Junktimierungen entschieden ablehnen. Es kann doch nicht sinnvoll sein, ein so schwieriges Problem, das man allein fast keiner Lösung zuführen kann, mit einem anderen schwierigen Problem zu junktimieren. Das, glaube ich, kann nicht der richtige Weg sein. Lösen wir daher erst einmal das Problem Milch, und lösen wir dann auch das Problem Getreide!

Es steht auch außer Zweifel, daß es ebenfalls kein Dauerzustand sein kann, für die Außerlandesbringung von einer Million Tonnen Getreide 2 700 Millionen Schilling an Stützungsgeldern aufzuwenden, wovon die Bauern ebenfalls in Form von Absatzförderungsbeiträgen 1 350 Millionen zu entrichten haben. Es ist erwiesen, daß wir pro Kilogramm Getreide 2,50 S dazulegen müssen, um

das Getreide außer Landes zu bringen. Auch da erwarten wir uns entscheidende Veränderungen.

Ich muß hier unseren Landwirtschaftsminister und unseren Staatssekretär wirklich lobend erwähnen, daß diese nämlich an Entlastungsaktionen denken, daß der Eiweißfutterpflanzenanbau vorangetrieben werden soll, daß man nach oben hin kaum Grenzen setzen will, daß man den Prämiensatz nicht mehr wie bis jetzt mit 3 000 S haben will, sondern daß man diesen auf 5 000 S anheben möchte.

Wir müssen 500 000 Tonnen Eiweißfuttermittel importieren und dafür 2 500 Millionen Schilling ins Ausland schicken. Und daher glaube ich, daß diese Umlenkung mehr als sinnvoll und voll gerechtfertigt ist.

Nun müssen wir uns eben auch bemühen, die Futtermittelindustrie und den Raiffeisenverband miteinzubeziehen, das wäre für diese eine wirklich lohnende Aufgabe. Es kann doch nicht sinnvoll sein, diese Früchte vermehrt zu produzieren, um dann die Bauern darauf sitzen zu lassen.

Ich glaube, wir alle haben die wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Früchte auch unter das Getreide mitverarbeitet werden. Das, glaube ich, wäre die Lösung, nämlich jene Futtermittelsorten den Bergbauern beziehungsweise jenen Bauern, die sie benötigen, verbilligt zur Verfügung zu stellen.

Geschätzte Damen und Herren von der Opposition! Wir sind gerne bereit, mit Ihnen auch dieses Problem einvernehmlich zu lösen. Ich würde mich freuen, wenn das gelänge.

Die Freiheitliche Partei wird den heutigen Lösungsvorschlägen mit Freude ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 11.40

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Leitner. Ich erteile es ihm.

11.40

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Herr Minister! Nach 17 Verhandlungen und einer Reihe von Spitzengesprächen gab es heute eine Vereinbarung über ein Marktordnungspaket.

Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister! Ich möchte hier sehr deutlich sagen, daß

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

dieses vereinbarte Paket sicher kein Anlaß für die Bauern ist, zufrieden zu sein (*Ruf bei der SPÖ: Das sind sie nie!*) oder gar zu jubeln, oder einverstanden zu sein, so wie jetzt der Abgeordnete Huber von der Freiheitlichen Partei gesagt hat, daß Sie sehr, sehr einverstanden sind. (*Abg. Haigermoser: Was wollen denn Sie, Herr Kollege?*) Wir hätten etwas Besseres gewollt, und ich werde es Ihnen noch sagen, was. (*Abg. Haigermoser: Wie wollen Sie das machen? Durch die Lüfte segeln lassen, Herr Kollege?*) Nicht durch die Lüfte segeln, mit den Füßen auf dem Boden bleiben, Herr Abgeordneter, das wäre notwendig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie wissen ganz genau, daß die Unzufriedenheit unter der Bauernschaft sehr groß ist. (*Abg. Haigermoser: Weil Sie die Unzufriedenheit schüren! Jeden Tag! Jeden Tag schüren Sie die Unzufriedenheit!*) Wir brauchen die Unzufriedenheit nicht zu schüren. (*Abg. Haigermoser: Sie sind der Zünder!*) Glauben Sie, daß sich der Bauer oder sonst einer in Österreich ohne weiteres einverstanden erklärt (*Abg. Haigermoser: Sie schüren das Feuer!*), wenn man ihm mit einem Verwaltungsakt 10 Prozent seines Einkommens kürzt? Was hätten denn die VOEST-Arbeiter gesagt? Was hätten Sie gesagt oder die Leute, die Sie zu vertreten angeben? (*Abg. Haigermoser: Sie schädigen das Ansehen Österreichs im Ausland!*)

Ich sage hier, daß viele Maßnahmen auf dem agrarpolitischen Gebiet — und das ist ein Vorwurf, Herr Minister, den ich Ihnen nicht ersparen kann, auch heute nicht — halbherzig getroffen werden und zu spät getroffen werden.

Eine typische Aktion — ich darf hier eine nennen — ist die Rückkaufaktion, die wir im vorigen Jahr beschlossen haben. Da haben Sie 100 000 Tonnen rückerkaufen wollen, Sie haben der österreichischen Bevölkerung und den Bauern verkündet, eine Milliarde stehe zur Verfügung. Wir haben die Aktion noch verlängert, und dann ist ein Drittel herausgekommen. Man hat von Anfang an gesagt, daß sie wahrscheinlich falsch konzipiert ist.

Wenn jetzt der freiheitliche Sprecher gesagt hat, daß Sie mit der neuen Aktion sehr zufrieden sind, und wenn das auch der Minister gesagt hat, dann hoffen wir nur, daß diese neue Konzeption besser ist und besser angenommen wird. Wissen, bitte, können wir es nicht!

Ich möchte hier schon sehr deutlich sagen,

daß die Entscheidung, die heute getroffen wurde, für alle Abgeordneten, die bäuerlichen, aber auch für die anderen der ÖVP eine sehr schwere Entscheidung ist.

Herr Bundesminister! Wir begrüßen die Senkung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages auf 38 Groschen mit 1. März. Das war ja mit ein Grund, daß wir nicht nein sagen wollten, damit wir endlich einmal von den 60 Groschen auf die 38 Groschen zurückkommen. Denn wenn wir heute keine Einigung haben, dann ist sie bis Mai hinausgeschoben. Diese Einigung auf 38 Groschen gilt aber nur bis Ende Juni. Das sollen doch alle Abgeordneten wissen.

Ab 1. Juli, sagt der Herr Minister, gibt es eine weitere Senkung. Es ist einmal von 25 Groschen gesprochen worden. Herr Abgeordneter Huber hat jetzt von 15 Groschen gesprochen. Bitte, diesen Optimismus teile ich nicht, weil er absolut unbegründet ist. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haidein: Das kann man ja nicht garantieren, bitte! — Ruf bei der ÖVP: Das steht in der „Agrarwelt“!*)

Das, Herr Minister, ist ja die Schwierigkeit, daß Sie das nicht garantieren. Heute sagen wir: 38 Groschen, und dann haben Sie gesagt: unter 30 Groschen, 25 Groschen ab Juli und dann ab 1. Jänner noch einmal weniger. Aber bitte, Herr Minister, das sind Ankündigungen. Das vereinbarte Paket gibt eben keine Sicherheit für eine dauerhafte Senkung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages. Weil Sie sich bis jetzt geweigert haben und wir nachgeben mußten, ist es bisher zu keinem Saldenausgleich gekommen.

Im Juli 1985 wäre dieser Saldenausgleich 295 Millionen Schilling gewesen. Das hat Sie ja dann bewogen, den Absatzförderungsbeitrag so stark zu erhöhen.

Herr Bundesminister! Sie sagen, nach der Regierungsvorlage 1978 gebe es keinen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag. Dann gäbe es wahrscheinlich auch bei der Milch die gleiche Situation wie beim Getreide: Kein Geld für den Export!

Sie wissen ganz genau, daß die ÖVP bei den Verhandlungen gesagt hat: Reden wir darüber, wie der allgemeine Absatzförderungsbeitrag komplett abgeschafft werden kann. Reden wir über das, was die Sozialisten verlangt haben, über das, was die Freiheitlichen verlangt haben. Aber Sie haben sehr deutlich erklärt, das gehe nicht, und wir mußten das zur Kenntnis nehmen.

11710

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Noch ein Wort: Die ÖVP bekennt sich zur Marktordnung, sie hat sich immer dazu bekannt. Aber ich glaube, doch auch sagen zu dürfen, was ich das letzte Mal und schon öfter von dieser Stelle aus gesagt habe: Herr Landwirtschaftsminister! Wir glauben, daß Sie als Minister mehr sind als der Staatsnotar des Milchwirtschaftsfonds. Sie haben eben rechtzeitig und zielstrebig Maßnahmen einzuleiten und zu setzen, damit der allgemeine Absatzförderungsbeitrag nicht diese gewaltige Höhe erreicht. Diese zielstrebigsten Maßnahmen rechtzeitig zu setzen, das ist in der Vergangenheit leider unterblieben.

Ich erinnere hier an die Industriebutteraktion. Vor einem Jahr haben wir hier gesagt, 2 500 Tonnen werden abgesetzt, das ist überhaupt keine Schwierigkeit. Etwa 800 Tonnen sind abgesetzt worden. Das ist ein Drittel.

Ich erinnere hier an die Magermilchverfütterung in flüssiger Form, die erst jetzt etwas zu greifen beginnt. Ich glaube, daß sie auch noch nicht ganz funktioniert, weil man natürlich dieses Produkt, das der Bauer zurücknehmen muß, ja doch hinsichtlich des Preises mit den anderen Eiweißfuttermitteln vergleichen muß.

Ich erinnere hier an die Mutterkuhhaltung, Herr Minister. Da haben Sie versprochen, einiges im Rahmen der Marktordnung zu tun. Das kommt nicht in das Gesetz hinein, das wird aber nachher vollzogen. Ich bin sehr neugierig, Herr Minister, ob Sie dieses Versprechen auch entsprechend einhalten und so durchführen, daß es den Betroffenen hilft und der ganzen Milchsituation zugute kommt.

Die wichtigste Maßnahme wäre die Steigerung des Inlandsabsatzes. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben Unterlagen bei den Verhandlungen bekommen. 22 Liter Milch pro Kopf und Jahr Mehrverbrauch würde das Problem lösen. Es gäbe dann keinen allgemeinen und keinen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag. Es müßte doch möglich sein, glaube ich, diese 22 Liter Milch pro Kopf sozusagen an den Mann zu bringen. Das sind ja nur 90 Deka Butter, das ist pro Woche nur ein Butterbrot. Nicht mehr und nicht weniger. Wir haben eine 50prozentige Fettlücke in Österreich, aber wir essen natürlich etwas anderes als Butter.

Die österreichische Landwirtschaft hat die Produktion im laufenden Wirtschaftsjahr um etwa 2,5 Prozent zurückgenommen. Wir haben heuer um 62 000 Tonnen Milch weniger

zu exportieren. Das ist doch eine wichtige Maßnahme, die die Bauern getroffen haben.

Aber wir wissen ganz genau, daß gleichzeitig auch 22 000 Tonnen Milch in Form von Käse mehr importiert werden, das ist der Weichkäse. Daher ist es eine so wichtige Maßnahme, daß die Eingänge aus den Ab-Hof-Verkäufen zu 40 Prozent zur Verbilligung der Inlandsprodukte bereitgestellt werden, um diese Importflut einzudämmen.

Herr Minister! Die Rückkaufaktion mit 65 000 Tonnen Milch ist freiwillig. Ich bedaure es aus rein fachlichen Überlegungen sehr, daß es bei diesen Verhandlungen nicht gelungen ist, auch Teilrichtmengen abzugeben. Heute und in Zukunft muß ja der Bauer seine gesamte Richtmenge abgeben, und er darf dann seine Selbstversorgerkuh halten. Es wäre doch zweckmäßig gewesen, auch Teilrichtmengen abgeben zu können, dann würden wir diese 65 000 Tonnen viel eher erreichen, etwas, was wir sehr notwendig bräuchten. Und dann, Herr Minister, würde auch die Handelbarkeit greifen. Denn die greift erst, wenn die 65 000 Tonnen aus dem Markt genommen sind.

Herr Minister! Sie haben gesagt, der Bauer, der sich an die Richtmenge hält, soll nicht belastet werden. Das ist auch unsere Meinung. Daher gab es keine Zustimmung zu einer generellen Kürzung der Richtmenge. Vor allem auch deshalb, weil die Regierung nicht gewährleistet hat oder nicht gewährleisten wollte, daß der allgemeine Absatzförderungsbeitrag dann sehr niedrig gehalten wird und garantiert wird, daß er sehr niedrig bleibt.

Die Regierung konnte auch nicht garantieren, daß die Produktionsrücknahme der Landwirtschaft nicht durch steigende Importe unterlaufen wird. Das würde ja eine neuerliche Rücknahme wegen steigender Importe bedeuten. Das, glaube ich, kann doch nicht das Ziel sein.

Nun ein paar Worte zum Ab-Hof-Verkauf. Herr Bundesminister! Sie haben hier gesagt, daß das gute, sachliche Verhandlungsklima durch Polemiken draußen gestört wird. Aber, Herr Bundesminister, das gilt mindestens genauso für Ihre Partei, für die Sozialisten.

Ich habe hier die sozialistische Agrarzeitung, wo es heißt: Die Positionen in der Frage des Ab-Hof-Verkaufes. Die Abgeordneten Derfler, Deutschmann, Gurtner und Leitner — das sind die vier Verhandler gewesen —

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

haben im Parlament einen Antrag zum Ab-Hof-Verkauf eingebracht, und mit diesem Antrag muten sie den Bauern eine Abgabe an den Fonds zu. Die Sozialisten sind selbstverständlich für eine volle Freigabe des Ab-Hof-Verkaufes, sie sind gegen eine Abgabe an den Fonds et cetera.

Als wir diesen Artikel in den Verhandlungen dem Herrn Minister und den Verhandlungspartnern gezeigt haben, hieß es: Na ja, das kann man schreiben, aber die Leute haben weder eine Sachkompetenz noch haben sie eine Personalkompetenz. Dazu kann ich nur sagen: Da werden sich die sozialistischen Vertreter, in der Steiermark der Landesobmann Zellnig, in Vorarlberg der Herr Abgeordnete Wolf, sehr freuen, wenn man ihnen die Sach- und die Personalkompetenz abspricht.

Herr Bundesminister! Sie wissen ganz genau, bereits im Dezember 1984 haben wir eine Regelung des Ab-Hof-Verkaufes gefordert. Wir hätten sie mit den sozialistischen Vertretern auch zusammengebracht. Sie aber haben damals nein gesagt.

Im Juni 1985, bei der letzten Novellierung, haben wir Sie abermals gefordert. Sie haben wieder nein gesagt. Ich habe damals von hier aus erklärt: „Wir bedauern, daß es nicht gelungen ist, den Ab-Hof-Verkauf in die Marktordnung einzubeziehen. Das wäre unser Ziel gewesen.“

Im November 1985 haben wir verhandelt. Wir wollten noch vor Weihnachten eine Regelung treffen. Das ist leider nicht gelungen, denn Sie, Herr Minister, haben nein gesagt.

Und jetzt haben wir eine Regelung zustande gebracht, aber leider nicht die, die wir im Antrag, den wir im Vorjahr eingebracht haben, für richtig gehalten haben. Wir mußten in weiten Bereichen nachgeben.

Es gibt jedoch eine Amnestie für die Vergangenheit. Das bedeutet, daß man dem Bauern die Angst nimmt, straffällig geworden zu sein, weil er einen Ab-Hof-Verkauf getätigt hat.

Es wird nun vom Bauern die von ihm im Vorjahr verkaufte Menge anzumelden sein, und er hat dann für das laufende Jahr 1986 einen Pauschalbeitrag von 3 S pro Liter zu entrichten. Das ist gerade noch die Grenze, wo wir nicht nein sagen wollten. Es ist aber ein Mangel, daß dieser Betrag immer noch ein sehr hoher ist und daß er starr ist. Er bleibt

nämlich auch bei einer Absenkung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages 3 S.

Wenn in Zukunft der Bauer ab Hof 9 S pro Liter verlangen muß und bis 10,70 S gehen kann, dann hat er bei 9 S einen Milchpreis von 6 S. Das kann man vielleicht gerade noch vertreten. Man muß nämlich dazusagen, daß der Bauer ab 1. Jänner diese 3 S zu zahlen hat. Viele Bauern haben aber in den Monaten Jänner bis April nicht 9 S bekommen, sondern sie haben die Milch um 7 S verkauft, müssen aber dennoch 3 S abgeben. Da gibt es also schon noch einige Mängel, und es ist für einen bäuerlichen Abgeordneten sicher nicht leicht, das draußen in der Bauernschaft zu vertreten. Herr Minister, wir werden es trotzdem mitvertreten und werden schauen, daß möglichst viele Bauern ihren Ab-Hof-Verkauf anmelden.

Gestern ist es gelungen, den Ab-Hof-Verkauf in den Inlandsabsatz einzurechnen, zwar erst ab 1. Jänner 1987, aber es ist immerhin ein Erfolg.

Es ist sicher auch ein Mangel, daß Butter und Käse, vor allem aber Butter, in den Ab-Hof-Verkauf nicht mehr einbezogen sind.

Erinnern Sie sich, was Sie von der linken Seite dieses Hauses gefordert haben? — Freigabe und Einbeziehung, selbstverständlich auch von Butter. Der Herr Landwirtschaftsminister hat aber darauf bestanden, daß die Butter nicht einbezogen wird. Wir haben da nachgeben müssen. Das ist ein Nachteil für die Bauern in den extremen Bergregionen. Ich habe das erlebt, nicht in Tirol, sondern in den Grenzgebieten der Steiermark und Kärntens. Dort verkaufen die Bauern Butter, weil sie keine Möglichkeit zur Milchlieferung haben.

Wir haben jetzt 3 S Hofpauschale. Unser Antrag lautete auf 2,80 S nach der heutigen Situation. Der Minister hat sogar einmal 3,50 S gefordert. Das darf man hier doch wohl sagen. Ich hoffe, daß wir jetzt diesen Kompromiß auch gemeinsam tragen.

Wir haben in dieser Woche gehört, daß in der Steiermark von der sozialistischen Bauernorganisation Flugblätter folgenden Inhalts verteilt werden: Volle Freigabe des Ab-Hof-Verkaufes. Das wird von Abgeordneten in Oberösterreich verkündet, und es wird gesagt, daß der „böse“ Bauernbund hier zu früh oder zu rasch nachgegeben hat.

Es gibt gewaltige Strafen — das hat der

11712

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Herr Minister schon angekündigt —, und es wird notwendig sein, den Bauern zu sagen, daß sie den Ab-Hof-Verkauf anmelden sollen, weil eine spätere Anmeldung nicht mehr möglich sein wird.

Wir brauchen in Österreich eine neue Agrarpolitik, und ich glaube, eine solche neue Agrarpolitik wäre möglich. Meiner Meinung nach hat das Parlament die Agrarpolitik des Staates zu beschließen. Diese ist von der Regierung weitgehend danach zu handhaben, sie hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, nach welchen der Bauer wirtschaften soll. Der Bauer hat die Aufgabe, so zu wirtschaften, daß er den Hof nachhaltig erhält, daß er aber auch das notwendige Einkommen erreicht. Daher müssen wir den Bauern Produktionsmöglichkeiten und ein vergleichbares Einkommen sichern, und dazu sind Maßnahmen rechtzeitig zu setzen.

Herr Bundesminister! Jetzt geht es wieder um die Rindereporte in den arabischen Raum. Wenn wir diese Exporte wieder nicht zustande bringen und der Dollar weiter fällt, dann werden sie wahrscheinlich noch teurer, und wir müssen das Gulasch selber essen. Und das, glaube ich, können wir nicht!

Es geht dann um die Sicherung der Zucht- und Nutzviehexporte. Wir haben — das ist sicher nicht nur Ihre Schuld — energisch mit der EG zu verhandeln. Das wäre schon sehr notwendig, weil wir hinnehmen müssen, daß etwa 50 Prozent des Zuchtviehs nicht mehr als Zuchtvieh hinausgehen. Da sind wichtige Maßnahmen notwendig.

Herr Bundesminister! Zur Anhebung des Inlandsabsatzes. Ich habe schon gesagt, daß wir eine Fettlücke von 50 Prozent haben. Setzen wir doch Maßnahmen, um die ausländischen Fette durch die gesündere Butter zu ersetzen. Wenn der Herr Gesundheitsminister sagt, er werde schon dafür sorgen, daß die Leute weniger Butter essen, dann soll er einmal in eine Margarinefabrik gehen und schauen, wie man Margarine erzeugt, wie viele chemische Prozesse da notwendig sind. Dann, glaube ich, wird er sagen, es wäre gescheiter, wir würden mehr Butter, aber dafür viel weniger Margarine essen. Das wäre der richtige Weg! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das gleiche gilt für die Eiweißerzeugung, das gleiche gilt auch für die Energieerzeugung. Herr Bundesminister! Wenn Sie rechtzeitig und zielführend die richtigen Maßnahmen setzen, dann werden wir eine neue Agrarpolitik in Österreich zustande bringen.

Herr Minister! Sie können sich auf unsere Fachleute und auf die Agrarpolitiker des Bauernbundes verlassen. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)* Gegen Sie gibt es ein so großes Mißtrauen, daß ich heftige Zweifel hege, ob es zu einer solchen neuen Agrarpolitik unter einem Minister Haiden kommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.00

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schober. Ich erteile es ihm.

12.00

Abgeordneter Schober (SPÖ): Frau Präsident! Meine Herren Bundesminister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich vorerst grundsätzlich sagen, daß die Verhandlungen in einem Umfeld geführt wurden, das für uns wirklich schwierig war, daß sie aber geprägt waren von größter Verantwortung unseres Bundesministers Haiden gegenüber der Bauernschaft. Er ließ sich auch nicht provozieren von Äußerungen, die von außen her gekommen sind. Diese Äußerungen waren unglaublich, wenn man bedenkt, daß der Agrarsprecher Riegler bei einer Bauernveranstaltung in der Steiermark während der Gespräche, die an und für sich in einem sehr sachlichen und positiven Klima stattgefunden haben, der österreichischen Bundesregierung Unfähigkeit, Korruption und Verlogenheit vorgeworfen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur das große Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Bauernschaft hat dazu geführt, daß diese Verhandlungen — ich freue mich darüber — positiv abgeschlossen werden konnten. Wobei ich eines auch noch sagen möchte: daß alle Vorschläge, die zu einer Lösung beigetragen haben, von der Regierung und von den SPÖ-Bauern gekommen sind, daß wir uns auch von dem Druck der Straße, mit dem immer gedroht worden ist, nicht haben beeindrucken lassen.

Die ÖVP versuchte nichts anderes — aber das ist ja ihre lang bekannte Taktik —, als das System zu zementieren. Neue Vorschläge hat sie praktisch nicht gebracht. Ihre Sorge galt vor allem der Molkereiwirtschaft und der Milchindustrie, während unsere Vorschläge auf eine echte Verbesserung der Struktur hinausgelaufen sind.

Man hat von seiten der ÖVP alles an Wunschvorstellungen, was denkbar war, hineingepackt. Ich darf daran erinnern, daß eine kleine Reform beabsichtigt gewesen ist, nämlich die Senkung des allgemeinen Absatzför-

Schober

derungsbeitrages von 60 Groschen auf ein erträgliches Ausmaß von zirka 35 bis 40 Groschen. Heute haben wir erreicht, daß es 38 Groschen sein werden, rückwirkend ab 1. März. Ich glaube, daß das ein gutes Verhandlungsergebnis ist, vor allem deshalb, weil es den Milchbauern ein monatliches Mehr an Milchgeld von über 60 Millionen Schilling bringt.

Ich muß eines auch noch sagen, was uns und mich im besonderen befremdet hat: daß die ÖVP eine Verhandlungstaktik im Stile eines Pokerspieles eingeschlagen hat. Im Vordergrund der ÖVP-Taktik ist nicht die Interessenvertretung der Bauern gestanden, sondern es haben parteipolitische Überlegungen, meine ich, vor allem im Hinblick auf die in der nächsten Woche stattfindenden Landwirtschaftskammerwahlen in der Steiermark für die ÖVP die maßgebliche Rolle gespielt.

Ich habe es sehr begrüßt, daß Bundesminister Haiden angekündigt hat, daß er eine grundsätzliche Reform vorbereitet, nämlich eine Enquete über all diese Fragen. Ich darf aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Erinnerung rufen, daß die SPÖ bereits bei den Verhandlungen ihre Vorstellungen und Wünsche deponiert hat. Ich möchte sie hier in aller Kürze bringen.

Wir glauben, vorrangiges Ziel einer solchen grundsätzlichen Reform muß sein, daß wir zu einer bedarfsgerechten, auf den inländischen Konsum ausgerichteten Erzeugung kommen.

Meine Damen und Herren! Es versteht kein Mensch mehr, daß der Bauer derzeit etwas über 4,50 S für die Milch erhält, daß aber die Verwertung dieser Milch im Export bereits über 7 S kostet. Ich glaube, es wäre daher sinnvoll, eine schrittweise Kürzung der Richtmengen durchzuführen, bis es zu einer bedarfsgerechten Erzeugung kommt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es wird vor allem auch eine Rationalisierung im Verarbeitungsbereich notwendig sein. Heute ist das System eigentlich nichts anderes als ein Faulbett für die Genossenschaften. Die Bauern erhalten einen der niedrigsten Produzentenmilchpreise Europas, und der österreichische Verbraucher muß einen der höchsten Konsumentenmilchpreise bezahlen.

Wenn ich sage „mehr Rationalisierung im Verarbeitungsbereich“, so meine ich damit, daß es mehr Konkurrenz vor allem auch innerhalb der Genossenschaften geben muß,

daß sie gezwungen werden müssen, wenn sie wirtschaftlich bestehen wollen, eine bessere Qualität zu erzeugen.

In die gleiche Richtung gingen auch unsere Vorschläge zur Verbesserung des Ab-Hof-Verkaufes. Ich muß an dieser Stelle an die ÖVP die Frage richten, weil sie hier die Interessen der Molkereiwirtschaft verteidigt hat: Haben Sie denn wirklich Angst vor der Milch, die der Bauer in ihrer ursprünglichen Qualität anbieten kann? Wobei eines natürlich klar ist: daß es einen Marktschutz für jene Bauern geben muß, die in entlegenen Regionen leben und wirtschaften müssen; ich meine damit vor allem die Bergbauern. Sie dürfen natürlich bei einer Verbesserung des Ab-Hof-Verkaufes nicht übrigbleiben.

Wir SPÖ-Bauern glauben, daß es als weiterer wesentlicher Punkt einer grundsätzlichen Reform zu einer Einschränkung der Importe kommen muß. Aber, meine Damen und Herren, das kann nicht einfach administriert oder verordnet oder auch nur in Verhandlungen erreicht werden. Das ist auch eine Frage vor allem der Qualität, die angeboten wird, und eines umfassenden Angebotes.

Ich sage auch noch eines, was für uns Bauern unerträglich ist: daß Raiffeisenfirmen in Österreich unverschämt als Großimporteure von Molkereiprodukten auftreten. Das muß sich bei einer grundsätzlichen Reform sicher auch ändern.

Wir haben diese unsere Vorschläge, die wir immer wieder gebracht haben, leider nicht durchgebracht; wir wissen, daß bei dem Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit ein Kompromiß notwendig ist. Diese Vorschläge von uns sind an der ÖVP gescheitert.

Meine Damen und Herren! Wir werden diesem Verhandlungsergebnis natürlich unsere Zustimmung geben. Aber ich stimme unserem Bundesminister Haiden vollinhaltlich zu, der heute am Anfang seiner Ausführungen gesagt hat, daß das vorliegende Verhandlungsergebnis leider auch eine Novelle der versäumten Möglichkeiten für uns Bauern ist.

Bestürzend war für mich bei den Verhandlungen, daß die ÖVP die Milchfragen mit den Getreidefragen junktimiert hat. Sie wollte die Anliegen der Milchbauern einfach den Interessen der Getreidebauern opfern, und zwar in einem Bereich, in dem es gar nicht notwendig gewesen wäre, weil ja über die Getreidefragen in aller Ruhe verhandelt werden kann. Denn nur wenige Tage vorher hat Bundesmi-

11714

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Schober

nister Haiden durch die Bereitstellung von 450 Millionen Schilling für die jetzt durchzuführenden Getreideexporte vorgesorgt, sodaß man in Ruhe über diesen so wichtigen Fragenkomplex reden kann.

Ich bin aber schon der Meinung, daß gesagt werden muß, daß der Getreidebereich einen Schlüsselmarkt in der Agrarpolitik darstellt und daß wir eine grundsätzliche Reform auf diesem Gebiet brauchen. Ich habe von hier aus schon einige Male dargelegt, wie wir uns die Vorgangsweise vorstellen. Wir haben sehr konkrete Gedanken dazu, ich brauche also heute nicht darauf einzugehen.

Eines, meine Damen und Herren von der ÖVP, nehmen Sie bitte noch zur Kenntnis (*Abg. Graf: Zur Kenntnis nehmen wir gar nichts!*): Wir lassen uns auch bei der Lösung von Agrarfragen von der Drohung mit Demonstrationen nicht beeindrucken. Und ich sage Ihnen eines: Wer Wind sät, der wird Sturm ernten. (*Abg. Graf: Das ist eine gewaltige Aussage!*) Die Drohung mit der Straße ist für mich auch ein Beispiel, mit dem Sie ganz bewußt die Sozialpartnerschaft in Frage stellen.

Ich sage eines als Bauer, der einen sehr engen Kontakt mit der Arbeiterschaft hat: Stellen Sie auch die Geduld der Arbeiterschaft nicht auf eine zu harte Probe. Sie betreiben damit ein Spiel mit dem Feuer, das für Sie gefährlich werden und böse ausgehen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ergebnis der Verhandlungen ist für uns ein Kompromiß, der annehmbar ist. Das Verhandlungsergebnis ist aber vor allem auch ein Beweis dafür, daß die Bundesregierung die Bauern in ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht im Stich läßt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dem einzubringenden Initiativantrag werden wir unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 12.10

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hietl. Ich erteile es ihm.

12.10

Abgeordneter Hietl (ÖVP): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vor Beginn der heutigen Tagesordnung hat es eine Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers zur Lage der österreichischen Landwirtschaft gegeben. Ich glaube, man kann das

nicht so einfach abtun. Es wurde berichtet, wie es derzeit in diesem Lande mit der Agrarwirtschaft bestellt ist, welche Möglichkeiten in diesem Bereich bestehen.

Ich halte diese Stunde für sehr ernst, meine Damen und Herren, und zwar als einer, der sich erlauben kann, zur gesamten Agrarwirtschaft Stellung zu beziehen, denn ich habe nicht nur zwölf Jahre lang selbst Milchwirtschaft betrieben, weil die Verhältnisse dies erforderten, sondern ich betreibe heute neben dem Weinbau auch extensiv Getreidewirtschaft, so wie das viele unserer Weinbauern in Niederösterreich, im Burgenland und in der Steiermark tun.

Daher, meine Damen und Herren, sei gleich zu Beginn hier festgehalten: Es geht nicht so, Herr Minister, daß man mit der Rute im Fenster einmal dort, einmal da sagt: Wenn hier keine Zustimmung der Opposition erfolgt, dann gibt es in einem anderen Zweig überhaupt keine Verhandlungen! Man wird in Österreich die Milchwirtschaft verbunden mit der Viehwirtschaft genauso notwendig brauchen wie die Getreidewirtschaft und den Weinbau und seine Sonderkulturen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kein Staat in der Welt, meine Damen und Herren, wird ohne gesunde Agrarwirtschaft auf Dauer bestehen können. Das ist der Grund, warum wir uns heute in der Diskussion hier zu Wort melden.

Verantwortung gemeinsam tragen — jawohl, meine Damen und Herren. Die Österreichische Volkspartei hat 25 Jahre lang nach dem Krieg bewiesen, daß sie in einer äußerst schwierigen Zeit bereit ist, Verantwortung zu tragen — nicht nur zu tragen, sondern auch dafür zu sorgen, daß in Österreich eine Aufbauarbeit geleistet werden konnte. Ich glaube, daß wir diese Verpflichtung immer wieder haben.

Und zu Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister — er hat sich inzwischen offenbar entfernt; ich verstehe, daß er auch andere Dinge zu tun hat. Aber wenn er hier vorausblickend — und ich bin ein Anhänger einer langfristigen Wirtschaftspolitik — gemeint hat, man müsse im Hinblick auf die Marktordnungsverhandlungen von 1988 bereits heute Stellung beziehen, dann darf ich sagen: Diese Worte hätte sich der Herr Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Haiden ersparen können, denn in der Zwischenzeit gibt es in Österreich Wahlen. Danach wird die Zusammensetzung auf der Regierungsbank anders aussehen.

Hietl

Daher wird es nicht sein Problem sein, wie die Marktordnungsverhandlungen 1988 laufen werden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Pfeifer, Sie haben behauptet, die Opposition schüre das Feindbild des Bauern. Meine Damen und Herren, wie oft muß man hier noch sagen, daß mehr als 90 Prozent der österreichischen Bauernschaft ihr Vertrauen ihren Vertretern im Bauernbund und damit der Österreichischen Volkspartei immer wieder gegeben haben und sie daher genau wissen, daß nur von dieser Seite aus für die österreichische Bauernschaft etwas getan und erreicht werden kann? Von niemand anderem können sie das erwarten, meine Damen und Herren! Daher bitte ich Sie, solche Äußerungen hier von diesem Rednerpult nicht mehr zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Schober! Ich will mich mit Ihren Ausführungen nicht weiter auseinandersetzen, nur eines zur Klarstellung — ich war nicht Mitglied des Verhandlungskomitees, habe mich aber inzwischen informieren lassen —: Gespräche über die Molkereiwirtschaft, Herr Abgeordneter Schober, wurden auf Vorschlag von Minister Haiden auf später — in einem separaten Gespräch — vertagt. Daher sind sie nicht Gegenstand dieser Diskussion. Bleiben wir bei der Sache, über die wir zu diskutieren haben, und greifen wir nicht schon vor, was sich später vielleicht in einer ganz anderen Situation ergeben wird. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir immer bei der Sache bleiben. Agrarwirtschaft ist ein gemeinsames Anliegen, meine Damen und Herren, und wir sind immer und überall zu allen Gesprächen, die der Herr Minister mit uns führen will, bereit. Erkundigen Sie sich zuerst beim Herrn Minister, bevor Sie hier versuchen, Polemik zu betreiben, die in dieser ernstesten Stunde der Agrarwirtschaft überhaupt keinen Platz hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe eingangs erklärt, daß wir Bauern in Österreich solidarisch sind, daß wir uns bewußt sind, daß wir, egal welchen Betriebszweig der einzelne Bauer in Österreich bewirtschaftet, eine Einheit sind, daß wir einer für den anderen einzustehen haben.

Ich erwarte, daß der Herr Bundesminister für die gesamte Agrarwirtschaft ein bißchen mehr Verständnis hat, als das in der Vergangenheit der Fall war, daß außer über die Milchwirtschaft auch über die Getreidewirtschaft und den österreichischen Weinbau

noch in den nächsten Wochen Verhandlungen geführt werden, die ein Ergebnis bringen, das die gesamte Agrarwirtschaft auch befriedigen kann, meine Damen und Herren. Derzeit ist das nicht der Fall.

Ich sage noch einmal: Mit der Rute im Fenster kann man uns nicht auseinanderdividieren. Wir wollen eine gesunde Agrarwirtschaft in Österreich haben. Vertreiben Sie doch bitte nicht unsere Leute von den Höfen! Sie brauchen ja morgen einen Arbeitsplatz, den wir nicht haben. Und machen Sie nicht den einzelnen Bauern dafür verantwortlich, daß eine schlechte Agrarpolitik von der Regierung betrieben wird!

Wir Bauern sind die letzten, die beispielsweise einen VOEST-Arbeiter dafür verantwortlich machen, daß Manager falsch spekuliert haben, weil sie eine Wirtschaft betrieben haben, bei der die Rechnung nicht aufgegangen ist. Dafür kann man nicht den einzelnen Arbeiter verantwortlich machen!

Aber genauso wehren wir uns dagegen, daß man die Bauern dafür verantwortlich macht, daß eine Agrarpolitik betrieben wurde, die nicht in Ordnung ist. Daher die Aufforderung an Sie und vor allem an die Bundesregierung und den zuständigen Minister, endlich zu zeigen, daß wir eine andere Agrarpolitik brauchen. Ich erwarte mir Verhandlungen in dem Sinne, daß auch bei der Getreidewirtschaft Klarheit geschaffen wird und daß im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Weingesetz und das Weinwirtschaftsgesetz über eine Vorlage in vernünftiger Atmosphäre diskutiert wird. Denn wir sind die letzten — das auch zu Ihnen, Herr Abgeordneter Pfeifer —, die ständig oder vorsätzlich mobilisieren, meine Damen und Herren. Wir sind auf dem Wege der Verhandlungsbereitschaft, und wir wollen, wenn man uns auch bißchen entgegenkommt, immer wieder diesen Weg gehen.

Wenn man aber glaubt, mit der österreichischen Bauernschaft ein Spiel auf Teufel komm raus betreiben zu können, so wird das nicht gehen, meine Damen und Herren. Ich mache Sie allen Ernstes darauf aufmerksam, daß das nicht die Lösung sein kann.

Ich erwarte daher, daß wir uns im Zuge der Verhandlungen zum Weinwirtschaftsgesetz und zum Weingesetz auf einem vernünftigen Weg zusammenfinden, der für alle in Österreich gangbar ist. Das ist derzeit nicht der Fall. So geht es nicht, wie der Herr Landwirtschaftsminister uns bei den Verhandlungen im August erklärt hat: Wenn ihr nicht

11716

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Hietl

zustimmt, dann wird das so gemacht, wie wir es wollen. Das, meine Damen und Herren, kann keine Verhandlungsgrundlage sein!

Ich fordere Sie daher auf, so vorzugehen, daß entsprechende gemeinsame Verhandlungen geführt werden können. Wenn das nicht der Fall ist, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß draußen, wo es darum geht, die Existenz der einzelnen Betriebe zu erhalten, Unmut entsteht.

Noch eine kurze Rechnung; die Einkommensbasis wurde von meinen Vorrednern bereits genannt. Weil man glaubt, daß die Weinbauern heute ein großes Einkommen haben, eine einfache Rechnung. Der Durchschnittsertrag der letzten Ernte in Österreich war auf Grund der Witterungsunbilden 2 400 Liter pro Hektar. Selbst beim hohen Weinpreis von 11 S ergibt das knappe 25 000 S Einkommen, das ist die Hälfte der Gesteungskosten. Ich möchte das nur deswegen anführen, damit man hier nicht glaubt, es sei alles eitel Wonne und es sei alles bestens.

Meine Damen und Herren! Ich habe bei den Budgetberatungen am Schluß meiner Ausführungen folgendes gesagt — ich wiederhole das heute, weil ich glaube, daß es notwendig ist, immer wieder darauf hinzuweisen —: Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 eine Situation in Österreich gehabt, die — und das glaube ich auch in Ihrem Sinne sagen zu können — kein Mensch mehr herbeisehnt. Wir haben gemeinsam Aufbauarbeit geleistet. Der österreichische Bauer hat zur Sicherung der Ernährung in diesem Lande beigetragen.

Vergessen Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, nicht, daß es der österreichische Bauer war, der dafür gesorgt hat! Diesen österreichischen Bauern wird man auch in Zukunft brauchen. Bitte denken Sie daran und glauben Sie nicht, man könne gegen die Bauern Regierungspolitik betreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{12.21}

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Murer. Ich erteile es ihm.

^{12.21}

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. **Murer**: Sehr verehrte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu dem heutigen Kompromiß, der nach 17 Verhandlungsrunden in letzter Minute doch zustande

gekommen ist, nur ein paar Bemerkungen aus freiheitlicher Sicht machen.

Ich freue mich, daß sich beim Bauernbund doch die Vernünftigen durchgesetzt haben und nicht die ÖVP-Scharfmacher. *(Abg. Hietl: Was heißt das?)*

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Herr Staatssekretär! Ich würde Sie bitten, von der Regierungsbank keine Polemik zu üben. *(Abg. Dr. Schranz: Durch die geänderte Geschäftsordnung ist das hinfällig geworden!)*

Staatssekretär Ing. **Murer** (fortsetzend): Ich meine, das ist keine Polemik. In allerletzter Minute, als wir schon auf der Regierungsbank saßen, ist diese Einigung zustande gekommen. Es dürfte doch so sein, wie ich vermute. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, daß dieses Paket jetzt von allen gemeinsam getragen werden muß, daß es zu keiner Kindesweglegung kommen sollte, damit diese Maßnahmen, zu denen wir uns gefunden haben — Reduzierung der Überproduktion im Milchbereich durch eine Milchlieferverzichtsprämie bis hin zu Kontingentkürzungen unter ganz gewissen Voraussetzungen — und die man als „grüne Abrüstungsrunde“ bezeichnen kann, den Steuerzahlern, sprich Finanzministerium, den Milchkonsumenten sowie den Bauern zugute kommen können. Ich glaube, wenn der Bauernbund, die Funktionäre der Genossenschaften bis hin zu den Kammern mitziehen, kann mit der neuen Milchlieferverzichtsaktion ein sehr entscheidender Beitrag dazu geleistet werden, daß der Absatzförderungsbeitrag, diese Milchsteuer, die den Bauern, vor allem jenen, die sich an das Gesetz halten, so weh tut, unter einer bestimmten Schmerzgrenze gehalten werden kann.

Ich freue mich ebenso darüber, daß eine akzeptable Ab-Hof-Regelung gefunden wurde, vor allem freue ich mich deshalb, weil quer durch alle Parteien, auch in der FPÖ, die Meinungen vertreten waren, daß man den Ab-Hof-Verkauf zur Gänze freigeben sollte. Trotzdem, wenn wir es gemeinsam tragen, sind wir zu einer sehr, sehr akzeptablen Lösung gekommen, vor allem deshalb, weil man auch von seiten der Regierungsparteien bereit war, die Forderung, die Ab-Hof-Menge in den Inlandsabsatz einzurechnen, eine sehr wichtige Voraussetzung zu erfüllen. Wenn es gemeinsam getragen wird, daß entsprechend hohe Mengen gemeldet werden, so wird das dem Finanzminister einige hundert Millionen

Staatssekretär Ing. Murer

kosten, aber die Bauern werden ebenfalls Hunderte Millionen in das System einbringen. Wie der Landwirtschaftsminister ja schon gesagt hat, wird es zu Verbilligungsaktionen im Inland sowie zu Maßnahmen kommen, die für eine Ankurbelung des Exports sorgen, was wieder dazu beiträgt, daß der Krisengroschen, diese Milchsteuer, unter einer gewissen Grenze bleiben kann.

Ich begrüße es daher sehr, daß wir jetzt eigentlich genau das tun, was unsere Milchbauern wollen. 120 000 Milchbauern, wo etwa 500 000 Menschen leben, haben den Wunsch geäußert, von den Abgeordneten, von den Regierungsparteien ein neues Paket zu bekommen, um diese Milchsteuer ab 1. März endlich senken zu können. Das tun wir hiermit gemeinsam, und wir sollen uns alle freuen, daß es uns gelungen ist.

Ich möchte nun zum Getreide etwas sagen, zu den Getreideproblemen und zu deren Lösungsmöglichkeiten, die jetzt in rascher Folge verhandelt werden müssen.

Wir haben 5 000 S Prämie pro Hektar für die Eiweißfutterpflanzen bereits freigegeben, haben vor allem, was wichtig war, kein Flächenlimit gesetzt. Ich glaube schon, daß es dann, wenn die Landwirtschaftskammern entsprechend gute Beratung machen und unsere Landwirtschaftsschulen entsprechend einwirken, möglich sein wird, wesentlich mehr Eiweißfutterpflanzen im eigenen Betrieb der Verwertung zuzuführen. Eine entsprechende Lösung mit den Mischfutterwerken ist sicher eine Voraussetzung, um nicht dasselbe Problem zu bekommen wie im Vorjahr, daß Tausende Tonnen glatt liegenbleiben und nicht verkauft werden können. Auch mit einer Prämie von 5 000 S ergäbe sich eine jämmerliche Situation, wenn wir es nicht schaffen, diese Mengen auch unterzubringen.

Ich freue mich auch, daß die ersten hundert Waggons von Maissaatgut in die Sowjetunion nächste Woche abgefertigt werden, daß dieses erste Geschäft mit der Sowjetunion abgeschlossen werden konnte und ohne Stützung Maissaatgut nach Polen und in die Sowjetunion geliefert wird. Ich danke in diesem Zusammenhang auch besonders Landwirtschaftsminister Haiden für sein Bemühen, diesen Abschluß wirklich unter Dach und Fach zu bringen. Ich hoffe, daß wir das Ziel erreichen, einmal 15 000 Hektar Maissaatgut anbauen zu können, eingebettet in ein Ökosystem, das die Maisböden nicht weiter so zerstört wie derzeit. Vor allem die kleinen Bauern der Südsteiermark, die Bauern des Bur-

genlandes und die kleineren Bauern in Niederösterreich sollen eine Exportchance und damit ein Einkommen bekommen, das sie sich wünschen, das vor allem wir ihnen wünschen, damit mehr Geld am Bauernhof bleibt als bisher.

Deshalb glaube ich, daß auf dem Getreidemarkt zumindest einmal ein Teil der Alternativen getroffen wurde, die wir uns wünschen, und daß es eine gute Voraussetzung gibt für die Getreideverhandlungen 1986.

Ich möchte aber von dieser Stelle doch sagen, daß ich hoffe — vor allem betrifft das Landesrat Riegler und Kammerpräsident Buchberger —, daß jene Worte von Riegler zurückgenommen werden, die er lauthals zurückgelassen hat. Man kann natürlich in einem Wahlkampf einmal überhitzt etwas schärfer formulieren — das passiert jedem von uns —, aber ich glaube, die Worte „korrupt“, „verlogen“ und „unfähig“ erreichen doch ein Ausmaß, das man nicht einfach akzeptieren kann, denn irgendwo hat jeder Mensch ein Ehrgefühl, auch eine Regierung, und das ist etwas, wo man sich ganz einfach nicht mehr zusammensetzen kann. Deshalb die Bitte an Riegler, das zurückzunehmen, damit wir im Geiste der gemeinsamen Lösungsversuche in der Agrarpolitik weiterarbeiten können. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn Präsident Buchberger in der Steiermark sagt, die Regierung hätte einige hundert Millionen Schilling Schulden nicht bezahlt, so ist das eine glatte Tatsachendrehung, denn wir haben in der Vergangenheit aufgrund von Berechnungen und Weltmarktsituationen, Absatzsituationen, einige hundert Millionen Absatzförderungsbeiträge nicht eingezahlt, daher sind das sicher unsere Schulden und nicht die Schulden der Regierung. Ob die Regierung das bezahlen könnte oder nicht, ist eine ganz andere Frage.

Ich möchte abschließend noch sagen, daß wir uns, glaube ich, auch darüber freuen sollten, daß es gelungen ist, durch einen sehr massiven Verhandlungseinsatz unseres Außenministers, des Landwirtschaftsministers und vor allem auch des Bundeskanzlers — ich möchte in diesem Zusammenhang auch unseren Handelsminister Steger im besonderen erwähnen —, die nie müde waren, bei den EG-Präsidenten, bei den EG-Ministern für die österreichische Landwirtschaft Stimmung zu machen, in Brüssel eine Mehrheitsentscheidung herbeizuführen. Wir können uns freuen, daß aufgrund des Beitritts von Portugal und Spanien zur nunmehrigen Zwölfergemein-

11718

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Staatssekretär Ing. Murer

schaft die Nutzzrinderkontingente um über 4 000 Stück aufgestockt werden konnten — sogar eine Mehrheitsentscheidung, bei der der CSU-Landwirtschaftsminister Kiechle gegen uns gestimmt hat.

Die weiteren Verhandlungen werden es jetzt vielleicht doch ermöglichen, daß wir zu einem neuen Agrarbrief kommen, der das leidige Problem der Wasserkäseimporte, das leidige Problem der Käseimporte an und für sich einer endgültigen Lösung zuführt und aufgrund dessen die Nutzzrinderkontingente von 20 000 Stück auf 60 000 Stück insgesamt erhöht werden können. Ich meine, daß wir dann zumindest eine hoffnungsvolle Zukunft im Viehexportbereich haben können. Deshalb sollten wir nicht so hoffnungslos sein, wie man uns jeden Tag in den Zeitungen der ÖVP mitteilt, wo man alles bis zum letzten schlechtmacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man sollte auch uns Bauern nicht zumuten, daß wir uns selbst so tief hinunterstellen, was auch wirklich nicht stimmt, sondern man sollte uns etwas mehr Mut und Hoffnung machen, und man sollte ein gutes Klima der Zusammenarbeit schaffen. Dann können wir auch die Agrarprobleme in Österreich lösen.

Ich möchte auch dem Präsidenten Derfler danken, daß er sehr massiv mitgewirkt hat, daß heute der Initiativantrag eingebracht werden konnte, daß die Regierung gemeinsam mit der Opposition das machen kann, was sich 120 000 Milchbauern wünschen, nämlich daß der Milchkrisengroschen ab 1. März um mehr als ein Drittel gesenkt wird. In diesem Geiste, glaube ich, sollten wir in Zukunft weiterarbeiten. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* ^{12.32}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Tichy-Schreder. Ich erteile es ihr.

^{12.32}

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Argumentation des Herrn Landwirtschaftsministers eingehen, der die Situation richtig analysiert hat, nämlich daß das Agrarmarkordnungssystem in Unordnung geraten ist, und der auch gesagt hat, wo das alles passiert ist und daß die Chancen auf dem Markt immer schwieriger werden. Damit hat er vollkommen recht. Das haben auch andere festgestellt.

Nur hat er eines nicht getan, das, was der Herr Abgeordnete Schober gesagt hat: Ein großes Verantwortungsbewußtsein des Ministers gegenüber den Bauern hat er nicht herausgestrichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Er hat eines nicht gesagt, meine Damen und Herren — ich möchte auf etwas verweisen, was der Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Frans Andriessen anläßlich der Eröffnung der „Grünen Woche“ in Berlin gesagt hat —, nämlich: „Die Verbesserung der Agrarstruktur soll es ermöglichen, daß dem Kapital und der Arbeit in der europäischen Landwirtschaft Erträge zufließen, die denen der anderen Wirtschaftsbereiche vergleichbar sind. Angesichts der Bedeutung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes in Europa und des einmütigen Willens, dieses spezifische Merkmal zu erhalten, sollten alle Mittel eingesetzt werden, um Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Familienbetriebe zu heben.“ — Solche Worte habe ich bis heute vom Herrn Landwirtschaftsminister nicht gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Landwirtschaftsminister hat sich über ein Flugblatt alteriert, er hat gesagt, es sei eine Unterstellung, daß von ihm 80 Millionen Schilling praktisch vergeudet worden wären. Der Herr Landwirtschaftsminister hat eine unrichtige Auskunft gegeben. Es ging dabei um die Finanzierung der Getreideexporte, um die Möglichkeit, auch hier Geldmittel einzusparen. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, wie das vor sich gegangen ist.

Es gab am 30. Oktober 1985 ein Offert der DDR, die 150 000 Tonnen Futtergetreide kaufen wollte. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, der Landwirtschaftsminister hat Verhandlungen darüber schriftlich abgelehnt, weil kein Geld vorhanden sei. *(Abg. Fachleutner: 80 Millionen Schilling waren dahin!)* Mit Fernschreiben vom 12. November 1985 an den Getreidewirtschaftsfonds wurde darauf hingewiesen, daß Futtergetreideexporte erst dann genehmigt werden, wenn die Vorfrage der Finanzierungsmöglichkeit geklärt ist, das heißt, wenn ein Lösungsmodell für die Finanzierung gefunden wird. *(Rufe bei der ÖVP: Da schau her!)*

Ein Fernschreiben vom 22. November 1985 vom Landwirtschaftsministerium *(Staatssekretär Ing. Murer: Stimmt ja nicht!)* — die Fernschreiben liegen schriftlich auf, Herr Staatssekretär —: Es werden Stützungsmit-

Ingrid Tichy-Schreder

nur für solche Getreidepartien gewährt, die in hierortigen Lageraktionen erfaßt sind. Für Ware aus dem freien Markt kann so lange keine Förderung beansprucht werden, bis die Finanzierungsfrage für die restlichen Getreideüberschüsse geklärt ist.

Meine Damen und Herren! Es gab eine Aufforderung des Landwirtschaftsministers, Möglichkeiten für Futtergetreide zu finden, dieses zu exportieren, Lösungsmöglichkeiten über Finanzierungsmittel. Die Sozialpartner wurden dazu beauftragt. Diese haben einen Lösungsvorschlag erarbeitet. Der Herr Landwirtschaftsminister, die Bundesregierung hat hier abgelehnt und hat auf einmal das getan, was bereits im Oktober möglich gewesen wäre, praktisch ein halbes Jahr vorher, nämlich Kredite von seiten des Getreidewirtschaftsfonds aufzunehmen, um Getreideexporte zu finanzieren.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat hier gesagt, daß der Dollarkurs gefallen sei und daß sich eben die Weltgetreidemarktsituation verändert habe. Nur: Der Dollarkurs und die Weltgetreidepreise waren im Oktober und im November anders als heute, nämlich höher. Die Wirtschaft hat sich damals bemüht, gemeinsam mit der Landwirtschaft Möglichkeiten des Exportes zu finden, aber diese Exporte wurden von seiten des Landwirtschaftsministeriums abgelehnt. Dadurch sind 80 Millionen Schilling durch den Landwirtschaftsminister vergeudet worden. Das kann man nicht genug anprangern, denn das sind Mittel der Steuerzahler und Mittel der Bauern.

Wenn der Herr Minister für die Bauern eintritt, dann hat er sich dafür einzusetzen, daß eben sparsam verwaltet wird, und das hat er nicht getan! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Punkt, weil Herr Staatssekretär Murer so herausgestrichen hat, wie exorbitant der Einsatz der Minister, speziell des Vizekanzlers, ist, um die Agrarwirtschaft im EG-Markt schmackhaft zu machen.

Meine Damen und Herren! Die Ausfuhr agrarischer Güter betrug im Jahre 1985 ungefähr 2 Prozent. Beim Abschluß der EG-Verträge, der Römischen Verträge, betrug der Export in die EG zirka 8 Prozent. Beim Freihandelsabkommen im Jahr 1972 lag der Export von agrarischen Produkten in den EG-Markt noch bei 5 Prozent, heute liegt er bei 2 Prozent.

Meine Damen und Herren! Da genügt es

nicht zu sagen, man macht die Produkte schmackhaft, da muß man eben anders verhandeln und besser unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie das wissen, meine Damen und Herren, dann sollten Sie die Vorschläge, die von seiten der österreichischen Volkspartei kommen, nämlich die Vorschläge zur Agrarwirtschaft, auch ernst nehmen, aber nicht mit Verzögerungen von Monaten, ja sogar Jahren, kann ich sagen.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen seit einigen Jahren von der Ausweitung der Eiweißfuttermittelproduktion. Und jetzt, knapp bevor im Frühjahr gesät wird, kommt von Ihnen das grüne Licht. Äußerst knapp! Wie soll denn da die Landwirtschaft reagieren?

Auch vergangenes Jahr gab es diese Möglichkeit. Die Möglichkeit anzubauen war da, die Höhe der Prämie, die die Bauern bekommen, wurde genannt, nur die Durchführungserlässe des Landwirtschaftsministers haben gefehlt. Und da sagen Sie, es wird Feuer gelegt! Wissen Sie, wer das zu verantworten hat? Der Herr Landwirtschaftsminister, denn er hat nicht rechtzeitig die Durchführungsverordnungen erlassen.

Was sollen wir den Bauern sagen, wenn sie fragen, was mit der Ware geschieht, wenn die Durchführungserlässe fehlen? Das, meine Damen und Herren, möchte ich dem Herrn Bundeskanzler ankreiden, denn der Bundeskanzler ist der Chef der Regierung. In seiner letzten Erklärung hat er gesagt: Wir brauchen Manager in diesem Land. — Ja, wir brauchen Manager, auch Manager in dieser Regierung, denn wie sie das Management durchführt, ist äußerst schlecht, zum Schaden der Wirtschaft und der Landwirtschaft, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nichts anderes wird dann das ÖIAG-Gesetz sagen. Minister Lacina hat auch nicht richtig gehandelt, nicht so, wie es den Notwendigkeiten entspricht. Minister Haiden handelt nicht richtig. Das heißt, die Regierung handelt nicht richtig, und dafür ist der Bundeskanzler verantwortlich, meine Damen und Herren. Der Bundeskanzler ist Führer der Regierung, er ist der Oberste der Regierung, und er hat seine Minister zu veranlassen, konkrete Maßnahmen zu setzen. Und wenn wir immer wieder gezwungen werden, tagelang, wochenlang Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsminister zu führen, aber nur zu halben Ergebnissen kommen, so sind das Folgen der Fehler

11720

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Ingrid Tichy-Schreder

der Bundesregierung, der Fehler des Bundeskanzlers.

Meine Damen und Herren! Ein Betrieb kann es sich nicht leisten, keine konkreten Verhandlungen zu führen, denn dann bleibt er im Eck stehen. Der Betrieb bleibt über, und Sie sprechen dann von Managementfehlern. Genau diese Managementfehler macht der Bundeskanzler! (*Zwischenruf des Abg. Weinberger.*) Herr Kollege Weinberger, Sie können mir glauben, denn ich sitze schon wochenlang mit dem Minister zusammen und kenne seine Verhandlungstaktik. Und dafür ist der Herr Bundeskanzler verantwortlich, meine Damen und Herren!

Deshalb möchte ich zusammenfassend sagen: Man kann nicht ganz einfach das Problem so sehen, wie der Herr Landwirtschaftsminister das tut, der halbherzige Maßnahmen setzt und dann der ÖVP unterstellt, daß sie diese Politik anprangert. Wir müssen sie anprangern, denn der Herr Landwirtschaftsminister arbeitet nicht ordnungsgemäß und gegen die Interessen der Bauern. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.41}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich möchte Herrn Abgeordneten Haigermoser, der in der Debatte zu Herrn Abgeordneten Leitner gesagt hat: „Sie sind ein Zünder!“ gemäß § 102 der Geschäftsordnung einen **Ordnungsruf** erteilen.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über die Regierungsvorlage (899 der Beilagen): Bundesgesetz über die Österreichische Industrie-Holding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (911 der Beilagen)

Präsident Dr. Marga Hubinek: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bundesgesetz über die Österreichische Industrie-Holding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ing. Tychtl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Ing. Tychtl: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gegenständliche

Regierungsvorlage sieht eine Änderung des auf die Organisation der österreichischen verstaatlichten Industrie anzuwendenden Rechts vor. Diesen neuen gesetzlichen Rahmen wird die Österreichische Industrie-Holding Aktiengesellschaft durch entsprechende Organbeschlüsse auszufüllen haben. Hiezu kommt die durch die finanzielle Situation der VOEST-ALPINE AG eingetretene Notwendigkeit, die Haftungsrahmen der Republik Österreich für Kapital sowie für Zinsen und Kosten für Kreditoperationen der verstaatlichten Industrie zu erhöhen.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 28. Feber 1986 in Verhandlung gezogen.

Abgeordneter Fauland brachte einen Abänderungsantrag betreffend den Titel sowie die §§ 1 Abs. 1, 4, 5 und 9 ein.

Nach einer Debatte wurde die Regierungsvorlage unter Berücksichtigung des angeführten Abänderungsantrags in der beigedruckten Fassung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Außerdem bringe ich folgende Druckfehlerberichtigungen zum Gesetzentwurf vor:

1. Im Titel des gegenständlichen Gesetzes ist der Ausdruck „Industrie-Holding“ nicht mit Bindestrich zu schreiben, sondern in einem Wort.

2. Dasselbe gilt für § 1 Abs. 1.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Frau Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Dr. Marga Hubinek: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Graf. Ich darf es ihm erteilen.

Graf

12.45

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, den Standpunkt meiner Partei zum vorliegenden ÖIAG-Gesetz in gebotener Kürze zu formulieren. Ich kann mir einige Dinge ersparen, denn bei der großen Wirtschaftsdebatte war es ja möglich, sehr ausführlich darüber zu reden. Ich werde mich bemühen, auch mit einem gewissen Augenmaß zu diesem Gesetz, das wir nicht mittragen werden, Stellung zu beziehen. Ich möchte gleich eingangs zwei Dinge feststellen.

Wir hatten keine Verhandlungen, wir hatten ein ausgezeichnetes Gesprächsklima. Und ich nehme für meine Partei eines vorweg in Anspruch: Wir haben den zuständigen Herrn Minister so zeitig wie möglich wissen lassen, daß wir nicht gesonnen sind, diesen Regierungsentwurf mitzutragen. Wir haben ferner alle Möglichkeiten vorgekehrt, daß Sie das Gesetz, das Sie sich wünschen, rechtzeitig hier ins Haus bringen. Das wollte ich nur gesagt haben.

Nun zum Grundsätzlichen einige Bemerkungen. Sie bringen diese Gesetzesnovelle ein und verkaufen sie über Ankündigungen mit zwei oder drei Schlagworten: Dieses Gesetz entpolitisiert die Verstaatlichte, es zerschlägt den Proporz, und es stärkt die Holding. Diese drei Argumente sind völlig unzutreffend. Genau das geschieht nämlich nicht!

Sie sagen — ich darf beginnen —: Stärkung der Holding. Meine Damen und Herren! Wer sich zur Holding bekannt hat, was Dr. Taus und ich namens unserer Partei immer formuliert haben, hätte dieses Gesetzes nicht bedurft, denn die Holding war installiert, die gesetzlichen Mechanismen waren vorhanden. Es hat an und ab an der Liebe zur Holding durch die handelnden Personen gefehlt. Und das werden Sie durch eine Gesetzesänderung nicht herbeiführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Entpolitisierung. Meine Damen und Herren! Wenn es ein Schlagwort gibt, das geeignet ist, Gefühle auszulösen, die es durch dieses Gesetz und durch die Haltung dieser Regierung nicht gibt, nicht geben kann, dann ist es der Slogan der Entpolitisierung. Es ist geradezu der Versuch der Verdummung nicht politisch interessierter Menschen in diesem Lande, die eine nostalgische Sehnsucht haben nach Nicht-überall-Eingreifen von Parteien. Und ich verstehe das. Aber das, was Sie hier als Entpolitisierung postulieren, ist aus zwei Gründen einfach nicht möglich, und die Behauptung ist unwahr. Wenn sie aufrechter-

halten wird und Sie es sagen, dann sagen Sie es wider besseres Wissen.

Denn, meine Damen und Herren, eine Entpolitisierung des verstaatlichten Wirtschaftskörpers ist, wenn man sich zum Begriff und zur Konstruktion der Verstaatlichten, wie sie vor vielen Jahren dieses Parlament gefunden hat, bekennt, einfach nicht durchzuführen. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, wir bekennen uns zur verstaatlichten Industrie. Wir krachen uns mit Ihnen wegen der Verwendung von Geld, nicht wegen der Hingabe von Geld, und wir krachen uns bei diesem Gesetz, weil Sie uns von der Mitarbeit ausschließen in einer Phase, wo sie wünschenswert und notwendig ist.

Zu dieser Entpolitisierung sei noch einmal gesagt: Wer sich zur Konstruktion der Verstaatlichten bekennt, muß doch zur Kenntnis nehmen, daß die Eigentümerrechte durch die Bundesregierung und durch das Parlament, die exekutive und die legislative Körperschaft, wahrgenommen werden. *(Abg. Wille: Richtig!)* Jawohl, Herr Klubobmann! Daher ist die Bemerkung, daß dieses Gesetz die Entpolitisierung einleitet, völlig unwahr, denn eine völlige Entpolitisierung in der Verstaatlichten, bitte schön, ist nur dann möglich, wenn Sie sie völlig privatisieren. Das will auch ich nicht, auch meine Partei nicht. *(Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: Wir sind eh Ihrer Meinung!)* Frau Klubobmann-Stellvertreter, natürlich ist das meine Meinung. Es mag Ihnen vielleicht merkwürdig vorkommen, aber ich formuliere nicht nur meine Meinung, sondern auch die meiner Partei, wenn ich das anmerken darf, denn ich rede hier nicht als der Privatmann Robert Graf — dieser hätte hier nichts verloren —, sondern als Mitglied des ÖVP-Klubs.

Ich bin Wirtschaftssprecher meiner Partei, und wenn Sie mir erlauben, würde ich Ihnen gerne unser Wirtschaftsprogramm dedizieren. Es steht dort klipp und klar drinnen, was meine Partei über die Verstaatlichte denkt. Ich bin im Moment nur das Sprachrohr meiner Partei, obwohl ich derselben Überzeugung wie meine Partei bin. Ich sehe mich veranlaßt, das ohne Aufregung klarzustellen.

Aber solange man diese Konstruktion hat, müssen die Regierung und das Parlament Eigentümerrechte wahrnehmen. Daher ist eine Entpolitisierung nicht möglich. Dr. Taus, ich und viele meiner Kollegen haben es schon formuliert. Meine Damen und Herren! Die Entpolitisierung, die möglicherweise wir alle uns wünschen, Sie aber nicht ganz sagen kön-

11722

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Graf

nen, ist ja dort: Die Politik hat ihren Einfluß nicht auszuüben in den Vorstandsetagen der Töchter, im Aufsichtsrat und in den Entscheidungen. Wenn Sie zur Entpolitisierung etwas beitragen wollen, dann sorgen Sie dafür, daß bei den Töchtern der Aufsichtsrat nicht fraktionell tagt. Dann haben Sie zur Entpolitisierung etwas dazugetan! Sie werden unsere Begleitung bei dieser Maßnahme ganz gewiß finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie postulieren etwas, wovon Sie wissen, daß Sie es nicht durchführen können. Sie benützen das als Ausrede.

Ich komme nun zu Ihrem zweiten gleichfalls unwahren ... *(Abg. Wille: So wurde das nie postuliert!)* Herr Klubobmann! Ich bin ein ... *(Abg. Wille: Darum geben Ihnen Kollegin Offenbeck und ich so gerne recht!)* Ich habe Ihren letzten Satz nicht verstanden. *(Abg. Wille: Darum geben wir Ihnen so gerne recht!)* Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, aber nur als Privatmann. Wenn Sie mir recht geben wollten als Sprecher meiner Partei, dann hätten Sie dieses Gesetz nicht so eingebracht, sondern wir wären in Verhandlungen eingetreten. Aber darauf komme ich noch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie das mit dem „Mir-recht-geben“ ernst meinen, dann hätten die Gespräche — ich betone „Gespräche“ außerordentlich korrekt — in Verhandlungen einmünden müssen, und dann hätten wir über das Paket, das die ÖVP Ihnen in Maria Plain angeboten hat, ordentliche Verhandlungen geführt. *(Zwischenruf bei der SPÖ: Staatsnotstand des Landeshauptmannes Haslauer!)*

Ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Kollege: Ich bekenne mich zur Verstaatlichten, und Sie kennen mich lange genug. Wenn Sie es damit bewenden lassen, daß Sie das heutige Gesetz beschließen und bei diesen Slogans klebenbleiben und sonst nichts tun bis zur Wahl, dann werden Sie an mich denken, denn dann wird die Verstaatlichte in noch größere Schwierigkeiten hineingehen. Ich sage das ohne jede Rechthaberei; ich bedaure, daß ich recht habe.

Ich wiederhole mich aufgrund Ihres Zwischenrufes, Herr Abgeordneter: Im Jahr 1981 prophezeite ich hier, daß die 16,6 Milliarden, wenn Sie sonst nichts tun, kaputt sind und Sie keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen haben werden und die Probleme noch gewachsen sein werden. Heute sage ich Ihnen wieder: Wenn Sie es damit bewenden lassen — ich unterstelle Ihnen im Moment gar

nichts; wieviel Kraft zur Veränderung Sie vor der Wahl noch haben werden, Herr Kollege Fauland, weiß ich nicht —, wenn es dabei bleibt, wird die Krise größer und eines Tages vielleicht als „Notstand“ bezeichnet. Denn daß die Verstaatlichte in außerordentliche Schwierigkeiten geraten ist, darf ich als gemeinsame Erkenntnis hier doch voraussetzen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Ich werde Ihnen etwas sagen: Herr Abgeordneter! Jeder von uns ist nur für seine eigenen Äußerungen verantwortlich, und es gibt auch keine Sippenhaftung für verbale Darstellungen. Das gilt für mich, für Sie und für andere. Aber daß man von einem gewissen „Notstand“ reden kann, wenn sich in der Verstaatlichten nicht gravierend etwas ändert, das, so würde ich annehmen, glauben Sie mir, ohne daß Sie mir jetzt gleich recht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Zum zweiten Schlagwort; es ist nur ein Schlagwort, und zwar ein hohl klingendes: Die Zerschlagung des Proporztes. Ich gebe zu, ein brauchbarer Ohrwurm, wenn jemand glaubt, daß das Gesetz das bringt, was man sich wünscht. Das ist nämlich nicht wahr.

Bitte, wie wird es sein, und was steht im Gesetz, das Sie jetzt machen werden? — Es ist doch ganz logisch, daß der Herr Bundeskanzler mit seinem koalitionsären Vizekanzler ein Gespräch haben und über Leute reden wird. Und die wird dann der Herr Minister Lacina vorschlagen — ich unterstelle ihm gar nichts — nach bestem Wissen und Gewissen. Es wird eine Einigung erfolgen.

Und was steht im Gesetz drinnen? — Der Herr Minister Lacina ist alleinverantwortlich, er teilt der Regierung und er teilt dem Hauptausschuß das mit. Glauben Sie wirklich, daß das zu einer Entfernung des Proporztes führt? Sie werden Teile der Ihnen unangenehmen „Schwarzen“ hinausschmeißen und werden feststellen, daß „Blaue“ hineinmüssen, wobei ich Ihnen in gebotener Offenheit sage — und ich bekenne mich namens meiner Partei dazu —: Ein Parteibuch darf kein Hindernis sein, aber es darf auch kein Freibrief sein. Das ist eine gängige Formel, zu der auch wir uns bekannt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Diese Vorgangsweise, die Sie hier wählen, bewegt aber überhaupt nichts, außer daß Sie per Gesetz die Mitwirkung einer Partei, einer großen Oppositionspartei, ausschließen, von der Sie gleichzeitig Mitverantwortung, Mittra-

Graf

gung der Verantwortung verlangen. Sie schließen mit Gesetz unsere Partei von der Mitwirkung aus in einer ganz zentralen und bedeutenden Frage.

Lassen Sie mich jetzt rekapitulieren: Stärkung der Holding. Und was wollten wir, auch bei der Diskussion um diesen Entwurf? Es haben Dr. Taus und ich in Gesprächen, die hier keine Rolle zu spielen haben, aber auch öffentlich folgendes erklärt: Wir sind einverstanden, daß man von der Parteibuchwirtschaft wekommt, daß das Parteibuch kein ausschließliches Kriterium sein kann, sein soll und sein darf. Das haben wir Ihnen nicht nur signalisiert, sondern das haben wir auch öffentlich gesagt.

Was wollten wir, die ÖVP, im Zusammenhang mit diesem Gesetz, das Sie jetzt in veränderter Form beschließen werden? — Wir haben es Ihnen ganz eindeutig gesagt: Wir glauben, daß es Aufgabe der drei Parlamentsparteien ist — und wir sind nun einmal ein Bestandteil dieses Parlamentes —, nur sein kann, ja sogar sein muß, bei der Findung des Aufsichtsrates der Mutter, der ÖIAG, mitzuwirken, und zwar nicht im Sinne der Mitwirkung nach dem Proporz oder nach dem Parteibuch. Wir haben uns das so vorgestellt, und wir stellen es uns auch heute noch so vor. Sie begehen einen Fehler, wenn Sie uns nicht hören; aber wir haben uns damit abgefunden.

Das wird Folgen haben. Wir sind einer gewissen Verantwortung entbunden. Wir werden die Gesprächsbereitschaft nicht aufkündigen, aber Sie machen etwas, was nicht klug ist. Warum? — Wir haben Ihnen angeboten, einen Unterausschuß des Hauptausschusses einzusetzen, dem ohneweiters der Minister vorsitzen kann — diese Konstruktion hätte man finden können —, und dort wird dann geredet über Personen, die der Minister, sei es durch Headhunters oder durch andere Leute — ich meine das nicht abschätzig —, für den Aufsichtsrat der ÖIAG vorschlägt. An der Findung dieses Aufsichtsrates wollten wir und wollen wir mitwirken, weil wir glauben, daß wir als Bestandteil des Parlaments Eigentümerrechte zu vertreten haben. Das haben wir Ihnen angeboten.

Wir haben Sie auch wissen lassen, daß es absolut nicht darum geht, eine Anzahl von „Schwarzen“ hineinzubringen. Sie haben das abgelehnt. Die Gründe haben wir zu respektieren. Aber das, was Sie jetzt betreiben, ist eine völlige Betonierung eines koalitionären Proporztes. Und der Hinweis, daß es kein Veto gibt, ist sehr brüchig, denn wenn es zu einem

Regierungsbeschluß kommt, dann hat jeder Minister ein Veto.

Meine Damen und Herren! Als Kenner der politischen Szenerie „lasse ich mich hängen“, wenn Herr Lacina allein die Leute aussuchen kann, ohne daß diese vorher zwischen Herrn Sinowatz und Herrn Steger ausgehandelt und von ihnen betrachtet werden. Das ist in Wirklichkeit Ihre Zerschlagung des Proporztes! Sie wollen uns anbringen und die anderen endlich stabilisieren und hineinbringen.

Das schließe ich auch noch aus folgenden Dingen: Ich habe mich immer zur Sozialpartnerschaft bekannt. Und ich unterstelle, daß durch die Konstruktion der Regierung die Bedeutung der Sozialpartnerschaft nicht mehr die ist aus Ihrer Sicht, denn der eine Sozialpartner ist aus der Regierung draußen, und der eine Regierungspartner mag die Sozialpartner nicht. Das ist die FPÖ. Ich zitiere hier bekannte Dinge.

Das hat ja dazu geführt, daß im Vorfeld der Gespräche ein geradezu klassisches Gesprächsthema, nämlich eine Einigung bei der Verstaatlichten vorzubereiten, Ideen einzubringen, hier bewußt nicht aufgenommen wurde. Ich rede nicht einer Nebenregierung das Wort. Aber wenn es einen Fall gibt, wo man eine klassische Sozialpartnerdiskussion abzuwickeln gehabt hätte, die dann in die Parlamentsklubs einfließt und die eine Einigung vorprogrammiert hätte, so diesen. Und ich bekenne mich ja zum Wert der Sozialpartnerschaft, sonst könnte man ja die Streiks nicht in Minuten und Sekunden messen. Hier ist das bewußt außer acht gelassen worden, vielleicht aus dem Zwang der Umstände und aus dem Zwang der Regierungskoalition. Das ist eine Sache, die mich auf Grund dessen, warum sie geschieht, nicht interessiert.

Sie werden jetzt ein Gesetz machen. Auch das ist Ihr gutes Recht. Wir haben Ihnen signalisiert, wir gehen nicht mit, und daraufhin haben Sie — auch Ihr gutes Recht — die Vorlage geändert beziehungsweise eine andere eingebracht, die sich auch mit der Aufstockung des Haftungsrahmens für die ÖIAG beschäftigt. Sie werden uns also in geänderter Abfolge der Paragraphen an der Mitwirkung hindern. Das heißt, Sie werden uns ausschließen, Sie werden unter dem Schlagwort „Zerschlagung des Proporztes und Entpolitisierung“ eine rein koalitionäre Proporzsache in Gang setzen. Und Sie beschließen jetzt die Aufstockung des Haftungsrahmens von 32 auf 40 Milliarden Schilling. Ich bin durchaus der Ansicht, daß Sie hier etwas tun, was nicht ausreicht.

11724

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Graf

Ich habe die begründete Befürchtung, Sie werden sich nun sonnen unter dem Motto: Wir haben den Proporz zerschlagen, Sinowatz hat sich durchgesetzt, wir haben den Haftungsrahmen aufgestockt, jetzt ist alles im Laufen.

Bitte, im Laufen sind eigentlich nur zwei Dinge: Sie entfernen die ÖVP aus der Mitbestimmung dort, wo wir sie haben müssen, weil Sie sie als Eigentümerversreter auch haben. Sie beschließen 8 Milliarden, von denen Sie wissen, daß sie der Weiterentwicklung der Verstaatlichten nicht dienen, sondern Sie sanieren damit Verluste, und es wird damit nicht genug sein. Sie haben keinen Wunsch geäußert, über generelle Sanierungsmaßnahmen mit uns zu reden.

Wenn ich mir Ihre Gesetzesvorlage ansehe, meine Damen und Herren — und das habe ich sehr genau getan —, dann erkenne ich, daß Sie sichtlich nicht vorhaben, weitere Dinge zu tun. Ich beschränke mich mit Absicht, und ich habe nichts vergessen. Ich habe nicht darauf vergessen, jetzt noch einmal die Bestellung eines neuen Vorstandes in einer großen Tochter zu rekapitulieren. Ich glaube, diese große Tochter und diese Leute brauchen Ruhe; die bekommen sie auch von uns. Daher werde ich das alles nicht noch einmal hier ausbreiten.

Eines muß ich noch dazusagen: Das, was Sie dort getan haben, war in Wirklichkeit das erste Mal der Verzicht auf ein Parteibuch. Auch das haben wir Ihnen lange vorgeschlagen, und das hätten Sie auch bei der Findung des Aufsichtsrates der ÖIAG von uns gerne bekommen. Sie haben sich für den anderen Weg entschieden, es ist Ihrer. Wenn wir durch den Wähler in die Lage versetzt werden, dann werden wir eine einzige Passage ändern: die Mitwirkung unserer Partei bei dem Ausschuchen der Aufsichtsräte der ÖIAG. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Eines muß ich Ihnen in Erinnerung rufen, ohne daß Sie das brauchen, Sie wissen das sehr genau: Ich bitte Sie, sich zu erinnern, auf wessen Einfluß seinerzeit dieses Gesetz zustande kam. Wir haben uns damals Ihrer Logik — ich bestreite das gar nicht — gerne gebeugt. Keine der im Parlament vertretenen Parteien, hauptsächlich die beiden großen nicht, sollte von der Mitbestimmung und der Mitfindung ausgeschlossen werden. Das war Ihr Wunsch, Ihr erklärter ... (*Abg. Wille: Wir haben nie gesagt, die volle Verantwortung werden Sie allein tragen!*) Ich komme schon darauf. Es war Ihr heftiger oppositio-

neller Wunsch, daß nichts geschieht, was Sie an der Mitbestimmung nicht mitmachen läßt.

Dr. Taus, ich und viele andere haben Ihnen immer gesagt: Wir haben uns nicht vor der Verantwortung gedrückt, wir haben uns nicht von der Verantwortung distanziert, was Sie liebenswürdigerweise nicht vergessen. Seit über 15 Jahren — bedauerlicherweise für Österreich — tragen Sie die Hauptverantwortung, und der Wähler hat uns in die zweite Reihe zurückversetzt. Daher sind Sie es, die das Sagen haben. Leider! Mit dem Sagen entfernen Sie uns von der Verantwortung, die wir gerne mitgetragen hätten. Das ist es, Herr Klubobmann! Das muß gesagt werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf der Abg. Adelheid Prager.*)

Ich kann Sie nicht verstehen, Frau Kollegin, aber vielleicht ist es für mich auch nicht wichtig. Ich antworte gerne auf Zwischenrufe, ich bin begeistert davon, aber ich muß sie verstehen können. Vielleicht macht er mich gescheiter, ich bin dauernd auf der Suche, mich zu verbessern.

Aber nun, meine Damen und Herren, da Sie mir das nicht mitteilen, was ich hören sollte, lassen Sie mich in gebotener Kürze noch einmal sagen, rekapitulieren: Was haben wir denn von Ihnen in Maria Plain gewollt, oder was haben wir dort postuliert? Ich bitte Sie, sich der Tragweite auch dieser Erklärungen bewußt zu sein, denn Maria Plain hat Ihre Hoffnung, so Sie diese gehabt haben, zerstört, daß es einen Zweifrontenkrieg in der ÖVP gibt, daß Sie uns „aufmascherln“ können, zwischen Landeshauptleuten in betroffenen Regionen und der Bundes-ÖVP. Diesen haben wir nicht.

Wir haben in Maria Plain in völliger Einigkeit unter Beisein und Mitwirkung an der Pressekonferenz, wo Mock das postuliert hat und Dr. Taus am Vormittag und ich am Nachmittag dabei waren, mit Mitwirkung der Landeshauptleute in einem Guß Ihnen ein Konzept vorgelegt, das noch immer steht. Wir wollten die von mir skizzierte Form der Mitwirkung bei der Findung der Aufsichtsräte bei der ÖIAG. Das war uns nicht genug. Selbst wenn Sie diesen unseren Wunsch erfüllt hätten, haben wir Zusatzforderungen gebracht, die auch noch immer bestehen, nämlich ein Sanierungskonzept, erstellt von der ÖIAG, erstellt von den Vorständen der Töchter.

Wir wurden von Ihnen heftig kritisiert, aber das ist Ihr gutes Recht. Wir wollten mit Ihnen

Graf

in Verhandlungen darüber eintreten, wie man unter Wahrung der Produktionsstandorte dafür sorgen könne, daß die ÖIAG in fünf Jahren börsenfähig, kapitalmarktfähig wird und daß man zu einer Gesundung der einzelnen Töchter in längstens drei Jahren kommt oder, wenn schon nicht kommt, brauchbare Wege beschreiten kann, die eine Sanierung sichtbar machen.

Wir haben Ihnen eine dreigliedrige Betriebsbetrachtung vorgeschlagen, von der Sie privat wissen, daß es keine andere gibt. Man muß fragen: Wie können jene Betriebe, die Gewinn machen, mehr und schneller Gewinn machen? Zweitens gibt es Betriebe, die jetzt keinen Gewinn machen, aber durchaus proper und in Ordnung sind. Der dritte, zugegeben schwerste Brocken sind jene Betriebe, die als Standort unentbehrlich sind, die keine Gewinne machen und deren Sanierung schwierig ist. Die wollten wir nicht von den Töchtern ausklammern, sondern nur von der konsolidierten Bilanz ausgeklammert wissen, damit man jene Divisionen und Teile der Töchter, die gut sind, auf die Börse bringen kann und in einem langsamen Sanierungsprozeß dann die anderen gesunden lassen kann oder ihnen Zeit dazu gibt, die Bruno Kreisky versäumt hat. Fünf Jahre lang durfte über Ersatzarbeitsplätze nicht geredet werden. Die Zeit fehlt uns, die brauchen wir.

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht im unklaren gelassen, daß wir Sie begleiten würden, daß das Budget für jene dritte Gruppe erhalten muß, weil dies im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft liegt. Sie haben, aus welchen Gründen immer, vielleicht war es Ihr politischer Hochmut, vom zuständigen Minister glaube ich es nicht, aber Sie haben es abgelehnt, über dieses Paket mit uns zu reden. Das führt dazu, daß Sie heute in satter Selbstgefälligkeit ein Bruchstückwerk fabrizieren werden, auf dessen Folgen wir Sie aufmerksam gemacht haben.

Wir werden mit gebotenem Augenmaß heute dazu Stellung nehmen. Für uns ist die Verstaatlichte nicht weniger wichtig als für Sie, meine Damen und Herren. Die Diskussionsbereitschaft und die Gesprächsfähigkeit sind damit nicht zu Ende. Wir werden jederzeit Herrn Lacina und den Herrn Bundeskanzler hören. Wir werden Sie aber jederzeit daran erinnern, daß das Paket Maria Plain von uns nicht aus Jux und Tollerei erfunden wurde, sondern es ist Bestandteil unserer Mitwirkung an diesem Sanierungspaket. Das, was Sie heute tun, ist falsch, und es behindert und erschwert vernünftige Gespräche, weil

Sie sich über etwas hinwegsetzen, von dem Sie selbst wissen, Sie haben keinen Grund, sich dabei wohlzufühlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das wollte ich Ihnen, meine Damen und Herren, mit gebotenem Augenmaß und in großer Ruhe sagen. Wenn Sie die Holding stabilisieren wollen, dann bedarf es des Gesetzes nicht, Sie hätten es nicht gebraucht. Wenn Sie die Holding weiterhin so sehen, wie Sie oder zumindest einige von Ihnen sie bisher gesehen haben, dann nützt Ihnen auch das Gesetz nichts. Die Ausdehnung des Haftungsrahmens um 8 Milliarden wird kein Problem lösen.

Sie werden sich, wenn nicht anders, mit sich zusammensetzen müssen, da Sie es nicht mit uns wollen, oder mit uns nur unter Preisgabe unserer Vorstellungen wollen, und das tun wir nicht. Sie werden sich mit sich zusammensetzen und überlegen müssen, ob der heutige Zerschlagungstag des Proporz, die Entpolitisierung und der Sanierungsbeginn tatsächlich diese Ausdrücke verdienen.

Gar nichts! Sie machen ein Gesetz, das einen neuen Proporz stabilisiert. Sie haben die Hoffnung, daß Sie uns dann, wenn Sie uns dort hinausbringen, leichter loswerden. Sie werden uns zur Mitverantwortung einladen. Wir haben sie nicht gescheut. Wenn Sie dieses Paket noch einmal aufschnüren, dann werden wir Ihnen dabei helfen.

Längstens in einem Jahr werden Sie wissen, daß das Problem der Verstaatlichten nur von allen Parlamentsparteien in Ruhe gemeinsam zu lösen ist. Nicht von einer Proporzregierung, die sich nicht mehr helfen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{13.09}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rechberger.

^{13.09}

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der Festlegungen des Herrn Präsidenten Graf hinsichtlich der Beschlußfassung dieses Gesetzes möchte ich ihn von dieser Stelle aus im Interesse der Beschäftigten in der Verstaatlichten doch einladen, dieser Gesetzesvorlage die Zustimmung zu geben beziehungsweise seinen Standpunkt und den der ÖVP nochmals zu überdenken. Ich hatte heute den Eindruck, daß er in seiner Rede ein Rückzugsgefecht geliefert hat. Ich will das auch in der gebote-

Rechberger

nen Anständigkeit heute hier sagen. (*Abg. Graf: Dann haben Sie mir nicht zugehört, Herr Kollege! Das täte mir leid! Ein Rückzugsgefecht nicht!*) Es kann durchaus sein, daß jeder das, was der andere meint, anders versteht. Das gibt es sicherlich auch.

Ich darf nun den Standpunkt unserer Fraktion hier deponieren.

So bedauerlich die Verluste der VOEST-ALPINE in der Höhe von 11 Milliarden Schilling auch sind, so absurd ist es, daraus einen Staatsnotstand ableiten zu wollen. Man muß die Größenordnung doch in Relation zu anderen Wirtschaftsdaten sehen.

Dazu nur zwei Zahlen. Der Wert aller österreichischen Exporte im vergangenen Jahr betrug 546 Milliarden Schilling. Der private Konsum belief sich auf 775 Milliarden. Niemand will den Verlust der VOEST verniedlichen, aber es ist auch kein Anlaß zu einer Katastrophenstimmung.

Die Entwicklung bei der VOEST bietet die Chance für einen Neubeginn, für eine Totalreform der verstaatlichten Industrie. Die SPÖ bekennt sich zur Existenz der Verstaatlichten, schließlich geht es ja nicht nur um die rund 100 000 direkt Beschäftigten, sondern auch um jene Zehntausenden österreichischen Klein- und Mittelbetriebe, die als Zulieferer an der Verstaatlichten hängen. Daher werden wir es nicht zulassen, daß die verstaatlichte Industrie zerschlagen wird. Ein Ausverkauf, eine Privatisierung kommen nicht in Frage. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Bundesregierung und die zuständigen Organe haben die letzten drei Monate genutzt, um die Weichen für einen Neubeginn der Verstaatlichten zu stellen. Die Basis dafür stellt das neue ÖIAG-Gesetz dar. Kernstück dieses Gesetzes ist die Neugestaltung der ÖIAG, die zu einer echten Konzernholding nach internationalem Vorbild ausgebaut werden soll. Durch die Zerschlagung des Parteiproporz hat die Regierung Schluß gemacht mit dem jahrzehntelangen System, daß die Parteisekretariate über Managersessel entscheiden.

Die personelle Zusammensetzung des neuen VOEST-Vorstandes beweist, daß nur mehr die fachliche Qualifikation zählt und nicht die parteipolitische Zugehörigkeit. International anerkannte Manager sind dem Ruf Österreichs gefolgt und stehen jetzt an der Spitze der VOEST. Sie wären wohl kaum gekommen, wenn es sich bei der VOEST um

ein Unternehmen ohne Zukunftschancen handelte. Noch vor dem Sommer wird das neue Management ein Konzept für die Zukunft der VOEST vorlegen. Die Richtung ist klar.

Nur eine an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Unternehmensführung kann garantieren, daß Standorte und Arbeitsplätze auf Dauer gesichert sind. Für notwendige Strukturmaßnahmen wird es staatliche Finanzhilfe geben, aber langfristig muß die Verstaatlichte wieder Gewinne machen. Dann kann sie auch wieder zu dem werden, was sie einmal war: zum Aushängeschild der österreichischen Wirtschaft.

Die Beratungen im Ausschuß für verstaatlichte Industrie haben durch den Abänderungsantrag der Abgeordneten Fauland, Rechberger und Teschl einige Veränderungen gebracht, die in erster Linie das Stimmrecht für jene beiden Mitglieder des ÖIAG-Aufsichtsrates gewährleisten, welche die zwei Vertreter des Bundesministeriums sind. Der Abänderungsantrag bezog sich in erster Linie auf den § 9 des ÖIAG-Gesetzes. Durch diesen § 9 in der Fassung der Regierungsvorlage sollte das sogenannte ÖIAG-Fusionsgesetz zur Gänze außer Kraft gesetzt werden. Dies hätte jedoch bedeutet, daß auch die arbeitsverfassungsgesetzliche Sonderbestimmung für die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der AUSTRIA-METALL AG, der VOEST-ALPINE, der VEW sowie den Österreichischen Schiffswerften AG Linz-Korneuburg außer Kraft gesetzt worden wäre. Die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der genannten Gesellschaften wirkten nämlich bisher ohne die Einschränkung gemäß § 110 Abs. 3 des Arbeitsverfassungsgesetzes auch bei der Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie des Vorsitzenden des Aufsichtsrates und seiner Stellvertreter uneingeschränkt mit.

Durch die vom Ausschuß vorgenommene Ergänzung des § 9 des ÖIAG-Gesetzes ist nunmehr sichergestellt, daß die genannten Bestimmungen nicht nur auf die von den sogenannten Fusionsgesetzen umfaßten Gesellschaften anzuwenden sind, sondern darüber hinaus auch auf alle in der Anlage des vorliegenden ÖIAG-Gesetzes angeführten Gesellschaften sowie deren Konzerunternehmen.

Das wollte ich deshalb erwähnen, weil wir darüber sehr sachlich und ohne Emotionen im Ausschuß beraten konnten und der Abänderungsantrag in diese Richtung von Erfolg begleitet war.

Rechberger

Weiters möchte ich zumindest für den Herrn Abgeordneten Taus, der in den Ausschußberatungen das Nichtvorhandensein von Richtlinien für die neue Organisation in der ÖIAG kritisiert hat, einiges sagen. Das ist mehrmals ausgeführt und auch in der Öffentlichkeit seitens des Bundesministers Lacina kundgetan worden. Es gibt einige sehr wichtige Schwerpunkte.

Erstens die strategische Planung. Die Unternehmungen der verstaatlichten Industrie haben neben längerfristigen mehrjährigen Unternehmensplänen strategische Planungen zu erstellen, und die ÖIAG hat diese Konzepte zu überprüfen und zu genehmigen. Es gibt noch eine Reihe von Hinweisen auf die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, vor allen Dingen auch auf die Kreativität, die ja wahrscheinlich eine der wichtigsten Fähigkeiten in Zukunft sein wird.

Zweitens die Personalplanung. Die ÖIAG hat die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß im Konzern die notwendigen Führungskräfte herangebildet werden. Zu diesem Zweck sind Personalentwicklungspläne zu erstellen. Es ist das vorhandene Personal systematisch zu beobachten, zu bewerten und auszubilden, damit die entsprechenden Ausbildungsprogramme erstellt werden können. Erfolgskontrolle soll also auf allen Entscheidungsebenen der im mehrheitlichen Eigentum der ÖIAG befindlichen Unternehmungen durchgeführt werden. Jährlich sind verbindliche Budgets zu beschließen, die die Basis für die unternehmerischen Aktivitäten des folgenden Jahres sind.

Schließlich die Finanzen. Der ÖIAG obliegt weiterhin die Mittelzufuhr an die Unternehmungen. Die ÖIAG hat darüber hinaus die Finanzierungsprogramme der Unternehmen auf Basis des Budgets und der Planungen zu überwachen.

Das sind die wichtigsten und entscheidenden Richtlinienvorgaben, die sich aus diesem neuen Gesetz ergeben werden und seitens des Bundesministers auch interpretiert wurden.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, ohne das Gefühl des Neidkomplexes erwecken zu wollen noch den Eindruck, daß wir aus dem verstaatlichten Bereich unseren Bauern und der Landwirtschaft etwas neiden, folgendes zu sagen: Da Kollege Hietl vorhin zumindest andeutungsweise die verstaatlichte Industrie und die Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie erwähnt hat, soll mit aller Sachlichkeit

gesagt werden, daß im Budget 1986 für die Landwirtschaft inklusive der Sozialaufwendungen für die Zuschüsse an Pensions- und andere Versicherungsträger über 20 Milliarden Schilling vorgesehen sind, die notwendig sind, um die im Budget vorgesehenen Ausgaben für die Landwirtschaft und Verpflichtungen aus bestehenden Vereinbarungen finanzieren zu können. Es muß den Menschen bewußt sein, daß die Mittel, die dafür verwendet werden, aus den Steueraufkommen unserer Bevölkerung beziehungsweise aller Österreicherinnen und Österreicher kommen.

Zweitens möchte ich die Auftragsvergabe der verstaatlichten Industrie an die Klein- und Mittelbetriebe, an die übrige Wirtschaft nicht unerwähnt lassen. Das war im Jahre 1984 immerhin die Summe von 32 Milliarden Schilling, die an Zehntausende Klein- und Mittelbetriebe gegangen ist, die aus diesem Bereich Beschäftigung und Existenz ableiten können. Wir glauben, daß auch dieser Faktor bei allen Beratungen über die verstaatlichte Industrie und deren Probleme berücksichtigt werden muß.

Nun darf ich noch drei Gründe anführen beziehungsweise versuchen, den Beginn und den bisherigen Stand der verstaatlichten Industrie in den letzten 40 Jahren darzustellen.

Blenden wir zurück an den Beginn der Verstaatlichten, wo drei Gründe — ausgesprochen oder unausgesprochen — im Vordergrund gestanden sind. Es war dies zum damaligen Zeitpunkt die Frage, ob diese Betriebe aus dem sogenannten deutschen Eigentum dem Zugriff ausländischer Interessen von Haus aus entzogen werden sollten.

Ein weiterer Grund war ein ziemlich pragmatischer. Wer hätte es sich leisten können, diese herrenlosen Unternehmen zu kaufen und weiterzuführen?

Der dritte Grund war ein ökonomischer, der für die Wiederaufbauleistung in Österreich von mitbestimmender Bedeutung war. Mit seiner Konzentration auf die Grundstoffindustrie sollte der Sektor der verstaatlichten Industrie die heimischen Unternehmen mit Grund- und Vorprodukten so kostengünstig versorgen, daß diese — in ihrer Mehrzahl privat — Rückenstärkung für den Aufbau, aber vor allem auch für das Eindringen auf die Weltmärkte haben sollten.

So lieferte die verstaatlichte Industrie in der Folge billigere Vorprodukte zur Steige-

11728

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Rechberger

zung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Beispielsweise betrug der Stahlpreis real ein Drittel des Vorkriegspreises. Der Kohlenpreis wurde bis 1958 amtlich geregelt und absichtlich niedrig gehalten, um die verarbeitende Industrie zu begünstigen. Die Höhe allein dieser Begünstigung beziehungsweise des Gewinnverzichtes der verstaatlichten Industrie betrug etwa 5 Milliarden Schilling.

Das sind zumindest drei wichtige Gründe, zurückblickend auf die 40 Jahre und den Beginn der Verstaatlichten in der Zweiten Republik.

Ich darf zum Abschluß noch erwähnen, daß in den letzten Jahren, und zwar seit dem Jahr 1980, allein in den verstaatlichten Betrieben, in der verstaatlichten Industrie rund 45 Milliarden Schilling an Investitionen getätigt wurden, die die Wettbewerbsfähigkeit, die Konkurrenzfähigkeit und den Weiterbestand der verstaatlichten Industrie sichern sollten und sichern werden.

Ich darf hier kundtun, daß wir dieser Gesetzesvorlage gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{13.23}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Peter.

^{13.23}

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Bundesgesetz über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft setzt die Bundesregierung folgerichtig jene Maßnahmen zur Totalreform der verstaatlichten Unternehmungen fort, welche Bundeskanzler Dr. Sinowatz in seiner Erklärung vom 19. des vergangenen Monats im Nationalrat angekündigt hat.

Kernstück dieses Neubeginns in den verstaatlichten Unternehmungen sind — das sei noch einmal unterstrichen — die Beseitigung des Parteienproporz sowie der Ausbau der ÖIAG zu einer echten Konzern-Holding. Damit führt der Weg endlich weg vom Einfluß der Parteisekretariate auf die verstaatlichte Industrie und hin zu echten unternehmerischen Entscheidungen.

Mit und bei der Bestellung des neuen Vorstandes in der VOEST-Alpine AG wurden neue Wege beschritten, die immerhin zu Ergebnissen führten, die Qualität und Fachlichkeit über das Parteibuch stellten.

Allerdings, so hört man, ist es im Aufsichtsrat noch nicht ohne Sitzungsunterbrechungen und Fraktionsbesprechungen im Stil von anno dazumal gegangen. Der Anstoß dazu kam immer wieder von einer bestimmten Seite und immer wieder von der gleichen Person. In absehbarer Zeit wird auch das der Vergangenheit in den verstaatlichten Unternehmungen angehören.

Bei künftigen Veränderungen in den Vorständen der verstaatlichten Unternehmungen wird die fachliche Qualifikation und nicht das Parteibuch den Maßstab für die Entscheidungen setzen. Der Vorstand der ÖIAG wird dabei nicht auszunehmen sein.

Gerade weil die Neugestaltung der ÖIAG mit ein Kernstück für die Totalreform der verstaatlichten Unternehmungen darstellt, müssen für den Vorstand der ÖIAG die strengsten Maßstäbe gesetzt sowie die höchsten Anforderungen gestellt werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Schlußfolgerungen und Nutzenwendungen aus vorliegenden Erfahrungen zu ziehen.

Es war von der sozialistischen Alleinregierung seinerzeit sicher richtig, einen so erfahrenen Fachmann wie Generaldirektor Dr. Geist an die Spitze der ÖIAG zu stellen. Man hat ihm aber damals nicht jenes Instrumentarium und nicht jene Rahmenbedingungen mit auf den Weg gegeben, welche die ÖIAG in die Lage versetzt hätten, notwendige, zum Teil unaufschiebbare Strukturbewältigungen in verschiedenen Bereichen der verstaatlichten Unternehmungen durchzuführen. Die Hauptursache liegt darin — ich habe das am 19. Februar dieses Jahres schon eingehend von diesem Platze aus dargelegt —, daß die Regierung Klaus in den Jahren 1966 und 1969 bei der Beschlußfassung über das ÖIG-Gesetz beziehungsweise der Umwandlung der ÖIG in die ÖIAG dieser Institution die erforderlichen Kompetenzen versagt hat.

Die verschiedenen sozialistischen Alleinregierungen wieder sind den notwendigen Entscheidungen leider aus dem Weg gegangen. Es bedurfte daher bedauerlicherweise der jüngsten krisenhaften Erschütterung der VOEST-ALPINE AG, um die in Verhandlung stehende Neuordnung der verstaatlichten Unternehmungen durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Ob es die Österreichische Volkspartei wahrhaben will oder nicht, die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung hat einmal mehr Führungskompetenz bewiesen. Wir Freiheitlichen wer-

Peter

den daher dieser zukunftsweisenden Weichenstellung zustimmen.

Ich unterstreiche rückschauend noch einmal mit Nachdruck: Die FPÖ hat von diesem Fiasko in den verstaatlichten Unternehmungen nichts, aber schon gar nichts zu verantworten. (*Abg. Dr. Ettmayer: Obwohl Sie Aufsichtsräte drinnen haben!*)

Das Defizit der VOEST-ALPINE AG, Herr Abgeordneter Ettmayer, wie hoch es auch sein mag, wurde von jenem Vorstand eingefahren, in dem neben der SPÖ auch die Österreichische Volkspartei im proporzmäßigen Anteil mitbestimmt und mitentschieden hat. Aus dieser Verantwortung können Sie sich nicht schleichen, und wir werden Sie nicht aus dieser Verantwortung entlassen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Und die FPÖ im Aufsichtsrat?*) Herr Abgeordneter Ettmayer! Die ÖVP kann sich von jener 50prozentigen Verantwortung für das VOEST-ALPINE-Debakel weder drücken noch schleichen noch absentieren.

Genausowenig, meine Damen und Herren, gefällt mir jene Pontius-Pilatus-Methode, welche in den letzten Monaten einige Betriebsräte an den Tag zu legen versuchten, gleichgültig ob sie Ruhaltinger oder Burgstaller heißen. Sie hatten in der Vergangenheit weitaus mehr Einfluß auf Vorstandsentscheidungen, als sie heute zugeben und wahrhaben wollen.

Die Experimente in Schwarz und Rot — dieser Ausdruck stammt nicht von mir, sondern aus einer Broschüre, welche die Regierung Klaus zum 20jährigen Bestand der verstaatlichten Unternehmungen 1966 herausgegeben hat — dauerten in Österreich 40 Jahre. Diese Experimente in Schwarz und Rot haben den verstaatlichten Betrieben nicht immer zum Segen gereicht. Die zitierte Broschüre der ÖVP-Alleinregierung Klaus legt dafür Kronzeugenschaft ab. An einer Stelle derselben heißt es — ich zitiere —:

„Offenbar in dem Glauben, daß die Wahrnehmung der Verwaltung der dem Staate zugefallenen Anteilsrechte an den verstaatlichten Unternehmungen jeweils der mit dieser Funktion betrauten Stelle besonderen Einfluß verleihen könnte, bemühten sich abwechselnd die beiden großen Parteien, diesen Verwaltungskomplex dem Ressort eines ihrer Minister einzuverleiben.“ — Ende des Zitates.

Dann folgte in der Klaus-Broschüre aus 1966, wie dieses parteipolitische Wechselspiel

in den ersten 20 Jahren der verstaatlichten Unternehmungen abgelaufen ist. Kurz zusammengefaßt sieht das so aus:

Es begann mit dem ÖVP-Bundesminister Dr. Krauland. Seinem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung waren die verstaatlichten Unternehmungen bis 1949 zugeordnet. Dann folgte das Königreich Waldbrunner von 1949 bis 1956, verbunden und identisch mit dem ersten Aufschwung der verstaatlichten Unternehmungen in Österreich.

1956, nach dem Wahlsieg der ÖVP, wurde die SPÖ entmachtet. Ing. Julius Raab legte sozusagen persönlich seine mächtige Hand auf die verstaatlichten Unternehmungen. Die Industrie- und Bergbauverwaltungs-GesmbH unter Generaldirektor Dr. Hans Iglar wurde errichtet.

Diese Führungsform der verstaatlichten Betriebe dauerte bis 1959. Sie war unter anderem dadurch charakterisiert, die aufstrebenden verstaatlichten Unternehmungen mit allen politischen Mitteln — ich betone: mit allen politischen Mitteln — auf die Grundstoffindustrie zu beschränken und deren Ausweitung in die sich mehr und mehr anbietende Finalindustrie zu verhindern.

Auch dadurch, durch diese Verhinderung, vorgenommen durch die Österreichische Volkspartei, wurden im Laufe der Jahre Milliarden Schilling für Strukturereformen in der Grundstoffindustrie verloren.

1959 wendete sich das Blatt. Die SPÖ wurde wieder stärker und nahm der ÖVP die verstaatlichten Unternehmungen neuerdings ab. Die Sektion IV des Bundeskanzleramtes wurde dem Vizekanzler Dr. Pittermann unterstellt. Bis 1966 währte diese Führungsform.

Dann kam die ÖVP-Alleinregierung des Dr. Klaus. Sie bescherte uns 1966 die ÖIG und 1969 die ÖIAG.

Warum mit der Lex Taus aus 1966 und der Lex Withalm aus 1969 von den verstaatlichten Unternehmungen die erhofften Ziele nicht erreicht werden konnten, habe ich bereits am 19. Februar dieses Jahres im Nationalrat ausführlich dargelegt. Ich komme darauf bei der Zusammenfassung am Ende meiner Rede noch einmal kurz zurück.

Meine Damen und Herren! So wie wir Freiheitlichen 1966 und 1969 unsere mahnenden Worte mit großem Ernst an die Adresse der

11730

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Peter

ÖVP-Alleinregierung gerichtet haben, so taten wir dies auch in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung.

Mir persönlich lagen und liegen die verstaatlichten Unternehmungen sehr am Herzen, nicht zuletzt deswegen, weil sie am Wiederaufstieg Österreichs nach 1945 ihren nicht zu übersehenden Anteil hatten. Und das, meine Damen und Herren, soll auch in dieser Stunde nicht übersehen werden.

Und in einem ganz besonderen Maße trifft das für mein Bundesland Oberösterreich zu. Die von mir von hier aus in langen Jahren vorgebrachten Bedenken waren nie von einer billigen Polemik getragen, sondern in einer echten Sorge begründet, in meinem Fall vor allem in der Sorge um das VOEST-Stammwerk Linz.

In diesem Zusammenhang darf ich an meine Rede zum Bericht über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen erinnern, die ich am 18. Februar 1982, also vor vier Jahren, von diesem Platz aus gehalten habe, und daraus folgendes zitieren:

„Der Konzernchef“ — gemeint ist Generaldirektor Apfalter —, sieht in der Elektronik laut ‚Kleine Zeitung‘ vom 13. Februar 1982 für Österreich ‚eine Chance wie seinerzeit beim Auto‘. Den elektronischen Bauteilen, den Chips — so sagt Generaldirektor Apfalter —, gehört im Konzern die Zukunft.

Diese VOEST-Alpine-Zukunft soll“ im Raum „Graz entworfen und gestaltet werden. Das bin ich den Steirern aus ganzem Herzen unter der Voraussetzung willig“, sagte ich vor vier Jahren, „daß sich Generaldirektor Apfalter und sein Vorstand mit der Zukunft des Linzer Stammwerkes rechtzeitig, gründlich und zielführend auseinandersetzen. Wir Oberösterreicher wollen nicht in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren in Linz einen Industriefriedhof haben ...

Rund drei Jahrzehnte“ — so sagte ich vor vier Jahren — „hat die Linzer VOEST aufgrund ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich an der Strukturbewältigung bedrängter verstaatlichter Unternehmungen mitgewirkt und nicht selten dabei die Hauptlast getragen. Dem Linzer Bereich der VOEST-Alpine AG muß diese Leistungskraft auch in Zukunft erhalten bleiben. Das ist mein besonderes Anliegen an den Konzernchef, seinen Vorstand und, Kollege Ruhaltinger“ — so sagte ich damals —, „auch an den

Betriebsrat.“ — Ende des Auszuges aus meiner Verstaatlichtenrede aus 1982.

Warnungen dieser Art, wohlmeinend, konstruktiv und von positivem Geiste erfüllt, wurden stets ignoriert, sowohl vom VOEST-ALPINE-Vorstand als auch vom Betriebsrat.

Sage mir aber auch keiner von der Betriebsratsmehrheit, er wäre nicht informiert gewesen. Daraus wäre nur der Schluß zulässig, daß der Vorstand den Betriebsrat entweder nicht beziehungsweise unzulänglich informiert hat oder daß sich die Arbeitnehmervertreter zu wenig um ihre Informationsrechte gekümmert haben.

Für mich steht außer Diskussion, daß künftig Vorstandsmitglieder, Betriebsräte und Herr Abgeordneter Ettmayer, Aufsichtsräte mit strengeren Maßstäben als bisher zu messen sind. (*Abg. Dr. Ettmayer: Auch die FPÖ-Aufsichtsräte!*)

Dies zu fordern ist auch deswegen unser Recht, weil wir Freiheitlichen in dieser Koalitionsregierung zum Unterschied von der Österreichischen Volkspartei jene Lasten mittragen, die von anderen verursacht worden sind. Im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei tragen wir Freiheitlichen das in Verhandlung stehende Gesetz mit unseren Stimmen mit und drücken uns nicht vor der Verantwortung.

Der Österreichischen Volkspartei hingegen bleibt es vorbehalten, durch ihren Bundesparteiobmann Dr. Mock den Niedergang der politischen Kultur in diesem Lande beklagen zu lassen. Das letztmal geschah dies in der vergangenen Woche, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Ettmayer: Von konstruktivem Geiste getragen!*) Hand in Hand mit Dr. Mocks Wehklagen über den Verfall des politischen Stils in Österreich setzen andere ÖVP-Spitzenfunktionäre zu verbalen Kraftakten an, die sicher nicht dem Geist der Gründergeneration der Zweiten Republik entsprechen, wenn ich nur an den 80. Geburtstag des Präsidenten Maleta und den 75. Geburtstag des Vizekanzlers Bock denke, den wir jüngst begangen haben.

Meine Damen und Herren! Laut „Kurier“ vom 26. Februar dieses Jahres warf Generalsekretär Dr. Graff der Bundesregierung „einen Stil wie vor zehn Jahren in der DDR“ vor. Vorwürfe wie „Watergate“ und „Greenpeace-Affäre“ an die Adresse der Bundesregierung fließen Generalsekretär Dr. Graff leicht und rasch von den Lippen.

Peter

Die Verbalinjurien beschränken sich nicht auf den Generalsekretär der ÖVP. Laut „Kleiner Zeitung“ vom 28. Februar dieses Jahres warf einer der maßgeblichsten ÖVP-Bauernbundfunktionäre, nämlich Landesrat Dr. Riegler, der Bundesregierung jüngst vor, daß „Unfähigkeit, Korruption und Verlogenheit dominieren“.

Meine Damen und Herren! Von der steiermärkischen ÖVP-Riege — und Landesrat Dr. Riegler ist ihr sicher zuzuzählen — kommt die Forderung nach der Dritten Republik. Den Radikalisierern vom Typ des Landesrates Dr. Riegler kann man nur sagen, daß sie aufpassen sollen, damit wir nicht wieder in Zustände verfallen, wie wir sie bedauerlicherweise in der Ersten Republik hatten.

In der Totalreform der verstaatlichten Unternehmungen sehe ich einen wesentlichen Beitrag, Fehlerscheinungen und Mißstände zu beseitigen und zu beheben. Maßnahmen dieser Art sind geeignet, das Ansehen der Zweiten Republik nach innen und nach außen zu festigen.

Dazu gehört auch, daß wir im alltäglichen politischen Grabenkampf die Grenzen des für den anderen Demokraten Zumutbaren nicht überschreiten. Darüber sollten wir alle etwas mehr nachdenken, als wir es bisher getan haben.

In diesem Zusammenhang werde ich mich auch in der nächsten Präsidialkonferenz des Nationalrates artikulieren, weil meines Erachtens — nicht daß ich damit Kritik übe, und ich will es nicht von hier aus tun, sondern es in der Präsidialkonferenz behandeln — nun die Frau Präsident Hubinek zum zweitenmal geschäftsordnungsmäßig zu eng interpretiert hat, als es meiner Auffassung entspricht. Sie hat nach der Rüge, die sie in der letzten Sitzung dem Staatssekretär Bauer erteilt hat, heute dem Staatssekretär Murer eine ähnliche erteilt, weil sie meinte, er habe von der Regierungsbank aus polemisiert, welche Auffassung ich nicht teilen kann. Aber, wie gesagt, das ist nicht von diesem Platze aus zu behandeln, sondern in der Präsidialkonferenz. *(Abg. Dr. König: Dann gehört es auch nicht her, Herr Klubobmann!)* Aber ich muß es ankündigen, Herr Klubobmannstellvertreter Dr. König, damit die Österreichische Volkspartei weiß, daß wir hier ein Führungsproblem des Nationalrates anders einschätzen und beurteilen als die von ihr gestellte Präsidentin. *(Zwischenrufe.)*

Ich fahre fort, meine Damen und Herren,

und setze mich nun mit dem Stil auseinander, den gerade seit Beginn dieses Jahres der Bauernbund der Österreichischen Volkspartei zu meinem Bedauern konsequent praktiziert.

Am Beginn dieses Jahres stimmte mich die Überschrift eines Leitartikels in den „Salzburger Nachrichten“ sehr nachdenklich. Diese Überschrift bestand in einem Wort: „Krieg?“ Dann folgte der Satz: „In der Landwirtschaft fallen in den vergangenen Wochen ständig Worte wie Krieg, Konfrontation und andere Begriffe aus der Sprache der Militärs.“ Mit dieser im militärischen Aggressivton des ÖVP-Bauernbundes gehaltenen Diktion möchte ich mich jetzt etwas eingehender befassen.

In der Tat führt der ÖVP-Bauernbund derzeit die radikalste Sprache in der österreichischen Innenpolitik.

Im „Kurier“ zum Beispiel lautete die Schlagzeile am 9. Jänner 1986: „Bauernkrieg weitet sich noch aus.“

Die „Salzburger Nachrichten“ überschrieben am gleichen Tag einen Dreispalter mit dem Satz: „Bauernkrieg als Flächenbrand.“

Am 19. Jänner 1986 hieß die Überschrift in den „Salzburger Nachrichten“: „Bauern: 200 Millionen Schilling oder Krieg.“

Konsequent zieht der ÖVP-Bauernbund seine Radikalisierung mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften durch.

Ich habe in den 30 Jahren meiner Abgeordnetentätigkeit keinen so brutalen, keinen so radikalen und keinen so totalen Kammerwahlkampf erlebt wie den derzeit stattfindenden um die steirische Landwirtschaftskammerwahl.

Zudem werden von den ÖVP-Bauernbundfunktionären, vor allem von den steirischen und den niederösterreichischen mit dem Landeshauptmann a. D. Maurer an der Spitze, alle Register gezogen *(Abg. Maria Stangl: Weil sie halt nötig sind!)*, die der Drohung und die der Diffamierung gegenüber der Bundesregierung.

Ein Beispiel für die Drohung ist der „Kurier“-Dreispalter vom 16. des vergangenen Monats: „Bauern rüsten zur Blockade.“ Der ÖVP-Bauernbund kündigt darin an, daß er demnächst mit 5 900 Traktoren sämtliche Einfahrtstraßen nach Wien und dazu die Autobahnauffahrten sperren wird.

Peter

Das „Volksblatt“ hat die Katze dann am 28. des vergangenen Monates aus dem Sack gelassen: „Sollte es zu keiner Einigung kommen, ist eine Großdemonstration der Bauern für den 11. März geplant.“

Und wer von den Bauern die demagogische Spielart des ÖVP-Bauernbundes noch nicht durchschaut haben sollte, der sei an jene Ankündigung erinnert, die in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ am 28. Februar so geklungen hat: „Milliardenforderung der Agrarier. Ab Montag fliegen die Fetzen.“ Ab Montag fliegen die Fetzen! Das, meine Damen und Herren, ist die Diktion des ÖVP-Bauernbundes! (*Abg. Dr. Heindl: Hört! Hört!*)

Nach dieser Überschrift liest man in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 28. Februar dieses Jahres weiter: „Ein herausfordernder Vorschlag des Bauernbundes dürfte ab Montag zu ‚bauernkriegsähnlichen‘ Zuständen führen. Die Forderung auf einen einfachen Nenner gebracht: Die Bauern Einkommen sind auf Kosten des Budgets zu entlasten, am System darf nicht gerüttelt werden.“ — Ende des Zitats aus den „Oberösterreichischen Nachrichten.“

Meine Damen und Herren! Nach Ansicht des ÖVP-Bauernbundes darf an jenem System nicht gerüttelt werden, nach dem der Konsument für einen Liter Milch in Österreich 11,70 S zu bezahlen hat, der Bauer aber nur einen Richtmengenpreis von höchstens 4,80 S je Liter bekommt. Nur etwas mehr als 40 Prozent dieser vom Konsumenten zu bezahlenden 11,70 S bekommt der produzierende Bauer, fast 60 Prozent des Konsumentenpreises versickern wonandershin nach einem System, das wir Freiheitlichen für überholungs- und revisionsbedürftig erachten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Mit 11,70 S je Liter Milch, um nur ein Beispiel aus den hohen agrarischen Verbraucherpreisen zu zitieren, wird der Konsument gebührend zur Kasse gebeten. Und je radikaler und aggressiver die ÖVP-Bauernbundführung auftritt, umso aufmerksamer und hellhöriger werden auch die Konsumenten in diesem Zusammenhang in Zukunft werden. Darauf muß man die ÖVP-Bauernbundführung nachdrücklich aufmerksam machen.

Dies besonders dann, wenn die ÖVP-Bauernbundführung Töne von sich gibt, wie sie heute den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu entnehmen sind. Nachdem sich gestern nachmittag schon die Einigung abge-

zeichnet hat, steht heute in den „Oberösterreichischen Nachrichten“: „Bauernbund droht mit Blockade des Flughafens Schwechat“. Bitte: „Bauernbund droht mit Blockade des Flughafens Schwechat.“

Gebe es Gott, daß aus den Reihen der Arbeitnehmer und aus den Reihen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in dieser Republik nie solche Töne kommen, wie wir sie derzeit vom Bauernbund der Österreichischen Volkspartei hören! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Das Instrument der Drohung ist der ÖVP-Bauernbundführung aber zuwenig, es wird auch das der Diffamierung gegenüber der Bundesregierung eingesetzt.

Ein weiteres Beispiel für eine äußerst problematische, um nicht zu sagen schäbige Form der demokratischen Auseinandersetzung hat jüngst der Präsident der steiermärkischen Landwirtschaftskammer geliefert.

In seiner Kritik an der Agrarpolitik der Bundesregierung verstieg sich Landwirtschaftskammerpräsident Buchberger laut „Kleiner Zeitung“ vom 23. Februar 1986 zu folgender unhaltbaren Feststellung — ich zitiere —:

„In vielen Dingen sei man nicht nur, wie Jörg Mauthe es gemeint hat, auf dem Weg zum Ostblock, sondern schon ganz dort.“ Ende des Zitates des steiermärkischen Landwirtschaftskammerpräsidenten Buchberger.

Meine Damen und Herren! Wer da nicht hellhörig wird, bei diesen Tönen, der beobachtet die politische Szene nicht ernsthaft genug.

Ich möchte jetzt den Herrn Bundesparteiohmann Dr. Mock ansprechen. Wenn Ihnen die politische Kultur der Republik Österreich wirklich am Herzen liegt, dann kümmern Sie sich endlich und vor allem um die politische Kultur in der Österreichischen Volkspartei! Dort haben Sie derzeit ein weites Betätigungsfeld, von Graff über Riegler bis zum steiermärkischen Landwirtschaftskammerpräsidenten Buchberger. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich gebe aufgrund der heutigen Einigung in der Frage der Milchmarktordnung der Erwartung Ausdruck, daß die Österreichische Volkspartei die Radikalisierung des bäuerlichen Bereiches nunmehr einstellt und künftig Lösungen im

Peter

Sinne des demokratischen Kompromisses den Vorzug gibt. Mit Erpressung und unter dem Druck der Straße erreicht sie gar nichts; auf dem Verhandlungsweg, wie die Fakten zeigen, vieles.

Ich fasse zusammen und komme zum Schluß.

Die FPÖ hat nach Ausbruch der VOEST-ALPINE-AG-Krise Ende des vergangenen Jahres eine Rahmenkonzeption zur Neuordnung der verstaatlichten Unternehmungen entwickelt. Diese umfassenden Vorstellungen wurden in fairer und sachlicher Weise mit dem sozialistischen Koalitionspartner verhandelt.

Das heute in Verhandlung stehende neue ÖIAG-Gesetz ist ein wesentlicher Teil des Ergebnisses dieser Verhandlungen.

Die Österreichische Volkspartei wird diesem Gesetzentwurf die Zustimmung verweigern, und zwar, wie dies Dr. Taus im Verstaatlichtenausschuß erklärte, vor allem wegen der Umbildung der ÖIAG in eine echte Konzernholding mit dem Recht, verbindliche Richtlinien für ihre Tochterunternehmungen zu erlassen.

Wir Freiheitlichen sind daher im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei davon überzeugt, daß gerade diese Maßnahmen der verstaatlichten Unternehmungen jenen „strukturkonformen Maßanzug“ bescheren, von dem Dr. Taus damals in der ÖVP-Alleinregierung sprach, der aber weder mit dem ÖIG-Gesetz aus 1966 noch mit dem ÖIAG-Gesetz aus 1969 von der Österreichischen Volkspartei geschneidert wurde.

Mit diesem Gesetz beschließen wir auch vieles von dem, was die Österreichische Volkspartei in der Zeit versäumt hat, da sie für die verstaatlichten Unternehmungen verantwortlich war. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* ^{13.49}

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schwarzenberger. Ich mache auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile es ihm.

^{13.49}

Abgeordneter **Schwarzenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Rechberger hat vorhin in seiner Wortmeldung eine Zahl genannt, er meinte, die Landwirtschaft erhalte 20 Milliarden Schil-

ling. Er hat hier die Sozialversicherung, die Zuschüsse zur Pension und die vom Landwirtschaftsministerium verwalteten Zahlen gemeint.

Zu den Pensionen sei gesagt, daß hier eine Ausgleichsfunktion vorhanden sein muß, weil mehr Nebenerwerbsbauern ihre Beiträge bei anderen Sozialversicherungsträgern einbezahlen. Die 180 000 Bauernpensionisten erhalten rund 8 Milliarden Schilling aus dem Budget.

Die 74 600 Eisenbahnerpensionisten erhalten aber mehr als 9 Milliarden aus dem Budget. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Hört mir bitte zu!

Von den 13 Milliarden Schilling, die das Landwirtschaftsministerium verwaltet, sind 1,9 Milliarden Schilling Ausgaben für die Bundesforste, also für den Staatswald.

Weitere 1,6 Milliarden Schilling sind Ausgaben für den Lawinen- und Schutzwasserbau, der vorwiegend der Verkehrssicherheit dient. 1,6 Milliarden sind Preisausgleichsgelder, die sich die Bauern über die Absatzförderungsbeiträge selbst zahlen. 90 Millionen Schilling sind Ausgaben für die Bundesgärten, für das Schloß Schönbrunn und anderes mehr. 50 Millionen Schilling sind Ausgaben für die Spanische Hofreitschule. 10 Millionen Schilling sind Ausgaben für die SPÖ-Propagandazeitschrift „Die Agrarwelt“. *(Abg. Windsteig: Wissen Sie, wovon Sie reden?)* Fast 300 Millionen Schilling sind Ausgaben des Landwirtschaftsministers und seiner Beamten. Diese Gelder können nicht den Ausgaben für die Landwirtschaft angerechnet werden. *(Zwischenruf des Abg. Resch.)* Also fast die Hälfte der Ausgaben hat das Landwirtschaftsministerium, vom Rest erhalten die Bauern etwa 2,4 Milliarden Schilling an Förderungsbeiträgen. Das ist weniger als die Hälfte des Anteils des Jahres 1970!

Wenn zuvor Abgeordneter Peter gesagt hat, daß bei den Molkereibetrieben oder bei den Genossenschaften ein hoher Anteil versichert, dann muß ich darauf hinweisen, daß der Milchpreis ein gesetzlich verordneter Preis ist, daß für die Preisverordnung der Handelsminister zuständig ist. Wir laden den Herrn Abgeordneten Peter ein, mit dem Handelsminister Gespräche aufzunehmen, um eine andere Preisfestsetzung vorzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{13.52}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Wimmersberger.

11734

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Wimmersberger

13.52

Abgeordneter **Wimmersberger** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Klubobmann Peter, ich verstehe eigentlich nicht, warum Sie hier die emotionalen Äußerungen beziehungsweise die Ankündigungen im Zusammenhang mit dem Existenzkampf der Bauern so kritisiert haben. Ich glaube, wir Arbeitnehmer würden, wenn wir in einer derart schwierigen Situation wären, genauso reagieren wie die Bauern. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich will aber die Agrardebatte nicht verlängern, sondern möchte auch noch auf etwas anderes zu sprechen kommen.

Herr Klubobmann Peter, Sie haben von der 50prozentigen Verantwortung beziehungsweise der Teilung der Verantwortung im Zusammenhang mit den Vorkommnissen bei der VOEST gesprochen.

Herr Klubobmann Peter! In keinem Vorstand eines verstaatlichten Betriebes verfügt die Österreichische Volkspartei über die Mehrheit, und zwar deswegen, weil es überall ein Dirimierungsrecht des Vorsitzenden gibt. Es gibt keinen Aufsichtsrat im gesamten Bereich der verstaatlichten Industrie ... (Abg. Resch: Wie ist es bei der SAKOG?) Bitte? SAKOG? Wir reden ja vom Bereich der ÖIAG. (Abg. Resch: Die ist bei der ÖIAG!) Es gibt keinen Aufsichtsrat in den großen Betrieben der verstaatlichten Industrie, wo nicht die Mehrheit eindeutig wäre, lediglich im Aufsichtsrat der ÖIAG gibt es die Zweidrittelmehrheit, und die schaffen Sie jetzt ab, weil Sie diesen Bereich wirklich verpolitisieren wollen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: ..., wann dieser ÖVP-Anteil jemals überstimmt worden ist?) Wir können uns nachher darüber unterhalten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Worum geht es denn bei diesem Gesetz? — Wenn wir in den Betrieben gefragt werden, ganz gleich, von wem: Wie geht es denn weiter, was erwartet uns in Zukunft?, dann können wir nur eines als Antwort geben: daß dieses Gesetz diesbezüglich keinerlei Aussage macht. Der langjährige falsche Kurs sowie die Panikreaktionen von Grünwald und von Ihnen, Herr Minister, in den letzten Monaten haben mit Sicherheit bewirkt, daß die Menschen in den Betrieben verunsichert sind, daß unsere Kunden — und das ist bedauerlich —, vor allem unsere Kunden im Ausland, verunsichert sind und nicht verstehen, was in der verstaatlichten Industrie vor sich geht.

Viele VOESTler, in Linz, in Donawitz, überall in den betroffenen Bereichen, werden, wenn sie nach Hause kommen, von ihren Familien gefragt, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist. In Geschäften, in Wirtshäusern, in Schulen werden VOEST-ALPINE-Mitarbeiter und deren Angehörige schief angeschaut mit einem „Du-lebst-von-meinen-Steuern-Blick“. Verkäufer des Unternehmens werden selbst von Kunden, bei denen sie jahrzehntelang hohes Ansehen genossen, mit Zweifel und Fragen empfangen. Die Konkurrenz nützt dies aus, sie schnappt Aufträge weg.

Meine Damen und Herren! Dies ist die Bilanz einer langen Reihe von Fehlentscheidungen in der Verstaatlichten, für die die Menschen diese Regierung zur Verantwortung ziehen.

Wie geht es weiter? — Wir sind den Menschen in den Betrieben, wir sind der Öffentlichkeit und den Kunden eine Antwort schuldig. — Wie geht es weiter? Wann kommen wir aus diesen Schwierigkeiten heraus? Wann ist unser Ruf in der Öffentlichkeit und bei den Kunden wieder repariert? All diese Fragen, Hohes Haus, werden an uns alle, die wir hier sitzen und Kontakt mit der Bevölkerung haben, gestellt, ob das nun Kollege Burgstaller, Kollege Ruhaltinger oder Kollege Fauland ist. Das werden wir gefragt!

Wir diskutieren heute ein neues ÖIAG-Gesetz, durch das der Firmenname der Dachgesellschaft geändert wird, aufgrund dessen der Aufsichtsrat in Zukunft vom ach so erfolgreichen Verstaatlichtenminister bestellt wird, welches ermöglicht, daß die Interessen der Belegschaft im Aufsichtsrat nicht durch Betriebsräte vertreten werden und daß die ÖIAG an ihre Töchter Richtlinien erteilen kann, was bisher auch möglich gewesen wäre.

Während die Mitarbeiter in den Betrieben verunsichert sind, diskutieren wir ein Gesetz, das als einzigen positiven Aspekt die Bestimmung beinhaltet, daß die Organisation der Verstaatlichten legistisch an die Bestimmungen des Aktiengesetzes herangeführt werden soll, was selbstverständlich sein sollte, wenn das Ziel, es gibt nur eine Industrie in Österreich, Gültigkeit haben soll.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie wirklich, daß dieses Gesetz die Antwort gibt, die die Kollegen in den Betrieben, die der Steuerzahler, die der Kunde erwartet? Keiner von Ihnen kann doch im Ernst glauben, daß wir damit die Menschen in den Betrieben von ihren Zweifeln und Ängsten befreien oder daß

Wimmersberger

damit eine Vorstellung davon vermittelt wird, wie die Regierung das Problem Verstaatlichte bewältigen wird.

Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz läßt nicht erkennen, daß diese Regierung ihren bisherigen fehlgeschlagenen Verstaatlichtenkurs ändern will beziehungsweise beginnt, umfassend und unternehmerisch zu denken.

Nun ganz kurz zu den einzelnen Punkten.

Erstens: Wie die Dachgesellschaft der verstaatlichten Industrie heißt, ist völlig belanglos. Das ist Formsache und kein Lösungsersatz, das deutet höchstens auf bürokratisches, formales Denken hin. Der Rechnungshof hat in seiner Stellungnahme vom 12. Februar 1986 angeführt:

Die Änderung des Firmenwortlautes erscheint dem Rechnungshof weder zwingend noch zweckmäßig. Der Rechnungshof verweist in diesem Zusammenhang auf ein Wörterbuch der Wirtschaft und auf die Kosten der Namensänderung. — Außer Spesen nichts gewesen! Warum, Herr Minister, geben Sie sich in solchen Kleinigkeiten eine Blöße?

Zweitens: Zur Bestellung der Aufsichtsräte der ÖIAG. Die Bestellung der Aufsichtsräte durch Sie, Herr Minister, wird Ihnen kaum jemand als Entpolitisierungsschritt abkaufen, noch ist dieser Vorgang hilfreich, um das Ziel des Gesetzes, nämlich die Anpassung des Planungs- und Kontrollmechanismus der verstaatlichten Industrie an die heutige industrielle und kommerzielle Entwicklung zu erreichen. Die Verstaatlichte ist Eigentum aller Österreicher. Daher sollten die objektiv besten Fachleute Österreichs im Aufsichtsrat der Verstaatlichten sitzen.

Die Chance einer Objektivierung ist sicher geringer, wenn ein Minister allein diesen Aufsichtsrat bestellt. Es werden zwangsläufig Leute, die das persönliche Vertrauen des Ministers besitzen, die seine Politik verfolgen, in dieses Gremium gewählt, und das müssen nicht die Besten sein. Mit Objektivierung und Entpolitisierung hat dies nichts zu tun. *(Zwischenruf des Abg. Windsteig.)*

Besteht da nicht auch die Gefahr, daß bei jedem Ministerwechsel ein Teil der Aufsichtsräte ausgetauscht werden muß? Wenn der Grundsatz gilt, der Aufsichtsrat müsse das persönliche Vertrauen des Ministers haben, führt dies nicht zu einem Bruch in der Kontinuität der Unternehmensleitung?

Wenn Sie, Herr Minister, entpolitisieren wollen, dann fangen Sie dort an, wo die Politik für das Unternehmen schädlich ist. Vermindern Sie den parteipolitischen Einfluß auf die Postenvergabe, beim Vorarbeiter beginnend bis zum Abteilungsleiter. Hier hat der Aufsichtsrat der ÖIAG noch nie eingegriffen, sehr wohl aber Parteifunktionäre.

Vermindern Sie parteipolitische Einflüsse auf die Unternehmensentscheidung, verhindern Sie parteipolitische Ratschläge oder Empfehlungen an die Aufsichtsräte.

Wichtig wäre es, meine Damen und Herren, daß die besten Fachleute des Landes in die Aufsichtsorgane der Verstaatlichten gelangen. Aber gerade die Verpflichtung, Fachleute der Volkswirtschaft, der Betriebswirtschaft, der Technik, des praktischen Wirtschaftslebens in den Aufsichtsrat der ÖIAG zu bestellen, wurde gestrichen. Sie war im alten Gesetz vorhanden, was der Rechnungshof trocken wie folgt kommentiert: Der Verzicht auf die Angabe fachlicher Voraussetzungen für die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern, wie sie das ÖIAG-Gesetz bisher vorsah, erscheint unbegründet.

Herr Minister! Ist das ein Irrtum in der Eile, mit der dieses Gesetz geboren wurde, oder ist es Absicht? Dann frage ich Sie: Welche?

Drittens: Eine Besonderheit sondergleichen sind in dem Gesetz jedoch die Bestimmungen, wie die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gewählt werden. Es ist nicht gesichert, daß Arbeitnehmervertreter aus den Betrieben die Interessen der Belegschaft im Aufsichtsrat der ÖIAG vertreten, geschweige denn, daß die Betriebsräte selbst die Vertreter bestimmen. Warum, Herr Minister? Warum nicht auch Drittelparität wie in den anderen Bereichen? Warum nicht die Vertretung der Betriebsräte aus der ÖIAG selbst? Haben Sie so schlechte Erfahrungen mit den bisherigen Belegschaftsvertretern gemacht, Herr Minister? Das lassen sich die Abgeordneten Ihrer Fraktion, die Belegschaftsvertreter sind, gefallen? Kollege Ruhaltinger, du könntest mir dann darauf eine Antwort geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Glauben Sie, Herr Minister, und glauben Sie, Kollege Ruhaltinger oder Kollege Fauland, daß diese Bestimmung geeignet ist, den Menschen in den Betrieben ihr Vertrauen wiederzugeben? Oder versteht der sozialistische Minister unter dieser Maßnahme die Anpassung der Kontroll- und Planungsmecha-

11736

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Wimmersberger

nismen der verstaatlichten Industrie an die heutige Entwicklung?

Zusammenfassend, meine Damen und Herren: Dieses Gesetz ist zu wenig, um nach mehrmonatigen Panikreaktionen das Vertrauen der Mitarbeiter, der Öffentlichkeit und der Kunden in die Verstaatlichte wiederherzustellen. Es gibt keine Antwort auf die Fragen, die an uns gestellt werden, es läßt keinen Weg, keine neuen Konzepte erkennen. Wir lehnen daher dieses Gesetz ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.03

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dkfm. Lacina.

14.03

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Darf ich zuerst zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf Stellung nehmen. Herr Abgeordneter Graf hat gemeint, dieser Gesetzentwurf verfolge aus seiner Sicht drei Zielsetzungen.

Die erste Zielsetzung sei die der Entpolitisierung. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Form möchte ich klarstellen, daß ich der Auffassung bin, daß unabhängig vom Eigentümer Fragen großer industrieller Unternehmungen, die großes regionales Gewicht haben, die großes Gewicht auf dem Arbeitsmarkt haben, in der Industriepolitik, in der Wirtschaftspolitik, bei den Exporten, immer in der politischen Diskussion stehen werden. Aber, und das ist zu hoffen, das soll in einem neuen Geist geschehen, man könnte diese Unternehmen — und das ist auch als Appell zu verstehen — aus dem politischen Tagesstreit heraushalten. Man könnte versuchen, endlich einmal darauf zu verzichten, politisches Kleingeld aus Schwierigkeiten und auch aus Erfolgen von solchen Unternehmen herauszuholen, ganz egal, wer der Eigentümer dieser Unternehmungen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Gerade das soll durch die Beseitigung des parteipolitischen Proporz erreicht werden. Ich möchte gar nicht leugnen, was der Herr Abgeordnete Graf hier gesagt hat, nämlich daß es der einheitliche Wille aller politischen Gruppen war, noch in den sechziger Jahren in der verstaatlichten Industrie ihre Bastionen aufgrund eines Gesetzes verankert zu halten.

Ich weiß nicht, ob damals eine innenpolitische Notwendigkeit dafür bestanden hat, aber ich bin mir über eines völlig im klaren: Diese

Demokratie, dieses Land, das sich seit 1945 entwickelt hat — Gott sei Dank entwickelt hat —, ist angetreten nach einer schwierigen Zeit, in der die politischen Kräfte dieses Landes wenig Anlaß dazu hatten, einander mit vollem Vertrauen zu begegnen.

Es war eine Zeit, in der Zusammenarbeit noch nicht auf vollem Vertrauen gegründet war, sondern Mißtrauen vorherrschte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Inzwischen besteht mehr als 40 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges diese verstaatlichte Industrie, und zwar aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Parlaments. Ich glaube, keine politische Gruppe in diesem Lande muß die Befürchtung haben, wenn nicht bis hinunter bis zum letzten Portier die Bastionen in den Unternehmungen als Einflußbereich des Staates festgelegt sind — und das gilt ja nicht nur für den Bund, sondern könnte und müßte genausogut für die Länder gelten, Herr Abgeordneter Wimmersberger, vielleicht auch für die SAKOG —, daß in diesem Lande etwas passiert, was nicht verantwortbar ist, in diesem Lande etwas geschieht, was die Demokratie gefährden könnte. Aber es passiert eines — und auf das ist, glaube ich, hinzuweisen —: Es passiert, daß es nicht mehr möglich sein wird, daß mitten in einer Aufsichtsratssitzung einer, der sich eher als politischer Vertreter fühlt statt als Vertreter eines Unternehmens, hinausgeht und die Öffentlichkeit über Entwicklungen dieses Unternehmens in einer Weise unterrichtet, daß er dann von einem Angehörigen seiner eigenen Partei — aus dem Vorstand — wieder berichtigt werden muß.

Ich glaube, das ist kein erfreulicher Zustand. Herr Präsident Graf, ich gebe Ihnen gerne zu, daß das auch dadurch entsteht, weil wir Fraktionssitzungen haben.

Wenn es einen Schönheitsfehler bei der Bestellung des VOEST-Vorstandes gegeben hat, dann liegt er für mich darin, daß eine politische Gruppierung meint, daß es sozusagen ein Erbrecht auf bestimmte Positionen in einem Vorstand gibt, daß das als Selbstverständlichkeit angenommen wird. *(Abg. Dr. E t t m a y e r: Das ist eine Kritik an Ruhaltinger!)* Das ist keine Kritik, nicht der Schatten einer Kritik an den berufenen Personen, sondern nur an der Mentalität der sie Berufenen.

Herr Abgeordneter Ettmayer, darf ich Ihnen zu Ihrer Information etwas sagen, was nicht erfreulich ist; wenn das stimmen würde,

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

wäre das sicherlich nicht erfreulich: Ich habe gehört, daß es mitten in diese Aufsichtsrats-sitzungen hinein auch Interventionen politischer Mandatare gibt.

Ich glaube, daß das nicht gut ist, weder in der Fraktionssitzung noch in der offiziellen Aufsichtsrats-sitzung. Das bringen wir nicht anders weg. Wir bringen auch eines ganz offenbar nicht weg, das hat sich aus der Wort-meldung des Herrn Abgeordneten Wimmersberger gerade ergeben: Die offensichtliche Uneinigkeit über das, was wirklich geschehen soll. Der Abgeordnete Wimmersberger hat gemeint, diese Zweidrittelregelung hätte man beibehalten müssen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Präsident Graf, haben Sie genau das Gegenteil gesagt. Es war wieder der Wunsch da von einem Vertreter eines Unternehmens, daß bis tief hinein in die Tochtergesellschaften dieser Proporz wirken soll, in die Aufsichtsräte, in die Vorstandsmit-glieder. Es ist ja nie allein nur um die ÖIAG gegangen. Das haben wir ja bei diesem Gesetz gewußt und deswegen auch eine ganz andere Konstruktion geschaffen.

Es wurde gesagt: Der rot-blaue Proporz wird neu geschaffen! Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition! Dieser Nachweis wird schwerfallen angesichts des neuen VOEST-ALPINE-Vorstandes, und er wird Ihnen auch schwerfallen bei der Berufung des neuen Aufsichtsrates der ÖIAG und aller anderer Gremien in der verstaatlichten Industrie.

Ein weiterer Punkt: Herr Abgeordneter Graf, jawohl, Sinn dieses Gesetzes ist die Stärkung der ÖIAG. Wir haben im Ausschuß darüber eine längere Diskussion gehabt.

Ich glaube, daß diese Stärkung tatsächlich notwendig ist, weil wir eine Verstärkung des Controlling, der Kontrolle im gesamten Bereich brauchen, aber auch eine bessere Übersicht für die ÖIAG, daher auch eine entsprechende Stärkung, weil wir eine bessere Personalpolitik, ein besseres Personalmanagement, eine bessere Personalentwicklung brauchen, und zwar von oben nach unten. Es ist doch so, daß das Unternehmen sind, die das nach einheitlichen Gesichtspunkten auch durchführen.

Wir brauchen schließlich eine Koordination in diesem Bereich, eine Koordination, die nicht immer zu Zusammenschlüssen führen muß, wenn man gemeinsam auf gleichen Arbeitsfeldern tätig ist, aber zu einer sehr kla-

ren Trennung der Bereiche, die einzelne Unternehmungen betreuen.

Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Gedanke, der hier hereingekommen ist, und ich bin überzeugt davon, daß das eine wesentliche Fortentwicklung der Organisation der verstaatlichten Industrie bedeutet.

Natürlich bin ich mir dessen bewußt, daß das nicht die Probleme der verstaatlichten Industrie insgesamt lösen kann. Ein Aktien-gesetz ist der rechtliche Rahmen für privat-wirtschaftliche Tätigkeit, löst aber nicht die konkreten Schwierigkeiten, die konkreten Probleme, die konkreten Geschäftsfälle in einer Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Präsident! Das ist die not-wendige und hinreichende Ergänzung des Aktiengesetzes für die verstaatlichte Indu-strie. Es ist kein Deut mehr, als notwendig ist, aber es ist auch kein Deut weniger, und ich glaube, das ist die Notwendigkeit, daß wir heute hier wirklich zu diesem Beschluß kom-men.

Vor allem eines, glaube ich, könnte mit einem solchen Gesetz vermieden werden: daß in diesem Hohen Haus jemals wieder von einer politischen Gruppe behauptet wird, sie habe in dieser verstaatlichten Industrie die Rolle eines Minderheitsaktionärs gespielt. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Herr Präsident, Sie haben das nicht gesagt, aber der Herr Abgeordnete Taus. Es tut mir sehr leid, daß er hinausgegangen ist. *(Abg. Graf: Er mußte zum Telefon, ich werde es ihm ausrichten!)* Er hat eine ganze Rede mit dieser Idee des Min-derheitsaktionärs bestritten; ich habe diese Rede in sehr guter Erinnerung, aber ich kann Ihnen das gerne im Stenographischen Proto-koll zeigen. *(Abg. Graf: Ich weiß es, er hat es als Beispiel erwähnt, nicht als unseren Wunsch, Herr Minister!)*

Ich weiß schon, daß Ihr Wunsch vielleicht der nach dem Mehrheitsaktionär wäre, aber ich glaube, sehr geehrter Herr Abgeordneter Graf, daß man politische Parteien, politische Gruppierungen überhaupt nicht als Aktionäre dieser Gesellschaften einschätzen kann. Diese Gesellschaften haben einen Aktionär, nur einen einzigen, und das ist die Republik Österreich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich bin Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Präsident Graf, nicht alle Herren Ihrer Frak-tion haben diese Noblesse in der Vergangen-heit bewiesen, daß Sie nicht mit Verbalinju-

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

rien gegen Vorstände, kaum daß sie bestellt worden sind, vorgegangen sind. Aber ich glaube, es ist auch nicht gut, wenn man, ob sie jetzt nach dem alten oder nach dem neuen Gesetz bestellt sind, Aufsichtsräte unbedingt als Laienspieltruppen abqualifiziert. Das sind Gremien, denen Verantwortung übertragen worden ist, und ich bin der letzte, der meint, daß wir allein schon aufgrund dieser Dequalifizierung eine Veränderung in der Struktur der verstaatlichten Industrie brauchen.

Ich glaube aber, wir brauchen sie deswegen, weil wir solche Dequalifizierungen in Zukunft nicht mehr haben sollten, und das gilt nicht nur für die Vertreter des Managements.

Herr Abgeordneter Wimmersberger hat gemeint, daß dieser Entwurf mitbestimmungsfeindlich sei. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In den Gesellschaften geht dieser Entwurf — und das wissen Sie, das war auch bei der VOEST-ALPINE bisher so — über das, was das Arbeitsverfassungsgesetz für alle Gesellschaften vorsieht, hinaus; ich glaube, daß das in diesem Fall auch richtig ist.

Aber nicht ich war es, sehr geehrter Herr Abgeordneter Wimmersberger, der irgendwann einmal die Forderung erhoben hat, daß ein Betriebsrat zurücktreten soll, daß er endlich seine Mitwirkung in diesem Unternehmen einstellen soll, daß der Betriebsrat ... (*Zwischenruf des Abg. Wimmersberger.*) Ich weiß, daß Sie nicht persönlich diese Meinung vertreten haben, aber sehr viele Ihrer Fraktionskollegen. Auch da kann ich mich an einige Wortmeldungen in diesem Hohen Haus erinnern. Sehr viele haben gemeint, daß das eigentliche Problem in der verstaatlichten Industrie die Betriebsräte und die überzogene Mitbestimmung wären.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wimmersberger! Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie von diesem Gedanken der Mitbestimmung vorerst einmal alle in Ihrer Fraktion überzeugen.

Vielleicht noch eines: Herr Präsident Graf hat von den Beschlüssen von Maria Plain gesprochen. Mir sind diese Beschlüsse in Form einer Aussendung des „ÖVP-Presstedienstes“ bekannt geworden. Ich weiß nicht, ob es dazu ein ausführlicheres Papier gibt, ich habe keines erhalten können, trotz Anforderung. Was ich nicht sehe, sehr geehrter Herr Präsident Graf, das ist der Sinn und die Art, in der Unternehmungen, Betriebe weiterge-

führt werden sollen, die sozusagen als Dauer-subsventionsempfänger einzustufen sind.

Sie haben davon gesprochen, daß nicht der Eigentümer geändert werden soll, sondern daß diese Unternehmen nicht in den Kreis der konsolidierten Bilanz einbezogen werden sollen, daß aber die Gesellschaft, die die Unternehmen besitzt, ihre Aktien an der Börse einführen können soll.

Ich glaube nicht, daß wir mit einem so einfachen Kunstgriff, mit einem so einfachen Trick diese Probleme lösen können. (*Abg. Ing. Dittrich: Kein Trick! — Abg. Dkfm. Gorton: Seriöse Überlegungen!*)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dittrich, es geht nicht anders, aber wenn Sie wollen, nennen wir es „Kunstgriff“. Denn zweifellos ist es so, wenn der Eigentümer Gesellschaften in seinem Portefeuille hat, die gewinnbringend sind, und andere, die verlustbringend sind, daß er dazu verpflichtet ist, etwa bei der Börseneinführung seine Lage so darzustellen, daß sie ein objektives Bild bietet.

Ich glaube, daß es unmöglich wäre, diese Unternehmungen aus einer Bilanzkonsolidierung einfach auszuschließen. Was möglich ist: daß diese Betriebe einem ganz anderen Eigentümer übertragen werden. Aber dann haben wir tatsächlich eine Intensivstation für unrettbare Betriebe mit all den Konsequenzen, die das für die Mentalität, für die Stimmung in all jenen Standorten, in all jenen Betrieben haben müßte, von denen bekannt ist, daß sie dem Tod geweiht sind, daß man sie aber noch durch Infusionen eine Zeitlang am Leben erhalten will.

Das war der wesentliche Grund, warum ich mich immer von der Idee der Beschäftigungsgarantie, wie sie ja durch die Republik begeistert ist, von der Idee, für eine gewisse Zeit Arbeitsplätze zu garantieren, distanziert habe. Ich glaube nicht, daß man damit die Probleme der verstaatlichten Industrie lösen kann.

Aber eines möchte ich sehr dankbar anerkennen, daß nämlich heute klargestellt worden ist, daß sich die Österreichische Volkspartei — Herr Abgeordneter Graf hat betont, daß er nicht als Privatperson spricht — weiterhin zur verstaatlichten Industrie und, wie er gesagt hat, nicht zur völligen Reprivatisierung bekennt.

Ich glaube, daß das ein wichtiger Fortschritt ist, denn wenn ich mich etwa an die

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

Äußerungen des Herrn Generalsekretärs Graff erinnere, so muß ich sagen, er hat von der Notwendigkeit völliger Reprivatisierung gesprochen, allerdings bezogen auf einen längeren Zeitraum. Und es hat viele Stimmen aus der Opposition gegeben, die gemeint haben, daß ein wirklicher Fortschritt nur dann möglich wäre, wenn diese verstaatlichte Industrie nicht mehr verstaatlicht ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich rede diesem Eigentümer Republik Österreich nicht deswegen das Wort, weil ich glaube, daß sich der Staat in alle Dinge und besonders dort, wo es um privatwirtschaftlich organisierte Tätigkeiten geht, einmengen sollte, daß er überall dort tätig sein sollte, sondern ich denke an etwas, was dem Herrn Präsidenten Graf außerordentlich wichtig war.

Es ist uns gelungen, nach 1945 ein anderes soziales, ökonomisches Klima zu haben als früher; ein Klima der Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft. Meine Überzeugung ist, daß eine wichtige Grundbedingung für diese Veränderung des Klimas auch das staatliche Eigentum an großen Industrieunternehmungen in Österreich ist. Ich füge sofort hinzu: an Unternehmungen, die dem Staat gehören und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Um das in Zukunft tun zu können, brauchen wir einen Rahmen und dieses Gesetz. — Danke. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.21

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Fauland.

14.21

Abgeordneter Fauland (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heute zur Debatte stehende Regierungsvorlage über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes trägt dazu bei, daß die ÖIAG in eine echte Konzernholding umgewandelt wird.

Das bedeutet, daß zur Sicherung des Weiterbestandes der volkswirtschaftlich so bedeutenden Funktion der verstaatlichten Industrie und zur Sicherung der Arbeitsplätze eine Reorganisation der Verstaatlichten entsprechend den Ankündigungen des Bundeskanzlers sowie des zuständigen Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr in Angriff genommen wird.

Gegenüber den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen soll dadurch eine nach Mög-

lichkeit uneingeschränkte Anwendung des Aktiengesetzes erfolgen.

Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder, deren Zahl auf 14 verringert wird, soll nicht mehr wie bisher auf Grund der Vorschläge der politischen Parteien erfolgen, sondern auf Grund einer Neuregelung im ÖIAG-Gesetz. Diese Neuregelung sieht vor, daß vor der Bestellung und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern der zuständige Bundesminister seine Vorschläge der Bundesregierung zur Kenntnis bringt und in der Folge dem Hauptausschuß des Nationalrates über die Vorschläge zu berichten hat.

Werte Damen und Herren der Oppositionspartei! Mir ist eigentlich unverständlich, daß Sie einer solch bedeutenden Regierungsvorlage, wie sie heute zu beschließen ist, über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft Ihre Zustimmung verweigern! Gerade Sie waren es, die von diesem Rednerpult aus immer auf eine Entpolitisierung gedrängt haben! Und jetzt, wo es darum geht, den politischen Proporz abzuschaffen, versagen Sie aus Angst, daß Sie Ihren politischen Einfluß verlieren könnten, dieser Regierungsvorlage Ihre Zustimmung.

Herr Abgeordneter Graf — er ist leider nicht hier —, ich bin mir auch bewußt, daß die Politik in der Verstaatlichten nicht zur Gänze auszuschalten ist, daß es nach wie vor politische Entscheidungen wird geben müssen, ob regionalpolitisch oder volkswirtschaftlich. Es wird immer wieder politische Entscheidungen geben müssen, und wir werden auch politische Entscheidungen zu treffen haben. Aber hier geht es um ein ÖIAG-Gesetz, durch das der Proporz in der ÖIAG ausgeschaltet werden soll.

Werte Damen und Herren! In einer Grundsatzerklärung vor der außerordentlichen Hauptversammlung der ÖIAG skizzierte der Verstaatlichten-Minister Lacina die künftigen Aufgaben der ÖIAG und faßte sie in vier Schwerpunkte zusammen, die heute schon von meinem Kollegen und Vorgesprecher Rechberger angeführt wurden. Vier Schwerpunkte, die auch Sie, Herr Abgeordneter Taus, bei einer Ausschußsitzung ins Treffen gebracht haben. § 2 der neuen Regierungsvorlage ist ja nicht der einzige Punkt, warum Sie dieser Regierungsvorlage nicht zustimmen können. Es ist eine eindeutige Aussage da.

Vier Punkte: Eine strategische Planung. — Ich will das nicht mehr ausführen, was Kollege Rechberger schon gesagt hat. — Eine

11740

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Fauland

Personalplanung: Die ÖIAG wird die Voraussetzung dafür schaffen — das scheint mir sehr wichtig —, daß im Konzern die notwendigen Führungskräfte herangezogen werden. Die Erfolgskontrolle ist ebenfalls damit verbunden, ebenso die Finanzen.

Ich glaube, das beinhaltet all das, Herr Abgeordneter Taus, wovon Sie gesagt haben, daß Sie nicht mitgehen könnten, weil das für Sie nicht klar ist. Aber es wurde eine eindeutige, klare Aussage von seiten des Ministers Lacina dazu getroffen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Durch die Änderung dieses ÖIAG-Gesetzes — ich möchte nochmals darauf verweisen — wird der Parteienproporz echt abgeschafft, wodurch es das Nominierungsrecht der politischen Parteien — wie bereits erwähnt — für den Aufsichtsrat in Zukunft nicht mehr geben wird.

Was die Drittelbeteiligung — das hat auch Kollege Wimmersberger hier angeschnitten — und das Mitspracherecht der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der ÖIAG betrifft, sieht diese Regierungsvorlage das erste Mal ein Vorschlagsrecht des Arbeiterkammertages vor.

Dem Arbeiterkammertag wird nun vom Gesetz her ermöglicht, Vorschläge zu machen, das heißt, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat der ÖIAG zu entsenden. Wie Ihnen bekannt ist, sah das Gesetz bisher, Herr Kollege Wimmersberger, keine direkte Vorschlagsmöglichkeit vor, sondern es wurden Kollegen über den Parteienproporz, durch die Parteien vorgeschlagen.

Auch ich werde mich weiterhin für die Drittelbeteiligung und das Mitspracherecht der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der ÖIAG einsetzen. Sieht diese Regierungsvorlage auch das erste Mal das Vorschlagsrecht des Arbeiterkammertages vor, so wird es aber doch in Zukunft notwendig sein, Kollegen in der Drittelparität der ÖIAG zu verankern.

Ich gebe unumwunden zu, daß mir eine Drittelparität in dem neu zu beschließenden ÖIAG-Gesetz lieber gewesen wäre. Diese Auffassung werde ich auch weiterhin immer wieder im sozialistischen Klub vertreten. Ich werde aber selbstverständlich auch, Kollege Wimmersberger, wie meine Fraktion diesem Holding-Gesetz meine Zustimmung geben.

Werte Damen und Herren! Die Bundesregierung steht zur österreichischen Industrie

im allgemeinen und im besonderen zur Verstaatlichten — sie tut dies in einer Zeit, in der Schlagzeilen, Diffamierungen und Hetzkampagnen viele Arbeiter und Angestellte und deren Familien verunsichern — deshalb, weil sie sich mit den in der verstaatlichten Industrie Beschäftigten solidarisch fühlt. Ein Beweis dafür waren die großen Kundgebungen am 16. Jänner in Linz und in Leoben.

In Leoben ist es vor allem um die Standorte der obersteirischen Region gegangen. Dabei hat Bundesminister Lacina zum Ausdruck gebracht, daß diese Bundesregierung alles unternehmen werde, um die obersteirischen Standorte zu sichern.

In einer Aussendung der „Obersteirischen Zeitung“ vom 4. März 1986 ist als Überschrift zu lesen: Burgstaller: Obersteirische Probleme sind zu lösen, aber nicht unter SPÖ-Bundesregierung! Mit Bundesminister Ferdinand Lacina wird es keine Sanierung der verstaatlichten Industrie geben!

Werter Kollege Burgstaller! Ich glaube, du hast dich selbst am 16. 1. in Leoben überzeugen können: 16 000 Menschen der obersteirischen Region waren anwesend. Obwohl du selbst erklärt hattest, du würdest nicht teilnehmen, hast du gerne teilgenommen, hast dich gerne bei dieser Kundgebung anschauen lassen.

Es war eine Demonstration für Minister Lacina. Lacina hat dort das vollste Vertrauen erhalten. Nach seine Rede war ein einstimmiger Applaus; ein Bekenntnis zu Lacina und zu seinen Aussagen. Lacina hat sich dort eindeutig zu den Standorten der obersteirischen Region bekannt. — Das Vertrauen hat Lacina! Es kann sein, daß Lacina dein Vertrauen nicht besitzt, Lacina hat sicher das Vertrauen der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie, zumindest der überwiegenden Mehrheit. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte auch eines noch deutlich zum Ausdruck bringen: Die Arbeiter und Angestellten der verstaatlichten Industrie werden es nicht zulassen, daß ein solch bedeutender Wirtschaftsbereich, wie es die VOEST-ALPINE-Betriebe für die Obersteiermark sind, zu Tode skandalisiert wird.

Offen möchte ich auch zugeben, daß die Verluste aus den Spekulationsgeschäften auch den Beschäftigten der VOEST-ALPINE mißfallen, werte Damen und Herren des Hohen Hauses. Die Konsequenzen daraus wurden ja bereits gezogen.

Fauland

Eines muß dazu noch gesagt werden: Diese Verluste sind in Randbereichen der Beteiligungsgesellschaften gemacht worden und nicht in den Kernbereichen der VOEST-ALPINE. Daher verwahren wir uns auf das schärfste dagegen, daß die gesamte verstaatlichte Industrie in Mißkredit gezogen wird.

Als Abgeordneter der obersteirischen Region spreche ich mich auch gegen jede Ausgliederung, gegen Privatisierung oder gar gegen einen Ausverkauf dieser Betriebe aus. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß gerade die großen Leistungen der österreichischen Grundstoffindustrie beim Wiederaufbau unseres Landes die Existenz vieler Unternehmungen und viele Arbeitsplätze im privaten Bereich gesichert haben.

Wir werden es nicht zulassen, daß die Obersteiermark ein Industriefriedhof wird und daß die großen Industrieorte zu großen Industrieruinen werden. Im Interesse der Zukunftssicherung müssen wir zu raschen Ergebnissen kommen. Grundlage dafür müssen Konzepte sein, die Standorte und damit Arbeitsplätze sichern.

Hohes Haus! Die Sicherung unserer Zukunft bedarf einer nationalen Anstrengung. Sie liegt im Interesse der privaten genauso wie der verstaatlichten Industrie und im Interesse der Arbeitnehmer in allen Betrieben in unserem Land. Wir benötigen dazu keine Beschäftigungsgarantie, wie die ÖVP diese in der Steiermark verlangt, sondern Zuversicht und die nötigen finanziellen Mittel für die Verbesserung der Struktur in der obersteirischen Region und die Zusammenarbeit mit den Forschungsstätten, mit der Montanuniversität Leoben, mit der Forschung der VOEST-ALPINE und damit auch mit der ÖIAG und dem Bundesministerium.

Trotz aller Polemiken und des politischen Streites, glaube ich, sollten wir gemeinsam zur verstaatlichten Industrie und deren Beschäftigten ein Bekenntnis ablegen. Ich darf Sie daher, werte Damen und Herren von der Opposition, noch einmal ersuchen, diese Regierungsvorlage, die eingebracht worden ist und ein neues ÖIAG-Gesetz vorsieht, doch noch gemeinsam zu beschließen.

Wenn ich noch eine Bemerkung dazu machen darf: Es wird immer von der Privatisierung gesprochen, und auch der Abgeordnete Taus hat einmal in einer Ausschußsit-

zung erklärt, daß in anderen Ländern bereits wieder Gewinne gemacht werden.

Herr Abgeordneter Taus! Ich möchte nur noch dazu fragen: Warum ist es dann erforderlich, daß in Belgien von 1975 bis 1985 113 Milliarden Schilling an Subventionen gewährt werden mußten, in Frankreich 189 Milliarden Schilling, in Großbritannien 174 Milliarden Schilling, in Italien 240 Milliarden Schilling und in der Bundesrepublik Deutschland 70 Milliarden Schilling?

Wenn dort die Privatwirtschaft so gut gewirtschaftet hätte, wäre es auch nicht notwendig gewesen, dort der Stahlindustrie so hohe Subventionen zu gewähren. Im Gegensatz dazu wurden in Österreich von 1979 bis jetzt nur 36 Milliarden Schilling zugeführt, und diese wurden zur Strukturverbesserung der verstaatlichten Industrie in Österreich verwendet, zur Verbesserung der Technologien und nicht zur Abdeckung der Defizite. Zum größten Teil wurde das in der verstaatlichten Industrie so verwendet.

Daher, werte Damen und Herren, glaube ich, wäre es an der Zeit, wie auch heute schon angeklungen ist vom Herrn Abgeordneten Graf, heute das Gesetz gemeinsam zu beschließen, zum Wohle der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.35

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Taus.

14.35

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einleitend noch einmal festhalten, was unser Wirtschaftssprecher Robert Graf in seinem Referat gleich vorweg festgestellt hat, weil wir das von unserem politischen Standpunkt aus für wesentlich halten.

Das erste ist: Die Österreichische Volkspartei weiß und vertritt die Auffassung, daß die verstaatlichte Industrie saniert werden muß. Es gibt hier vielleicht den einen oder anderen, der das in weiten Bereichen nicht versteht und der sagt, daß der Rechenstift in diesem Zusammenhang eine andere Sprache sprechen würde.

Wir sind aber der Auffassung — obwohl wir zugeben, daß man dieser Argumentation anhängen kann —, daß es für Österreich eine auf Jahre hinaus nicht wieder gutzumachende wirtschaftliche Niederlage wäre, wenn die Sanierung der Verstaatlichten nicht

11742

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dr. Taus

gelänge. Daher sind wir dafür, auch wenn es nicht leicht sein wird, vielen Menschen in unserem Land das zu erklären.

Die zweite Frage, die ich ebenfalls festhalten möchte, ist: Die Krise der Verstaatlichten ist keine Krise der letzten paar Monate, die Krise der Verstaatlichten dauert seit etwa einem Jahrzehnt.

Daher reden wir heute nicht über Sanierungen von kurzfristig eingerissenem schlechtem Verhalten von Managern oder über Mißmanagement, sondern wir sprechen über eine fundamentale Krise, die ein Jahrzehnt lang dauert und die nicht mehr so lange dauern darf, wie sie bisher gedauert hat. Daher haben Robert Graf und ich unserer Partei vorgeschlagen, eine maximal fünf Jahre dauernde Sanierungsperiode vorzusehen. Das ist normalerweise eine im üblichen Unternehmensbereich viel zu lange Periode. Wir haben das so formuliert, daß wir gesagt haben, nach fünf Jahren muß die ÖIAG ohne Staatshilfe kapitalmarktfähig sein.

Üblicherweise würde man sagen, in drei Jahren muß es so weit sein, weil Sanierungen in der Regel kurzfristige Maßnahmen sind. Die langfristige Sanierung gibt es ja in Wahrheit nicht, weil einem die Technik davonläuft, weil einem die Märkte davonlaufen: das funktioniert nicht. Wir sind aber so weit gegangen, das in dieser Form zu formulieren.

Nun lassen Sie mich zum dritten kommen. Wir haben — auch das hat Präsident Graf gesagt — den Gesetzentwurf, den die Bundesregierung hier heute dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorgelegt hat, für nicht wichtig gehalten. Wir haben in den Gesprächen, die wir geführt haben, durchaus darauf hingewiesen, daß wir überhaupt nicht dagegen sind, daß die Regierung, wenn sie das unbedingt möchte, eine Novelle macht, eine sehr weitgehende Novelle, und daß wir, wenn die Regierung das möchte, durchaus auch bereit sind, Änderungen, wie sie gewünscht sind, zu akzeptieren.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir haben uns in keiner Weise an die Zweidrittelmehrheit bei der Aufsichtsratsbestellung geklammert, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: weil es die bei der VOEST-ALPINE und bei Ranshofen seit den Fusionen ohnedies schon nicht mehr gibt. Wir haben umso weniger Grund gehabt, uns daran zu klammern, als diese Idee der Zweidrittelabsicherung der Aufsichtsratsbestellung gar nicht auf unserem politischen Mist gewachsen ist,

sondern bei der seinerzeitigen Gesetzwerdung des ÖIAG- beziehungsweise ÖIG-Gesetzes ein Wunsch der Sozialistischen Partei gewesen ist. Wir haben also überhaupt nicht dagegen gekämpft, daß ein Wunsch der Sozialistischen Partei nun über einen anderen Wunsch der Sozialistischen Partei wieder geändert wird. Das war nicht die Frage, meine Damen und Herren!

Wir haben auch weiter in keiner Weise — in keiner Weise! — verlangt, daß wir etwa auf gewissen Bestimmungen des alten ÖIAG-Gesetzes bestehen. Ich möchte im Detail auf diese Fragen gar nicht mehr eingehen, weil wir sie lange genug diskutiert haben.

Wir haben natürlich darauf hingewiesen, daß die Entpolitisierung beziehungsweise auch das Ende des Proporzsystemes fromme Wünsche sind. Es war Ihr Klubobmann, der die Entpolitisierung als den „dümmsten Begriff“ bezeichnet hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wie die Geschichte mit dem Proporz ausgehen wird, werden wir uns in Zukunft anschauen.

Eine Frage ist hier völlig klar, aber darum geht es uns auch nicht. Es geht uns nicht darum, daß es selbstverständlich ist, daß in der Regierungskoalition darüber gesprochen wird, wer in diesen Aufsichtsrat nominiert werden soll. Wie anders sollte es sich denn abspielen? Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Bundesminister Lacina, der diese Namen in die Regierung bringt, das auf den Tisch knallt und sagt: Das ist mein Wille, Regierung, das nehme zur Kenntnis! — Das entspricht doch keinerlei politischer Übung. Daher ist es selbstverständlich eine Absprache zwischen den Sozialisten und ihrem freiheitlichen Koalitionspartner, die zu dieser Aufsichtsratsbestellung führen wird.

Ich will das nicht monieren oder sagen, daß ich mich dagegen stelle. Ich will keine Empörung hier zum Ausdruck bringen, überhaupt nicht, aber man soll das Faktum einfach festhalten, wie sich so etwas abspielt. Es wäre ein Unsinn, irgend etwas anderes zu glauben. So wird es sein, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das einzige, was wir gewünscht haben — es hat keine Verhandlungen gegeben, sondern nur Gespräche —, war: Wir verlangen nicht einmal, daß wir ein qualifiziertes Mitspracherecht haben, sondern es soll in dem vom Kollegen Graf zitierten Unterausschuß über die Bestellung gesprochen werden. Das heißt, der Vorschlag soll vorgelegt werden und eine

Dr. Taus

Abstimmung darüber stattfinden. Das war alles, und zwar aus dem einfachen Grund: weil wir aus der Verantwortung für die Verstaatlichte gar nicht austreten wollten. Aber uns ist es natürlich nicht unrecht, daß Sie uns jetzt mit diesem Gesetz aus der Verantwortung entlassen. Weinen werden wir darüber nicht, meine Damen und Herren. Das ist nicht das Problem.

Aber lassen Sie mich zu einem weiteren Grund kommen, warum wir dem Gesetz nicht zustimmen, und damit komme ich jetzt zu den Äußerungen des Herrn Bundesministers. Ich wollte eigentlich gar nicht mehr die Diskussion — sie war ziemlich ausführlich im Verstaatlichtenausschuß — hier wiederholen, aber da einige meiner Vorredner darauf hingewiesen haben, möchte ich es auch tun.

Ich komme nun zum Gesetz selbst. Der Schlüsselparagraph dieses Gesetzes ist unserer Meinung nach der § 2, der zwei Absätze enthält. In diesem § 2 wird festgehalten, daß die ÖIAG künftig ein Konzern sein soll und daß die Gesellschaft für die Konzernunternehmungen verbindliche Richtlinien erlassen kann.

Lassen Sie mich dazu ein paar Sätze sagen. Ich möchte mich mit der juristischen Qualifikation des Gesetzes jetzt nicht auseinandersetzen, vielleicht kommt das noch, ich möchte Ihnen nur — damit Sie nicht glauben, daß unsere Kritik allein auf unserem Mist gewachsen ist — etwas vorlesen.

Es gibt eine Stellungnahme zum Entwurf dieses Bundesgesetzes über die Österreichische Industrieholding vom Bundeskanzleramt, das heißt die offizielle Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zum Entwurf des Bundesministers für Verkehr. Ich will gar nicht die formalen juristischen Dinge hier im einzelnen zitieren, aber diese Stellungnahme enthält einige wesentliche Fragen. Man moniert, daß man möglicherweise durch diese Art der Gesetzwerdung die Rechtsgrundlagen abgeschnitten hat, aber damit wird sich der Herr Minister auseinandersetzen. Zu dem berühmten § 2 sagt man, es sollte zumindest in den Grundzügen der Gegenstand dieser Richtlinien vom Gesetz vorgegeben werden — das ist die Stellungnahme des Bundeskanzleramtes —, während wir hier nur den einen Satz drinnen haben.

Das heißt also, der eigene Regierungschef — und das ist seine Stellungnahme und keine andere, obwohl er dann im Ministerrat dem Gesetz zugestimmt hat — kritisiert den Ent-

wurf, und zwar kritisiert er ihn in ähnlicher Art, wie es die Opposition gemacht hat. Wir sind der Auffassung: Wenn man schon Richtlinien hineinschreibt, dann hat man sie in ihren Grundzügen ins Gesetz hineinzuschreiben, weil es nachher wahrscheinlich endlose und fruchtlose Diskussionen über Beherrschungsverträge und ähnliches mehr geben wird. Genau das ist es, was die verstaatlichte Industrie überhaupt nicht brauchen kann. In der verstaatlichten Industrie muß gearbeitet werden, es sollen aber nicht wieder formale Diskussionen darüber geführt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie genau zugehört haben, dann haben Sie erkannt, daß in der ersten Stellungnahme des neuen Generaldirektors der VOEST-ALPINE, des Herrn Dr. Lewinsky, in einem Interview gestern — ich glaube, es stand im „Kurier“, also in einer Wiener Tageszeitung — schon angeklungen ist, daß die alte Diskussion hier wieder auftaucht. Er hat gesagt: Zum ersten: Er möchte nicht in den Vorstand der ÖIAG; das ist selbstverständlich. Zum zweiten hat er anklingen lassen, daß er eine Einmischung in das Tagesgeschäft auch nicht wünschen würde, weil so etwas nicht funktioniere.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus der Praxis ein Wort dazu sagen. Sie können zwischen dem Tagesgeschäft und der sogenannten Strategie in der Regel gar keine genaue Trennlinie ziehen, denn aus dem Tagesgeschäft wächst die Strategie heraus, die Strategie geht ins Tagesgeschäft hinein. Jeder, der weiß, wie sich das abspielt, kann das in einer Vorlesung, in einem Lehrbuch herrlich darstellen, das geht wunderbar, aber im täglichen Geschäft funktioniert das nicht.

Unsere Meinung war, daß der Gesetzgeber in diesem § 2 deutlich festzulegen hat, was er will. Aber er legt es nicht fest. Das ist eine Problematik, angesichts welcher wir sagen: Wenn man solch einen Fehler macht — wir halten es für einen Fehler —, dann wollen wir dem nicht zustimmen. Das ist der einzige Grund, warum wir gesagt haben, wir stimmen nicht zu.

Nun komme ich zur nächsten wesentlichen Frage; ich will über andere Details der Kritik und ähnliches mehr jetzt nicht reden. Für mich ist nur eines interessant: daß selbst das Bundeskanzleramt in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen hat — die Opposition hat es schon längst vorher immer wieder gesagt —, daß man es eigentlich so nicht machen sollte.

Dr. Taus

Eine nächste Frage, die für mich interessant ist und die für uns immer wesentlich war. Wir wollen überhaupt nicht leugnen, daß der Herr Bundesminister das Recht haben soll — und er hat es auch —, zu sagen: Ich möchte als verantwortlicher Minister heute ein anderes Gesetz haben. Das wollen wir nicht leugnen, das ist sein gutes Recht. Wir als Opposition können sagen: Da machen wir mit oder da machen wir nicht mit.

Aber mir geht es um eine völlig andere Frage, und wir, sowohl mein Kollege Robert Graf als auch ich, haben uns in der ÖVP in diesen Fragen der verstaatlichten Industrie sehr weitgehend exponiert. Ich habe schon vorhin angeführt, daß es gar nicht so leicht war, dezidiert zu sagen: Wir sind für die Sanierung!, denn diese Sanierung kostet eine Stange Geld.

Ich habe hier versucht, Ihnen das darzulegen. Unterdessen habe ich etwas unterschätzt. Die Elin hat nämlich viel mehr verlangt, als ich gemeint habe, daß sie wahrscheinlich bekommen sollte oder verlangen wird. Ich glaube, 200 Millionen hat sie mehr verlangt; aber egal, darum geht es gar nicht.

Die Meinung von Robert Graf und mir war: Wenn man hier einen Basiskonsens in Sachen Verstaatlichte schaffen will — um etwas anderes ist es uns überhaupt nicht gegangen —, dann kann man nicht allein über ein Gesetz, das unserer Meinung nach gar keine entscheidende Rolle in den Sanierungsbemühungen spielen wird, reden, sondern dann muß man sich darüber einigen, wie man in Zukunft vorgehen will. Nicht im Detail, nicht führungsmaßig, sondern nur die Einigung, daß überhaupt keine Einmischung kommt, ist schon ein wesentlicher Fortschritt.

Jetzt haben wir zur Einmischung sowieso keine Gelegenheit gehabt, weil wir seit 16 Jahren nicht regieren und nie eine Mehrheit hatten. Aber es wäre vielleicht eine sehr gute Demonstration gewesen, wenn die großen politischen Kräfte dieses Landes gesagt hätten, sie wollen jetzt haben, daß saniert wird, und sie wollen nun dem Management echt eine Mauer machen, denn viele der Manager, die jetzt so verdammt werden und als die bösen Buben dastehen, waren andauernd die Opfer von Interventionen.

Meine Damen und Herren! Ich habe eine lange Praxis im Bereich der Verstaatlichten, und ich habe dort sehr viel erlebt; ich erwähne das nur, ohne daß ich jetzt im einzelnen darüber reden will. Ich betrachte das

Gewicht der Interventionen, die Schärfe und die Härte der Interventionen, die aus dem politischen Raum gekommen sind; es kamen auch welche von meiner Seite, von meiner Partei, das will ich gar nicht leugnen. Wenn ich das nun gewichte, woher die größeren und schwereren und intensiveren gekommen sind, dann schlägt die Waage sehr eindeutig, meine Damen und Herren von der SPÖ, zu Ihren Gunsten oder zu Ihren Lasten aus, wobei ich nicht leugne, daß es das auch auf unserer Seite gegeben hat. Daher wäre es sehr vernünftig gewesen, wenn wir gesagt hätten: Wir versuchen, einen Basiskonsens zu skizzieren.

Da wäre dann die zweite Frage gewesen: Ja wie finanzieren wir denn diese ganze Angelegenheit? Denn daß das eine Menge Geld kosten wird, hat sich schon herumgesprochen. Es wird jedenfalls zum Teil das Geld des Steuerzahlers sein. Da kam natürlich unsere berechtigte Frage: Na, muß denn das jetzt nur das Geld des Steuerzahlers sein? Und es erfolgte auch unser Hinweis auf die Kapitalmarktfähigkeit der ÖIAG: Finden wir doch eine Einigung dergestalt, daß wir in bestimmten Größenordnungen, ab bestimmten Zeitpunkten den Kapitalmarkt ebenfalls dafür heranziehen. Das war für meine Partei eine wesentliche Frage. Darüber hätte man reden müssen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nennen Sie das jetzt Privatisierung oder wie immer Sie wollen. Sie werden noch draufkommen, daß Sie diesen ganzen Vorgang der Sanierung eines Konzerns ohne den Kapitalmarkt auf die Dauer nicht durchhalten werden, allein schon aufgrund des psychologischen Klimas, das entsteht, denn es lassen sich solche Volumina nicht wegeskamotieren. Andauernd wird es öffentliche Diskussionen geben, die gar nicht von den politischen Parteien ausgehen werden, wo ununterbrochen diskutiert werden sollte. Wir haben gesagt: Einigen wir uns doch darauf! Versuchen wir in dieser Frage eine Linie zu machen!

Nun zum dritten Problem, um das es hier geht. Es stehen Wahlen vor der Tür; wir haben heuer die Präsidentschaftswahl, spätestens nächsten März gibt es die Nationalratswahl, da wird also nicht mehr sehr viel passieren. Das heißt, wir verlieren wieder ein Jahr. Und ich höre schon wieder all die Überlegungen, die da lauten: Jetzt werden wir zunächst einmal ein Konzept machen. Daß der neue Vorstand der VOEST sagt: Jetzt machen wir natürlich zuerst ein Konzept!, halte ich für verständlich.

Aber, meine Damen und Herren, das wie-

Dr. Taus

vielte Konzept ist denn das nun schon? Wir haben im Jahre 1983 ein Konzept gemacht, im Jahre 1979 wurde ein Konzept gemacht, und immer hat man gesagt, das nächste Konzept werde dann funktionieren. So ist die Verstaatlichte immer tiefer in die Schwierigkeiten hineingerutscht.

Wir waren der Meinung, daß man sehr rasch agieren muß. Und nun kommt das Problem, das von Ihnen, Herr Bundesminister, so moniert wurde. Ich möchte dazu meine höchstpersönliche Position aufzeigen. Ich möchte hier niemand anderen mit hineinziehen. Was wäre mir persönlich als eine Variante der Diskussion lieber gewesen? Sie haben diesen engen Zusammenschluß ja gewollt, sonst hätten Sie nicht den Konzernparagrafen formuliert. Der geht ja schon sehr weit und ist für ein Konglomerat. Ich habe mir erlaubt, das ein bißchen im Ausschuß auszuführen. Die Kollegen im Ausschuß wissen, was ich dort gesagt habe. In einem Konglomerat ist dieser enge Zusammenschluß nicht immer lustig, und die Koordinierungsfunktion ist wahnsinnig schwierig. Aber Sie wollen es so. Fein! Daher wird es so kommen.

Unsere Frage war nun: Wenn wir nun hergehen und das schon so machen und wir einen straff geführten Konzern haben, wie soll es funktionieren? Das muß man uns erklären. Das konnte man uns eigentlich nicht hinreichend erklären.

Zu den vier Punkten mit der strategischen Planung, mit der Personalplanung et cetera. Meine Damen und Herren! Das kann man überall lesen, und ich hoffe, es funktioniert. Ich bin nicht voll Zynismus und sage: Es soll nicht funktionieren! Haha!, das wird danebengehen. Überhaupt nicht! Als Österreicher muß ich sagen: Selbst wenn wir nicht zustimmen, wäre es uns recht, wenn die Verstaatlichte aus diesem Dilemma herauskäme. Wir wollen es, auch wenn wir diesem Gesetz nicht zustimmen. Nur: Einem Stück zuzustimmen, ohne zu wissen, wie insgesamt die Linie ausschaut, das kann man von einer Opposition, meine Damen und Herren, nicht verlangen. Das ist nicht drinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zu den Punkten, die man hier erwähnt hat: Strategische Planung, Finanzen, Personal. Das geht ja sehr weit. Allein das Problem, in einem Konglomerat — ich sage immer: in einem Konglomerat, denn das wird die Verstaatlichte bleiben — die Personalplanung zentral zu machen, ist in meinen Augen eine nahezu unlösbare Aufgabe; auch für das Füh-

rungspersonal. Das ist Sache der Unternehmungen. Das können Sie gar nicht. Was die Holding kann, ist, zu schauen, daß sie immer ausreichend Leute für die erste Führungsebene hat, die nachwachsen. Sie muß sich bei den Firmen erkundigen. Aber weder die Ausbildungsarbeit noch die Programme können Sache der Holding sein. Sie kriegen ja einen personellen Wasserkopf, wenn Sie das machen wollen.

Das geht ja normalerweise nicht, sondern man muß immer nur darauf schauen, daß man genug obersten Führungsnachwuchs hat. Aber schon die zweite, dritte, vierte, fünfte, sechste Ebene in diesen großen Unternehmungen ist Sache des Vorstandes, nämlich daß er sich die heranzieht. Und es ist auch Sache des Vorstandes, daß die Tüchtigen, die so hoch heraufkommen, dann herangezogen werden, daß man dann von der Holding sieht: Aha!, in der zweiten Ebene gibt es jetzt schon den, den und den, der kann in Frage kommen für die obersten Positionen in dem Unternehmen, in dem er tätig ist.

Also da würde ich sehr aufpassen, wenn ich sage, das zentralisiere ich. Das sagt sich alles so lustig hin, es klingt vielleicht auch ganz gut. Ich muß mir aber immer wieder überlegen: Wie geht das in der Praxis? Wie soll das in der Praxis funktionieren?

Ein Unternehmen muß wirtschaftlich geführt werden. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die ÖIAG eine so kleine Mannschaft wie möglich haben soll, sehr schlagkräftig, akzeptiert von den Töchtern. Ich war ja immer ein Vertreter der Ansicht, daß viele ÖIAG-Leute aus den Töchtern heraufkommen sollen. Das heißt, daß die, die da drinnen sitzen, wissen, wie das Geschäft geht, daß es gewissermaßen eine Art Aufstieg ist für Kollegen, wenn sie in die ÖIAG hineinkommen. Das war immer die Vorstellung, wie die ÖIAG funktionieren soll. Und relativ wenig Leute sollen es sein, und zwar solche, die ein gutes Verhältnis nach unten haben.

Die Kontrolle eines solchen Konglomerates durchzuführen, ist wieder nahezu eine Unmöglichkeit. Da brauchen Sie oben wieder einen Wasserkopf, wenn Sie es richtig als eine Art von Innenrevision führen. Sonst können Sie es ja nur als Kontrolle über den Gewinn führen. Wenn Sie es als Kontrolle über den Gewinn führen, brauchen Sie wieder keinen Konzernparagrafen. Es schlägt sich hier — entschuldigen Sie, daß ich in die Technik hier hineinkomme — eine Idee mit der anderen. Das haben wir ja dem Herrn Minister gesagt.

11746

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dr. Taus

Auch im Ausschuß haben wir darüber diskutiert. Ich hätte es hier nicht erwähnt, wenn nicht einige Kollegen darauf jeweils hingewiesen hätten. Man könnte das noch lang fortsetzen. Ich mag das aber nicht, weil es gar keinen Sinn und gar keine Bedeutung hat.

Eih Letztes noch: die Finanzen. Da muß man natürlich auch wieder sehr genau unterscheiden, welche Finanzen gemeint sind. Im Bereich des Eigentums ist das einfach. Wenn ich aber hergehe und zum Beispiel das Finanzmanagement in der Holding konzentriere, dann kriege ich in den Firmen keine tüchtigen Finanzmanager mehr, weil ihnen die Entscheidungen weggenommen werden. Daher ist die Frage: Wie weit geht das Finanzmanagement der ÖIAG und welche Kompetenz haben der Finanzvorstand und seine Mitarbeiter in den einzelnen Tochtergesellschaften? Das sind alles Fragen, die sind überhaupt nicht so einfach. Davon hängt aber die Gesundheit dieses ganzen Komplexes ab.

Genau das ist es, was ich Ihnen hier im einzelnen jeweils sagen wollte. Daher habe ich so manche Stellungnahme überhaupt nicht verstanden, die Sie hier gemacht haben. Ich war der Meinung, wir hätten uns in dieser Sache wahrscheinlich einigen können.

Ich möchte aber zum Schluß kommen und mit dem schließen — weil ich etwas später rede —, was Robert Graf gesagt hat: Wir sind auf jeden Fall, wenn Sie das wollen — wenn Sie es nicht wollen, dann eben nicht —, gesprächsbereit. Denn es wird hier viele schwierige Probleme geben, viele kritische Situationen, und ich glaube, da ist es gar nicht unzweckmäßig, zu wissen, daß wir bereit sind, zu reden. Nur: Prinzipien — ohne daß man Prinzipienreiterei betreibt; das werden Sie bei uns nie finden —, eine bestimmte Grundlinie, die wollen wir nicht verlassen. Aber wir glauben, daß wir uns sogar darüber hätten einigen können.

Daher schließe ich so wie mein Freund Robert Graf: Wir hätten es für weiser gehalten, wenn man hier einen breiten Konsens gefunden hätte. Und ich sage hier: Er wäre findbar gewesen. Aber ich akzeptiere auch, daß Sie es nicht gemacht haben, daß Sie einen anderen Weg gehen wollen. Das hinterläßt bei mir nicht die geringste Bitterkeit. Ich weiß es von Robert Graf: auch bei ihm nicht. Das gehört zur Politik. Was für uns klar ist: Wir haben uns nie aus unserer Verantwortung herausgestohlen. Nie! Wir haben nur gesagt: Wir haben die zweite Verantwortung, wir haben nicht die erste.

Das war auch die Grundüberlegung meines beispielhaften Aktionärsmodells; Sie können ja die Rede nachlesen. Nie haben wir etwas anderes gesagt. Wir sind die Kleineren, wir tragen als Kleinere natürlich auch die Verantwortung, aber eben die kleinere Verantwortung. Jetzt sind wir in der recht glücklichen Lage, in den kommenden schwierigen Zeiten — schon im kommenden Jahr, meine Damen und Herren, das jetzt vor uns liegt — sagen zu können: Also, bitte schön, Verantwortung haben wir sicher keine mehr nach dem neuen Gesetz.

Ich möchte aber hier auch eines darlegen: Wir werden niemandem abreden, der vielleicht — auch wenn er uns politisch nahesteht — in Organe der ÖIAG oder deren Töchter gerufen werden sollte. Wir werden niemandem abreden, das zu tun. Es ist seine höchstpersönliche Entscheidung. Es wird niemandem zugeredet werden, und es wird niemandem abgeredet werden. Er ist ad personam drinnen, nicht nomine unserer Partei, obwohl er sicher unser Parteifreund bleibt. Selbstverständlich! Das möchte ich also schon hier im einzelnen festgehalten wissen.

Als Partei selber glauben wir, daß es für das Land besser gewesen wäre, wenn wir den Konsens gehabt hätten. Für unsere Partei hingegen, glaube ich, ist es gar nicht schlecht, daß wir ihn nicht haben. Wir haben es halt so gelernt — wir vergessen nie darauf —, daß es für das Land vielleicht ein bisserl besser gewesen wäre.

Wir stimmen nicht zu. Wir sind zu Gesprächen bereit, keine Bitterkeit ist da, und wir hoffen, daß es einmal in der Verstaatlichten einen erfolgreichen Beginn, und zwar sehr rasch, geben könnte. Wir haben kein Interesse daran, Ihnen nachweisen zu können, daß Sie es verkehrt gemacht haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.01

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.-Vw. Tieber.

15.01

Abgeordneter Dipl.-Vw. Tieber (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich gebe dem Abgeordneten Taus zunächst einmal recht, wenn er meint, die zeitliche Dimension für die Suche nach den Ursachen für die Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie sei auszuweiten, sei auf zehn Jahre zurückzuvorfolgen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich glaube, man muß noch ein Stück weiter-

Dipl.-Vw. Tieber

gehen, Kollege Taus, wenn man nach Ursachen forscht, warum die verstaatlichte Industrie jetzt in eine akute aktuelle Krise gekommen ist.

Ich habe mir herausgesucht, was ein in Ihren Augen sicher unverdächtiger Zeuge, Stephan Koren nämlich, zu diesem wirklichen Grundproblem gesagt hat, der in seinem, in der Zwischenzeit ja zum Standardwerk gewordenen Beitrag über die verstaatlichte Industrie aus dem Jahr 1964 dazu unter anderem geschrieben hat:

„Widersprüchlich ist“ — schreibt Koren — „das ÖVP-Konzept aus dem Jahr 1963 in der Frage einer Änderung der Produktionsstruktur verstaatlichter Unternehmungen. Während das Konzept an anderer Stelle die alleinige Verantwortung der Gesellschaftsorgane stark betont, will es diesen auftragen, neue Produktionen nur nach Konsultation der Fachverbände der Industrie (gemeint sind natürlich Organe der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft) aufzunehmen. Der Beweggrund für diese Forderung“ — so Koren — „sind zweifellos nicht planwirtschaftliche Ambitionen, sondern der Wunsch, allfällige Konkurrenz für private Unternehmen möglichst zu verhindern.“

Koren weiter: „Konkrete Möglichkeiten, derartige Forderungen auch tatsächlich durchzusetzen, bestanden insbesondere dann, wenn ein Unternehmen die Produktionsschichtung nicht im Wege der Selbstfinanzierung gestalten konnte, sondern auf Mittelzuführung vom Eigentümer oder vom Kapitalmarkt her angewiesen war. In diesem Falle“ — Koren — „hatte die ÖVP de facto ein Vetorecht, das sie auch anwandte; diese weitgehende Aussperrung von zusätzlichen Finanzierungsquellen entwickelte sich“ — Koren — „zu einem wichtigen Handicap der verstaatlichten Industrie.“

Und jetzt bitte ich, mit mir zu überlegen. Wenn das offensichtlich lange ... (Abg. Dr. Taus: Das war ja Koalitionszeit, Herr Kollege! 1960!) Moment! Das ist Mitte der sechziger Jahre gewesen. (Abg. Dr. Taus: Das ist ja schon ein Jahrhundert her!) Wenn das lange gedauert hat, wenn das lange ein Handicap war, wenn also der Einstieg in neue finale Produktionen oder gar ... (Abg. Dr. Taus: Ab 1966 volle Erlaubnis!) Kollege Taus, muß ich Ihnen erklären, wie rasch der Umstieg, wie rasch der Einstieg gehen kann? Muß ich Ihnen sagen, wie lange das dauert, auf dem Weltmarkt als kleines Österreich einzudringen mit einer verstaatlichten Industrie,

die bisher im Grundstoff- und im schwerindustriellen Sektor sozusagen gefangengehalten war? Muß ich Ihnen sagen, wie lange das braucht?

Dann haben wir es geschafft. Die Unternehmen haben es geschafft. Nur haben sie es gerade zu einem Zeitpunkt geschafft, zu dem auch auf dieses kleine Österreich weltwirtschaftliche Schwierigkeiten, aber schon ganz enorme, hereingebrochen sind.

Ich will ja nur dafür plädieren, Kollege Taus, die Zeitdimension nicht irgendwo stecken zu lassen, zufällig beim Jahr 1970 oder beim Jahr 1969, als Sie noch Aufsichtsratspräsident der ÖIAG waren.

Kollege Taus! Vielleicht könnten Sie noch eine Zeitlang dableiben, ich würde mich nämlich mit Ihnen gerne unterhalten, unter anderem auch über einige von Ihnen im Ausschuß gemachte Aussagen, die Sie jetzt kurz erwähnt haben, ein bißchen verharmlost haben, während Sie im Ausschuß diesbezüglich deutlicher waren.

Sie haben im Ausschuß gesagt — in Ihrer Eloquenz auf den ersten Blick immer überzeugend, deshalb also ernst zu nehmen —, strategische Planung als einer der Schwerpunkte, die Minister Lacina übrigens in seinem Vortrag bei der Außerordentlichen Hauptversammlung der ÖIAG ausführlich erwähnt hat, strategische Planung sei eigentlich schon wieder passé, strategische Planung sei veraltet, strategische Planung bringe nichts mehr, bringe nur Schwierigkeiten. Und Taus hat im Ausschuß sogar auf zusätzliche neueste amerikanische Fachliteratur diesbezüglich verwiesen.

Kollege Taus! Ich habe das sehr ernst genommen, denn der Vorwurf, der Minister setze jetzt sozusagen am Neubeginn schon wieder auf etwas, was veraltet sei, der war ja nicht zu überhören. (Abg. Dr. Taus: Ich habe das hier nicht erwähnt! Ich habe es nur im Ausschuß gesagt!) Sie haben es hier nicht erwähnt. Aber es muß erlaubt sein, das aus den Ausschußverhandlungen heraus ein bißchen zu vertiefen, weil es ja ein wichtiges Problem ist und weil dieses eine scheinbare Detailproblem dann ja auch zu grundsätzlichen Fragen führt. Darauf will ich es hinbringen.

Was habe ich zunächst getan? Ich habe nachgeschaut, ob Sie recht haben, Kollege Taus, und bin der Frage nachgegangen: Ist strategische Planung ein modernes, brauch-

11748

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dipl.-Vw. Tieber

bares Instrument einer Unternehmensführung? Wenn ja, für Konzerne welcher Art: privater oder verstaatlichter? Dazu habe ich mir — das muß auch erlaubt sein — das Hernstein-Jahresprogramm 1986 herausgesucht und habe nachgeschaut: Was bieten denn die denen an — für viel Geld übrigens —, die sich da trainieren lassen wollen? Hernstein und Wiener Handelskammer. Da lese ich: Hernstein-Management, zweimal Zwei-Wochen-Kurs: 48 700 S. Ein stolzer Preis!, aber es soll ja auch ein anspruchsvolles, anstrengendes Vier-Wochen-Programm sein. Und natürlich — möchte ich fast sagen — gilt unter den Themenschwerpunkten als Angebot für dieses Seminar strategische Unternehmensplanung.

Jetzt — halb lustig — möchte ich sagen: Entweder Sie sagen dem Präsidenten Dittich: Das Programm ist veraltet, zieht nicht gutes Geld für eine schlechte Sache aus den Taschen der Teilnehmer!, oder Präsident Dittich lädt Sie einmal ein, damit Sie sich anschauen können, wie es mit der strategischen Planung wirklich läuft. (*Abg. Dr. Taus: Ich bedanke mich für die Ezzes! Ich werde es ihm sagen!*) Gut. Okay.

Ich glaube wirklich, daß Sie unrecht haben. Vielleicht, Kollege Taus, hatten Sie, als Sie im Ausschuß gemeint haben, das sei eigentlich nichts mehr, das im Kopf, was Sie möglicherweise — ich weiß es nicht — im Harvard Business Review vom Jänner 1986 gelesen haben. Da steht tatsächlich im ersten Absatz — und mein Verdacht war, Sie erlauben mir, das zu sagen: Sie haben nach dem ersten Absatz zu lesen oder darüber zu reden aufgehört — der Verweis darauf, daß es in den USA in der letzten Zeit modern geworden sei, strategische Planung für Wettbewerbsschwächen von Unternehmen verantwortlich zu machen, sodaß Leute darüber nachdenken, etwas anderes zu finden.

Nur: Der ganze Aufsatz — ein hochinteressanter Aufsatz von einem gewissen Daniel H. Gray einem Mann, der sich offensichtlich darauf spezialisiert hat — stellt fest, daß die meisten Spitzenmanager der USA natürlich strategische Planung weiterhin für wertvoll erachten, wenn es richtig gemacht wird. Da sind wir beide offensichtlich einer Meinung: Jedes Instrument ist nur so gut, wie gut es umgesetzt wird; die Idee allein ist zuwenig.

Deshalb glaube ich — ich will jetzt nicht im Detail darauf eingehen, wir können darüber ein anderes Mal noch reden —, daß Lacina mit seinen Vorgaben, die jetzt natürlich in den Organen der ÖIAG und in den Organen

der Töchter auszufüllen sein werden, richtig liegt, wenn er sagt, strategische Planung sei einer der vier Schwerpunkte der künftigen Unternehmenspolitik. Der zweite, natürlich korrespondierend dazu, ist ein funktionierendes Controlling, der dritte Personalentwicklung, der vierte nach wie vor ein Finanzierungskoordinierungsinstrument.

Nun, Hohes Haus, meine Damen und Herren, zur Frage des Parteienproporz. Ich glaube, daß man mir als langjährigem Parteisekretär oder in ähnlichen Funktionen sozusagen mitten in einer Partei tätig Gewesenen nicht lange die Funktion, die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit von Parteien in einer modernen Demokratie erklären muß. Darüber habe ich auch praktische Erfahrung.

Aber ich weiß natürlich auch ganz genau — und mit einigen aus Ihren Reihen habe ich schon so halbakademische Diskussionen darüber führen können und durchaus viel Konsens gefunden —, daß Parteien sich nicht jede Kompetenz arrogieren sollen, daß Parteien nicht überall tatsächlich handfeste Einfluß- und Machtausübungsstrategien entwickeln sollten. Einer der Bereiche, in denen sie sich eher zurückhalten sollten, ist nun einmal der sensible Bereich wirtschaftlicher Betätigung.

Ich glaube, wir brauchen in der verstaatlichten Industrie in Zukunft noch viel mehr als bisher das, was man industrielles Denken und Handeln nennen kann und muß. Und dann, wenn wir das erreichen, wenn wir das übereinstimmend, in einem Konsens mit allen Beteiligten, erreichen, hört sich das auf, was ein Anonymus im „profil“ am Beginn dieses Jahres als „fraktionelle Mickymauspolitik“ in der verstaatlichten Industrie beschrieben hat.

Dann hört sich das auf, was es an Auswüchsen ganz offensichtlich in diesem Bereich gibt, gegeben hat und was, ebenso laut „profil“, bisher zumindest unwidersprochen geblieben ist. Ich kann und will es Ihnen nicht ersparen, hier zu zitieren, was sich offensichtlich in Ihrem Bereich tut.

Da schreibt das „profil“ vom 27. Jänner 1986 unter anderem — und wir wußten es ja auch schon vorher —, daß die „schwarzen“ Aufsichtsräte und Vorstände der verstaatlichten Industrie und der Banken über einen eigenen Klub verfügen — ich höre, Alois Mock ist immer noch Obmann —, der in der politischen Akademie im Wiener Vogelsangheim angesiedelt ist. Sie demonstrieren aber auch dort nur begrenzt Geschlossenheit: „Ungefähr einmal

Dipl.-Vw. Tieber

im Monat', erzählt ein Mitglied, 'gibt's eine Veranstaltung, da erklärt uns irgendein prominenter Politiker die Welt. Personelle Fragen werden informell und am Rande diskutiert. Besucht sind diese Veranstaltungen nicht überragend gut. Wenn einer plötzlich wirklich regelmäßig erscheint, kann man sicher sein, daß sein Vertrag in Kürze zur Verlängerung ansteht.'

Das sind alles bitte Insiderberichte aus einem offensichtlich existierenden ÖVP-Klub von Vorständen und Aufsichtsräten der verstaatlichten Industrie und der verstaatlichten Banken.

„Auch ihre Parteisteuern“ — heißt es im Text weiter — „zählen viele nicht regelmäßig — kurz vor der Verlängerung holt man aber meistens doch versäumte Beitragszahlungen nach.“

Meine Damen und Herren! Ich gestehe, daß diese Schilderung auch mir durchaus vertraut klingt und man spiegelverkehrt ähnliche Einschätzungen durchaus auch in unseren Reihen bisher hat registrieren können.

Aber, meine Damen und Herren, genau deshalb verändern wir jetzt die Bedingungen und die Möglichkeiten für solche Geschichten. Wir verändern und wir beseitigen die Möglichkeiten für eine „fraktionelle Mickymauspolitik“. Wir beseitigen den Proporz — und Sie wollen ihn offenbar nach wie vor haben.

Kollege Taus war natürlich merkwürdig ungenau, als er hier meinte: Wir wollen ja nur einen Unterausschuß im Hauptausschuß, und dann reden wir darüber. — Da war er plötzlich sehr wenig detailliert in seinen Ausführungen, während er sich minutenlang ganz genau vorstellen konnte, wie es in der Regierung zugehen wird, jetzt, nach Beschlußfassung dieses Gesetzes, wenn Lacina mit seinem Steger redet. Da weiß er plötzlich ganz genau, wozu das führen muß — ohne natürlich irgendeinen Anhaltspunkt dafür zu haben, zu welchen Konsequenzen personeller Natur es wirklich kommen wird.

Einen Beweis gäbe es ja dafür, daß Graf unrecht hat und Taus unrecht hat und Sie alle unrecht haben, wenn Sie mit der Parole „Zwing schwarz raus, blau rein“ für irgendwelche Stimmungen sorgen wollen — wobei ich ja nicht einmal weiß, welche Stimmungen das auslösen würde.

Es gibt nämlich schon einen Testfall: der neue VOEST-Vorstand. Da gibt es keinen ein-

zigen, der mit der FPÖ auch nur losen Kontakt hat. Ich habe mich diesbezüglich erkundigt. Es gibt aber einen Generaldirektor-Stellvertreter Raidl, den dieser Aufsichtsrat gewählt hat, weil er ihm offensichtlich qualifiziert genug vorgekommen ist. (*Abg. Heinzinger: Die Freiheitlichen haben nicht so viele Mitglieder, wie sie Posten hätten!*)

Aber, meine Damen und Herren, die Einsicht, daß man mit dem Parteienproporz in der verstaatlichten Industrie, auch an deren Spitze, also im Aufsichtsrat der ÖIAG, und nicht nur in den Töchtern, aufhören sollte, hatte einmal ein gewisser Alois Mock. Im „Kurier“ vom 1. September 1982 stand ganz groß zu lesen: „Mock: Schluß mit dem Postenschacher!“

Und da stehen folgende für die heutige Zeit wirklich ganz bemerkenswerte Sätze: „Ich traue“ — so Mock — „Grünwald“ — also dem ÖIAG-Generaldirektor — „ein höheres Maß an Objektivität zu als den Parteisekretariaten.“ — Mock damals, im September 1982.

Des weiteren steht da: „Ohne seine eigene Partei auszunehmen, spricht Mock den Politikern also die Fähigkeit ab, die richtigen Personen vorzuschlagen. Ich habe mich zwar noch nie dafür schämen müssen“ — das meint Mock; ich sage dazu, das ist eher eine Schutzbehauptung —, „aber man muß vom System weg.“

Und jetzt gehen wir vom System weg, und es ist wieder nicht recht! Wie oft ändert eigentlich der Herr ÖVP-Obmann Mock seine diesbezügliche Meinung, frage ich mich.

Ein Satz noch aus diesem „Kurier“-Artikel: „Eine wirkliche Veränderung brächte erst der Verzicht der Parteien, sich einzumischen. Statt dessen sollte die ÖIAG“ — Kollege Taus — „mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden.“ — Soweit Ihr Obmann Mock.

Und jetzt gehen Mock und Taus her und sagen: Ein Gesetz brauchen wir nicht, die ÖIAG hat Kompetenzen genug, sie möge sie nur ausfüllen. — Man wird also schon ein bißchen hin- und hergerissen. (*Abg. Graf: Sie werden sich schon wieder beruhigen, Herr Doktor, wenn Sie hin- und hergerissen sind! Das wird sich schon geben!*) Aber natürlich. (*Abg. Graf: Ihre Aufregung wird sich schon wieder legen!*) Ich bin überhaupt nicht aufgeregt. Mir ist nur ein bißchen heiß, aber aufgeregt bin ich ganz sicher nicht.

Eher schlimm und fast die Aufregung wert

11750

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dipl.-Vw. Tieber

war eine Aussage, laut „Die Presse“ vom 31. Jänner 1986, gemacht von Taus. Allerdings schränke ich sofort ein: Heute hat der diesbezügliche Passus schon ganz anders geklungen. Möglich, daß es eine eher nicht ganz genaue Wiedergabe war. *(Abg. Graf: Was hat er damals gesagt? — Abg. Dr. Taus: Zitieren Sie es endlich!)* Sofort!

Noch einmal, „Die Presse“ vom 31. Jänner 1986: „Taus selbst könne sich nicht vorstellen, daß VP-Fachleute einem Ruf in den Aufsichtsrat der ÖIAG folgen würden, sollte Verstaatlichten-Minister Ferdinand Lacina tatsächlich das alleinige Bestimmungsrecht erhalten.“ — Das hat heute anders geklungen als damals. *(Abg. Graf: Nein, nein, das ist seine persönliche Meinung! Wir haben als Partei anders entschieden! Aus! Wir wollen, daß die Leute hineingehen! Das war seine persönliche Meinung!)* Okay! Und die halte ich für schlimm! *(Abg. Dr. Schranz: Warum sagt er das nicht selbst?)* Man kann nicht für den Konsens plädieren und dann sagen: Ich bin dafür, daß meine Freunde, die VP-nahe sind, da nicht hineingehen. Entweder das eine oder das andere, beides geht doch nicht! *(Abg. Graf: Das ist eine Interpretation, die nicht zulässig ist! Wir können das!)* Sie können viel, das merken die Österreicher. Okay. *(Abg. Graf: Sie können noch etwas lernen!)* Na ja, mit welchem Erfolg?

Aber noch einmal: Ich habe ja zugehört. Kollege Taus hat eine diesbezügliche Aussage gemacht. *(Abg. Graf: Die ist vom 1. Jänner! Das war seine Privatmeinung! Er würde sich nicht berufen lassen! Er, Taus, würde nicht gehen!)*

Wissen Sie, mir fällt bei Ihnen beiden etwas auf. Abwechselnd sagt der eine oder der andere: Wissen Sie, ich will ja nichts mehr werden! — Das habe ich von Ihnen schon oft gehört. *(Abg. Graf: Wir sind ja auch schon etwas, Herr Tieber!)* Richtig, richtig. Abwarten! Der zweite Teil meines Arguments kommt noch.

Also abwechselnd höre ich von Ihnen beiden: Ich will ja nichts mehr werden! Ganz großzügig sagt Dr. Taus: Ich war ja schon alles, was man da werden kann! — Alles waren Sie zwar noch nicht, aber viel. *(Abg. Heinzinger: Bitte schön, wenn Sie die Hälfte wären von dem, was er schon ist!)* — Kollege Graf läßt auch hin und wieder durchblicken, er sei das letzte Mal in diesem Hohen Haus. Das glaube ich zwar noch immer nicht ganz *(Abg. Graf: Das ist wirklich! Das werden Sie überprüfen können! Das werden Sie*

sehen!), aber worauf ich hinaus will, ist folgendes: Glauben Sie wirklich, daß durch den relativ häufigen Verweis auf solche persönlichen Motive Ihr Argument besser wird? *(Abg. Graf: Damit müssen wir leben und nicht Sie! Das ist unsere Sache!)* Sie leben aber wahrscheinlich schlecht damit! *(Abg. Graf: Ihnen fehlt ein Zwilling!)* Nein, nein!

Ich glaube ja nicht, daß dieses Argument ein Agio bekommt, sozusagen automatisch, weil Sie nichts mehr werden wollen. Das hieße ja, daß die Argumentation des Herrn Mock, der sehr wohl noch etwas werden will, ein Disagio kriegt. Das wäre ja schlimm für den Obmann! Das wäre ja ganz schlimm für den Obmann! So geht es doch nicht! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Graf: Das wäre für Sie ein schöner Schluß, aber es ist ein Trugschluß für uns! — Abg. Dr. Taus: Sie sind ja ein politischer Börsenspekulant, wenn ich Ihren Jargon höre! — Heiterkeit.)* Also beim Spekulieren waren andere gut, und wir haben alle bezahlt. Nein, nein, ich lasse mich darauf nicht ein. *(Abg. Dr. Taus: Das war gar nicht böse gemeint!)*

Ich komme zum Schluß, weil ich aus Zeitgründen zum Schluß kommen muß. *(Abg. Steinbauer: Tieber rettet sich durch Flucht!)*

Wir werden, meine Damen und Herren von der ÖVP, den Eindruck nicht los, daß das wahre Motiv für Ihr Nein heute zu diesem neuen Gesetz natürlich nicht in der Begründung liegt, die Taus wieder einmal so eloquent formuliert hat, indem er meinte: Na ja, die Chancen, daß das funktioniert, stehen 50 : 50, und das sei zu wenig tragfähig. — So Taus im Ausschuß. — Der wahre Grund für Ihr Nein liegt doch anderswo und ist relativ leicht zu durchschauen.

Der wahre Grund ist der, meine ich, daß Sie doch um angestammte Besitz- und Verfügungsrechte fürchten. Und dieses Wort — das ist und bleibt verräterisch — vom „Minderheitsaktionär“ zeigt, was da dahintersteckt.

Und der andere wahre Grund — der eigentliche Grund, wie mir scheint — ist der: Sie wollen sich in Ihrer politischen Planung für die Nationalratswahl nicht behindern lassen, weil Sie ganz offensichtlich einen Verstaatlichten-Wahlkampf führen wollen. *(Abg. Dr. Taus: Das entscheiden wir zwei nicht!)* Ich habe diesen Eindruck gewonnen aufgrund dessen, was da aus der ÖVP hervorkommt. Ein Ja zu diesem Gesetz hätte natürlich diese Planung behindert.

Dipl.-Vw. Tieber

Sie wollen die schlimmen Ereignisse der letzten Monate parteipolitisch nützen, weil es Ihnen — und das muß ich Ihnen doch auch sagen — offensichtlich nicht so sehr, nicht in allererster Linie, um das Schicksal der verstaatlichten Industrie und ihrer Beschäftigten geht, sondern um das Schicksal Ihrer eigenen Partei. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{15.20}

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Probst.

^{15.20}

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben schon vorgeführt bekommen und im Ausschuß auch deutlich erlebt, daß das Nein der Österreichischen Volkspartei zu diesem Gesetz nicht plausibel ist. Ich glaube, daß bei allen Verhandlungen im Ausschuß und auch hier und heute kein einzig wirklich plausibler Grund zutage getreten ist, warum die Österreichische Volkspartei diese ÖIAG-Gesetznovelle ablehnt.

Der letzte Beweis dafür, daß eigentlich mit dieser Novelle auch alte Forderungen der ÖVP, wenn ich das in einem „Anfall von Sympathie“ so ausdrücken darf, erfüllt werden, liegt ja vor: Das ist der Entschließungsantrag, dem wir Freiheitliche nicht die Zustimmung geben werden, weil er aufgrund der Tatsachen überholt ist, weil er eine Absichtserklärung ist, die jetzt durch ein Gesetz ersetzt wird, eine Absichtserklärung, die noch dazu nur bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode Gültigkeit hat, und das ist von jetzt an ungefähr ein Jahr, und eben weil das meiste, das da gefordert wird, aufgrund der Tatsachen überholt ist. Das heißt nicht nur erfüllt, sondern „überholt“ — verstärkt zum Ausdruck gebracht.

Ich darf ein paar Ihrer Forderungen herausholen. Eine ist nicht zu bejahren. Sie sprechen von der Forderung nach einer sinnvollen Neugliederung mit einer branchenweisen Zusammenfassung in überschaubare und schlagkräftige Einheiten. Das klingt auf den ersten Anblick gut und plausibel, ist aber durch die Ereignisse der letzten Jahre ebenfalls zuwenig; zuwenig streng gefaßt. Wir haben uns auch im Ausschuß darüber unterhalten. Es muß heißen, daß ganze Geschäftsfelder zu koordinieren sind, zu ordnen sind.

Denn es hat sich ja gezeigt, daß mehrere gleichzeitig angeboten haben, wenn es um den Anlagenbau ging, und sich gegenseitig niederkonkurriert haben. Es hat sich gezeigt — um ein ganz plumpes, in dem Fall

sicher nicht belegbares, aber sehr deutliches Beispiel zu bringen —, daß es im Bartergeschäft doch ein Unsinn ist, wenn eine Merx und eine Intertrading zugleich Ölgeschäfte machen. Ich spreche von „Geschäften“ und nicht von jenem Bereich der Spekulationen. Es wäre doch interessant festzustellen, ob es nicht im Laufe der Vergangenheit passiert ist, daß die eine österreichische Handelsgesellschaft die andere österreichische Handelsgesellschaft negativ konkurrenziert hat oder gar im übertragenen Sinne des Wortes dadurch zu Schaden gekommen ist. Wir wissen zum Beispiel, daß es bei der Anbotlegung von Anlagenbau innerhalb des eigenen Hauses Konkurrenz gegeben hat.

Deshalb verstehe ich die grundsätzliche Ablehnung der Österreichischen Volkspartei überhaupt nicht, mit der sie sich gegen eine straffe Konzernführung wendet. Es ist ja an sich ein Erfordernis einer marktwirtschaftlich orientierten Partei, daß die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse, das Bekenntnis zum Gewinn an vorderster Stelle stehen. Es paßt mir also nicht in das ÖVP-Konzept — das geht mich aber nichts an; der Herr Kollege Graf hätte sofort einen entsprechenden Einwand gemacht —, daß Sie das heute auf einmal ablehnen, obwohl Sie es all die Jahre immer gefordert haben.

Ich glaube, es ist wichtig, daß wir weiterhin darauf achten, daß es eine ÖIAG gibt, nicht nur per Gesetz, sondern auch per Tatsache, eine ÖIAG, die sowohl ein Weisungsrecht hat als auch eine Weisungsmacht, und daß diese Weisungen sinnvoll sind und mit Leben erfüllt werden können allein durch die Tatsache — und das scheint mir ein gutes Mittel dazu zu sein —, daß es eine Verzahnung der Vorstände gibt, und zwar von oben nach unten beziehungsweise von unten nach oben. Denn mit der perfekten Information, wenn die Chefs der wichtigsten Töchter im Vorstand der Muttergesellschaft sitzen, kommt ja auch die Verantwortlichkeit. Er kann ja nicht auf der einen Ebene hü sagen und auf der anderen Ebene hott befehlen. Das ist ja der Sinn einer derartigen Verzahnung in vertikaler Ebene. Und das halte ich für wesentlich.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß das Weisungsrecht ja an sich bestanden hat. Wir aber wissen aus Augenzeugenberichten, daß das in der Praxis oft so ausgesehen hat, daß eine Weisung einfach genommen und ungelesen in die Rundablage Nr. 17, also in den Papierkorb, gesteckt wurde, daß sich kein Teufel darum geschert hat. Das hat zwei Gründe.

11752

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Probst

Erstens: weil die Weisungen vielleicht in manchen Fällen unrealistisch waren, ohne jetzt den Weisungsgebern einen Vorwurf machen zu können, geschweige denn zu wollen, weil die letzte Information gefehlt hat.

Zweitens: weil die Sanktion gefehlt hat als Bedrohung für die Seite, die die Weisung zu befolgen gehabt hätte, also weil das Ganze zuwenig klar und zuwenig deutlich ausgedrückt war.

Ich möchte weiter an Hand Ihres Antrages beweisen, daß Sie ohne jede Begründung gegen diese ÖIAG-Novelle sind. Ich könnte mir das eigentlich ersparen. Ich könnte sagen: Fast alles, was Sie hier fordern, ist ja durch das Gesetz, das wir heute beschließen werden, erfüllt beziehungsweise überholt. Das sind nur vage Absichtserklärungen. Sie haben ja wirklich kein Argument genannt.

Ich möchte auf folgenden Punkt zurückkommen: die Unterlassung von Einmischungen von außen unter Mißachtung oder Umgehung der zuständigen Verantwortungsträger. Das ist völlig richtig, das fordern wir Freiheitliche seit Jahren. Und die Realität hat gezeigt, daß das wesentlich ist.

Aber bitte, wie sagen Sie das auch Ihrem für den sorgenvollsten Bereich örtlich zuständigen Landeshauptmann Dr. Krainer? Während wir uns jetzt — alle zusammen sollten wir es tun — in einem überaus schmerzhaften Bauchaufschwung dazu durchringen, daß hier wirklich zukunftssträftig saniert wird, daß auch Termine gesetzt werden, wo sie zu setzen sind, daß klare Drohungen im Raum stehen für jene Bereiche, die nicht gewillt sind, sich am eigenen Schopf zu packen, geht der Landeshauptmann her und meint: Wie auch immer, es muß eine Arbeitsplatzgarantie geben! Das kann nicht funktionieren, meine Damen und Herren!

Es mag Sie vielleicht erstaunen, daß auch die steirische Freiheitliche Partei eine klare und deutliche Zielsetzung für Bereiche wie Donawitz fordert. Natürlich haben der Regionalpolitiker und der Bundespolitiker regionale Notwendigkeiten und Nöte zu berücksichtigen. Aber es ist einem Arbeiter — einem selbstbewußten österreichischen Arbeiter — trotz allem — und jetzt verwende ich Zitate aus ÖVP-nahen Zeitschriften — nicht zuzumuten, daß er einem an Infusionsgeräten und allen möglichen Beatmungsmaschinen hängenden Leichnam dient, daß er arbeitet, obwohl er weiß, daß der Betrieb überhaupt keine Chance hat, je wieder zum Leben

erweckt zu werden; zu einem Eigenleben, was ja die einzige klar erkennbare Zielvorgabe sein müßte.

Sie haben, meine Damen und Herren, in diesem Antrag nur Absichtserklärungen, die längst im ÖIAG-Gesetz, wenn nicht explizit, so doch dem Geiste nach, erfüllt sind. Es kann Sie niemand daran hindern, dem Gesetz zuzustimmen. Vom Parteistandpunkt her, vom Ideologischen her entspricht es hundertprozentig Ihrer Parteilinie. Das möchte ich behaupten. Daß Sie dies nicht tun, zeigt, daß Sie hier Ihren parteipolitischen Konzepten den Vorrang geben; jenem Stüppchen, das Sie bis zur Landtagswahl in der Steiermark und bis zur Nationalratswahl im nächsten Frühjahr kochen wollen, und zwar auf Sparflamme, um es jederzeit in Schwung bringen zu können.

Sie fordern in Ihrem Entschließungsantrag die Einleitung einer regionalen Wirtschaftsoffensive, um negative Auswirkungen der Verstaatlichtensanierung auf die regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zu vermeiden, und so weiter. — Völlig richtig. Völlig in Ordnung. Wir Freiheitlichen haben dem entsprochen. Wir haben uns danach umgesehen, ob es dafür Hilfe gibt, und wir sind auf die internationale Job Creation limited gestoßen. Das neudeutsche Fremdwort darf ich übersetzen: Das ist ein Unternehmen, das in England während der Stahlkrise entstanden ist — zuerst staatlich konzipiert, also aus Managern der Stahlkrise bestehend — und das sich zu einem Privatunternehmen entwickelt hat, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, aus dem bestehenden Element der Infrastruktur in der Region Arbeitsplätze zu rekrutieren. Das heißt, die Aufgabe dieses Unternehmens bestand darin, eine genaue regionale Studie zu machen, um zu sehen: Wie kann ich, ohne künstlich etwas aufpfropfen zu müssen — das hat ja in den letzten Jahrzehnten in Österreich trotz vieler und gut gemeinter Versuche fehlgeschlagen —, aus dem vorhandenen Strukturpotential neue Arbeitsplätze schaffen? Ein derartiges Unternehmen läuft in einem halbverstaatlichten Bereich, bei Siemens nämlich, in Niederösterreich, und zwar in der Nähe von Zistersdorf beziehungsweise Neusiedl a. d. Zaya.

Diese Leute haben, aus der englischen Stahlkrise lernend, die Aufgabe erhalten — und sie sollten sie auch in Donawitz erhalten —, die Region, soweit der Einflußbereich reicht, soweit die Menschen dort pendeln, quasi abzuklappern nach Möglichkeiten: Hier ist ein kleiner Unternehmer, wie könnten wir

Probst

dort statt fünf Arbeitsplätzen in Zukunft acht haben? Dort ist ein größerer, wie könnten wir dort die Belegschaft verdoppeln? Was könnten wir unter anderem, rekrutierend aus den Erfahrungen in Donawitz, selbst ändern? Die Aufgabe, dort wirklich tiefgreifend zu ändern, bleibt natürlich bei den Verantwortlichen der VOEST-ALPINE.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir ebenfalls einiges aus dem Ausschuß notiert. Ich glaube, es wäre auch einmal an der Zeit, daß wir im Zusammenhang mit der Verstaatlichten überlegen: Was ist wirklich passiert? Was heißt „Skandalisierung“? Es ist vom Herrn Bundeskanzler und von anderen Politikern gesagt worden: Gerade in diesem Zusammenhang wurde skandalisiert. Ich bekenne mich auch dazu: Es ist so. Ich behaupte, daß damit der österreichischen Wirtschaftskraft, dem Export und den Zukunftschancen unserer verstaatlichten Betriebe ungeheurer Schaden zugefügt wurde.

Die Presse hat darauf „überschießend“ reagiert und hat von „Angriffen auf die Pressefreiheit“ geredet. Ich will mich nur auf ein oder zwei Beispiele konzentrieren. Ich habe einen Artikel eines — übrigens ÖVP-nahen — Magazins in Erinnerung, in dem, mit einem Bild der Linzer VOEST versehen, das Fettgedruckte begonnen hat mit den Worten: „Im traurig vor sich hinrauchenden Trümmerhaufen dessen, was einst die VOEST gewesen, sitzen die Manager und lassen die Köpfe rauchen ...“ und dergleichen mehr.

Meine Damen und Herren! Diese Magazine gehen doch um die Welt. Auch wenn sie für den Leser nicht so interessant sind, so sind sie doch für die Konkurrenz unserer Betriebe doppelt interessant, weil sich derlei Aussagen ungeheuer gut verwerten lassen, wenn es um die Erlangung von Aufträgen geht.

Fragen Sie bitte, wen Sie wollen, im Bereich Ihrer eigenen Bundeswirtschaftskammer, bei den Handelsdelegierten in allen Ländern der Erde, fragen Sie beim Minister für verstaatlichte Betriebe, fragen Sie beim Handelsminister, fragen Sie beim Außenminister, bei den Generalkonsulaten und Botschaften: Überall sind bestürzte Anrufe und Anfragen eingelangt, wie es denn mit der Erfüllung der Lieferverträge, wie es denn mit der Beschaffung der Ersatzteile und wie es denn mit der Gewährleistung stehe, wo doch jetzt die VOEST in Konkurs gehe, bankrott mache. Meine Damen und Herren, das ist Skandalisierung!

Wenn es auch nicht modern ist, aber da lobe ich mir den Engländer, der sagt: Right or wrong — my country! — Ob richtig oder falsch: zuerst mein Land! Aus parteipolitischen Gründen eine Staatskrise zu erfinden, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Betriebe, die davon betroffen sind, das ist nicht nur Skandalisierung, sondern das ist schon ein handfester Skandal. Das ist ein ganz, ganz schlechter Dienst an dem, was wir als gemeinsame Sache bezeichnen sollten.

Das gleiche gilt auch für die Frage „Entpolitisierung“. Ich glaube, klarer umrissen ist das, was wir alle begrüßen sollten, mit dem Begriff „Entparteipolitisierung“, denn entpolitisieren können wir ein verstaatlichtes Unternehmen in keinem Fall. Schon die Tatsache, wer der Eigentümer ist, ist ein politisches Faktum. Wenn wir nur nach betriebswirtschaftlichen Erwägungen handeln würden, würde natürlich schon so mancher sagen, daß dieser oder jener Standort nicht geeignet ist und das Werk am besten nicht morgen, sondern heute schon zu schließen ist. Daß wir unsere politische Absichtserklärung den künftigen Managern auf den Weg geben und sagen, daß regionalpolitische Rücksichten zu nehmen sind, ist klar.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß wir uns an dem orientieren sollten, was wir in Österreich haben: Wir haben in Österreich kein günstiges Konzernrecht. Das ist eine Mahnung, die ich hier ausspreche, die unter Umständen von jenen Juristen bedacht werden sollte, die das ebenfalls als Mangel empfinden.

Kollege Robert Graf hat hier vom Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gesprochen. Ich frage mich, ich frage ihn: Wie können VOEST-ALPINE und ähnliche durch ein Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft saniert werden? Das ist ja dann wieder genau derselbe parteipolitische oder regionalpolitische Einfluß, wie immer Sie das haben wollen.

Wir Freiheitlichen sind ja nicht blindwütig gegen die Sozialpartnerschaft, sie hat ja auch ihre Vorteile, und zwar dort, wo sie nicht Gegenregierung, Parallelregierung oder Nebenregierung ist.

Aber hier ist es ja geradezu ein Ausspruch gegen langjährige ÖVP-Bekanntnisse, wenn Sie das sagen. Es kann ja nur betriebswirtschaftlich saniert werden. Sozialpartnerschaftliche Rücksichten sind nur dort angebracht, wo äußerste Notwendigkeit mit eindeutiger Zielsetzung und Festsetzung von

11754

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Probst

Limits, von Grenzen gegeben ist. Das bedeutet weitere Unterstützungen in materieller Hinsicht niemals unbegrenzt, sondern mit eindeutiger und unumstößlicher endgültiger Terminisierung.

Dauerpackelei um Posten und Pfründe hat bisher nur Kraft und Zeit gekostet — und vor allem Ansehen. Damit muß jetzt endlich — zugegebenermaßen: vielleicht um Jahre verspätet — Schluß gemacht werden.

Zusammenfassend darf ich sagen: Die Herren Taus, Graf und Wimmersberger haben von Verantwortlichkeit der ÖVP, haben von Verantwortung geredet. Es wurde hier das wirklich etwas sehr oberflächliche Argument mit dem Dirimierungsrecht gebracht. Wohin wir auch blicken: Überall hatte — und hat sie bis heute noch — die ÖVP mindestens 49 Prozent der Einflüsse. Das heißt, maximal um einen Aufsichtsrat weniger als die Sozialisten.

Aber gerade das verstehe ich unter mangelnder Wahrnehmung der Verantwortlichkeit oder Verdrehung der Tatsachen, das Sich-hinweg-Schleichen aus der Verantwortung, wenn Sie jetzt so tun, als hätten Sie damals nichts tun können. Sie hätten ja in all den Jahren protestieren, aufmerksam machen können. Sie, Ihre Aufsichtsräte, Ihre Vorstandsmitglieder, haben niemals protestiert. Sie haben nie dagegen gestimmt, Sie mußten also nie überstimmt werden — in keinem Fall. Es war nie ein Aufsichtsratsvorsitzender darauf angewiesen, vom Dirimierungsrecht Gebrauch zu machen. Es ist nie ein Vorstand, nie ein Aufsichtsrat, der Österreichischen Volkspartei parteisteuerpflichtig, zurückgetreten. Hauptsache war doch immer nur, die Packelei hat gestimmt.

Wenn ich Sie von der ÖVP jetzt höre, so hört man doch deutlich heraus: Es geht Ihnen doch auch jetzt wieder nur um Ihren parteipolitischen Einfluß, es geht Ihnen vor allem um die Chance, in eine große Koalition zu schlüpfen. Das ist ein parteipolitisches Ziel. Wir hingegen haben ein volkswirtschaftliches Ziel, nämlich die Sanierung der wichtigen verstaatlichten Betriebe. Dieses Ziel ist uns wichtiger! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 15.37

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Burgstaller.

15.37

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Probst, Ihre Ausführungen einer Analyse zu unterziehen, ist ganz

besonders schwer. Ihrer Argumentation zu folgen, ist fast unmöglich. Sie gelten als „Experte“ innerhalb Ihrer Partei, was die Verstaatlichtenpolitik anbelangt, und Sie haben im Jahre 1983, als wir hier die Mittelzuführung diskutiert haben, diese ominösen oder berühmten 16,6 Milliarden, von einer „Wende zum Guten“ gesprochen. Das, was wir heute haben, bestätigt, daß Sie ein großer „Experte“ sind. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sie mögen vielleicht etwas von Autos verstehen, von der verstaatlichten Industrie verstehen Sie allerdings nichts! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Tieber. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)* Lassen Sie mich etwas sagen, Herr Abgeordneter Probst. Wenn Sie nicht verstehen, warum die Volkspartei diesem neuen Gesetz nicht zustimmt, wenn Sie hier eine krampfhaftige Begründung suchen, in unserem Entschließungsantrag irgend etwas zu finden, so sage ich Ihnen: Für uns, für die Österreichische Volkspartei hat immer gegolten: Zuerst Österreich, seine Betriebe, die Bürger — und dann die Partei. Bei Ihnen mag das umgekehrt sein. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Bitte sagen Sie mir eine Alternative, die Sie zu diesem Antrag zu bieten haben! Sagen Sie mir auch, warum Sie dem nicht zustimmen?)* Ein Grund wäre schon der, weil Sie dem zustimmen, das wäre Grund genug. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn Sie mir zuhören, so werde ich Ihnen die Gründe genau erläutern. *(Abg. Tonn: Das ist kein Argument, das ist ein Witz! — Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)* Herr Mühlbacher, meine Gags gegen Ihre. Ich möchte nicht tauschen.

Herr Abgeordneter Tieber! Sie haben wiederum „Ursachenforschung“ betrieben und sind dabei auf einen Passus aus dem Jahre 1964 gekommen, warum die Verstaatlichte so spät in die Finalindustrie einsteigen konnte. Der Abgeordnete Taus hat darauf erwidert.

Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Jene Produkte aus der Zeit, in der die VOEST unter ÖVP-Alleinverantwortlichkeit in die Finalindustrie eingestiegen ist, bringen heute noch Erträge und Gewinne. Erst danach sind jene Bereiche entstanden, wo wir gewaltige Verluste machen, über die wir heute hier debattieren und über die wir sicherlich noch in den nächsten Jahren debattieren werden.

Meine Damen und Herren! Das heute von den Sozialisten und Freiheitlichen zu beschließende ÖIAG-Gesetz mag zwar aus parteipolitischen Gründen notwendig sein —

Burgstaller

eine Gesundung dieses Sektors, der für die österreichische Wirtschaft und für die Industrie von enormer Bedeutung ist, wird damit aber nicht erreicht. Nach dem Scheitern der sozialistischen Verstaatlichtenpolitik — mit kräftiger Unterstützung der Freiheitlichen in den letzten zwei Jahren, die ja die schwerste ideologische Niederlage darstellt — ist nicht ein neues Gesetz mit den gleichen handelnden Personen gefragt, sondern eher eine umgekehrte Vorgangsweise wünschenswert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ja nicht so, daß es nur die Eisen- und Stahlkrise gibt, sondern fast alle in der ÖIAG zusammengefaßten Unternehmungen stecken in einer mehr oder weniger tiefen Struktur-, Technologie- und Innovationskrise. Der zu beschließende Gesetzentwurf geht im Prinzip davon aus, daß die verstaatlichte Industrie zu den Bestimmungen des Aktiengesetzes zurückkehrt und Sonderbestimmungen nur für wenige Fälle gelten läßt.

In der Vorbemerkung zu diesem Gesetz wird festgestellt, daß die im Herbst 1985 aufgetretene Krise zeigt, daß die Planungs- und Kontrollmechanismen versagt haben, oder sie müssen, wie der Minister es umschreibt, den Anforderungen der heutigen industriellen und kommerziellen Entwicklung angepaßt werden.

Dabei handelt es sich gerade um jene Aufgaben der ÖIAG, die ihr in einem besonderen Maße im Jahre 1983 übertragen wurden, nämlich: zusätzliche Kontroll- und Revisionsrechte in den einzelnen Unternehmungen.

Hohes Haus! Im wesentlichen hatte die ÖIAG auch schon bisher alle Möglichkeiten, die im neuen Gesetz verankert sind, im Bereich der Kontrolle, der Revision, der strategischen Planung, der Forschung und Entwicklung, aber auch der Koordinierung der verschiedenen Produkte und Produktgruppen — sie hat sie nur nicht genutzt beziehungsweise ist sie in den entscheidenden Bereichen ihren vom Gesetzgeber auferlegten Aufgaben nicht oder nur mangelhaft nachgekommen. Herr Minister! Diesen Versäumnissen, dieser Nichterfüllung des gesetzlichen Auftrages können Sie nicht mit einem neuen Gesetz begegnen.

Nun zu den Hauptpunkten, warum wir heute über ein neues ÖIAG-Gesetz diskutieren. Der Herr Minister möchte sich seine Aufsichtsräte aussuchen. — So weit, so gut. — Er möchte die ÖVP draußen haben. — Auch gut.

— Er möchte einen kleineren Aufsichtsrat haben. — Das ist auch verständlich, auch gut.

Der Herr Bundesminister möchte sich aber auch die Betriebsräte, die im neuen Aufsichtsrat vertreten sein sollen, selber aussuchen. — Das, meine Damen und Herren, ist der Gipfel einer scheinheiligen Politik, die unter dem Deckmantel einer „Neuorientierung“ und einer „Entpolitisierung“ vorgenommen wird.

Der Herr Minister möchte nicht das Arbeitsverfassungsgesetz angewendet wissen, sondern er sucht Umwege über den Arbeiterkammertag, damit auch jene Betriebsräte oder sonstigen Arbeitnehmervertreter, die in den Aufsichtsrat zu holen sind, von ihm mehr oder minder ausgesucht werden können. Daß, meine Damen und Herren, seit kurzem der ÖAAB bei der ÖIAG den Betriebsratsobmann stellt, hat damit natürlich „nichts“ zu tun. Daß der Herr Minister bei der Betriebsratswahl der ÖIAG wahlberechtigt ist, hat damit natürlich auch „nichts“ zu tun. Daß der Minister bei der Wahl von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, hat damit natürlich auch „nichts“ zu tun. — Seine Stimme war nur ungültig, weil es mit der Wahlkarte Probleme gegeben hat. Daß man dann bei einer gesetzlichen Neuorientierung den Betriebsrat der ÖIAG nicht auch noch im Aufsichtsrat haben möchte, wird unter diesen Gesichtspunkten beinahe verständlich.

Meine Damen und Herren! Das passiert einer Partei, die angeblich die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zur Leitlinie ihrer Arbeitnehmerpolitik gemacht hat. Dallinger versucht seit mehr als zwei Jahren, den Österreichern zusätzliche Mitbestimmungsmodelle unter dem Deckmantel „29 Punkte zu einer Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes“ zu verkaufen; Lacina spricht von Modellen — und praktiziert diese auch —, wie er das Arbeitsverfassungsgesetz außer Kraft setzen kann.

Wir verlangen — ich sage das hier im Namen der christlichen Fraktion —, daß der § 110 des Arbeitsverfassungsgesetzes ohne Ausnahme anzuwenden ist und daß man nicht dort, wo es einem nicht genehm ist, plötzlich ein anderes Gesetz mehrheitlich hier im Hohen Haus beschließt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu diesem Kapitel einen unverfänglichen Zeugen zitieren, und zwar die Stellungnahme des Bundesministers für soziale Verwaltung, die er im Rahmen der Begutachtung dieses Gesetzes abgegeben hat — ich zitiere —:

11756

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Burgstaller

„Die im Vorblatt und in den Erläuterungen angegebenen Zielsetzungen, die mit dem Gesetzentwurf verfolgt werden sollen, sind als ‚politische Vorgaben‘ anzusehen, auf deren Berechtigung vom Aufgabenbereich des hiesigen Ressorts nicht einzugehen ist.“

„Dem Gesetzentwurf“ — und jetzt hören Sie zu, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses! — „ist jedoch der Vorwurf nicht zu ersparen, daß gleichzeitig Rechte der Arbeitnehmer in Frage gestellt beziehungsweise beseitigt werden, die mit den verfolgten Zielsetzungen in keinem wie immer gearteten Zusammenhang stehen und die daher auch dem Ziel der Straffung der Planungs- und Kontrollmechanismen der verstaatlichten Industrie nicht hinderlich entgegenstehen.“

Ich zitiere weiter Dallinger aus seiner Stellungnahme zum ÖIAG-Gesetz:

„Es wird daher auch nur dem aufmerksamen Leser des Entwurfs deutlich, daß — neben so offen deklarierten Zielsetzungen — Belegschaftsrechte beseitigt werden. Die Erläuterungen machen nicht einmal den Versuch, diese Vorgangsweise zu begründen. Dies verwundert umso mehr, als die Verschlechterung der Rechtsstellung der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der verstaatlichten Unternehmungen ja nicht ernstlich als eine notwendige Voraussetzung für die Reform der ÖIAG bezeichnet werden kann.“

Auf Seite 2 dieser Stellungnahme heißt es weiters: „Das Bundesministerium für soziale Verwaltung spricht sich daher strikte dagegen aus, die Rechtsstellung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der verstaatlichten Industrie durch einen Gesetzentwurf zu verschlechtern, dessen erklärtes Ziel lediglich die Verbesserung der Planungs- und Kontrollmechanismen ist.“ — Soweit die Stellungnahme des zuständigen Ministers.

Ich meine, daß es Aufgabe der sozialistischen Gewerkschafter — vor allem der sozialistischen Gewerkschafter! — gewesen wäre, auch hier zu dieser von Dallinger abgegebenen Stellungnahme dezidiert Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun namens meiner Fraktion den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Taus, Graf, Wimmersberger, Burgstaller und Genossen zur Regierungsvorlage: Bundesgesetz über die Österreichische Industrieholding Aktien-

gesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (899 der Beilagen) in der Fassung des Ausschlußberichtes 911 der Beilagen betreffend die Sanierung und Neuordnung der verstaatlichten Industrie einbringen.

Mit dem Satz „Die im Herbst 1985 in verstaatlichten Unternehmungen und deren Tochtergesellschaften aufgetretene Krise zeigt, daß die Planungs- und Kontrollmechanismen der verstaatlichten Industrie den Anforderungen der heutigen industriellen und kommerziellen Entwicklung angepaßt werden müssen“ umschreibt die Bundesregierung das Problem, das sie mit dem neuen ÖIAG-Gesetz lösen will. (*Abg. Wille: Das ist ja nicht der Antrag, das ist die Begründung!*)

Diese Analyse ist falsch. Tatsächlich gab es einen langen Weg in die Krise — im Herbst 1985 erfolgte der vorhersehbare Zusammenbruch des Systems.

Die ÖVP hat bekanntlich seit dem Jahr 1978 im Nationalrat in Entschließungen und Anfragen auf diese gefährliche Entwicklung aufmerksam gemacht und konkrete Vorschläge für die Sanierung unterbreitet.

Anläßlich des Drei-Königs-Treffens der ÖVP-Landeshauptleute hat die ÖVP ein industriepolitisches Manifest vorgelegt, das den Weg aus der Krise und die Beendigung der Dauerkrise zeigt. Aufgrund des Versagens des Staates als Eigentümer werden realistische Privatisierungsmaßnahmen vorgeschlagen, die nicht nur neue Finanzquellen erschließen, sondern auch zu einer Verbesserung der Produktivität und zu einer besseren Kontrolle führen. Bei dieser Änderung der Eigentumsstrukturen soll zwischen Unternehmungen, bei denen der Ertrag verbessert werden muß, Unternehmungen, die innerhalb von drei Jahren saniert werden müssen, und Unternehmungen, die, zumindest mittelfristig, kaum sanierbar sind, unterschieden werden.

Die Sanierung — das ist die nachhaltige Wiederherstellung der Ertragskraft der verstaatlichten Unternehmen — kann nur in einem abgestimmten Paket von Maßnahmen erfolgreich durchgeführt werden, und zwar durch

ein Konzept zur neuen Gliederung und Sanierung der verstaatlichten Industrie mit klaren Zielvorgaben,

einen mittelfristigen Finanzbedarfsplan und

Burgstaller

eine regionale Wirtschaftsoffensive zur Veränderung von negativen Auswirkungen auf die betroffenen Regionen.

Die Österreichische Volkspartei hat erst vor wenigen Tagen, am 21. Februar 1986, auf einem Sonderparteitag im Wirtschaftsprogramm der ÖVP die Vorschläge zur Sanierung und Neuorganisation der verstaatlichten Industrie in einem 11-Punkte-Programm vorgelegt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Sanierung und Neuorganisation der verstaatlichten Industrie nach folgenden Grundsätzen durchzuführen:

eine sinnvolle Neugliederung mit einer branchenweisen Zusammenfassung in überschaubare und schlagkräftige Einheiten;

die Entwicklung von klaren Unternehmenskonzepten und die Übertragung der vollen Ergebnisverantwortlichkeit auf die jeweilige Unternehmensführung;

die Besoldung der Manager nach Ertragsgesichtspunkten;

die Zurückdrängung des Parteieneinflusses durch eine absolute Unvereinbarkeit einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in einer gesetzgebenden Körperschaft und in einem Aufsichtsrat eines verstaatlichten Unternehmens sowie durch die Mitwirkung eines Unterausschusses des Hauptausschusses des Nationalrates bei der Bestellung von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates der ÖIAG, wobei ausschließlich Fachleute oder leitende Persönlichkeiten des praktischen Wirtschaftslebens bestellt werden dürfen;

die Unterlassung von Einmischungen von außen unter Mißachtung oder Umgehung der zuständigen Verantwortungsträger;

die Zielvorgabe an die ÖIAG, den Gesamtkonzern so rasch wie möglich in die Gewinnzone zu führen und die Industriegruppe spätestens in fünf Jahren ohne Bundeshilfe kapitalmarktfähig zu machen und in der Folge sowohl bei der ÖIAG als auch bei den Tochterfirmen neue Aktionäre aufzunehmen;

die nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalquote zur Wiederherstellung der Krisensicherheit der verstaatlichten Industrie;

die Schaffung der Möglichkeit zum Erwerb von Mitarbeiterbeteiligungen und Belegschaftsaktien;

die Einleitung einer regionalen Wirtschaftsoffensive, um negative Auswirkungen der Verstaatlichungsanierung auf die regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zu vermeiden, und in diesem Zusammenhang für Betriebe, die nicht oder nur sehr langfristig saniert werden können, eine selbständige Bilanzierung vorzusehen, mit dem klaren Ziel, diese Betriebe zeitlich limitiert bis zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen aus volkswirtschaftlichen, regionalpolitischen und sozialen Überlegungen weiterzuführen;

die Leistung eines angemessenen Sanierungsbeitrages durch den Verkauf gewinnbringender Beteiligungen, um den Steuerzahler so weit wie möglich zu entlasten.

Soweit der Entschließungsantrag.

Wenn Sie sich, meine Damen und Herren, mit diesen Punkten, die aufgezeigt worden sind, identifizieren, so ersuche ich Sie um eine entsprechende Zustimmung. Wenn diese Punkte, wie Herr Abgeordneter Probst meinte, in diesem neuen ÖIAG-Gesetz vollinhaltlich enthalten sind, dann müssen Sie, Herr Abgeordneter Probst, aufstehen (*Zwischenruf des Abg. Probst*), wenn wir hier diesen Entschließungsantrag zur Abstimmung bringen.

Die Nichtberücksichtigung der in diesem Entschließungsantrag dargelegten Punkte, die die wesentlichsten Voraussetzungen für eine Gesundung der verstaatlichten Industrie darstellen, führt dazu, daß die Volkspartei diesem neuen ÖIAG-Gesetz, das aus politischen Gründen ein neues ÖIAG-Gesetz werden muß, ihre Zustimmung verweigert. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{15.56}

Präsident: Der soeben eingebrachte und verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Taus und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

11758

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Präsident

Wir gelangen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 911 der Beilagen unter Berücksichtigung der vom Berichterstatter vorgebrachten Druckfehlerberichtigungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen betreffend die Sanierung und Neuordnung der verstaatlichten Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und somit **a b g e l e h n t**.

2. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-111 der Beilagen) über die österreichische Entwicklungshilfe (804 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die österreichische Entwicklungshilfe.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Windsteig. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Windsteig:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Hinblick darauf, daß der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die Zuständigkeit für „Angelegenheiten der Entwicklungshilfe einschließlich der Angelegenheiten der OECD in diesem Bereich sowie die Koordination der internationalen Entwicklungspolitik“ mit 1. Jänner 1985 übernommen hat, wurde von ihm der gegenständliche Bericht dem Nationalrat am 1. Oktober 1985 vorgelegt.

Im Vorwort dieses Berichtes wird unter

anderem ausgeführt, daß die Übernahme der Kompetenz für Entwicklungshilfe durch den für die Beziehungen Österreichs zu anderen Staaten und den meisten internationalen Organisationen zuständigen Bundesminister zweifellos sinnvoll ist, da die Entwicklungszusammenarbeit einen sehr wesentlichen Teil der Außenbeziehungen Österreichs zu der zahlenmäßig sehr großen Staatengruppe der Dritten Welt und somit ein bedeutendes Element unserer Außenpolitik darstellt.

Die Entwicklungshilfe hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und ist in der heutigen Weltsituation, in der alljährlich Millionen Menschen an Unterernährung und Krankheit in der Dritten Welt sterben, zu einem unersetzlichen Element in den Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern geworden.

Bei der Entwicklungshilfe handelt es sich in erster Linie um einen Akt der Solidarität gegenüber den Menschen, die auf Grund historischer, geographischer und klimatischer Umstände nicht in der Lage sind, sich aus eigenen Kräften einen menschenwürdigen Lebensstandard zu erarbeiten. Darüber hinaus dient die Hilfe aber auch der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stabilität in den Empfängerländern; sie stellt einen Beitrag zur Überwindung der Gegensätze zwischen Nord und Süd im Sinne einer fruchtbaren Partnerschaft dar. Erfolgreiche Hilfsmaßnahmen nützen letztlich auch dem Geber selbst, indem sie zur Mobilisierung brachliegender Ressourcen und Kapazitäten, zur Steigerung der Kaufkraft und damit zur Erhöhung der Aufnahmefähigkeit der Märkte der Dritten Welt beitragen. Es ist selbstverständlich, daß alle Maßnahmen der Entwicklungshilfe auch von eminenter Bedeutung für die allgemeine außenpolitische Stellung des Geberlandes sind.

Der Außenpolitische Ausschuss hat den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in seiner Sitzung am 4. Dezember 1985 in Verhandlung genommen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie Wortmeldungen der Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Prechtl, Steinbauer, Dr. Jankowitsch, Probst, Dr. Höchtel, Dr. Khol, Dr. Etmayer und Cap sowie des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuss stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht

Windsteig

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die österreichische Entwicklungshilfe (III-111 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich um Weiterführung der Debatte.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Steinbauer.

16.01

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Wer Entwicklungspolitik diskutiert, der eröffnet eine Diskussion, einen Dialog mit der Jugend. Denn das Interesse der Jugend ist nicht nur ein Interesse an der Situation vieler Menschen in dieser Welt heute, ein Interesse der Solidarität, des Idealismus, sondern es ist der Jugend von heute, den heute 20jährigen klar, daß die Welt so, wie sie heute geordnet ist zwischen arm und reich, in 10, in 20 Jahren nicht bleiben kann, daß es so nicht weitergehen kann, ohne daß massive Eruptionen, massive Konflikte, massive Explosionen stattfinden, weil der Abstand zwischen den Armen und den Reichen auf dieser Welt auf die Dauer unerträglich ist und verändert werden muß. Daher glaube ich, daß wir mehr als bisher dazu beitragen sollten.

Wer heute 20 Jahre alt ist, weiß, daß er in etwa 20 Jahren einer Welt vis-à-vis ist, in der die Armen die Mehrheit sind, wo sie aber nicht mehr bereit sind, Konditionen hinzunehmen, wie sie heute noch in vielen Teilen der Welt Realität sind.

Wir haben Länder auf dieser Erde, wo die Menschen mit 50, 53 am Ende ihrer Lebenserwartung sind. Wir haben Länder auf dieser Erde, wo die Menschen damit rechnen müssen, daß, wenn sie Kinder haben, jedes zweite selbstverständlich, in einer tragischen Selbstverständlichkeit, stirbt.

Wir haben Länder, deren Menschen auch dann Hunger haben, wenn es nicht gerade eine sensationelle weltweite Katastrophe gibt, sondern wo Hunger die alltägliche Realität ist, zum Alltag gehört.

Wir haben Länder in einer politischen Situation, wo wir es uns als Zeitungsleser, als Medienkonsumenten oftmals — seien wir ehrlich! — zu leicht machen. Wenn wir die Ziffern

der Explosion der Schulden der lateinamerikanischen Länder, der Schulden mancher Entwicklungsländer, der Schulden der Dritten Welt hören, dann stellen wir fest: das sind gigantische Ziffern, wo zu leicht keine Betroffenheit mehr empfunden wird, wo man sich zu leicht damit abfindet, daß dies eben dazugehört und daß es bislang eigentlich immer wieder irgendwie weitergegangen ist.

Wir überhören dann zum Beispiel Ziffern, die besagen, daß Argentinien allein für die Zinsendienstleistungen mehr als die Hälfte seiner Exporterlöse aufbringen muß.

Wir hören auch viel zuwenig zu, wenn von den Rohstoffpreisen auf dieser Welt die Rede ist. Natürlich, wenn es das Öl ist, geht es uns an. Aber längerfristig gesehen, wird man sich auch in den reichen Ländern mit der Situation der Rohstoffpreise, aller Rohstoffpreise auseinandersetzen müssen, und man wird bessere Wege finden müssen als etwa das Rohstoffabkommen, von dem wir heute nach einer gewissen Phase der Diskussion doch sagen müssen: Die Skepsis war angebracht, es hat eigentlich so nicht richtig funktioniert. Es muß bessere Wege geben, es muß aber auch mehr Bereitschaft geben, bei den Reichen tatsächlich teurere Rohstoffe hinzunehmen.

Nun stelle ich die Frage: Was ist zu tun? Der Bericht gibt uns einen Ansatz dazu, und ich möchte ein Wort zum Bericht sagen. Der Bericht ist von einer realistischen Nüchternheit, und man muß das anerkennen. Der Bericht ist zweifellos die Eröffnungsbilanz des Außenministeriums, jene Eröffnungsbilanz, die nach dem Transfer der entwicklungspolitischen Agenden notwendig und fällig war. Wir nehmen diesen Bericht als die Eröffnungsbilanz mit jener Nüchternheit entgegen, die der Minister selbst im Vorwort — und ich sage: in aner kennenswerter Weise — festgehalten hat, wo er deutlich sagt: Österreich ist entwicklungspolitisch im Rückstand.

Herr Minister! Wir akzeptieren diese Ausgangssituation als gegeben. Wir leiten aber daraus ab, daß wir gemeinsam Mittel und Wege finden müßten — gemeinsam nicht nur verbal, sondern tatsächlich —, aus dieser Rückstandssituation schrittweise herauszukommen.

Deswegen begrüße ich es auch, daß es heute einen Dreiparteiantrag zur Entwicklungspolitik gibt. Dieser Antrag enthält vielleicht keine Sensationen, und es besteht die Gefahr, jenem Verbalismus wieder nachzuei-

11760

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Steinbauer

len, der viele UNO-Konferenzen und viele Konferenzen über die Probleme der Dritten Welt auszeichnet. Aber immerhin ist er ein Signal, ein Symbol, ein Willensakt, daß man es hier als Willen der drei Parteien ansieht, den Rückstand, der eingestanden wurde, gemeinsam aufzuholen.

Ich sehe fünf Ansatzpunkte, wo wir einzusetzen hätten. Erstens ist es nach wie vor die Bewußtseinsbildung. Zweitens wird es ganz konkret der Einsatz der finanziellen Mittel sein, drittens müssen wir uns schärfer als bisher über die Qualität der Konditionen unterhalten, viertens müssen wir uns ebenso über die Qualität der Projekte und der Projektsüberprüfung unterhalten, und fünftens: Ich glaube, wir müssen mit mehr Phantasie in unsere entwicklungspolitischen Überlegungen hineinkommen.

Zum ersten, zum öffentlichen Bewußtsein: Gestehen wir uns doch in aller Betroffenheit angesichts der Probleme ein, daß das öffentliche Bewußtsein in diesem Land noch immer nicht eine wirkliche Mobilisierung für die Dritte Welt zustande gebracht hat. Da sind wir Politiker ebenfalls anzusprechen wie viele, die sich um das Thema bemüht haben, aber eigentlich gestehen müssen, daß es immer in Gefahr ist, das Anliegen einiger weniger zu sein, und nicht genügend jenen zentralen Stellenwert einnimmt, wie es etwa in anderen Ländern, in Dänemark, in den Niederlande, um zwei Beispiele zu nennen, schon erreicht wurde.

Ich glaube — und ich sage das mit einem leichten Blick auf die letzten 15 Jahre —, daß die maßgeblichen Politiker der Regierungseite vielleicht doch nicht jenen politischen Druck, jenen politischen Willen, jene politische Verpflichtung in aller Öffentlichkeit auf sich genommen haben, Dinge, die damals in den vergangenen Jahren, aber auch heute notwendig wären.

Ich glaube, daß wir ein zusätzliches Problem im öffentlichen Bewußtsein haben, jene grundsätzliche Diskussion und Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit der Entwicklungshilfe, wie sie sowohl von links wie auch von rechts in der internationalen Debatte angegangen wurde. Der Bogen spannt sich von Lord Bauer bis zu Brigitte Erler, wo die Frage aufgeworfen wird: Hat das alles noch einen Sinn oder ist nicht das, was danebengeht, ungleich mehr als das, was sinnhaft zustande kommt? Ich habe einmal Gelegenheit gehabt, mit Brigitte Erler darüber zu diskutieren, und letztlich steht ihre Argumenta-

tion natürlich einerseits auf dem richtigen realistischen Einschätzen der Wirklichkeit, daß es gerade bei der Entwicklungspolitik natürlich immer wieder Projekte gibt, die danebengehen — sagen wir es so trocken —, daß es Projekte gibt, die nicht das bringen, was vielleicht bei Beginn des Projektes an Hoffnung vorhanden war.

Aber letztlich muß man an Brigitte Erler und alle jene, die das diskutieren, doch die Frage stellen: Was ist die Alternative? Ist Hoffnungslosigkeit ganz einfach die Antwort? Ist das Einstellen der Projekte die Antwort? Ist das Aufgeben der Fragestellung die Antwort? Ich glaube, nein, es kann so nicht sein! Internationale Ergebnisse vergangener Jahre zeigen ja doch in gewissen Bereichen, daß Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe substantielle Ergebnisse erbracht haben.

Es sind ganz einfach 1986 die internationale Situation der Kindersterblichkeit, die Situation der Weltgesundheit und die Situation der Nahrungsmittelversorgung in einzelnen Ländern substantiell besser geworden, substantiell und eindringlich verbessert worden.

Die Frage ist nur, ob Österreich so viel dazu beigetragen hat, die Frage ist nur, ob wir wirklich genügend Interesse aufgebracht haben, von den Mitteln gar nicht zu reden.

Hier hätte natürlich in der Bewußtseinsbildung die Regierung eine ganz andere Fragestellung in die Debatte einwerfen können, als es die vielen Verbalismen des vergangenen Bundeskanzlers — der gegenwärtige verschweigt sich ja zu dem ganzen Komplex —, die vielen Verbalismen des vergangenen Bundeskanzlers Kreisky erbracht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich glaube, wir müssen uns im klaren sein, daß Entwicklungspolitik mehr ist als nur die Hilfe. Die Hilfe als solche kann nur dort eingesetzt werden, wo die Katastrophe, wo die Notsituation überbrückbar ist.

Es muß aber Entwicklungspolitik auch Gesellschaftspolitik, es muß Entwicklungspolitik auch ein Auseinandersetzen mit der sozialen Frage insgesamt sein. Und da frage ich mich halt, ob nicht manche parteipolitische oder ideologische Engstirnigkeit Zugänge verbaut zu Problemen, Zugänge zum Verständnis fremder Gesellschaften, weil man sie von vornherein entweder zu schön oder zu schlecht einstuft.

Ich kenne Rechte, die gewisse Länder ganz

Steinbauer

einfach nur unter dem Titel „negativ“ einstufen, was immer dort geschieht, und ich kenne Linke, die gewisse Länder nur unter dem Titel „positiv“ einstufen, weil es ganz einfach zur ideologischen Grundhaltung gehört, auch in diesem Fall, was immer in diesen Ländern geschieht.

Wir sollen uns von solchen ideologischen Fixierungen freimachen und sollten im Einzelfall überprüfen, ob wirklich der Freiheit oder einer beliebigen Befreiungsbewegung geholfen wird, die gerade ins Kalkül der politischen Allianz hineinpaßt. Wir sollten uns fragen, ob wirklich den Menschen, den kleinen Leuten geholfen wird oder ob wir in Wahrheit irgendeiner Elite weitere Möglichkeiten zur Herrschaftsausübung zuführen.

Wir sollte diese Fragen redlicher, ausdrücklicher und weniger ideologisch stellen und sollten diesen Bewußtseinsbildungsprozeß auch in den öffentlichen Diskussionen spielen.

Was ich am meisten in den vergangenen Jahren in Diskussionen über die Entwicklungspolitik bedauert habe, war das Sektierische, das Sektenwesen, das alle diese Diskussionen bis zu einem gewissen Grad gekennzeichnet hat. Man wußte gewissermaßen vor Eingang in das Versammlungslokal, welcher dominanten Sekte, welcher Denkart man zu einzelnen Fragen nun begegnen wird. Man hätte vorher schon sagen können, wie die Äußerungen zu Reiz- und Wasserscheidefragen Nicaragua, Südafrika, Chile nun ausfallen werden, und ich sage, gleichgültig, was in den jeweiligen Ländern gerade Realität war: Es wurde nicht gesehen, wenn es nicht gepaßt hat, und es wurde hineinprojiziert, auch wenn es nicht dort war.

Ich habe das bedauert, weil ich glaube, damit war eben der Blick verstellt, die Frage „Freiheit oder Unfreiheit?“ wirklich zu stellen, und war der Blick auch verstellt: Kommt es wirklich den Menschen zugute, oder ist es ein Akt der Selbstbestätigung, wo man ganz einfach die Revolution, die man im eigenen Land nicht einmal mehr verbal zustande bringt, projiziert hat und damit einen geistigen Kolonialismus tatsächlich vertreten hat, der sich von denen nicht unterscheidet, die tatsächlich Kolonialismus betrieben haben?

Ich glaube, die zweite Frage, die nach der Quantität, ist sehr trocken abzuhandeln. Österreich — das müssen wir uns eingestehen — ist eines der Schlußlichter mit 0,28 Prozent vom Bruttonationalprodukt. Wir müssen

ganz einfach die Feststellung, da kann nichts gehen, zurückweisen. Unser südlicher Nachbar, Italien, das lange hinter uns stand und uns die traurige Position des Schlußlichtes erspart hat, hat uns überholt. Italien hat gezeigt, daß es die Möglichkeit zu einer Anstrengung gibt. Man muß eben sagen, daß es in Europa Länder gibt, die seit Jahren mehr nicht nur an Bewußtsein, sondern ganz konkret an Mitteln auftreiben. Da kann man nicht sagen: Norwegen ist dabei, weil die das Öl haben. — Da ist auch Dänemark dabei, da sind auch die Niederlande dabei. Es ist durchaus möglich, so zeigen es europäische Länder, mehr aufzutreiben.

Und hier ein realistisches Wort zu dem Ziel von 0,7 Prozent: 0,7 Prozent sind sicherlich nach wie vor das Ziel. Die Regierung der letzten 15 Jahre hat das verbal oft genug bekannt.

Nur bitte könnten wir wenigstens intern einen Zeitplan für 0,36 entwickeln, nämlich den OECD-Durchschnitt? Schon das wäre eine ungeheure Sache. Sogar der Finanzminister hat gesagt, er glaube eigentlich nicht, daß wir schlagartig 0,7 Prozent erreichen können. Aber er hat immer noch — ich glaube, das war ein Überzeichnen — gesagt: „Ich könnte mir aber vorstellen, daß wir unseren Beitrag bis in die neunziger Jahre schrittweise anheben.“ — Viel ist das nicht, ich würde lieber einen Zeitfinanzierungsplan über mehrere Jahre sehen und als Ziel weniger die 0,7 anvisieren als die vielleicht etwas realistischeren 0,36 des OECD-Durchschnitts. Auch das wird noch großer Anstrengung bedürfen.

Zum dritten: die Qualität der Konditionen. Nach meinem Dafürhalten wird viel zuwenig über die Qualität der Konditionen österreichischer Entwicklungshilfe diskutiert. Wir sind ganz einfach in wesentlichen Kriterien der Entwicklungshilfe das Schlußlicht in der OECD. Ich sehe nicht ein, warum dies wirklich in allen Fällen Tatsache sein muß.

Ich nenne den Geschenkteil in Prozenten der Gesamthilfe. Österreich hat 60 Prozent, international empfohlen sind 86 Prozent, und 91 Prozent haben die OECD-Staaten tatsächlich erreicht.

Hier ist ein seltener Fall, wo die Realität bereits über die international empfohlenen Ziele der Entwicklungshilfe hinweggegangen ist. Wir sind leider weit vom empfohlenen Ziel und weit von der Realität der OECD-Länder entfernt.

Ich glaube, wir müßten ernster diskutieren,

11762

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Steinbauer

wie der Geschenkteil, wie der Prozentsatz der Geschenkteile und wie die anderen harten Konditionen zu verbessern wären. Ich halte das für einen wichtigen Schwerpunkt der nächsten Monate, vielleicht bis zum nächsten Bericht, um ganz einfach den Vorwurf, wir hätten die härtesten Konditionen der OECD-Länder, langsam wegzukriegen und vielleicht damit einen Millimeter mehr Glaubhaftigkeit in unsere Entwicklungshilfe zu bringen.

Damit verbunden, Punkt 4, die Qualität der Projekte. Jahr um Jahr wird von den ärmsten Ländern als Zielregion gesprochen, Jahr für Jahr haben wir ein beschämendes Resultat am Ende des Jahres.

Herr Minister! Wir sind bei 0,03 Prozent Anteil für die „Least Developed“, und das ist — das ist uns allen bewußt — zuwenig. Aber ich suche tatsächlich nach den Vorschlägen, wie wir zu einem höheren Anteil kommen könnten. Ich höre immer wieder, daß das verbessert werden soll, aber ich höre das seit fünf, sechs Jahren; ich sehe zuwenig Realisierung.

Ich lasse mich auch nicht damit trösten, daß der beeinflussbare Teil der Entwicklungshilfe so klein wäre. Ich lasse mich nicht damit trösten, daß wir ganz einfach ein Hauptziel politisch richtig verstandener Entwicklungspolitik nicht geschafft haben: den Schwerpunkt für die ärmsten Länder wirklich so zu setzen, daß er sich in den Zahlen, in den Bilanzen tatsächlich nachweisen läßt.

Ich fürchte, daß wir auch bei der Qualität der Projekte nicht jene Qualitätsorientierung haben, wirklich Infrastruktur, wirklich wesentliche Projekte weiterzutreiben, die notwendig wären.

Ich glaube, wir sollten hier die einzelnen Projekte auch nach ihrer Abwicklung einer verschärften Prüfung unterziehen, zum eigenen Lernen, zur eigenen Klarheit, um zu sehen, ob wir nicht in vielen Bereichen in Automatismen drinnen sitzen, in Automatismen hineingeraten sind, die ganz einfach Projekte weiterschleppen lassen, weil es irgendwann einmal ein findiger Verkäufer aufgerissen hat und weil das halt seit Jahren weitergeschleppt wird.

Ich glaube auch, daß wir überlegen sollten, ob wir nicht im Bildungsbereich schneller als mit manchen technischen Hilfen mehr einbringen könnten. Ich nenne hier die über Strecken umstrittene Schule in Guatemala,

die sich letztlich dort vor Ort als eines der anerkannten wesentlichen Schulprojekte, verbunden mit Österreich, herausgestellt hat. Vielleicht können wir hier modellartig im Bildungsbereich mehr und schneller anbieten, als wir es derzeit tun. Vielleicht könnten wir das Modell ein bißchen weiterziehen.

Alle Einwände, die man gegen diese Schule gehabt hat, könnten ja diskutiert werden, aber als solche hat sich die Schule — das kann wohl keiner bestreiten — bewährt. Sie ist dort ein leuchtender Punkt Österreichs und erfüllt damit noch eine weit über die Entwicklungspolitik hinausgehende zusätzliche Mission.

Ich sage am Schluß: Ich glaube, mehr Fantasie in der Entwicklungshilfe und in der Entwicklungspolitik wäre denkbar. Ich kann es einfach letztlich nicht akzeptieren, daß wir — nicht nur in Österreich, sondern in vielen Ländern — Agrarüberschüsse haben, daß es weltweit immer wieder Hungerzonen geben wird und auch auf Sicht geben wird.

Ich kann es letztlich nicht verstehen, daß die internationale Gemeinschaft keinen besseren Mechanismus des Ausgleiches zwischen den Agrarüberschüssen, die wir zweifellos auf der einen Seite haben, und den Verhungerten auf der anderen Seite zustande bringt. Vielleicht könnte das kleine Land Österreich Pilotprojekte, Überlegungen und in die Diskussion auch vielleicht Fantasie und Gedanken gerade in dieser Frage einbringen.

Zweitens glaube ich, daß wir uns mehr Gedanken machen könnten, angepaßte Technologie gerade aus unserem Land in die einzelnen Projekte hineinzubringen. Wir sind ein Land des Klein- und Mittelbetriebes. Wir sind daher ein Land, in dem Klein- und Mittelbetriebe, wenn Sie es so wollen, maßgeschneideter denken, projizieren, projektieren und auch durchführen könnten. Vielleicht wäre dort ein Ansatz, folgendes schwierige Problem zu lösen: daß Hochtechnologie in viele Länder der Dritten Welt nicht übertragbar ist, telquel nicht übertragbar ist. Oft ist eine Anpassung, ein Anpassungsschritt notwendig. Vielleicht könnten wir diesen Gedanken systematischer verfolgen.

Vielleicht könnten wir damit verbinden, daß angepaßte Technologie natürlich auch etwas ist, wenn man es unter dem Gesichtspunkt sieht, es soll wirklich die Menschen erreichen, es soll wirklich die ärmeren Schichten erreichen, es soll wirklich auch hinauskommen aufs Land. In vielen Ländern der Dritten Welt

Steinbauer

gibt es ja hier ein ungeheures Gefälle zwischen den Menschen in der Großstadt und den großen Regionen auf dem Land. Vielleicht könnte hier Österreich mit seiner Infrastruktur der Klein- und Mittelbetriebe tatsächlich, unterstützt von der Regierung, Fantasie einbringen, angepaßtere Projekte entwickeln, als es manchem anderen Land möglich ist, wo dafür der Geldeinsatz und das Großprojekt — von uns nicht erschwinglich — geleistet wird.

Vielleicht könnten wir Pilotprojekte auch systematischer angehen, wo wir die angepaßte Technologie pilothaft erproben und vielleicht Länder mit mehr Geldmitteln dies dann im großen Stil, aufbauend auf unseren Erkenntnissen, weiterführen könnten.

Wir haben einen trockenen, realistischen Bericht vor uns. Wir haben sicherlich — und das muß man anerkennen — das ebenso trockene und eindeutige Eingeständnis in diesem Bericht, daß das, was geleistet ist, zuwenig ist. Das ist anerkennenswert, weil die Beschönigung das ist, was der Entwicklungshilfe am meisten schadet. Verbalismen und Beschönigen und in der Tat dann den Menschen nicht helfen, das ist wohl das Ärgste, was man gerade auf diesem Gebiet als Spiel mit dem Idealismus der Jugend, als Spiel mit der Bereitschaft zur Solidarität betreiben kann.

Ich glaube, wir sollten uns am Ende des heutigen Berichtes verpflichtet fühlen, für den nächsten Berichtszeitraum ganz einfach mehr Arbeit, mehr Leistung einzubringen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)* 16.25

Präsident: Zum Wort kommt Herr Abgeordneter Jankowitsch.

16.25

Abgeordneter Dr. **Jankowitsch** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Sinn dieser Debatte über Fragen der Entwicklungshilfe — und es ist ein bißchen zu bedauern, daß solche Debatten nicht öfter stattfinden — ist es ja wohl, eine objektive, aber auch eine kritische Würdigung des Standes der heutigen österreichischen Entwicklungshilfe vorzunehmen, eine objektive und kritische Würdigung auch vor dem Hintergrund der Weltwirtschaft und der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die hier hineinspielen.

Ich bin froh, daß es in dieser Frage auch in dem Stil, wie wir daran herangehen, ein so hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Parteien im Hohen Haus gibt, und ich

hätte mit Ausnahme einiger Bemerkungen auch vielen der Ausführungen meines Vorredners zustimmen können.

Meine Damen und Herren! Unsere heutige Aufgabe wird durch den heute vorliegenden Bericht sehr erleichtert, den ersten, den nach der Neuordnung der Kompetenzen der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten vorgelegt hat und der genau das tut, was wir wollen, nämlich eine kritische und objektive Darstellung der heutigen Entwicklungshilfe Österreichs zu geben. Er ist daher eine gute und geeignete Grundlage für unsere Diskussion, und ich möchte dafür ausdrücklich Dank aussprechen, Dank einmal den Beamten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten — früher Bundeskanzleramt —, die sich dieser Aufgabe widmen, Dank aber auch, meine Damen und Herren, jenen, die diesen Bericht mitgeschrieben haben, nämlich den österreichischen Entwicklungshelfern im Ausland, die unter oft schwierigen Umständen eine hohe Mission erfüllen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Bericht beweist, in welchem hohem Maße es in den letzten Jahren immerhin gelungen ist, bei allen Schwächen, über die auch zu sprechen sein wird, zumindest die Grundlagen und Prinzipien zu definieren, auf denen die österreichische Entwicklungshilfe beruhen soll. Ich hebe aus diesen Prinzipien einige besonders hervor, wie die Anerkennung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung, das Recht aller Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern, am wirtschaftlichen und politischen Fortschritt teilzunehmen, Prinzipien wie das der friedlichen Bewältigung von Konflikten, das Prinzip von gegenseitigem Respekt und Toleranz und das Prinzip, daß wir bei der Gestaltung der Entwicklungshilfe auf die Menschenrechte nicht vergessen sollen.

Ich hebe auch hervor das Prinzip der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und der politischen Unabhängigkeit, von dem heute idealerweise — und wir wissen, daß es nicht so ist — das Leben der Entwicklungsländer geprägt sein sollte.

Vor allen Dingen hebe ich einen Grundsatz hervor, den auch Bundesminister Gratz in seinem Vorwort besonders erwähnt, nämlich den Grundsatz der Solidarität, den Grundsatz der Solidarität vor allem mit den Schwachen und Schwächsten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das ist bestimmt keine Ideologie, keine weitherge-

11764

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dr. Jankowitsch

holte und gesuchte Ideologie, wenn man versucht, auch in die Entwicklungshilfe Grundsätze, vor allen Dingen humanitärer Art, einzubauen.

Meine Damen und Herren! Wenn man bedenkt, von welchen Grundsätzen und Prinzipien nun diese Entwicklungshilfe geleitet ist, vor allen Dingen auch von dieser Bereitschaft, zu kooperieren, zusammenzuarbeiten, ohne Schaffung neuer Abhängigkeit, dann sieht man, daß sich Österreich eigentlich in hohem Maße als Partner eignen würde, geradezu der ideale Partner für die Entwicklungsländer wäre. Denn wie viele Länder der Welt können wirklich so unvoreingenommen, so frei von historischen Hypothesen Entwicklungsländern begegnen?

Dennoch, meine Damen und Herren, ist es keine Frage, daß sich diese heutige Debatte vor einem kritischen Hintergrund abspielt, dem Hintergrund einer gegenüber der Entwicklungshilfe zunehmend sensibilisierten und daher auch kritischen Öffentlichkeit.

Das zeigt etwa der Umstand, daß sich gerade in diesen Tagen einige der Institutionen, die die Wortführer der österreichischen Öffentlichkeit in dieser Frage sind, Institutionen wie das Wiener Institut für Entwicklungsfragen, der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik oder die Forschungstiftung für Entwicklungshilfe, mit kritischen Beiträgen zu Wort gemeldet haben. Und ich möchte diese Beiträge eigentlich begrüßen, dankbar begrüßen als den Versuch, nicht nur das Hohe Haus, sondern auch die Öffentlichkeit überhaupt zu einer kritischen Debatte über die Entwicklungshilfe einzuladen.

Das ist ja auch eine der wesentlichen Funktionen dieser heutigen Aussprache, zu dieser Kritik konstruktiv und auch mit Vorschlägen Stellung zu nehmen, aber eben auch den Ursachen auf den Grund zu gehen, aus denen, wie es Bundesminister Gratz selbst formuliert hat — ich zitiere — „Österreich hinsichtlich seiner Entwicklungshilfeleistungen im Rückstand ist“.

Meine Damen und Herren! Diese Kritik geht natürlich zuerst und allermeist davon aus, daß Österreich mit seinen Leistungen nicht nur das Ziel verfehlt hat, 0,7 Prozent seines Bruttonationalproduktes an öffentlicher Hilfe zu verausgaben. Nein, auch gegenüber anderen Industrieländern, gegenüber anderen Industrieländern mit bescheideneren Leistungen liegt Österreich im Rückstand. Abge-

ordneter Steinbauer hat die Zahl schon genannt: Nur 0,28 Prozent unseres Bruttonationalproduktes waren im letzten Berichtsjahr, 1984, der Entwicklungshilfe gewidmet, während der Durchschnitt der anderen hilfegebenden OECD-Staaten nun schon bei 0,36 Prozent liegt und fünf Länder schon 0,7 Prozent überschritten haben, an ihrer Spitze die Niederlande und Norwegen. Wir liegen daher unter den 17 westlichen Geberländern heute nur an der 15. Stelle, vor Neuseeland und den USA.

Dasselbe gilt für die Qualität der österreichischen Entwicklungshilfe. Auch sie wurde hier schon erwähnt. Es entfielen 1984 von allen bilateralen Leistungen Österreichs 70 Prozent auf bilaterale Kredite, nur 30 Prozent auf Zuschüsse. Das heißt, die Geschenkkomponente war arg im Rückstand.

Dazu kommt ja der bekannte Umstand, daß 95 Prozent der von Österreich gewährten Kredite Exoportfinanzierungskredite waren und diese wieder eine sehr enge regionale Streuung auf Nordafrika aufweisen. Dagegen gab es nur wenige echte Finanzhilfedarlehen des Bundes, 1984 nur 138 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß diese Schwächen echte und positive Fortschritte überschatten, die vor allen Dingen im Bereich der bilateralen Projekthilfe zu erkennen sind. So wurden 1984 — und das ist positiv zu bewerten — im Bereich der bilateralen technischen Hilfe bereits 23 Prozent der Mittel für ländliche Entwicklung eingesetzt. Es wurde jeder Technologietransfer auf Angepaßtheit, auf Nebenwirkungen untersucht. Ich verweise auf den bodenschonenden Landbau, eine integrierte landwirtschaftliche Entwicklung, bedarfsorientierte, gezielte Ausbildungsmaßnahmen und eine gute Kombination von Personal- und Sachmitteleinsatz wurden entwickelt, um diese Projekte fortzuführen.

Auch die Entwicklungshilfedarlehen, die Nahrungsmittelhilfe wurden in steigendem Maße geographisch und sachlich den Schwerpunktdefinitionen des Dreijahresprogrammes entsprechend eingesetzt. Österreich könnte damit, so bescheiden die Leistungen quantitativ auch waren, zumindest qualitativ ein Modell einer qualitätsbewußten Entwicklungshilfepolitik sein. Aber das betrifft eben nur 10 Prozent der verausgabten Entwicklungshilfe und nicht die mindestens 50 Prozent, die wir uns wünschen würden.

Aber immerhin, es ist einiges gelungen,

Dr. Jankowitsch

meine Damen und Herren! Wir haben zum Beispiel — und das ist kein geringer Erfolg — das Gießkannenprinzip wohl endgültig überwunden und haben uns weder Prestigeprojekten noch dem gefürchteten Weißen Elefanten in der Dritten Welt gewidmet.

Aber trotz all dem muß immer wieder die Frage gestellt werden, aus welchen Gründen Österreich sich gerade auf diesem Gebiet in einer sowenig erfreulichen Position befindet und warum daher heute auch schon ernste Zweifel angemeldet werden müssen, um es sehr vorsichtig auszudrücken, ob es uns gelingen kann, ein Versprechen einzulösen, das immer wieder gegeben wurde vor den Vereinten Nationen, nämlich das 0,7-Prozent-Ziel bis 1990 zu erreichen.

Bei einer solchen Analyse, meine Damen und Herren, darf man es sich aber nicht leichtmachen. Man darf es sich nicht leichtmachen und alle Schuld ganz einfach — ich bin froh, daß es auch Abgeordneter Steinbauer nicht getan hat — der Regierung zuschieben oder gar vielleicht der unterdotierten und personell ja nicht übermäßig großzügig ausgestatteten Stabsstelle der Entwicklungshilfe.

Ich glaube vielmehr, meine Damen und Herren, daß der heutige Zustand der österreichischen Entwicklungshilfe in einem viel breiteren Kontext gesehen und überprüft werden muß, denn nicht nur vom Willen der Bundesregierung — versuchen wir das einmal festzustellen — hängt es ja ab, wenn im Verteilungskampf um höhere Mittel die Entwicklungshilfe immer wieder unterliegt und unterlegen ist. Die Kritik, die Fragen müssen sich daher auch an alle jene richten, die die treibenden Kräfte in diesem nationalen Verteilungskampf sind und eben für ihre Forderungen Priorität vor den Leistungen der Entwicklungshilfe beanspruchen. Entwicklungshilfe ist eben nicht nur die Kunst der Budgetgestaltung oder eine Art Kameralistik. Sie setzt voraus — und das wollen wir erreichen, meine Damen und Herren — einen breiten, einen viel breiteren nationalen Konsens über die Notwendigkeit, bei der Verteilung der öffentlichen Mittel für wichtige nationale Anliegen die Hilfe an die Ärmsten der Welt nicht zu vergessen.

Damit soll gesagt werden, meine Damen und Herren, daß Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik vielleicht auch im Bewußtsein der Sozialpartner größeres Gewicht haben sollten. Eine solche Forderung kann ja nicht abwegig sein, da es zum Bei-

spiel europäische Industriestaaten in einer viel schwierigeren Lage als Österreich gibt — ich denke zum Beispiel an die Niederlande mit 13 Prozent Arbeitslosigkeit —, die trotzdem fast 1 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für Entwicklungshilfe aufwenden.

Daher ist es sicher nicht ganz abwegig und vermessen, sich zu fragen, ob nicht auch Österreich in einer viel günstigeren Wirtschaftslage — nur 5 Prozent Arbeitslosigkeit — höhere Leistungen erbringen könnte.

Wenn daher, meine Damen und Herren, in diesem Jahr die Aussichten für ein höheres Wirtschaftswachstum dank einer guten Wirtschaftspolitik besser, günstiger beurteilt werden können, sollten wir uns da nicht vornehmen, einen kleinen Teil dieses Zuwachses an Wohlstand, an Prosperität mit den Menschen der Dritten Welt zu teilen? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel steht also die österreichische Entwicklungshilfe vor neuen und wichtigen Entscheidungen, steht sie vor der Entscheidung, ob auf einer guten ideellen Grundlage und auch auf der Basis einer sich erfolgreich entwickelnden bilateralen Praxis nicht auch die materiellen Grundlagen verbreitert werden können, die uns erst in die Lage versetzen, diese Mission wirklich zu erfüllen.

Das zu sagen erscheint mir auch wichtig gegen den Hintergrund einer internationalen Debatte, in der ja die wichtigsten Grundlagen der heutigen Entwicklungshilfe immer wieder in Frage gestellt werden. Die Namen Bauer und Brigitte Erler sind hier schon gefallen als die Pole von links und rechts, die heute geradezu versuchen, die Entwicklungshilfe zu delegitimisieren.

Ein Teil dieser Kritik klingt ja geradezu so, als wäre der heutige Zustand der Dritten Welt zu einem erheblichen Teil auf die Mängel und Fehler der Entwicklungshilfe zurückzuführen. Aber das kann ja nicht so sein.

Sicher war nicht alles, was unter dem Zeichen der Entwicklungshilfe geschehen ist, auch segensreich. Lange Listen von Fehlern und Irrtümern ließen sich aufstellen.

Vergessen wir aber darüber hinaus nicht, meine Damen und Herren, daß viele der heutigen Mißbildungen, Verzerrungen, Struktur Schwächen der Entwicklungshilfe ganz einfach das Ergebnis der Art sind, in der überhaupt die Wirtschaftsbeziehungen mit den

11766

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dr. Jankowitsch

Entwicklungsländern geführt wurden, daß sehr viel, was an Kapital, an Technologie, an Importen aus der Industrieländerwelt in die Entwicklungsländer geflossen ist, gar nichts zu tun hat mit Entwicklungshilfe und ganz einfach eine Widerspiegelung des heutigen Systems der Weltwirtschaft ist, das für diese Länder so gar nicht günstig ist.

Und immer wieder war es dann gerade die Entwicklungshilfe, die so wie die Sozialpolitik in der Phase des Frühkapitalismus einige der ärgsten Auswüchse der Industrialisierung und Modernisierung gelindert hat. Daher wird noch auf eine sehr lange, vorhersehbare Zeit die Entwicklungshilfe ihre Funktion haben, ihre Funktion neben Kapitalverkehr, Wirtschaftsverkehr und Technologietransfer, den es zwischen Nord und Süd geben wird.

Ich rede hier gar nicht von der unabdingbaren Notwendigkeit der Entwicklungshilfe gerade für die ärmsten Länder, vor allen Dingen auf dem afrikanischen Kontinent. Es ist ja nicht notwendig, hier noch einmal die furchtbaren Bilder des Hungers und Elends heraufzubeschwören, die gerade in letzter Vergangenheit wieder aus Afrika gekommen sind, Elend und Hunger, die jede ökologische, jede wirtschaftliche Katastrophe dort auslöst.

Nur eines: Gerade in diesem Raum, der sich als besonderer Partner unserer Hilfe anbietet, leben heute fast 400 Millionen Menschen in unmittelbarer Umgebung und Nähe Europas. Es ist dort, wo es heute die stärksten Defizite nicht nur an Nahrungsmittelproduktion, sondern an praktisch jedem Motor wirtschaftlicher Entwicklung gibt. Dort liegen die Zonen — und das darf man nicht vergessen —, in denen täglich, Tag für Tag, nach Angaben der UNICEF — keine Erfindungen — fast 20 000 Kinder verhungern und fast schon jeder zweite Mensch an Unterernährung leidet.

Angesichts dieser Lage von einem Ende der Entwicklungshilfe zu sprechen, das, meine Damen und Herren, erscheint mir als schlicht und einfach unmenschlich, frivol und jeder Realität ins Gesicht schlagend.

Noch ein Zweites, meine Damen und Herren: Untrennbar verbunden mit der Entwicklungshilfe ist auch eine Entwicklungspolitik, eine Politik gegenüber der Dritten Welt, die dazu beitragen kann, neue Strukturen zu schaffen, die Entwicklungshilfe erst sinnvoll werden lassen. Das kann ja nichts anderes sein als ein gemeinsamer Versuch zwischen Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik,

Wirtschaft, Infrastruktur und soziales Gefüge der Staaten der Dritten Welt funktionstüchtig zu machen, vor allem für die Stürme der heutigen Weltwirtschaft. Denn sehr vieles, das durch gute Hilfe geschaffen werden kann, kann eben durch diese ungünstigen Strukturen der Weltwirtschaft zerstört werden. Es kann vieles durch die Austauschverhältnisse in der heutigen Weltwirtschaft zerstört werden, die nach wie vor die Industriestaaten vor den Rohstoffproduzenten begünstigen, die nach wie vor den neuen Industrieländern etwa in Südostasien die Märkte unserer Länder verschließen und die heute dazu führen, daß sogar der Ölpreis ins Bodenlose sinkt.

Dazu dient ja der vielbemühte und vielgerühmte, leider heute ganz zum Stillstand gekommene Nord-Süd-Dialog, dieser große planetarische Ausgleich. Es gibt eben, meine Damen und Herren, nichts Besseres, als diesen Dialog wiederaufzunehmen, wieder zu suchen, auf einem Weg forzufahren, der sicher mühsam ist, steinig, aber besser als alle anderen Modelle, die heute herumgereicht werden, von mehr Markt bis zu mehr Privatinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt.

Wir wissen eben keinen besseren Weg, als an Einrichtungen weiterzuarbeiten, wie etwa dem gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, der UNCTAD, der noch gar nicht in Kraft treten konnte, weil es an der Zahl der Ratifizierungen fehlt, der aber eine Chance ist, gerade auf diesem Sektor einen Ausgleich zu bringen.

Dazu gehört heute auch das Kardinalproblem der Dritten Welt: die Schuldenkrise. Dazu nur ein Wort, ohne daß ich mich hier in technische Details verlieren will. Gerade diese Schuldenproblematik zeigt ja noch einen anderen Zusammenhang, den Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklungspolitik. Viele jener Staaten, denen die Schuldenproblematik am grausamsten zusetzt, deren Lebensstandard heute schon um 10, 15 Jahre zurückgefallen ist, wie zum Beispiel der Argentinien, sind gerade jene, die erst in den allerletzten Jahren den Weg in die Demokratie zurückgefunden haben. Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru, diese Staaten sich selbst zu überlassen oder die Lösung ihres Verschuldungsproblems ganz einfach in die Hände des internationalen Bankenapparates zu legen — so gute Dienste er vielleicht gelegentlich leisten kann —, das hieße doch ganz einfach, das Vertrauen dieser Menschen in die Wirksamkeit, in die Funktionstüchtigkeit der Demokratie zu untergraben und damit einer neuen Welle des Totalitarismus Vorschub zu leisten.

Dr. Jankowitsch

Meine Damen und Herren! Das zeigt, wie stark hier die Zusammenhänge sind.

Noch ein Zusammenhang, meine Damen und Herren, der in diesem Sommer in einer großen internationalen Konferenz in Paris herausgestellt wird, ist der immer klarer werdende Zusammenhang — auch das muß gesagt werden — zwischen Entwicklung und Rüstung. Gerade am Beispiel der großen Industriestaaten läßt sich eindeutig demonstrieren, in welchem Maße gerade der heutige Rüstungswettlauf Kapital, Technologie, aber auch menschliche Ressourcen, menschliches Ingenium dem Entwicklungsprozeß entzieht.

In den letzten zehn Jahren — nur zwei Zahlen —, zwischen 1974 und 1984, sind die Rüstungsausgaben der Staaten des DAC, der Entwicklungshilfe gewährenden Industriestaaten, um das Dreifache angewachsen, ihre korrespondierenden Ausgaben für Entwicklungshilfe dagegen zurückgegangen. So betragen im Jahr 1974 die Mittel der DAC-Staaten für Entwicklungshilfe immerhin noch 8 Prozent ihrer Rüstungsbudgets, heute sind es nur mehr 6 Prozent. Wenn das kein klarer und schlagender Zusammenhang ist, dann weiß ich es nicht. Man könnte solche Zahlen ad infinitum fortsetzen.

Meine Damen und Herren! Auch von der Lösung dieser weltwirtschaftlichen Probleme, davon, ob es gelingen kann, aus den Entwicklungsländern auch gute Handelspartner, gute Finanzpartner zu machen, davon wird für uns viel abhängen. Das heißt Interdependenz. Aber nicht eine Interdependenz, wie wir sie heute haben, mit einer völlig verzerrten Symmetrie, sondern eine Interdependenz, in der beide Teile eine aktive Rolle spielen können, in der die Entwicklungsländer nicht nur das passive Material der Weltwirtschaft und der Weltpolitik sind.

Meine Damen und Herren! Es liegt heute somit ein klares, übersichtliches, auch nüchternes Bild der österreichischen Entwicklungshilfe und ihrer Probleme vor uns. Die kritische Würdigung, die der Bericht bietet und die er verdient, zeigt heute das gesamte Ausmaß der Aufgaben, die der österreichischen Entwicklungshilfe für die kommenden Jahre gestellt sind. Das heißt, daß wir rasch handeln müssen, nicht erst in einer allzu fernen Zukunft, daß wir all das verbessern müssen, was es schon heute an guten Strukturen gibt, daß wir aber auch vielleicht das eine oder andere Neue dazu schaffen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich darf hier im

Geiste dieser Debatte nun einen gemeinsamen Entschließungsantrag namens der Abgeordneten Peter, Steinbauer und im eigenen Namen betreffend Steigerung der Leistung der österreichischen Entwicklungshilfe vorbringen.

Dieser Antrag lautet wie folgt:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Steinbauer und Genossen betreffend Steigerung der Leistung der österreichischen Entwicklungshilfe.

Die alarmierende Lage vieler Entwicklungsländer, besonders der ärmsten unter ihnen — von denen sich eine Mehrzahl auf dem afrikanischen Kontinent befindet —, wird auch in den kommenden Jahren hohe und kontinuierliche Anforderungen an die Entwicklungshilfe gewährenden Industriestaaten stellen.

Auch die österreichische Entwicklungshilfe, deren heutige Lage und deren heutige Aufgaben Gegenstand einer objektiven und kritischen Würdigung durch den Nationalrat waren, wird sich diesen Anforderungen in den kommenden Jahren in erhöhtem Maße stellen müssen.

Der Nationalrat ersucht daher die Bundesregierung, ihre Bemühungen im Hinblick auf eine Erreichung des Zieles, der öffentlichen Hilfe 0,7 Prozent des österreichischen Bruttonationalproduktes zu widmen, durch eine weitere Steigerung der Leistung der österreichischen Entwicklungshilfe — unter besonderer Berücksichtigung der Qualität — insbesondere im Bereich der bilateralen technischen Hilfe sowie der Finanzhilfe fortzusetzen und dabei kurzfristig zumindest jene Leistung zu erbringen, die dem Durchschnitt der DAC-Staaten entspricht.

Im Sinne dieser Zielsetzung wird die Bundesregierung weiters ersucht, der Verbesserung und Stärkung der Instrumente der österreichischen Entwicklungshilfe, insbesondere ihrer personellen Ressourcen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Gleichzeitig richtet der Nationalrat an die Bundesregierung das Ersuchen, ihm über den Stand der österreichischen Entwicklungshilfe künftig in kürzeren Abständen, allenfalls jährlich zu berichten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die-

11768

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dr. Jankowitsch

ser Antrag spiegelt den Geist, aber auch die Zielrichtung dieser heutigen Debatte wider. Ich darf ihn allen Fraktionen zur Annahme empfehlen. — Danke. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.50

Präsident: Der soeben verlesene Entschliebungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Probst.

16.50

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle sind uns dessen bewußt, daß Entwicklungshilfe wohl das am allerwenigsten populäre Thema der Politik in Österreich ist, das heißt, daß die Gruppe jener Menschen in unserem Land verschwindend klein ist, die rückhaltlos zum Gedanken der Entwicklungshilfe steht, und daß hier die Kritik am lautesten und, wie man zugeben muß, auch in den meisten Fällen am betrüblichsten ist.

Es ist auch keine Frage, daß der vorliegende Bericht der Bundesregierung nicht als Jubelbericht zu qualifizieren ist, sondern, im Gegenteil, in durchaus kritischer Weise den Beitrag Österreichs zur Entwicklungspolitik beziehungsweise Entwicklungshilfe würdigt.

Dies beweist schon die Tatsache, daß Außenminister Leopold Gratz in seinem Vorwort wörtlich festhält, daß Österreich im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten trotz verschiedener Initiativen in den letzten Jahren hinsichtlich seiner Entwicklungshilfeleistungen im Rückstand ist.

Zweitens: Die heutige Debatte beinhaltet eine Chance, einen Neuanfang zu setzen, Entwicklungspolitik beziehungsweise Entwicklungshilfe ist eine zu wichtige Thematik, als daß sie zu einer verbalen Pflichterfüllung degradiert werden könnte.

Zum dritten: Gerade als kleiner neutraler Staat ohne machtpolitische Ambitionen könnte Österreich mit den Entwicklungsländern, unbelastet von kolonialer Vergangenheit und imperialistischen Interessen, partnerschaftlich kooperieren und sich dabei bemühen, bestehende einseitige Abhängigkeiten abzubauen, ohne neue zu schaffen.

Der Gesamtkomplex Entwicklungspolitik ist gerade erst in jüngster Zeit einem Umdenkprozeß unterworfen. So konnte etwa

die Entwicklungspolitik der sechziger Jahre und der ersten Hälfte der siebziger Jahre dadurch charakterisiert werden, daß man meinte, daß Wachstum Entwicklung nach sich ziehe. Man hoffte, das durch Entwicklungshilfe geförderte Wirtschaftswachstum würde durch den sogenannten Trickle-down-Effekt auf alle Bevölkerungsschichten, auch auf die ärmsten, durchsickern. — Eine trügerische Hoffnung. Wir wissen, daß das meiste an der Oberfläche geblieben ist, daß wir damit eigentlich Regierungen gestützt haben. Im Vordergrund der entwicklungspolitischen Förderungsmaßnahmen standen Vorhaben der materiellen Infrastruktur und Industrieobjekte.

Ein Markstein in dem Umdenkprozeß, der Anfang der siebziger Jahre einsetzte, war die Rede des Präsidenten der Weltbank Robert S. McNamara vom 24. September 1973, in der er forderte, das Wirtschaftswachstum gerechter zu verteilen, also jene Mißstände zu beseitigen, und vor allem die Förderung der Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung zum zentralen Ausgangspunkt aller Entwicklungsbemühungen zu machen.

Ich zitiere wörtlich Robert S. McNamara, Ansprache auf der Jahreshauptversammlung des IWF und der Weltbank in Nairobi:

„Die verfügbaren Daten lassen darauf schließen, daß das schnelle Wachstum im vergangenen Jahrzehnt in vielen Entwicklungsländern von einer größeren Ungleichheit der Einkommensverteilung begleitet war und daß dieses Problem in ländlichen Gebieten am kritischsten ist. Die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Entwicklungspolitik mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung des Wirtschaftswachstums ist unabdingbar.“

Die Enttäuschungen in der Vergangenheit über den geringen Erfolg der traditionellen ökonomistischen, vom Projekt her geführten Entwicklungspolitik und die Erkenntnis, daß die Rahmenbedingungen im weitesten Sinne stimmen müssen, um Entwicklungsarbeit wirksam zu machen, haben Anfang der achtziger Jahre zu einer zweiten Umorientierung in der Entwicklungspolitik geführt, die jetzt allmählich Früchte trägt. Im Mittelpunkt steht das, was etwas unscharf, aber eingängig mit einem deutlich programmatischen Unterton „Politikdialog“ genannt wird.

Ziel dieses von den bilateralen und multilateralen Gebern angestrebten Politikdialogs ist eine wirksamere entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Der Austausch von Erfah-

Probst

rungen und Informationen zwischen Gebern und dem Nehmerland dient dem Ziel, Einvernehmen über die entscheidenden Entwicklungshemmnisse, Engpässe sowie über das vorhandene Entwicklungspotential zu erzielen, ferner über dementsprechende sektorale Schwerpunkte der Zusammenarbeit und schließlich über die Reformen in den Entwicklungsländern, die für eine wirksamere Zusammenarbeit notwendig sind.

Der Dialog mit dem Entwicklungsland bedeutet, daß auch die Geber Vorschläge für Entwicklungsvorhaben unterbreiten können. Das heißt, man geht vom früher üblichen starren Antragsprinzip ab.

Umfang und Inhalt der künftigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Partnerland sollen auch von Ergebnissen des Politikdialogs abhängig gemacht werden.

Politikdialog über wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen berührt sensible innenpolitische Fragen der Entwicklungsländer, einschließlich des Machterhalts der jeweiligen Regierung. Er verlangt deshalb auch auf seiten der Geber nicht nur Verständnis für kurz- und mittelfristig nicht veränderbare innenpolitische und soziokulturelle Entwicklungsbarrieren, sondern auch eine Abwägung des wirtschaftlich Gebotenen gegenüber dem politisch Zumutbaren und dem sozial Tragbaren.

Zum vierten: Die Situation der Entwicklungsländer. Die internen Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt zeigen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eine deutliche Affinität zu den weltwirtschaftlichen Vorgängen. Daraus resultiert in entwicklungspolitischer Betrachtungsweise, daß die Aufgaben der Entwicklungskooperation zum Beispiel mit Lateinamerika primär nicht auf Entwicklungshilfe, sondern auf nord-süd-politischem Gebiet liegen dürften und daß dabei kombinierte handels- und finanzpolitische Vorschläge für eine gesamthafte politische Rahmenlösung der Schuldenproblematik unter angemessener Berücksichtigung nationaler Unterschiede zumindest in Erwägung zu ziehen wären.

Anders wiederum entwickelten sich die asiatischen Länder, vorzüglich die Gruppe der ostasiatischen Schwellenländer, die, unbeeinträchtigt von Umschuldungsverpflichtungen, ein hohes Exportvolumen und ein — ausgenommen 1982 — konstant steigendes Importvolumen, verbunden mit konstantem Wirt-

schaftswachstum, aufrechterhalten und dabei ihr zusammengefaßtes Zahlungsbilanzdefizit von 19,8, also beinahe 20 Milliarden, US-Dollar 1982 auf 7,9 Milliarden US-Dollar 1984 reduzieren konnten — also eine ganz gewaltige Abnahme.

Wieder anders gestaltete sich die Situation für die Länder des afrikanischen Kontinents südlich der Sahara, die zugleich die größte Zusammenballung von am wenigsten entwickelten Ländern umfaßt, die zwar aufgrund des hohen Rohstoffanteils an ihren Gesamtexporten zeitweilig Exportpreiserhöhungen verzeichnen konnten, was aber nicht ausreichte, das Schrumpfen ihrer Exportvolumina wettzumachen.

Generell muß festgestellt werden: Für die Entwicklungshilfe kann als Generallinie eine Konzentration der gesamten Hilfstätigkeit auf Schwarzafrika und innerhalb dieser eine Priorität für Kooperationsfähigkeiten, die im weiteren Sinne der Selbstversorgungsfähigkeit dieser Länder dienen, gelten.

Zum Nord-Süd-Dialog wäre anzumerken, daß die zunehmende Verdichtung der Interdependenz zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern objektiv kaum Zweifel an der Notwendigkeit eines politischen Nord-Süd-Dialoges zuläßt. Als allgemein anerkannt kann gelten, daß angesichts der ebenso wirtschaftsgeographischen wie sachlichen Interdependenz zwischen den verschiedenen Aspekten der weltwirtschaftlichen Beziehungen die Lösung eines Problems ohne Mitberücksichtigung damit zusammenhängender anderer Fragen nicht möglich erscheint. Ebenso kann heute als anerkannt gelten, daß angesichts der Komplexität der weltwirtschaftlichen Beziehungen funktionsfähige Lösungen nur über sehr konkrete Lösungsansätze gefunden werden können.

Und zum sechsten: Österreichische Entwicklungspolitik im Lichte der Kritik. Allerdings gibt uns jetzt der Entschließungsantrag, den mein Vorredner vorgelesen hat, wieder einige lichtvollere Aspekte.

Das Ausmaß und die Qualität der österreichischen Entwicklungshilfe werden von den übrigen DAC-Staaten, Development-Assistance-Committee, den Entwicklungshilfekomiteeländern der OECD, aber auch von der interessierten österreichischen Öffentlichkeit immer wieder als ungenügend qualifiziert — ich betone in Parenthese zum eingangs Gesagten: von einer sehr kleinen interessierten österreichischen Öffentlichkeit.

Probst

Es kann sicher nicht als erfreulich qualifiziert werden, daß Österreich unter den europäischen Mitgliedsländern des Entwicklungshilfekomitees der OECD den letzten Rang innehat.

Im Sinne unseres erst vor kurzem beschlossenen neuen freiheitlichen Parteiprogramms möchte ich doch die Feststellung treffen — ich zitiere wörtlich das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei —: Die Glaubwürdigkeit des österreichischen Engagements wird aber auch an der konkret geleisteten Entwicklungshilfe gemessen. Wir fordern daher, daß Österreich seine Absicht, 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aufzuwenden, ehestmöglich erfüllt.

Ich bin sehr stolz darauf, hier sagen zu können, daß ich ganz wesentlich an der Aufnahme der Entwicklungshilfeproblematik in unser Parteiprogramm mitgewirkt habe.

Alle Parlamentsparteien beziehungsweise alle Interessierten sind dazu aufgerufen, an der Konkretisierung dieser Vorgaben zu arbeiten.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Vorschlag des Kollegen Steinbauer aufgreifen, der in einem Zeitungsinterview gemeint hat, die Entwicklungspolitik solle außer Streit gestellt werden. Meines Erachtens ist die Themenstellung „Entwicklungspolitik“ zu ernst und zu gefährdet, um sie auf der Ebene des parteipolitischen Gezänks abzuhandeln. (*Präsident Dr. Marga Hubinek übernimmt den Vorsitz.*)

Vergleichbare Staaten, wie zum Beispiel Finnland, haben bewiesen, daß es Möglichkeiten gibt, einen Neuanfang zu setzen. 1978 lag Finnland zum Beispiel noch an der 16., an der vorletzten Stelle der OECD-Staaten. 1984 war Finnland schon an die zehnte Stelle aufgestiegen. Aufgrund einer im Juli 1985 getroffenen Entscheidung wird Finnland seine öffentliche Entwicklungshilfe 1986 auf 0,47 Prozent und 1987 auf 0,55 Prozent seines Bruttonationalproduktes weiter aufstocken und im Jahre 1989 das 0,7-Prozent-Ziel erreichen.

Die Entwicklung in Finnland ist für Österreich nicht nur deshalb von Bedeutung, weil wir dadurch immer deutlicher abgeschlagen am Ende der europäischen Geberländer zu liegen kommen, sondern auch, weil Finnland wie Österreich ein kleines Land ist und Finnlands Pro-Kopf-Einkommen etwa gleich hoch wie das österreichische ist.

Das österreichische Hilfsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder: Bei der UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder im Jahre 1981 hat Österreich, und das ist auch eine Verpflichtung, das substantielle neue Aktionsprogramm ohne einschränkende Votumserklärung mitbeschlossen.

Das Konzept der Entwicklungsarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern wurde 1984, nachdem schon 1980 und 1981 ein Rohentwurf erstellt worden war, fertiggestellt und publiziert. Es bildet seither einen integralen Bestandteil des österreichischen Entwicklungshilfe-Dreijahresprogramms.

Die diesbezüglichen österreichischen Vorstellungen sehen vor, intensivere und effizientere Kooperationen mit regional zusammengefaßten Ländergruppen zu forcieren, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Konzentration der Hilfe auf den afrikanischen Kontinent.

So sollen daher

die westliche Sahel-Zone, insbesondere Kap Verde, Mali, Burkina Faso, Benin und

die östliche Sahel-Zone, insbesondere Sudan und Äthiopien,

dann die Länder der Kagera-River-Basin-Organisation, insbesondere Rwanda und Burundi und

die Länder der South-African-Development-Cooperation-Conference, insbesondere Tansania und Mocambique, forciert werden.

Anläßlich einer kritischen Würdigung der österreichischen Leistungen für die am wenigsten entwickelten Länder muß festgestellt werden, daß die finanziellen Leistungen Österreichs weit hinter den internationalen Zielsetzungen, auch hinter den Leistungen der anderen westlichen Industriestaaten zurückblieben.

Hingegen konnten Erfolge geltend gemacht werden in Hinblick auf bestimmte Qualitätskriterien, in Hinblick auf sachliche Hilfsprioritäten des substantiellen neuen Aktionsprogramms und in Hinblick auf die geographischen Schwerpunktkriterien des österreichischen Hilfskonzepts.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich doch meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es Österreich mit Hilfe des Ent-

Probst

schließungsantrags gelingen wird, im Rahmen seiner Möglichkeiten einen adäquaten Beitrag zur Entwicklungspolitik zu leisten.

Ich möchte mich dem vielfach in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf, die Entwicklungshilfe wäre nahezu wirkungslos, nicht anschließen.

Vordringlich erscheint es mir, in Österreich in allen Alters- und Berufsgruppen ein größeres Verständnis für die Notwendigkeiten der Entwicklungshilfe zu erzielen. Und das, meine Damen und Herren, wäre im Sinne des eingangs Gesagten wirklich ein Neuanfang in Österreich. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 17.06

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Höchtl. Ich erteile es ihm.

17.06

Abgeordneter Dr. **Höchtl** (ÖVP): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn man über die Lage der Entwicklungsländer diskutiert, wird manchmal der Versuch gemacht, eine gesamte Beschreibung der Lage der Welt in Form eines Dorfes zu geben. Wenn man diesen Versuch macht und die ganze Welt als ein Dorf mit 1 000 Einwohnern darstellt, dann würden rund 700 dieser Einwohner gelbe, schwarze, braune oder rote Hautfarbe haben und nur 300 von diesen 1 000 Einwohnern weiße.

Die Hälfte des gesamten Einkommens der Welt, projiziert auf dieses Dorf von 1 000 Einwohnern, würde derzeit in der Hand von 60 Personen sein. 55 Personen dieser 60 Personen wären wiederum Weiße. 700 Personen dieser 1 000 Einwohner dieses „Weltdorfes“ hätten nicht genug zu essen und würden sich von Dingen ernähren, durch die sie erkranken, und hätten keine angemessene Wohnung.

Das — auf einen kurzen Vergleichswert gebracht — ist die derzeitige Situation, in der sich die meisten Länder unserer Welt befinden.

Wie schaut nun die Reaktion Österreichs angesichts dieser Tatsachen aus, wie schaut die Entwicklungshilfepolitik aus? Wie reagieren wir auf diese trostlose Situation, die doch in den meisten Ländern dieser Welt gegeben ist?

Vor kurzem gab es in der Zeitung „Die Presse“ eine ziemlich umfassende Darstel-

lung, wo beispielsweise der anerkannte Wirtschaftspublizist Karl Graber gesagt hat: „Die Regierung Sinowatz wird nicht nur ihre entwicklungspolitischen Versprechungen nicht halten, sondern Österreich wird bis 1990 auch nicht einmal von den letzten Rängen wegkommen können, die es unter den OECD-Ländern hält.“

Oder Othmar Höll vom Österreichischen Institut für Internationale Politik hat festgestellt — das ist eine wichtige Warnung, die wir anlässlich dieser Debatte sehr wohl vernehmen sollten —: „Wenn Österreich nicht Gefahr laufen möchte, sein gutes Image in der Dritten Welt zu verlieren, dann müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Versprechungen und Verpflichtungen, die Österreich übernommen hat, auch tatsächlich einzuhalten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Freund Steinbauer hat die Tatsache erwähnt, daß wir nur 0,28 Prozent unseres Bruttonationalproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe verwenden.

Die letzte Regierungserklärung des Jahres 1983 dieser Regierung Sinowatz hat eindeutig ein Bekenntnis zum Erreichen von 0,7 Prozent abgegeben, und zwar bis zum Jahre 1990.

Ich sage hier — und da möchte ich auf das eingehen, was Kollege Probst erwähnt hat —: Wir sind durchaus dafür, daß das Anliegen der Entwicklungshilfepolitik ein gemeinsames Anliegen aller im Nationalrat, in diesem Hohen Haus vertretenen Parteien sein soll, aber es kann doch nicht angehen, daß wir einen Persil-Schein ausstellen, wenn diese Regierung zwar in Regierungserklärungen und in großen verbalen Ankündigungen Versprechungen in der Welt macht, im konkreten Handeln dann aber überhaupt nichts dazu tut, um diesen Versprechungen wirklich zu folgen. Das ist etwas, was wir anlässlich dieser Debatte auch sagen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich klar, daß es nicht einfach ist, von 0,28 Prozent, Herr Kollege Schranz, auf das, was versprochen worden ist, nämlich 0,7 Prozent des Bruttonationalproduktes, zu kommen. Nur: Eine Politik zu machen, die darauf hinausläuft, all das immer wieder in der Öffentlichkeit zu betonen — Sinowatz' Vorgänger Kreisky spricht groß vom Marshallplan für die dritte Welt und läßt sich bei allen möglichen internationalen Konferenzen wegen dieser Versprechungen feiern —, und

Dr. Höchtl

dann eine derart miserable Stellung im Konzert der OECD-Länder in der praktischen Politik einzunehmen, das sind zwei Paar Schuhe. Daher wird die Glaubwürdigkeit unseres Landes durch das praktische Handeln dieser Regierung tatsächlich in Frage gestellt. Und das ist es, was es gilt, auch anlässlich dieser Entwicklungshilfedebatte festzustellen, ohne schönzumalen, aber auch ohne schwarzweiß darstellen zu wollen.

Ich möchte gar nicht auf die einzelnen Kriterien eingehen, wo wir wirklich rangieren. Es ist von allen anerkannten Instituten, die sich mit Entwicklungshilfe in Österreich beschäftigen, aber auch von den internationalen Beobachtern gesagt worden: Wir rangieren unter den letzten aller entwickelten Industriestaaten.

Ich war sehr überrascht, als wir die Zuschrift vom Wiener Institut für Entwicklungsfragen erhalten haben, daß eine Note ausgestellt worden ist für die Entwicklungshilfepolitik Österreichs. In dieser Zuschrift stand: Es ist nur eine Note denkbar: Nicht genügend!

Jetzt habe ich mich gefragt, wer eigentlich der Präsident dieses Instituts für Entwicklungsfragen ist, und habe die Antwort bekommen: Es ist der ehemalige sozialistische Parteivorsitzende und ehemalige Bundeskanzler Dr. Kreisky, der derart urteilt über das, was das Ergebnis der Politik der sozialistischen Bundesregierung ist.

Dann habe ich mich gefragt: Wer ist denn vielleicht hinter Dr. Kreisky rangierend? Hat er vielleicht doch nicht immer alles im Griff, was dort gemacht wird? — Was sehe ich? Vizepräsident ist Botschafter Dr. Jankowitsch, seines Zeichens Abgeordneter zum Nationalrat — er hat eben erst hier gesprochen —. Das heißt, diese Personen, führend im Wiener Institut für Entwicklungsfragen, geben als Note für die Entwicklungspolitik der sozialistischen Bundesregierung der Bevölkerung bekannt: Nicht genügend. Das heißt, hier können Sie sich mit Ihren eigenen Genossen auseinandersetzen, was das Urteil über Ihr Handeln darstellt. Ich glaube, das spricht Bände. Ich brauche gar nicht andere Autoren, die das beurteilen, zu zitieren. Allein diese Beurteilung genügt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt fragen wir uns — ich möchte mich kurz fassen —, welche Möglichkeiten der Umorientierung in unserer Entwicklungshilfepolitik existieren. Eine Möglichkeit ist die, daß wir

endlich von dem wegkommen, was ich als echten Krämerladen der österreichischen Entwicklungshilfepolitik bezeichnen möchte, daß wir nämlich keine echten Schwerpunkte auf ganz wenige Länder setzen, sondern eine vielfache Palette von Ländern haben, wo jeder halt ein bißchen bekommt, was aber natürlich wirkungslos verpuffen müßte. Wenn wir es also wirklich ernst nehmen mit der Effizienz der Entwicklungshilfepolitik, dann müssen wir eine Konzentration auf ganz wenige Schwerpunktländer machen.

Dazu eine Idee, die man, wenn man die Effizienz der Entwicklungshilfepolitik als Zielvorstellung hat, wirklich überlegen sollte. Ich glaube, wir sollten uns im Konzert der westlich orientierten Staaten, der entwickelten Staaten, der Industriestaaten überlegen, ob wir nicht ein System von sogenannten Partnerländern institutionalisieren sollten, wo sich jedes entwickelte industrielle Land einen speziellen Partner im Bereich der Entwicklungsländer hernimmt und sagt: Wir wollen in Solidarität mit diesem Volk versuchen, alles in Form einer Partnerschaft zu tun, um unsere Erfahrungen im wirtschaftlichen Bereich, um unsere Erfahrungen im Bildungsbereich, um unsere Erfahrungen im personellen Einsatz, in der Ausbildung von Entwicklungshelfern ausschließlich diesem einen Land zur Verfügung zu stellen.

Wenn das jedes Land machen würde, würde nicht nur eine sehr starke Konzentration der Kräfte der jeweiligen Länder auf diese Entwicklungsländer erfolgen, sondern es würde auch ein Ziel erreicht werden, das wir alle, die sich mit der Frage der Entwicklungspolitik beschäftigen, immer vor Augen haben, nämlich, daß Entwicklungshilfe auch ein Anliegen im Bewußtsein der Bevölkerung darstellt.

Warum? — Wenn ich alles an Informationen über ein sogenanntes Partnerland im eigenen Land konzentrieren könnte, wo ich die Vielfalt der Ergebnisse des entwicklungs politischen Einsatzes rückmelden könnte, viele Partnerschaften auch von den einzelnen Bundesländern, vielleicht auch Städten schaffen könnte und dadurch die Gewißheit hätte, daß das Geld, das ich dorthin gebe, auch sinnvolle konkrete Fortschritte für die dortige Partnergesellschaft bringt, dann würde ich viel mehr Verständnis bei unserer Bevölkerung für die Sinnhaftigkeit der Entwicklungspolitik erzielen.

Deshalb überlegen wir anlässlich solch einer Debatte, ob nicht eine wirkliche Umorientierung der Entwicklungshilfepolitik nicht nur

Dr. Höchtl

Österreichs, sondern aller entwickelten Staaten eine Notwendigkeit darstellt, wenn wir uns nicht nur mit Verbalismen und schönen Versprechungen begnügen, sondern tatsächlich echte Fortschritte für die vielen unterentwickelten Völker in dieser Welt erreichen wollen.

Ich glaube, das wäre ein Ansatz, wo wir alle versuchen könnten, zur sozialen, zur bildungsmäßigen, zur wirtschaftlichen Fortentwicklung beizutragen. Nur dann haben derartige Debatten einen Sinn, nur dann haben derartige Einsätze von viel Geld ihre Effizienz, und nur dann können wir mit Befriedigung bei einem der nächsten Berichte sagen: Es hat einen Sinn gehabt, daß wir gemeinsam überlegt haben, Entwicklungshilfepolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.19

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Hesele. Ich erteile es ihm.

17.19

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute von allen Rednern darauf hingewiesen worden, daß es sich bei diesem vorliegenden Bericht um einen nüchternen Bericht handelt, der nichts beschönigt, sondern eine Darlegung und offene Diskussion wichtiger Schwachstellen in der österreichischen Entwicklungshilfe anstrebt.

Ich sehe aber in dieser Debatte Anzeichen einer Besserung. Ich schließe mich dem Optimismus von Bundesminister Gratz an, der ein Nahziel festgesetzt hat und dann meint: Ab 1990 müßte man die 0,7 Prozent erreichen. Ich sehe in dem gemeinsamen Entschließungsantrag aller drei Parteien, die Entwicklungshilfeleistungen zu erhöhen, ebenfalls einen positiven Ansatzpunkt, und daher, Kollege Dr. Höchtl, verstehe ich Sie nicht ganz.

Die Kritik ist berechtigt, aber dazu bedarf es nicht der Ausführungen des Dr. Höchtl, sondern der Bericht selbst ist kritisch. Aber man soll anerkennen, daß wir in einem Dreiparteiantrag den Konsens suchen, diese Entwicklungshilfeleistungen zu erhöhen. Deshalb, glaube ich, ist ein gewisser Optimismus nicht nur von seiten des Ministers, sondern auch von den drei im Parlament vertretenen politischen Parteien gegeben.

Herr Bundesminister! Seit 1. 1. 1985 sind Ihnen die Agenden der Entwicklungshilfe und der Koordination der internationalen Ent-

wicklungspolitik zugeteilt. Sie schreiben in Ihrem Vorwort, daß man über Entwicklungshilfepolitik, über Entwicklungshilfe die außenpolitischen Beziehungen zu den Staaten der dritten Welt gestalten kann. Und auch der Bericht meint, daß eine verstärkte Präsenz Österreichs in den Entwicklungsländern eine Voraussetzung für eine Intensivierung der Beziehungen Österreichs zur dritten Welt ist.

Eine persönliche Anmerkung: Ob die Einrichtung von Spezialattachés für Entwicklungshilfe ein vordringliches Erfordernis ist, ist fraglich. Ich würde dem eher kritisch gegenüberstehen.

Es wurde heute bereits erwähnt, daß einer der Hauptschwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfepolitik — wenn auch unbefriedigend — die Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder, vor allem für Afrika, ist. Der Herr Bundesminister hat mir in einer Anfragebeantwortung mitgeteilt, daß es in diesem Raum besonders wichtig ist, die Infrastruktur zu verbessern, Österreich werde seine Leistungen regional und lokal auf weniger, dafür aber besser dotierte Projekte beschränken. Immerhin sind es von den 36 zu dieser Gruppe gehörenden Staaten 26, die südlich der Sahara liegen.

Auch Kollege Probst hat bereits erwähnt, daß sich Österreich 1981 auf der UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder auf das Substantielle Neue Aktionsprogramm eingeschworen hat, es ohne einschränkende Votumserklärung mit beschließen und damit eine besondere Verpflichtung übernommen hat.

Im Zusammenhang mit der Kompetenzübertragung der Entwicklungshilfe auf das Außenministerium und der Schwerpunktbildung unserer Entwicklungshilfe in Richtung afrikanischem Kontinent darf ich, Herr Bundesminister, ein altes Anliegen vorbringen. Außenminister Dr. Pahr hat bereits vor Jahren ein Afrikakonzept angekündigt, das sich nicht nur mit der Entwicklungshilfepraxis auseinandersetzen, sondern überhaupt Vorstellungen über unsere künftigen Beziehungen zu Afrika entwickeln soll. Dieses Konzept dürfte schon auf Beamtenebene versendet sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Minister, wenn Sie sich, so Sie der Auffassung sind, daß ein Afrikakonzept notwendig ist, darum kümmern würden, es wieder aus den Laden herausnehmen und vielleicht doch einmal im Außenpolitischen Ausschuß zur Debatte stellen.

DDr. Hesele

Ich komme auf die Wortmeldung des Kollegen Steinbauer zurück und auch auf die anderen Vorredner.

Da ist die Frage der Mobilisierung der Menschen für die Anliegen der dritten Welt. Wir beschäftigen uns seit längerer Zeit im Europarat mit den Problemen der Entwicklungspolitik, vor allem mit dem Nord-Süd-Konflikt und damit, welche Rolle der Europarat bei der Lösung dieser Fragen spielen könnte. Dies war auch der Inhalt einer sehr groß angelegten Konferenz unter dem Titel „Nord-Süd-Rolle Europas“, die vom 9. bis 12. April 1984 in Lissabon stattgefunden hat. Die Initiative hierzu ist von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ausgegangen, und es haben neben Parlamentariern des Europarates eine Reihe von Persönlichkeiten der Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft, der Weltbank und vor allem aus der dritten Welt teilgenommen.

Es waren zirka 350 Personen, die sich direkt oder indirekt an den Beratungen beteiligt haben. Und es war das erste Mal Gelegenheit für Regierungsmitglieder und Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten des Europarates, die Rolle Europas in den Nord-Süd-Beziehungen im Lichte der Berichte, die von den Verantwortlichen der Entwicklungsländer und der internationalen Organisationen vorgebracht wurden, zu betonen. Die Konferenz wurde schließlich durch eine Deklaration von den in Lissabon anwesenden Parlamentariern des Europarates abgeschlossen.

Österreich war, Herr Bundesminister — es war April 1984 —, nicht so gut vertreten wie vergleichbare andere Staaten. Frankreich war durch Außenminister Dumas vertreten, die Niederlande waren vertreten durch die Entwicklungshilfeministerin, Norwegen war es ebenfalls, Italien durch einen Staatssekretär. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die maßgeblichen Herren Ihres Hauses dieser Konferenz keine besondere Bedeutung beigemessen haben, in der Meinung, es handle sich um einen Profilierungsbesuch der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung, wie ich persönlich einem Dokument, das mir zugeleitet wurde, entnehmen konnte.

Diese Konferenz hat — wie erwähnt — ihren Abschluß durch die Annahme einer Deklaration „Nord-Süd-Europas Rolle“ gefunden. Und der isländische Abgeordnete Grimson, der Präsident des Organisationskomitees der Konferenz, hat die Erklärung von Lissabon eine „Herausforderung an die politische Klasse in Europa“ genannt. Diese Deklara-

tion ist kein Allheilmittel und bietet auch kein Patentrezept für die Lösung der Nord-Süd-Fragen an. Sie soll aber, wie der isländische Abgeordnete Grimson erklärt hat, die Menschen im freien Europa aufrütteln, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen in der dritten Welt und deren Problemen bewußt zu werden.

Nur einzelne Gedanken, die nicht unbekannt sind, aus der Präambel: daß jeder Mensch durch Geburt ein Recht hat, all die Mittel zu erlangen, um auf dem Planeten überhaupt leben zu können, und zwar frei von Hunger, Unterdrückung und Diskriminierung. Er soll an den Ressourcen der Erde und des Ozeans teilhaben. Die Kinder sollen ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen können.

Alle Länder — die industrialisierten Länder und die Entwicklungsländer — werden an ihre gemeinsame Verantwortung in diese Richtung gemahnt. Europa hat eine führende Rolle bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, zu spielen. Dies wurzelt in der Vergangenheit Europas, in der führenden Rolle Europas bei der Schaffung der gegenwärtigen internationalen Institutionen und in der traditionellen europäischen Führung und in der Entwicklung von Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechten.

Letztlich gibt es ein wachsendes Bewußtsein, wie dies auch Peter Jankowitsch hier gesagt hat, für die gegenseitige Abhängigkeit des Nordens und des Südens und dafür, daß der Wohlstand der Industrienationen mit dem Schicksal der Entwicklungsländer eng verbunden ist. Die Vorschläge im operativen Teil sind natürlich nicht neu, sie basieren auf den internationalen und nationalen Instrumentarien, die uns bekannt sind.

Diese Deklaration, die einige Seiten umfaßt, läßt natürlich die Fragen aufkommen: Wie soll man diese Grundsätze durchsetzen? Wie kann man die Menschen im freien Europa für die Belange der dritten Welt mobilisieren? — Wir sind der Auffassung, daß ohne politische Maßnahmen eine Änderung nicht herbeigeführt werden kann und daß es für Europa notwendig und verpflichtend ist, Brennpunkt für die internationale Entwicklung zu sein und die Aktionen von Lissabon zu fördern. Es muß die bedeutende politische Rolle des Europarates in der Diskussion der Nord-Süd-Fragen zwischen Regierung und Parlamentariern der Mitgliedstaaten hervorgehoben werden.

DDr. Hesele

Wir glauben, meine Damen und Herren — der Bericht sagt es, und es ist dies auch von einigen Rednern gesagt worden —, man soll sich die anderen Länder anschauen, wie sie es mit den Menschenrechten halten, bevor man Hilfe gibt.

Daher glauben wir, daß das traditionelle Interesse des Europarates für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, die wir in unseren Mitgliedstaaten praktizieren, auch auf die Staaten der dritten Welt ausgedehnt werden soll. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Deklaration von Lissabon sollte Signalwirkung haben und kein Endpunkt sein. Das Follow-up ist eigentlich die entscheidende Phase dieser Deklaration.

Wir haben uns vorgenommen, Herr Bundesminister, eine öffentliche europäische Kampagne über die gegenseitige Nord-Süd-Abhängigkeit der Staaten zu entwerfen, der Mitglieder des Europarates, der Europäischen Gemeinschaft — des Parlaments und der Kommission — einschließlich der europäischen Gewerkschaften und anderer Organisationen, die aktiv in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind.

Die Erfüllung der Vorschläge der Deklaration soll im Europarat laufend behandelt werden. Vor allem soll sich jede Kommission im Rahmen ihrer Zuständigkeit mit Teilen dieser Deklaration befassen. In vier Jahren ist eine Gesamtüberprüfung der Ergebnisse und der Erfüllung der Deklaration vorgesehen.

Ich habe bereits erwähnt, daß im Jahre 1987 eine öffentliche europäische Kampagne über die gegenseitige Nord-Süd-Abhängigkeit stattfinden soll, die die Inhalte der Deklaration von Lissabon den Menschen in Europa näherbringen soll. Hierzu bedarf es nicht nur der Aktivitäten des Europarates, des Ministerkomitees und der Parlamentarischen Versammlung, sondern auch der nationalen Parlamente.

Das Ministerkomitee hat sich sehr positiv zur Durchführung der öffentlichen Kampagne und notwendigen Mittelaufbringung gestellt. Der irische Außenminister Barry hat in der letzten Parlamentarischen Versammlung als Vorsitzender des Ministerkomitees vor allem darauf hingewiesen, daß es sich hier auch um eine möglichst breite Unterstützung der nationalen Parlamente handeln wird und daß wir diese Unterstützung notwendig haben werden.

Meine Damen und Herren! Was soll diese

Kampagne bringen unter dem Titel Nord-Süd, gegenseitige Abhängigkeit, Rolle von Europa und letztlich in diesem Zusammenhang das Überleben der Welt? Das Ziel soll die Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für die Tatsache, daß das Schicksal der Länder des Nordens ganz besonders eng mit dem Schicksal der Länder des Südens verbunden ist, sein.

Die Lösung der schwerwiegenden Probleme der Welt wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Natur kann nur durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländergruppen Nord und Süd erfolgen.

Im Frühjahr 1987 soll diese Kampagne auf die Dauer von zwei Monaten beginnen. Man will den Elan von Lissabon noch einbringen, aber genug Zeit für die Nachfolgekonferenz im Jahre 1988 haben. Als Themata sind vorgesehen, durch praktische Beispiele aus den einzelnen Problemkreisen die Bedeutung und die Wirkung der gegenseitigen Abhängigkeit aufzuzeigen. Man soll nicht die Eigeninteressen des Nordens und die Notwendigkeiten des Südens gesondert darstellen, sondern, wie Außenminister Gratz dies auch im Vorwort tut, auf die Bedeutung der internationalen Solidarität aller Staaten hinweisen.

Herr Bundesminister! Der Europarat hat die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Ich bitte Sie, daß Sie auch im Ministerkomitee die Zustimmung zur Gewährung der finanziellen Mittel geben. Aber wir bitten Sie auch, uns im nationalen Rahmen im nächsten Jahr bei der Mobilisierung der Menschen für die Belange der dritten Welt im Parlament, aber auch seitens Ihres Außenministeriums zu unterstützen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 17.35

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort hat sich Herr Bundesminister Gratz gemeldet. Ich erteile es ihm.

17.35

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz: Frau Präsident! Hohes Haus! Sie erlauben mir, aufgrund dieser Debatte nur einige grundsätzliche Feststellungen zu machen. Ich möchte nicht auf die Ausführungen aller Redner eingehen, aber ich möchte doch einige wenige Dinge sagen.

Zuerst einmal wirklichen Dank allen Rednern aller Fraktionen für die wenn auch kritische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und für die Zielsetzungen der Entwicklungshilfe.

11776

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

Ich möchte feststellen, daß ich damit übereinstimme, daß die Entwicklungshilfe von der Motivation, und man braucht sich dafür gar nicht zu genieren, zwei Gründe angeben kann: Zuerst einmal die moralische Notwendigkeit, aber auch das Interesse Österreichs. Das ist durchaus legitim, und das soll man auch sagen.

Die moralische Notwendigkeit, ich unterstütze alles, was alle Redner gesagt haben, die tatsächlich geleistete Entwicklungshilfe ist der Testfall für die Echtheit aller großen Worte über internationale Solidarität bei inländischen und ausländischen Konferenzen, eine Solidarität, wo man immer, glaube ich, darauf hinweisen soll, daß sie auch nach dem Krieg Österreich zuteil wurde und Österreich zugute gekommen ist.

Zum zweiten möchte ich sagen, daß es durchaus das österreichische Interesse ist, Ansehen und Zugang zu Ländern zu erhalten, die morgen vielleicht unsere Partner sein werden. Aber es ist auch notwendig, den anderen Industrieländern zu zeigen, daß wir unseren Anteil zu tragen bereit sind. Das ist das, was ja international im Kreis der Industrieländer die Diskussion über das sogenannte burden-sharing, also das Tragen der Anteile, beinhaltet.

Hohes Haus! Ich möchte darauf hinweisen, daß schon bisher durch die Tätigkeit der vielen Entwicklungshelfer, der Entwicklungshilfeorganisationen, der vielen Experten, Unternehmen, Gewerkschaften, Angehörigen des Diplomatischen Dienstes und der Außenhandelsvertretungen viel geleistet wurde, daß Österreich in vielen Ländern infolge des sehr dünn gespannten Netzes des Diplomatischen Dienstes nur durch die Entwicklungshelfer präsent ist, dort aber auch für unser Land mit Hilfe dieser Entwicklungshelfer viel an Ansehen gewonnen werden kann.

Ich möchte hier gar nicht ins Detail gehen, ich möchte nur auch von dieser Stelle aus all diesen freiwilligen Mitarbeitern den wirklichen Dank und die Anerkennung für ihren oft selbstlosen Einsatz ausdrücken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Ich möchte mich auch dazu bekennen — das steht ja auch im Bericht —, daß Österreich noch viel zu leisten hat, eine entscheidende Verbesserung in Qualität und Quantität notwendig ist.

Das vorrangige Ziel sehe ich estens in der

Hebung der Qualität, wie auch gesagt wurde, in der Reduzierung des Exportkreditanteils, wobei ich, um nicht mißverstanden zu werden, Wert darauf lege, zu sagen, für wie wertvoll ich das Exportkreditsystem halte. Nur kann man es nur zu einem geringen Anteil, nämlich wenn es genügend Zuschußelemente enthält, als Entwicklungshilfe qualifizieren. Das bedeutet aber dennoch, daß man auf diesem Gebiet in vielen Ländern tatsächlich für Österreich wirken und kommende Partner finden kann.

Ich möchte sagen, daß wir nächstens den Anteil der technischen und der Finanzhilfe erhöhen müssen und daß wir quantitativ das Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Auge behalten sollten, aber uns für die allernächste Zeit als konkretes Ziel die Erreichung des OECD-Leistungsdurchschnitts vornehmen sollten.

Hohes Haus! Da ich nicht nur Außenminister bin, sondern langjähriger Parlamentarier und Mitglied der Bundesregierung, die das Budget vorzulegen hat, möchte ich sagen, ich bin sehr dankbar dafür, daß alle Redner angekündigt haben, dem Entschließungsantrag zuzustimmen. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß es hierbei auch darum geht, grundsätzlich Größenordnungen zuzustimmen.

Man soll, bevor so etwas abgestimmt wird, sagen, daß, wenn 0,7 Prozent erreicht werden sollen bei gleichzeitiger Reduzierung des Anteils der Exportkredite, das heißt bei Erhöhung des Geschenkanteiles, das eine Erhöhung des Budgetanteiles von derzeit rund 2 Milliarden Schilling auf 6 Milliarden Schilling bedeutet. Dessen soll man sich bewußt sein, wenn man grundsätzliche Erklärungen und Zielvorstellungen, denen ich beistimme, abgibt.

Ich wollte das einmal so offen dem Hohen Hause sagen, weil man ja nicht nur grundsätzlich über Promillesätze reden, sondern auch wissen soll, für welche Zielsetzungen man eintritt.

Ich bin dankbar dafür, wenn, wie angekündigt, alle Fraktionen diesen Zielsetzungen beitreten. So große Illusionen habe ich nicht, daß das etwa bedeuten könnte, daß einem erhöhten Entwicklungshilfebudget in der zweiten Lesung des Budgets die Zustimmung aller Fraktionen sicher wäre. Aber ich bin bereits dankbar dafür, daß in Kenntnis der finanziellen Größenordnungen diese Forderung erhoben wird.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

Frau Präsident! Hohes Haus! Nur noch zwei Feststellungen: Die Übernahme der Kompetenzen durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bedarf sicherlich noch Ergänzungen, weil die Koordinationskompetenz einer legislativen Fundierung bedarf.

Zur Koordination der Entwicklungspolitik. Ich möchte sagen, daß sich, so glaube ich, in der kurzen Zeit herausgestellt hat — wenn mir diese knappe Formulierung gestattet ist —, daß nicht nur das Außenministerium die Entwicklungshilfe dazubekommen hat, sondern, daß die Entwicklungshilfe das Außenministerium bekommen hat. Das heißt, daß das gesamte Netz des diplomatischen Dienstes für Zwecke der Entwicklungshilfe auch personell zur Verfügung steht. Ich glaube, daß sich das in der kurzen Zeit bereits als sehr wohltuend herausgestellt hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich habe tatsächlich die Absicht, nicht nur das Schwerpunktprogramm weiter zu verfolgen, sondern aus dem Kreis des diplomatischen Dienstes dafür besonders geeignete Mitarbeiter in naher Zukunft als Entwicklungshilfebeauftragte in Schwerpunktregionen einzusetzen. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich möchte auch sagen — als letztes —, daß ich allen Rednern beistimme, die gemeint haben, man solle Entwicklungshilfe nicht in dem Sinne ideologisch belasten, daß man mit Vorurteilen an Länder herangeht, daß man von der hohen Werte europäischer Maßstäbe unsere Meßlatte anlegt, wenn es um Länder geht, in denen die Menschen am Verhungern sind. Man soll mit Verständnis, mit dem Gefühl der Solidarität und ohne Überheblichkeit an die Probleme der Entwicklungshilfe herangehen.

Ich möchte hier ganz besonders erwähnen, daß ich sehr beeindruckt war — gerade was den Schwerpunkt Lateinamerika betrifft — von den Ausführungen meines spanischen Amtskollegen, den ich vor kurzem in Madrid getroffen habe, der auf folgendes hingewiesen hat, was nämlich oft übersehen wird: Es sind erfreulicherweise eine ganze Reihe lateinamerikanischer Länder entweder komplett zur Demokratie zurückgekehrt oder zeigen zumindest gute Ansätze auf diesem Weg.

Die spanischen Freunde, die gute Verbindungen zu Lateinamerika haben und nicht kritiklos, sondern durchaus mit kritischer Sympathie die Entwicklung dort betrachten, haben auf eine Verpflichtung Europas gerade

auf diesem Gebiet hingewiesen: In allen diesen Ländern, die oft nach Jahren oder Jahrzehnten der Militärdiktatur zur Demokratie zurückgefunden haben — von Uruguay weit im Süden bis nach Mittelamerika herauf —, könnte nämlich angesichts des katastrophalen Lebensstandards die Konsequenz eintreten, daß Menschen, die sich von der Demokratie allein bereits eine sofortige Besserung ihrer Lebensverhältnisse erwarten, nach zwei oder drei Jahren mit großer Enttäuschung wieder anderen nachlaufen, die ihnen sagen werden, die Demokratie habe ihnen nicht genützt.

Es ist sehr schwer, Menschen, die in manchen dieser Länder unter dem Lebensstandard asiatischer Länder leben, klarzumachen, daß die Demokratie allein noch keine wirtschaftlichen Probleme löst, sondern nur das humanste Instrument des Herangehens an die Probleme darstellt.

Und daher der moralische Appell an Europa, in einer Region, die ja gerade in ihrer Kultur, in ihrer ganzen Geschichte die europäische Geisteshaltung widerspiegelt und nun nach Lateinamerika mitgebracht hat: Die Verantwortung gegenüber dieser Region — so meinen unsere spanischen Freunde in der spanischen Regierung und auch außerhalb — sollte den europäischen Ländern besonders bewußt sein. Und ich glaube, daß das durchaus eine Rechtfertigung dafür ist, diese Region als eine der Schwerpunktregionen zu betrachten. — Herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.43

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm.

17.44

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über die Entwicklungshilfe beziehungsweise den österreichischen Entwicklungshilfebericht ging völlig zu Recht faktisch um drei Fragen.

Erstens: Warum ist die österreichische Entwicklungshilfe so gering?

Zweitens: Was kann an sich getan werden, um die Entwicklungshilfe wirtschaftlicher und vor allem auch wirksamer zu gestalten?

Drittens: Inwieweit können wir in Österreich versuchen, die Bevölkerung stärker und besser für mehr Entwicklungshilfe zu motivieren? Gemessen an den Zielen, die seinerzeit, als die Entwicklungshilfe in den fünfzi-

11778

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Dr. Ettmayer

ger Jahren initiiert wurde, gesetzt wurden, muß man doch sagen, daß an sich eher wenig von all dem erreicht wurde.

Es gibt seit Jahrzehnten Entwicklungsdekaden. Es wurden immerhin Milliarden an Schilling, Milliarden an Dollar ausgegeben. Man kann natürlich sagen, immer noch viel zu wenig. Es gibt Tausende von internationalen Beamten, die — man möchte fast sagen — in unzähligen Organisationen für die Entwicklungshilfe tätig sind. Es gibt Hunderte Konferenzen, die sich mit Entwicklungshilfefragen befassen, und dennoch ist das Resultat eher mager.

Deshalb auch die Frage: Warum haben die seinerzeit gefaßten Programme so wenig bewirkt, warum haben die Programme, die in den sechziger Jahren für die siebziger und für die achtziger Jahre entworfen wurden, wo man nun doch schon Bilanz legen müßte, ihre Ziele nicht erreicht? Es hat ja seinerzeit eine ganze Reihe von Berichten gegeben. Ich habe einige mitgenommen, so etwa den äußerst umfangreichen Jackson-Bericht. Er wurde abgefaßt, um eben darzulegen, was die Vereinten Nationen alles für die Entwicklungshilfe tun könnten; er umfaßt zwei Bände, ein Band allein hat 500 Seiten. Es wurde in diesem Band genau dargelegt, wie in etwa einzelne Organisationen auch intern, von der internen Struktur her aufgebaut sein müßten, um Entwicklungshilfe leisten zu können.

Es gab dann im Jahr 1969 einen Bericht des seinerzeitigen kanadischen Ministerpräsidenten Lester Pearson, den Pearson-Bericht. Auch dieser Bericht enthielt eine umfassende Unterlage über eine globale Strategie für die Entwicklungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren. Diese Politik wurde damals sogar als Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Nord und Süd bezeichnet. Es hat dann Berichte gegeben, wie etwa jenen Rio-Bericht an den Klub von Rom, wo eben auf 355 Seiten steht, wie eine gemeinsame Zukunft zwischen Nord und Süd gestaltet sein soll.

Es hat unter der Leitung von Willy Brandt eine Kommission gegeben, die ebenfalls einen umfassenden Bericht herausgegeben hat, wo eben einerseits Bilanz gezogen wird und dann eben festgehalten wird, was getan werden könnte im Bereich der Planung, im Bereich der gegenseitigen Mitgestaltung, im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und dergleichen mehr. Es gibt also auch in diesem Bericht Empfehlungen über Arbeitsplatzsi-

cherung bis hin zur Umweltpolitik im Bereich der Entwicklungsfragen.

Es gibt Initiativen des Europarates, von denen auch Kollege Hesele gesprochen hat, wie etwa jene Tagung in Lissabon, wo man eben gesagt hat, man solle die Entwicklungsländer unterstützen, damit diese selbständiger die Entwicklung im Bereich der Wirtschaft, der Bildung und auch im sozialen Bereich entfalten könnten.

Mit einem Wort: Es gibt viele Berichte, es gab viele Tagungen, es gibt Tausende von Empfehlungen, die oft ganz genau festhalten, Leistungen in welchem Ausmaß als Entwicklungshilfe angerechnet werden sollten oder nicht. Da heißt es etwa im Jackson-Bericht, daß die Frachtkosten nicht als offizielle Hilfe in die Statistik aufgenommen werden sollten. Da heißt es dann, daß die Geberländer nicht versuchen sollten, die Verwendung der Hilfsmittel zu beeinflussen. Da wird gesprochen vom Aufbau eines internationalen Freiwilligenkorps.

Es hat dann vor etwa zwölf Jahren, und zwar am 1. Mai 1974, eine Resolution der VI. Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen gegeben, bei der die Einführung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert wurde, damit eben Ungerechtigkeiten im wirtschaftlichen Bereich beseitigt werden könnten, damit die wachsende Kluft überwunden werden könnte.

Meine Damen und Herren! Trotz dieser vielen Initiativen muß man sagen, daß auch heute die Entwicklungsländer vor den allergrößten Problemen stehen, ob das jetzt der Hunger ist, ob das die Arbeitslosigkeit ist, ob dies die Bevölkerungsexplosion ist, ob dies die Verschuldung ist. Denn wer weiß schon, daß Afrika in wenigen Jahren, nämlich bereits zu Beginn des nächsten Jahrtausends, mehr als doppelt so viele Menschen haben wird als noch vor kurzem, nämlich 1,5 Milliarden Menschen.

Es wurden in der Zwischenzeit, das möchte ich durchaus sagen, einige Ergebnisse erzielt. Die Wachstumsraten waren in den Entwicklungsländern von 1973 bis 1980 größer als in den Industrieländern. Sie betragen damals in den Entwicklungsländern immerhin 4,8 Prozent. Die Investitionen sind in den siebziger Jahren angestiegen, und auch die Exporte haben sich damals jährlich erhöht.

Dennoch die Frage, meine Damen und Herren: Warum blieben so viele Programme unwirksam, warum ist nicht mehr geschehen?

Dr. Ettmayer

Dazu kann man einmal sagen, daß man sicherlich, obwohl viel geschrieben und gesagt worden war, sich einfach damit zufrieden gab, daß globale Vorschläge gemacht wurden, ohne daß auf die spezifischen Gegebenheiten eingegangen worden wäre. Aber ich glaube vor allem, daß viele Vorschläge gemacht wurden, die vielleicht manchmal auch ins Detail gingen, ohne daß es einen gemeinsamen Grundkonsens gegeben hätte.

So ist es auch zu erklären, daß viele Probleme nicht gelöst werden konnten. Vor allem muß man auch sagen, daß oft die wirklichen Wurzeln der Krisen, die wirklichen Schwächen tatsächlich kaum erwähnt wurden. Es wurde oft nicht von den desaströsen inneren Verhältnissen in den einzelnen Entwicklungsländern gesprochen. Herr Bundesminister! Es ist durchaus begrüßenswert, wenn Sie davon sprechen, daß eben die Entwicklung hin zur Demokratie in den einzelnen Ländern unterstützt werden mußte. Aber andererseits muß man eben sagen, daß es oft die internen Verhältnisse sind, die internen wirtschaftlichen Strukturen, die eine Entwicklung faktisch verhindern. Wie ist es sonst erklärbar, daß das sozialistische Tansanien, das immerhin Entwicklungshilfe im Ausmaß von 106 Prozent des dortigen Steueraufkommens und von 152 Prozent des Exportaufkommens erhält, faktisch vor dem politischen Ruin steht?

Es ist eben immer wieder vorgekommen, daß etwa in solchen Ländern die Agrarstruktur zerstört wurde, daß ein freies Bauerntum zerstört wurde und daß über Kollektivierungen und die Errichtung von Kolchosen im landwirtschaftlichen Bereich Verhältnisse geschaffen wurden, die dann faktisch im Desaster münden mußten, daß sozusagen der Hunger in einzelnen dieser Länder tatsächlich vorprogrammiert war.

Worum es geht, meine Damen und Herren, ist einerseits, daß wir versuchen müssen, Mythen zu zerstören, Mythen, auf denen vielfach die Entwicklungspolitik aufbaut, und andererseits mehr Motivation gerade auch in Österreich für diese Länder zu erreichen.

Herr Bundesminister! Sie haben von einer Reihe von Ländern gesprochen, die gefördert werden. Ich glaube, man mußte die Zahl der Länder, die von Österreich Entwicklungshilfe bekommen, drastisch reduzieren, man mußte dafür die Entwicklungshilfe ganz gewaltig ausbauen. Man mußte versuchen, bei der österreichischen Bevölkerung Verständnis für die Probleme der Länder zu erzielen, in die die österreichische Hilfe geht.

Es wird ja immer wieder gesagt, es sei für uns ein Vorteil, daß wir keine Kolonien hatten, daß wir sozusagen in der Dritten Welt nicht vorbelastet sind. Es ist aber ein ganz großer Nachteil, daß die Österreicher oft viel zu wenig wissen von den Vorgängen, von den Verhältnissen, von den Nöten in diesen Ländern.

Wir müßten daher versuchen, direkte Verbindungen, ein direktes Verständnis von Gemeinschaft zu Gemeinschaft, von Land zu Land herzustellen, damit die Österreicher — die durchaus auch willig sind, etwa bei Naturkatastrophen zu spenden, anderen Menschen zu helfen, viel, viel Geld aufzutreiben — auch entsprechend für die Entwicklungshilfe motiviert werden.

Ich glaube, daß es daher aufbauend auf dem vorliegenden Bericht, der durchaus ein offener Bericht ist, auch gelingen müßte, durch mehr Motivation, durch mehr Effizienz tatsächlich auch mehr Hilfe zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.54

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-111 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig. **A n g e n o m m e n.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Steinbauer und Genossen betreffend Steigerung der Leistung der österreichischen Entwicklungshilfe.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig. **A n g e n o m m e n.** (E 59.)

3. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (610 der Beilagen): Änderung des Artikels VI. A.1 des Statuts der Internationalen Atomenergie-Organisation (803 der Beilagen)

11780

Nationalrat XVI. GP — 132. Sitzung — 6. März 1986

Präsident Dr. Marga Hubinek

Präsident Dr. Marga Hubinek: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Artikels VI.A.1 des Statuts der Internationalen Atomenergie-Organisation (803 der Beilagen).

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichtersteller Dr. Ettmayer: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die Revision des Artikels VI.A.1 des Statuts wurde notwendig, da China in die Organisation aufgenommen und in der Folge als designiertes Mitglied in den Gouverneursrat entsandt wurde.

Konkret besteht die Änderung des Artikels VI.A.1 darin, daß nunmehr zehn anstatt neun Staaten Mitglieder im Gouverneursrat sind.

Der gegenständliche Staatsvertrag ist gesetzändernd, weshalb sein Abschluß der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz bedarf.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuß den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Änderung des Artikels VI.A.1 des Statuts der Internationalen Atomenergie-Organisation, wird genehmigt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichtersteller ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 610 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig.
A n g e n o m m e n.

4. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (789 der Beilagen): Protokoll Nr. 8 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (880 der Beilagen)

Präsident Dr. Marga Hubinek: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Protokoll Nr. 8 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Schuster. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichtersteller **Schuster:** Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung zugewiesene Übereinkommen sieht eine Änderung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in bezug auf das Verfahren der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vor. Dadurch soll vor allem das Verfahren der Europäischen Kommission für Menschenrechte verbessert und beschleunigt werden. Zu diesem Zweck soll die Kommission künftighin nicht nur im Plenum Entscheidungen treffen können, sondern in bestimmten Fällen in Kollegien von mindestens sieben beziehungsweise von mindestens drei Mitgliedern.

Das Übereinkommen ist ein verfassungsändernder und verfassungsergänzender Staatsvertrag.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 29. Jänner 1986 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Khol und Dr. Ermacora sowie des Bundesministers Dr. Löschnak einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz hält der Verfassungsausschuß im gegenständlichen Fall für entbehrlich.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des verfassungsändernden Staatsvertrages: Protokoll Nr. 8 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (789 der Beilagen) wird genehmigt.

Frau Präsident! Für den Fall, daß Wortmel-

Schuster

dungen vorliegen, bitte ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir gelangen daher zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des vorliegenden verfassungsändernden Staatsvertrages in 789 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Mit Rücksicht auf den Verfassungsrang stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Z. 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Ausdrücklich stelle ich die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

Damit ist das Erfordernis des Artikels 44 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes erfüllt.

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (752 der Beilagen): Abkommen in Form eines Briefwechsels zur Konsolidierung und Änderung des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich (904 der Beilagen)

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Abkommen in Form eines Briefwechsels zur Konsolidierung und Änderung des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Wimmersberger**. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Wimmersberger: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für wirtschaftliche Integration den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zur Konsolidierung und Änderung des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich samt Anhängen (752 der Beilagen) wird — unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigung — genehmigt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Dr. Marga **Hubinek**: Zu Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages samt Anhängen in 752 der Beilagen — unter Berücksichtigung der erwähnten Druckfehlerberichtigung — die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 183/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 1945/J bis 1954/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die geschäftsordnungsmäßigen Zuweisungen und Mitteilungen dient, berufe ich für 18.05 Uhr ein; das ist also gleich im Anschluß an diese Sitzung.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 04 Minuten